22. Jahrgang / 4. Heft 1974 / Oktober

E 2176 F X

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

ELKE FRÖHLICH
Kulturpolitik und Presse im Dritten Reich

HANS-JÜRGEN LUTZHÖFT
Deutschland und Schweden während des Norwegenfeldzugs

JENS PETERSEN
Die Außenpolitik des faschistischen Italien
als historiographisches Problem

DOKUMENTATION
Herbert Weichmann zu Brünings Briefen an Sollmann

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46b
Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Elke Fröhlich . . . . Die Kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums 347

Hans-Jürgen Lutzhöft . Deutschland und Schweden während des Norwegenfeldzuges (9. April - 10. Juni 1940) 382

Jens Petersen . . . . Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem 417

DOKUMENTATION

Kritische Bemerkungen Herbert Weichmanns zu den Briefen Brünings an Sollmann 438

NOTIZEN 461

BIBLIOGRAPHIE *153*

Diesem Heft liegen Prospekte des Droste Verlags, Düsseldorf, des Hermann Luchterhand Verlags, Neuwied, des Matthias-Grünewald-Verlags, Mainz, des Instituts für Zeitgeschichte, München, und der (Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart) bei. Wir bitten um Ihre Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1
Preis des Einzelheftes DM 12.– = sfr. 14.60; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 36 – = sfr. 43.75, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 28.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 55 60; für Studenten DM 47.60 (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. - Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
22. Jahrgang 1974 4. Heft / Oktober

ELKE FRÖHLICH

DIE KULTURPOLITISCHE PRESSEKONFERENZ DES REICHSPROPAGANDAMINISTERIUMS

I

Bei Eröffnung der ersten „Kulturpolitischen Pressekonferenz“[1] am 24. Juli 1936 in Berlin nahmen Reichskulturwalter Franz Moraller und Ministerialrat Dr. Rainer Schlösser zu aktuellen Fragen auf dem Gebiet der Kulturpolitik Stellung. Beide berührten in ihren Ausführungen bezeichnenderweise das Thing-Theater. Während Moraller andeutete, daß es beim Publikum noch auf Unverständnis stoße und er sich eine „Überwindung des Problems“ durch die Presse erhoffe, betonte Schlösser, daß „eine architektonisch so ausgesprochen aus dem Geist des Nationalsozialismus entstandene Bühne“ wie die Dietrich-Eckart-Bühne „auch eröffnet werden mußte mit einem Werk[2], das von dem gleichen Geist erfüllt sei, das ganz durchdrungen sei von zeitnaher Bezogenheit“. Er sprach den Wunsch aus, „daß dieser Schritt auf dem Wege zu einem hervorragenden nationalsozialistischen Freilichttheater von vollem Erfolg geleitet sein möge“.[3] Nur ein paar Wochen später mußten die hochfliegenden Pläne begraben werden: die Freilichtspiele wurden von ihrer ‚Reichswichtigkeit‘ entbunden[4]. Ein Jahr darauf beendete Goebbels offiziell die Thing-Bewegung[5].

[1] Die erste Kulturpolitische Pressekonferenz, vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVuP) schon am 3. März 1936 angekündigt, fand am Freitag, dem 24. 7., im Konferenzsaal am Wilhelmsplatz 7 statt. Von diesem Zeitpunkt an wurde eine solche mit wenigen Ausnahmen jeden Donnerstag im Anschluß an die Pressekonferenz um 13.00 Uhr, ab März 1938 um 12.30 Uhr abgehalten. In der einschlägigen Literatur läßt die Unsicherheit in der Benennung und Datierung den Schluß zu, daß die Einrichtung nicht oder nur vage bekannt ist, s. Dietrich Strothmann, Nationalsozialistische Literaturpolitik, Bonn 1960, S. 294f.; Karl-Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat, Berlin 1968, S. 48; Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948, S. 318; Jürgen Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970, S. 56.

[2] Es handelt sich um das Frankenburger Würfelspiel von Eberhard Wolfgang Möller.

[3] DNB v. 25. 7. 36 u. Brief Maxim Fackler v. 26. 7. 36, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig zit. IfZ-Archiv), Fa 220.

[4] „Aus der Kulturpolitischen Pressekonferenz“ (künftig zit. AdKP) v. 13. 8. 36. IfZ-Archiv, Fa 220.

[5] Zum Thing-Theater vgl. Klaus Vondung, Magie und Manipulation, Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1971, S. 70–74.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4.
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Auftakt, den die Kulturpolitische Pressekonferenz genommen hat, kann als symptomatisch gelten für die Entwicklungsphase nationalsozialistischer Kulturpolitik im Jahr 1936. Dokumentiert doch das angeführte Beispiel sowohl die großen Erwartungen, die in genuin nationalsozialistische Kunst gesetzt wurden als auch deren binnen kürzester Frist erfolgte Revision. Da es sich beim Thing-Theater um das einzige Formexperiment zur Bewältigung der neuen NS-Inhalte handelt, läßt das Eingeständnis seines Scheiterns auf eine Wandlung nationalsozialistischer Kulturintentionen schließen, die für die Einrichtung der Kulturpolitischen Pressekonferenz nicht ohne Bedeutung gewesen ist.

Die Kulturpolitische Pressekonferenz reihte sich in eine Kette von Berliner Pressekonferenzen[6] ein, in denen die Journalisten zur Kanalisierung der gesamten Berichterstattung täglich einer Flut[7] von ‚Sprachregelungen'[8] ausgesetzt wurden. Trotz strengster Sicherheits- und Kontrollvorkehrungen[9] blieben zahlreiche Anweisungen der politischen bzw. großen Pressekonferenz erhalten. Sie wurden inzwischen für eine Reihe von Publikationen ausgewertet[10]. Dagegen waren die für die vorliegende Betrachtung herangezogenen Mitschriften zur Kulturpolitischen

---

[6] Darunter zählten die im Anschluß an die Ministerkonferenz regelmäßig um 11.30 Uhr abgehaltene ‚Tagesparolen-Konferenz', die um 12.00 bzw. 12.30 Uhr stattfindende ‚Pressekonferenz' sowie etliche je nach Bedarf einberufene Sonderkonferenzen. Gelegentlich wurde auch am Nachmittag oder Abend zur ‚Nachkonferenz' oder ‚Nachbörse' eingeladen, wo einem ausgewählten Kreis von Journalisten weitere und gezieltere Informationen geliefert wurden. Über die Konferenzen informieren eingehend u.a.: Willi A. Boelcke, Kriegspropaganda 1939–1941, Stuttgart 1966, S. 147f., Walter Hagemann, a.a.O., S. 316ff., Abel, a.a.O., S. 37ff., Jürgen Hagemann, a.a.O., S. 32ff. s. a. Nürnbg. Dokumente, IfZ-Archiv, eidesstattl. Erklärungen v. Werner Stephan v. 20. 10. 47, NG 3116, v. 20. 11. 47, NG 3706 u. Vernehmung v. 29. 10. 47, ZS 305, eidesstattl. Erklärung v. Fritz Sänger v. 16. 10. 47, NG 3143, v. Helmuth Suendermann v. 5. 11. 47, NG 3120, Karl Brammer v. 2. 10. 47, NG 2655, Dr. Walter Thum v. 10. 10. 47, NG 3069, Werner Asendorf v. 25. 9. 47, NG 2667, Hans Hubert Gensert v. 8. 12. 47, NG 4352, Karl Brammer v. 2. 10. 47, NG 3070, Hans Fritzsche v. 21. 11. 47, NG 3704 u. Aussagen Dr. Otto Dietrich aus dem Jahr 1947, IfZ-Archiv, ZS 874.

[7] Laut W. Hagemann, a.a.O., S. 167, etwa 50000 Presseanweisungen, laut J. Hagemann, a.a.O., S. 36, bis zu 80000.

[8] Zum Begriff ‚Sprachregelung' s. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, Ein Bericht v. d. Banalität des Bösen, München 1964, S. 119 und Margret Boveri, Wir lügen alle, Olten u. Freiburg 1965, S. 539ff.

[9] Leichtfertige Aufbewahrung des Materials wurde mit Gefängnis von 4 Monaten bis zu 4 Jahren bestraft. Man behielt sich vor, Stichproben zu machen, s. Reichszeitschriftenkonferenz v. 15. 8. 38 u. Richtlinien für die Behandlung vertraulicher Mitteilungen der Presseabteilung der Reichsregierung, Ludendorff-Korrespondenz, s. a. Sammlung Brammer, Bundesarchiv (BA), ZSg 101/26 u. Schr. RMVuP v. 20. 9. 37, Sänger (Sgr.)-Material, IfZ-Archiv, Fa 220.

[10] Die Sammlung Brammer, BA, ZSg 101, und die Sammlung Sänger, BA, ZSg 102, wurden herangezogen u.a. von Walter u. Jürgen Hagemann, a.a.O., Boveri, a.a.O., Fritz Sänger, Vor 25 Jahren, Der Weg zum Krieg, Die Sprachregelungen vor Kriegsbeginn 1939,

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pressekonferenz bisher unbekannt[11]. Daß sie der Forschung nicht verloren gegangen sind, ist dem historischen Weitblick von Herrn Fritz Sänger zu verdanken. Als Schriftleiter bei der Berliner Redaktion der Frankfurter Zeitung bewies er ungewöhnlichen Mut, indem er Zweitexemplare der Mitschriften der großen wie auch der Kulturpolitischen Pressekonferenz aufbewahrte, anstatt sie, wie die Richtlinien der Presseabteilung der Reichsregierung vom 22. 7. 1943 vorschrieben, vor Zeugen monatlich zu vernichten, ein Vergehen, das seine berufliche Existenz und das Erscheinen der von ihm vertretenen Zeitung ernsthaft gefährden konnte.

Die einem Kreis von etwa 30 bis 50 Kulturschriftleitern[12] erteilten Anweisungen sollten die Presseberichterstattung über sämtliche Kulturgebiete einheitlich regeln. Den Schwerpunkt legte das Reichspropagandaministerium auf die Behandlung des Rundfunk-, Ausstellungs-, Verlags- und Buchwesens und auf den Gesamtbereich der Kunst, während der Wissenschafts- und Schulpolitik nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Innerhalb der Kunstsphäre galt das Hauptinteresse der Musik, in absteigender Rangordnung konzentrierten sich die Sprachregelungen gemäß propagandistischer Nutzbarkeit auf Film, Theater, bildende Kunst und Tanz. Hitlers Domäne, die Architektur, klammerte Goebbels nahezu ganz von seinen Richtlinien aus[13].

In den ersten Monaten nach der Einrichtung der Kulturpolitischen Pressekonferenz behielt man immer noch das alte Verfahren bei, auch kulturpolitische Anweisungen auf der politischen Pressekonferenz zu dekretieren, so daß die Konferenzleiter in der Kulturpolitischen Pressekonferenz oft Direktiven und Informationen wiederholten, die schon aus der sogenannten großen Pressekonferenz bekannt

---

SPD-Pressedienst v. 21.–27. 8. 1964; Ernest K. Bramstedt, Goebbels and National Socialist Propaganda 1925–1935, Michigan State University Press 1965 (dt. 1972); Rudolf Werber, Die ‚Frankfurter Zeitung' und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus untersucht an Hand von Beispielen aus den Jahren 1932–1943, Bonn 1965, und von mehreren Doktoranden im Auftrag des Instituts für Publizistik in Münster. Die Slg. Sänger wurde zum Teil von Heinz Odermann, Die vertraulichen Presseanweisungen, in: Ztschr. für Geschichtswiss. 13 (1965), S. 1365–1377, veröffentlicht.

[11] Mitschriften Sängers zur Kulturpolitischen Pressekonferenz von Juli 1936–Okt. 1942, IfZ, Fa 220. Bekannt waren bisher außer den schriftlichen Anweisungen der Zeitschriftendienste, s. Strothmann, a. a. O., S. 295 ff., nur die wenigen Berichte in der „Ludendorff-Korrespondenz". (Zit. Lud.-Korr., „Mitteilungen der kulturpolitischen Pressekonferenz der Reichsregierung" und „Berichte von der Reichszeitschriftenkonferenz", 1937–39, von Dr. Gengler für die vom Ludendorff-Verlag herausgegebene Zeitschrift „Am heiligen Quell deutscher Kraft", IfZ-Archiv, o. Sign.) Ein Vergleich der Protokolle Sängers mit denen Dr. Genglers in der Lud.-Korr. ergab, daß die Journalisten ihre Auswahl trafen und eine vollständige Berichterstattung nicht vorausgesetzt werden kann. In Ausführlichkeit und Präzision übertreffen die Berichte Sängers die von Gengler bei weitem.

[12] Brief Sänger an Verf. v. 25. 6. 72.

[13] Ein Beauftragter für bildende Kunst wagte das Thema „große Staatsbauten" nicht einmal zu berühren, weil über ihm die Hand des ‚Führers' lag. AdKP v. 7. 10. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren[14]. Selbst der für die Kulturpresse so einschneidende Kritik-Erlaß vom 27. 11. 1936 wurde zuerst auf der politischen Pressekonferenz[15] verkündet und auf der Kulturpolitischen Pressekonferenz[16] lediglich ergänzt. Da Gründe der Zeitersparnis oder des einfacheren Verfahrens eher gegen eine zusätzliche Einrichtung sprachen, müssen für das Festhalten an der Kulturpolitischen Pressekonferenz triftige Gründe vorhanden gewesen sein.

Obwohl sich die Anordnungen häufig mit kulturellen Details, nicht selten mit ein und derselben Einzelheit mehrere Male befassen, spiegeln sie kein getreues Bild deutschen Kulturlebens in der NS-Zeit oder nationalsozialistischen ‚Kulturwollens' wider. Im Gegensatz zu den Sprachregelungen der großen Pressekonferenz, die beinahe jedes politische Ereignis aufgriffen[17], fand nicht alles kulturelle Geschehen seinen Niederschlag in den kulturpolitischen Berichtsvorschriften. ‚Kulturelle' Ereignisse, die in der Entwicklung und Verwirklichung des nationalsozialistischen Kulturprogramms Marksteine bedeuteten, wurden mit keinem Wort erwähnt, z. B. die Schließung des Berliner Kronprinzenpalais' am 30. 10. 1936, dessen oberstes Stockwerk noch expressionistische Bilder gezeigt hatte. Die Ausstellung ‚Entartete Kunst', nicht zu übersehendes Fanal in der Säuberungswelle nationalsozialistischen Kunstbestrebens, erfuhr eine geradezu stiefmütterliche Behandlung. Sehr wahrscheinlich war die Idee zu einer Schandausstellung den Rivalitätskämpfen zwischen Goebbels und Rosenberg und der damit verbundenen Radikalisierung entsprungen[18]. Kompetenzrangeleien und ideologische Richtungskämpfe hatten nicht unbedeutenden Anteil an der schließlich eingeschlagenen ‚Marschrichtung', doch in den kulturpolitischen Anweisungen werden sie nicht reflektiert. Die Sprachregelungen liefern weder ein Seismogramm über hinter den Kulissen ausgetragene Querelen, noch ein annähernd vollständiges Bild des öffentlichen Kulturgeschehens.

In der Konferenz ausschließlich eine Kommandobrücke zur Regelung kultureller Berichterstattung zu sehen, wäre ebenso falsch, wie in ihr eine echte Informationszentrale zu vermuten, obwohl sie dem Informationsbedürfnis der Journalisten in gewisser Weise entgegenzukommen schien. Präsidenten der einzelnen Kulturkammern referierten über Arbeit und Ziele ihrer Organisation, Künstler stellten ihre Werke vor und Referenten sprachen über Entwicklungen und Fragen der Kulturpolitik, über das Problem künstlerischen Nachwuchses[19] ebenso wie über das der Entjudung auf kulturpolitischem Gebiet[20]. In den Jahren 1936 und 1937 hörten die Journalisten durchschnittlich auf jeder 4. Konferenz einen Vortrag, in

[14] Zum Beispiel AdKP v. 6. 8. 36, 27. 8. 36, 10. 9. 36, 24. 9. 36, 8. 10. 36, 15. 10. 36, 22. 10. 36, 3. 9. 36 u. 2. 12. 36.

[15] Aus der Pressekonferenz (zit. AdP) v. 28. 11. 36, IfZ-Archiv MA 1341/1.

[16] AdKP v. 3. 12. 36.

[17] Jürgen Hagemann, a. a. O., S. 37.

[18] Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 105.

[19] AdKP v. 5. 11. 36.

[20] AdKP v. 21. 1. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Kriegsjahren auf jeder 2. mindestens einen. Auch die Vielzahl der ausgegebenen Verbote, graduellen Empfehlungen, Wünsche usw. besaß einen nicht zu unterschätzenden Informationswert. Aufschlußreich waren ebenfalls die Anweisungen zur Vorzensur[21] und die besonders vertraulich zu behandelnden Informationen, die ausdrücklich nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren.

Unabhängig vom Informationswert unterlagen alle Anweisungen strenger Geheimhaltung, auch wenn es sich um die zahlreichen Ankündigungen irgendwelcher Veranstaltungen handelte. Seinen Mitarbeitern durfte der Schriftleiter nur jeweils soviel Einblick in das Material gewähren, als es unbedingt notwendig war für seinen Beitrag. Die vom RMVuP diktierten Wünsche hatte er als seine eigenen auszugeben, wodurch das Informations- und Interpretationsmonopol des Ministeriums gesichert blieb, ohne als solches zu deutlich in Erscheinung treten zu müssen[22].

Will man in der Anzahl der abgehaltenen Konferenzen pro Jahr ein Kriterium für das Interesse, das das RMVuP der Kulturpolitischen Pressekonferenz entgegenbrachte, sehen, so war es in den ersten anderthalb Jahren durchschnittlich, 1938/39 schwach und in den Kriegsjahren wurde es immer stärker[23]. Mit der Einschränkung, daß der Journalist je nach den Bedürfnissen seiner Zeitung mitstenographierte und die Zahl der tatsächlich ausgegebenen Anordnungen weit höher lag als die der heute erhalten gebliebenen, wurden in Friedenszeiten im Durchschnitt acht Regelungen pro Konferenz und ab Kriegsbeginn zwölf protokolliert, wobei noch in Rechnung zu stellen ist, daß nicht nur die Zahl, sondern auch der Umfang der Anweisungen und besonders der vielen Vorträge und Informationen zunahmen.

Alles in der Konferenz Verlautbarte besaß explizit oder implizit Weisungscharakter. Vorträge, Statistiken, Lob, Tadel und Verwarnungen dienten vordergründig der Information, beinhalteten aber ebenso die nicht direkt ausgesprochene

---

[21] Auf die Vorzensur verzichteten die Nationalsozialisten entgegen einer verbreiteten Ansicht nicht, z.B. AdKP v. 30. 9. 37, 14. 3. 41, 23. 5. 41, 2. 5. 41, 16. 5. 41, 20. 6. 41, 28. 11. 1941.

[22] Vgl. Reichszeitschriftenkonferenz v. 26. 6. 39, Lud.-Korr., IfZ-Archiv, o. Sign.: „. . . bemerkt der Konf.-Leiter in Bezug auf Unterrichtung der Mitarbeiter der Zeitschriften, daß es nicht angängig ist, irgendwie den Mitarbeitern zu sagen: *„Das und das ist vom Prop.-Min. verboten!"*, sondern daß einfach der Schriftleiter zu erklären hat, daß er das und jenes nicht bringe, *ohne* zu erwähnen, daß er damit den Weisungen folge! Den Mitarbeitern gehen die vertr. Weisungen der Prop.-Min. als solche nichts an, der Schriftleiter hat nach den Bestimmungen, die er im Verpflichtungsschein unterzeichnet hat, alles als seinen Auftrag den Mitarbeitern zu unterbreiten. Zuwiderhandlungen werden entsprechend verfolgt!" oder AdKP v. 24. 4. 42: „Wenn von irgendeinem Mitarbeiter Beiträge als nicht erwünscht bezeichnet worden seien, oder wenn irgendein Thema als ungeeignet erklärt worden sei, so könne man dies nicht den Mitarbeitern sagen. Dadurch würden, wie Herr Bade betont, politische Intentionen gestört werden können. Man müsse sich die Mühe machen, eigene Gründe zu finden."

[23] Aug.–Dez. 1936: 19 Konferenzen, 1937: 40, 1938: 25, 1939: 26, 1940: 37, 1941: 53, Jan.–Okt. 1942: 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weisung, im Sinne des Vorgetragenen zu berichten, die Kritik zu beherzigen oder einen gelobten Artikel sich zum Vorbild zu nehmen.

Unter den direkten Berichtsvorschriften befinden sich auffallend viele ad-hoc-Regelungen. Jeweils von neuem mit einer positiven Sprachregelung versehen wurden z. B. die Gaukulturwochen in Westfalen, in Halle-Merseburg, in Baden oder Schwaben[24]. Nie gab man eine für alle Gaukulturwochen allgemein gültige Anweisung heraus. Jedes Jahr sich wiederholende Veranstaltungen wie die Reichstheaterfestwochen oder die Tage der Hausmusik kündigten sich stets mit einer neuen Würdigungsempfehlung an. Nie wurde die Besprechung dieser Ereignisse ein für allemal geregelt. Von langer Hand vorbereitete grundsätzliche Entscheidungen zum Rezensionsverfahren, zur Behandlung der Judenfrage oder zum Verhalten gegenüber der UdSSR wurden selten erteilt. Die wenigen Entscheidungen mit langfristiger allgemeiner Geltung trafen die Verantwortlichen bemerkenswert oft aus aktuellem Anlaß[25]. Ein internationaler Kongreß der Magier und Zauberer in Berlin bot z. B. die Handhabe, die Veröffentlichung aller Tricks „ab sofort und für alle Zeit auf das strengste" zu verbieten[26].

Die direkten Anweisungen teilen sich in Gebote und Verbote, wobei Empfehlungen, Hinweise, Anregungen und Wünsche schon 1936 die Mehrzahl ausmachen und ab Kriegsausbruch die Verbote zunehmend verdrängen. Es lenkten weitaus mehr positive als negative Anweisungen die feuilletonistische Arbeit in die gewünschte Bahn. Ein ständig eingehaltenes Schema in der Abfolge der Sprachregelungen ist nicht zu erkennen, doch wurden in der Regel die Konferenzen mit einer empfehlenden Anordnung eingeleitet und abgeschlossen, ablehnende Anweisungen meist in die Mitte plaziert. Positive Sprachregelungen, häufig auch umfangreicher als die negativen, erhielten eindeutig den Vorzug, selbst wenn es sich um etwas zu Bekämpfendes drehte, z. B. sollte die Ausstellung ‚Künstlerische Reiseandenken' nicht unter dem Aspekt ‚Kampf dem Kitsch', sondern unter dem der Förderung schöner und wertvoller Souvenirs besprochen werden[27]. An Negatives sollte möglichst nicht gerührt werden, man suchte es zu bekämpfen, indem man das positive Gegenbild herausstellte. In dem angeführten speziellen Fall hieß das, vorbildliche Erzeugnisse abzubilden und zu erörtern und nicht etwa kitschige[28].

Die Anweisungen lesen sich passagenweise wie ein kultureller Veranstaltungskalender oder ein Bücher- oder Autorenverzeichnis mit der Empfehlung zu gestufter wohlwollender Beachtung. Inwieweit die offenkundige Tendenz, den Eindruck einer überwiegenden Negativ-Zensur zu verhüten, bei gleichzeitigem Versuch, die Presse zu positiver Kritik anzuhalten und ob wachsende Zahl und an-

---

[24] AdKP v. 24. 2. [37], 8. 4. 37, 24. 6. 37, 16. 9. 37.

[25] Zum Beispiel AdKP v. 1. 11. 40, 14. 2. 41, 2. 8. 41, 24. 6. 37, 4. 4. 39, 1. 12. 39, 26. 2. 42, 6. 2. 42.

[26] AdKP v. 29. 4. 37.

[27] AdKP v. 3. 9. 36.

[28] AdKP v. 1. 10. 36.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwellender Umfang der positiven Sprachregelungen mit dem nationalsozialistischen Kulturprogramm der „negativen Werte"[29] in Einklang zu bringen ist, bedarf der Erklärung, um die ausschlaggebenden Gründe, die zur Einrichtung der Kulturpolitischen Pressekonferenz im Jahr 1936 geführt haben, herauskristallisieren zu können. Ferner müssen Fragen nach den Ursachen für die ausgeprägte Vorliebe, ad-hoc-Regelungen zu treffen und langfristige Grundsatzentscheidungen zu meiden, beantwortet werden. Von gleichem Interesse sind die Motive für die dubiose Informationserteilung und die unvollständige Wiedergabe des sich tatsächlich abspielenden Kulturlebens.

Um Aufschluß über eine Reihe dieser Fragen zu bekommen, die sich schon aus einer ersten Bestandsaufnahme der Anweisungen ergeben, ist es notwendig, zunächst auf die Entwicklung nationalsozialistischer Kulturpolitik bis zum Jahr 1936 zurückzugreifen.

II

Relativ spät institutionalisiert und sich langsam konsolidierend, war die Einrichtung der Kulturpolitischen Pressekonferenz lediglich ein Mittel unter vielen zur Reglementierung der Kulturpresse. Beim Zeitpunkt ihres Einsetzens, dreieinhalb Jahre nach der Machtübernahme, waren die Weichen im nationalsozialistischen Kulturfahrplan längst gestellt, wichtige Entscheidungen gefallen, Entwicklungen abgeschlossen bzw. deren Bahnen vorgezeichnet.

Mit bekannter Rigorosität, aber nicht ohne Originalität hatten die Nationalsozialisten das Problem der kulturellen Gleichschaltung gelöst. Ein halbes Jahr nach Etablierung seines Ministeriums holte Goebbels zum entscheidenden Schlag gegen jegliches freies künstlerisches Schaffen aus. Durch Gesetz vom 22. 9. 1933 wurde die Reichskulturkammer mit ihren entsprechenden Untergliederungen gegründet, die allein darüber zu entscheiden hatte, wer die Qualifikation zum Künstler besaß und einen Freibrief zur Berufsausübung erhielt. Nichtariern und Nonkonformisten blieb die Tür zur Reichskulturkammer für immer verschlossen. Wer gegen Anweisungen verstieß oder sich politischer Renitenz verdächtig machte, konnte aus der Kammer ausgestoßen werden[30] und verlor jedes Recht auf künstlerische Betätigung. Diese karteimäßige Erfassung der gesamten Künstlerschaft ermöglichte dem Staat die totale Kontrolle über diesen Stand.

Hand in Hand mit der Gleichschaltung der Künstler ging die der Schriftleiter und Verleger. Gleichgeschaltete Nachrichtenbüros, ständige Pressekonferenzen und eine Reihe von Pressediensten mit ihren zahlreichen Sprachregelungen rundeten

---

[29] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 161.

[30] Es wurden immer wieder neue Listen von aus der Reichskulturkammer Ausgeschlossenen zusammengestellt, s. AdKP v. 11. 8. 39, 8. 6. 39, 13. 4. 39, 12. 1. 40, 2. 5. 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das durch die Medien indirekt vermittelte Bild einer einheitlich ausgerichteten NS-Kultur- und Pressepolitik ab. Bald dominierten in der deutschen Presselandschaft Eintönigkeit und Langeweile. Schon im Herbst 1933 setzten die Klagen über die Presse ein und rissen seitdem nicht mehr ab[31]. Sie war Gegenstand anhaltender Besorgnis, denn eine durch Schablonisierung unglaubwürdig gewordene Presse besaß kaum noch genügend Effizienz, um die Politik unterstützen zu können. Noch im April 1934 glaubte Goebbels, die gesamte Presse einzig durch eine „freizügigere Kritik auf dem Kulturgebiet"[32] beleben zu können und erließ, um eine „Verflachung und Uniformierung" zu verhindern, Richtlinien für die Freiheit der deutschen Presse[33]. Welchen Stellenwert die Nationalsozialisten dem Feuilleton innerhalb der Gesamtpresse einräumten, macht folgende Äußerung Schlössers deutlich: „Der Durchschnittsdeutsche, der bis vor kurzem nur zu oft wenig politisch eingestellt war und es heute häufig auch noch ist, gelangt nicht selten zum politischen Leitartikel auf dem Umweg über das Feuilleton, d.h. über den kultur- und kunstpolitischen Teil. Lange Zeit hat man das nicht erkannt."[34] Die Erkenntnis, daß das Feuilleton die Falle ist, in der ein erfahrener Jäger die größte Beute fängt, haben sich die Nationalsozialisten mit Verve zunutze gemacht. Mit dem Jahr 1933 begann die radikale Umformung des Feuilletons zu einem Kampfplatz politischer Missionierung und Stimmungsführung[35]. Die Kunst wurde nach ihren propagandistischen Nutzungsmöglichkeiten bewertet und danach zielgerecht in der Kulturpresse eingesetzt.

Trotz dirigistischer Maßnahmen ließ sich ein vielstimmiges, begeistertes Ja zur ‚verkammerten Kultur', zur Diktatur des Zwanges und des Ungeistes vernehmen. Hitler selbst war der Massenzulauf von Künstlern und Intellektuellen suspekt. Er warnte auf dem Parteitag im September 1933 vor den Gauklern, die nur die Fahne wechseln, um auf dem Gebiet der Kulturpolitik wieder das große Wort führen zu können[36]. Auch Hitlers Gefolgsmann Walter Frank wehrte sich gegen ungebetene Intellektuelle und verhöhnte sie als ‚Graeculi', die – obschon von großer Bildung – charakterlos es immer mit den Mächtigen hielten[37]. Die freiwillig vollzogene Selbstgleichschaltung einer Vielzahl von Künstlern und Wissenschaftlern besitzt in Benn, Hauptmann, Heidegger und Richard Strauß ihre immer wieder zitierten

---

[31] Zum Beispiel Ber. v. 19. 10. 33, 20. 10. 33, 1. 11. 33, BA, ZSg 101/26, Ber. v. 23. 4. 34, BA, ZSg 101/27, AdKP v. 23. 6. 38, Sgr. Informationsbriefe v. 22. 11. 39, 4. 12. 39, 25. 1. 1941, 19. 5. 41, IfZ-Archiv, MA 1341/10, Meldg. aus dem Reich, Nr. 381 v. 6. 5. 43, IfZ-Archiv, MA 441/8.

[32] Informationsber. v. 20. 4. 34, BA, ZSg 101/27.

[33] RdSchr. Goebbels v. 24. 4. 34, IfZ-Archiv, Fa 199, S. 89–92.

[34] Zit. Wilmont Haacke, Hdb. des Feuilletons, 3 Bde., Emsdetten 1951f., Bd. 1, S. 154.

[35] Vgl. d. erste programmatische Rede Wilfried Bades, Kulturpolit. Aufgaben der deutschen Presse, Berlin 1933.

[36] Rede Hitlers v. 1. 9. 33, zit. VB v. 3. 9. 33.

[37] Rede Walter Frank v. 15. 9. 34, in: Kämpfende Wissenschaft, Hamburg 1934, S. 30f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kronzeugen. Diejenigen, die dem System ablehnend gegenüberstanden, konnten sich nicht artikulieren oder zogen es vor zu schweigen. Karl Kraus, dem Sprachartisten und brillanten Kritiker verschlug es bei der „Gleichschaltung von Untergang und Aufbruch" die Sprache. Erst im Juli 1934 ließ er resigniert bekennend von sich hören: „Zum großen Aufbruch der Hölle versagt mit leidenschaftlicher Feigheit der, dessen Werk vergebens getan war: den Teufel an die Wand zu malen."[38] An moralischen Verurteilungen der intellektuellen Selbstaufgabe fehlte es nicht, u. a. schrieb Thomas Mann in seinem Tagebuch von dem „unvergeßlichen und für die Ehre des deutschen Geistes tödlichen Versagen"[39] und Walter Muschg sah in ihm den Beweis für die Morschheit unserer modernen Kultur, ihre Vertreter hätten sonst den Triumph des Ungeistes verhindern müssen[40].

Ohne hemmende, aber auch ohne fördernde öffentliche Kritik – so schien es – konnten die Nationalsozialisten darangehen, ein Kulturprogramm nach ihren Vorstellungen zu realisieren, soweit nicht die Umgefallenen weiterhin ihre Maßstäbe setzten.

Der eklektische Charakter nationalsozialistischer Weltanschauung und Kunsttheorie steht außer Zweifel, wenn auch die Nationalsozialisten sich sehr bemühten, ihren zahlreichen geistigen Wegbereitern Einfluß und Bedeutung streitig zu machen. Selbst Moeller van den Bruck, dessen Werk „Das Dritte Reich" von Goebbels noch 1933 als ideologisch bedeutungsvoll für die NSDAP apostrophiert worden war, wurde drei Jahre darauf als geistiger Vater des Nationalsozialismus abgelehnt[41]. Der spezifisch nationalsozialistische Beitrag zu einer die Ideen Vieler[42],

---

[38] Die Fackel, Ende Juli 1934. Kraus' große Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die „Dritte Walpurgisnacht", war bereits im Druck, als er sie zurückziehen ließ. Sie erschien posthum 1952. Raddatz nennt dieses Buch eine „intellektuelle Bankrotterklärung". Fritz J. Raddatz, Verwerfungen, Frankfurt 1972, S. 39.

[39] Thomas Mann, Leiden an Deutschland, Tagebuchblätter aus den Jahren 1933 u. 34, Los Angeles 1946, S. 108.

[40] Muschg sieht in dem Versagen der Kunst in diesem historischen Augenblick das entscheidende Ereignis unserer Zeit, Walter Muschg, Die Zerstörung der deutschen Literatur, in: Akademie d. Wiss. u. Lit. Jg. 1965, Nr. 2, S. 24.

[41] Im Jahr 1933 schrieb Goebbels: „Ich begrüße die Verbreitung des für die Ideengeschichte der NSDAP bedeutungsvollen Werkes von Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich", zit. Fritz Stern, Kulturpessimismus als polit. Gefahr, Bern 1963, S. 349. Vgl. dazu AdP v. 21. 4. 36, BA, ZSg 101/7: „60. Geburtstag von Moeller van den Bruck, Gedenkartikel können gebracht werden, aber es darf nicht zum Ausdruck kommen, daß Moeller van den Bruck einer der geistigen Väter der Nationalsozialisten ist. Der Nationalsozialismus hat kein Ideengut von Moeller van den Bruck entlehnt, obwohl seine philosophische Einstellung der nationalsozialistischen Idee am nächsten kommt. Diese von höherer Stelle geäußerte Ansicht ist zu berücksichtigen."

[42] Hierzu u. a. Ernst Loewy, Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation, Frankfurt 1966, S. 175ff., Georg Lukàcs, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1955; Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland, 1918–1932, Stuttgart 1950; Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 375ff.; Stern, a. a. O.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem die der völkischen Kulturpessimisten aufsaugenden Kunst- und Kulturauffassung bestand aus zwei Theoremen: Kampf als absolutes Grundprinzip allen kulturellen Lebens und Indienstnahme auch der Kunst und Kultur für das primäre völkisch-rassische Lebensziel. Für die Kultur im allgemeinen und für die Kunst im besonderen sollte dies ‚Umbruch und Erneuerung' bedeuten, was sich aber konkret vor allem im Kampf gegen die ‚jüdisch-liberalistischen Kulturzerstörer der Novemberzeit' äußerte. Eine folgenschwere rassentheoretische Erkenntnis Hitlers war, die Arier als Kulturbegründer und die Juden als Kulturzerstörer anzusehen[43]. Die für Hitlers Kulturtheorie typische Dreiteilung trifft auch auf seine sechs Kulturreden zu. Hitler interpretierte stets das gegenwärtige Kulturleben negativ als Dekadenzerscheinung und Krise. Den Kulturverfall führte er auf das Interesse jüdisch-liberaler Kritikerkreise zurück, durch „wütendes Literatengebell" gegen den „soliden Durchschnitt"[44] die Künstler zur Originalität um jeden Preis zu verführen, auch um den Preis des Rückschritts in die Primitivität und den der Entfremdung vom Volk. Im zweiten Teil seiner programmatischen Kulturreden versuchte Hitler zu beweisen, daß die Kulturkrise einzig und allein durch Rassenkampf zu überwinden sei. Wie auf politischer Ebene so wurde auch auf kultureller die Dynamik der Bewegung auf die Diffamierung und Vernichtung einer machtlosen und deshalb ungefährlichen Minderheit konzentriert. „Ewige Auslesegesetze"[45] nach den Wertungskategorien des Blutes und der Rasse wurden zu den tragenden Grundpfeilern nationalsozialistischer Kulturpolitik. „Weltanschauliche Erneuerung und damit rassische Klärung"[46] würden, so hoffte Hitler, in einer Art ‚Selbstreinigungsprozeß' ganz von selbst zu einem neuen Lebens-, Kultur- und Kunststil führen. Seine Reden schlossen immer mit utopischen Visionen von der Identifikation des Künstlers mit der Volksgemeinschaft. In der wiederanzustrebenden Verbindung von Kunst und Volk unter Ausstoßung der rassisch fremden Elemente sah er das Rezept zur Überwindung des Kulturverfalls aus der Retorte. Die neue Kunst war unter Leugnung alles Häßlichen und Schwachen auf die Darstellung des Gesunden, Starken und Heroischen verpflichtet und hatte die schon früh offiziell proklamierte Aufgabe, die Macht des Staates zu dokumentieren[47].

Ihre Überraschung erlebten die Nationalsozialisten allerdings, als ihre Kunsttheorie in die Praxis umgesetzt wurde. Nach wenigen Ansätzen, traditionelle Formen mit neuen nationalsozialistischen Inhalten zu füllen, man denke an die Modellveranstaltungen der NS-Kulturgemeinde im sogenannten Kunstwinter 1934/35 oder das Thing-Theater[48], mußte sich auch der kulturgläubigste Nationalsozialist

---

[43] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 318ff.

[44] Rede Hitlers v. 8. 9. 37, zit. im Völkischen Beobachter (künftig VB) v. 9. 9. 37.

[45] Rede Hitlers v. 1. 9. 33, zit. VB v. 3. 9. 33.

[46] Ebenda.

[47] Rede Hitlers v. 1929, IfZ-Archiv, Fa 88, Fasz. 54.

[48] S. Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik der Nationalsozialisten, Hamburg 1963, S. 88–106.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eingestehen, daß man in mehr oder weniger mißglückten Versuchen steckenblieb und sich gähnende Langeweile im deutschen Kulturleben auszubreiten begann[49]. Die Diskriminierung und Verbannung vieler Künstler und ihrer Werke machte sich auf erschreckende Weise bemerkbar. An ihre Stelle traten Produkte, die sich durch schöpferische Armseligkeit auszeichneten und allenfalls unter die Genre- oder Trivialkunst fielen. Was nach den Gesetzen von Blut und Boden an Kunst produziert wurde, wird von den Kunsthistorikern heute als klassizistische Nachahmung, hilflose Schönfärberei oder übertriebene Gesinnungsmache beurteilt. Die schlechte Qualität von Erzeugnissen gutwilliger Gesinnungskünstler forderte auch bei Nationalsozialisten Widerspruch und Hohn heraus. Reichskommissar Hans Hinkel nahm kein Blatt vor den Mund, als er im Jahre 1937 über die Lage der Kunst referierte:

> „Auch auf den Bühnen manchen großen Theaters oder gar Staatstheaters spukt es heute ergötzlich von „Blut und Boden", einer Partei-Kunst, die schlecht sein muß und im Interesse der großen Forderungen nach künstlerischer Leistung abgelehnt werden muß. Ganz abgesehen davon, daß dann in solchen übernordischen Stücken Menschentypen erscheinen, bzw. diese Stücke darstellen, die man aus gesundem Instinkt ablehnen muß, auch wenn sie sich noch so nationalsozialistisch geben! Ob es sich dabei um den jetzt berühmt gewordenen Herrn Hintertupfer oder einen anderen neuen Virtuosen handelt. Sie werden alle eines Tages an ihrer eigenen Unehrlichkeit und ihrer sogenannten Gleichschaltung zerfallen und werden sich von ehrlicheren, befähigteren Künstlern ablösen lassen müssen. Diese Ergebnisse der sogenannten Säuberung der Bühnen muß selbst von den schärfsten Parteigängern abgelehnt werden."[50]

Goebbels' wachsende Beunruhigung über die traurige Bilanz nationalsozialistischer Kunstbestrebungen fand ihren Niederschlag in seinen öffentlichen Reden. Im Mai 1933 sah er sich freilich noch in der glücklichen Lage, für die Gestaltung einer ‚stahldurchzitterten, unausgegorenen Romantik'[51] Forderungen an die Künstler zu stellen. Als ob ihn aber schon jetzt bestimmte Ahnungen plagen würden, hob er hervor, daß für eine nationalsozialistische Kunst, die wirklich dem modernen Tempo und Zeitempfinden entsprechen sollte, Gesinnung zwar notwendig sei, aber nicht die Kunst ersetzen könne[52]. Damit schnitt Goebbels ein Thema an, das ihm noch manche Kopfschmerzen bereiten sollte. Nach drei Jahren mußte er sich gegen Exzesse von „Gesinnungs- und Moral-Schnüffeleien" zur Wehr setzen. Schon

---

[49] Dazu Goebbels anläßlich eines Empfanges der Kulturbeauftragten am 17. 10. 41: „Die Bewegung hatte in der Kampfzeit wenig Zeit für kulturelle Aufgaben zur Verfügung. Nach der Machtübernahme erfolgten mehrere mißglückte Versuche, die z. T. mit einem Fiasko endeten u. bei manchem Enttäuschung u. Mißstimmung hervorriefen." IfZ-Archiv, MA 596, S. 401.

[50] Brief Hinkel an Schaub v. 10. 1. 45, IfZ-Archiv, MA 162, Bl. 9954f.

[51] Rede Goebbels' v. 8. 5. 33, zit. Das Deutsche Reich v. 1918 bis heute, hrsg. v. Cuno Horkenbach, Berlin 1935, S. 207.

[52] Rede Goebbels' v. 25. 3. 33, zit. Goebbels-Reden, hrsg. v. Helmut Heiber, Bd. I: 1932–1939, Düsseldorf 1971, S. 95.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war Goethe Mord an Schiller vorgeworfen, Mozart flugs als Freimaurer entlarvt und Wagner wegen seiner vielen jüdischen Interpreten abgelehnt worden, als der Propagandaminister die Zeit für gekommen hielt, Einhalt zu gebieten:

> „Von jetzt ab stehen die großen Deutschen . . . unter dem besonderen Schutz des Staates. Wer sich an ihnen vergreift, dem wird vor Augen geführt werden, mit welcher Schärfe der neue Staat zu strafen weiß." Denn „die Neuzeit seit 1933 hat diesen großen Werken tatsächlich in der Kunst nichts Vergleichbares an die Seite zu setzen"[53].

Dieses Eingeständnis, das so gar nicht den ehrgeizigen nationalsozialistischen Erwartungen entsprechen wollte, klang schon in einer Rede Goebbels' vom Sommer 1935 an. In ihr vertrat er die Auffassung, es wäre besser, „zeitweilig das gute und anerkannte Alte zu pflegen, als sich dem schlechten Neuen zu widmen, nur weil das Neue neu"[54] war. Rückgriff auf altbewährte, allseits hochgeachtete Kulturgrößen war eine der Zauberformeln zur Ablenkung vom eigenen kulturellen Dilemma. Solange sich Goebbels mit Spatzen zufrieden geben mußte, weil die Tauben ins Ausland geflogen waren – um in einem von Goebbels auf die Künstler gemünzten Bild zu bleiben –, mußte er sich mit der Verwaltung künstlerischer Mediokrität bescheiden und seine Hoffnungen auf ein vielleicht noch in der Hitler-Jugend marschierendes Genie setzen[55]. Selten wartete eine auf kulturellem Gebiet so ambitionierte Staatsführung mit so kläglichen Resultaten auf. Benn gab dem Propagandaminister, dem „Tankwart für Lebensinhalt" wie er ihn mit dem Haß eines tief Enttäuschten nannte, den Grund an für das eklatante Scheitern nationalsozialistischer Kunstbemühungen: „Nur plattdrücken, das ist noch keine Formgebung."[56] Goebbels wußte auch nur allzu gut, wie Stephan bezeugt, daß der Künstler ein gewisses Maß an innerer Freiheit benötigt, um kreativ sein zu können, und daß ständiges Hineinreden von Parteikommissionen und Berufsinstitutionen jede künstlerische Initiative erstickt. Die ursprünglich hochgespannten Erneuerungsabsichten erfuhren durch ihre Konfrontation mit der Wirklichkeit eine Reduzierung. Praktiziert wurde, was die Umstände erlaubten: die Pflege des allgemein Anerkannten guter deutscher Tradition. Resignierend schrieb Goebbels: „Der nationalsozialistische Staat hat dem Ehrgeiz entsagt, selbst Kunst machen zu wollen. Er hat sich in weiser Beschränkung damit begnügt, die Kunst zu fördern und see-

---

[53] Die Erklärung, die in der Pressekonferenz v. 17. 10. 36 abgegeben wurde, nahmen die Journalisten mit „großem Jubel u. ehrlichen Herzens" zur Kenntnis. AdP v. 17. 10. 36, BA, ZSg 101/8.

[54] Rede Goebbels' v. 17. 6. 35, zit. Heiber, a. a. O., S. 222, s. a. Rede Hitlers v. 7. 9. 37, zit. VB v. 8. 9. 37: „Wir können kulturell gar nichts Besseres tun, als all das ehrfürchtig zu pflegen, was große Meister der Vergangenheit uns hinterlassen haben."

[55] Rosenberg sah viel später als Goebbels ein, daß ein nationalsozialistisches Epos immer noch fehlte, s. Das polit. Tagebuch Alfred Rosenbergs, hrsg. v. Hans-Günther Seraphim, München 1964, 7. 2. 40, S. 122.

[56] Gottfried Benn, Kunst u. Drittes Reich, geschrieben zw. 23. 10. u. 3. 11. 41, in: Gesammelte Werke, hrsg. v. Dieter Wellershoff, Wiesbaden 1968, Bd. 3, S. 880.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lisch und geistig auf ihre erzieherischen Aufgaben am Volke auszurichten."[57] Die Stagnation auf dem kulturellen Sektor wurde zusätzlich durch die negative Selektion von Künstlern und Wissenschaftlern nach Rassegesichtspunkten, die laut Programm ein Mittel zur Überwindung der fiktiven Krise sein sollte, zementiert. Zeitlich sowie in der Strenge der Ausschließungen griff die NS-Kulturpolitik den Nürnberger Gesetzen vor. Mischlinge, die nach den Nürnberger Gesetzen Reichsbürger werden konnten, galten als der gefährlichste Typ von ‚Kulturzerstörer'[58]. Bücherverbrennung und schwarze Listen trafen schon 1933 eine empfindliche ‚Auslese', die stetig größere Kreise zog. Hinzu kam der Rivalitätskampf zwischen Goebbels und Rosenberg, der nicht wenig dazu beitrug, die Rassensondierung zu radikalisieren[59]. Die Säuberungskampagne gegen die Moderne, gegen alles Häßliche und Jüdische ohne neue für die Kunst so wichtige Impulse, ohne anregenden Austausch mit dem argwöhnenden Ausland, hinterließ schon 1933 nur noch die Reste ehemaliger Kultur umgeben von „ästhetischer Sing-Sing"[60]-Atmosphäre.

III

Von kultureller Sterilität mußte durch geschickte Propaganda abgelenkt, kulturelles Versagen durch Organisation kompensiert werden. In einer solchen Situation lag es nahe, eine Art Auffangorganisation zu schaffen, ein die kulturelle Misere zwar nicht aufhaltendes, so doch verschleierndes Instrument, die Kulturpolitische Pressekonferenz, einzurichten. Zumindest der Schein eines florierenden Kulturbetriebs mußte gewahrt werden, wollte man nicht offen kapitulieren. Von daher erklären sich die Bemühungen, die Kulturpolitische Pressekonferenz mit der Aura eines positiven, kulturfördernden Instrumentes zu umgeben.

Die überwiegenden und im Laufe der Zeit zunehmenden positiven Anweisungen, die Neigung, Negatives zu übergehen oder kurz abzuhandeln, die Eröffnung der Konferenzen durch empfehlende Sprachregelungen, alles deutet darauf hin, daß die Kulturpolitische Pressekonferenz nicht allein als Reglementierungszentrale sondern auch als kulturaufbauendes Hilfsmittel verstanden werden muß. Ausreichend kann die Einrichtung einer eigenen Konferenz für die Kulturpolitik wohl kaum damit erklärt werden, daß eine Lücke im Konferenzsystem zu schließen gewesen sei. Dagegen spricht u. a. die langsame Konsolidierung der Kulturpolitischen Pressekonferenz. Der Grund für ihre Institutionalisierung ist vielmehr darin zu finden, daß mit dieser Konferenz die Kulturpolitik notgedrungen stärker in den Blickpunkt journalistischen Interesses gerückt wurde und somit eine gewisse Aufwertung

---

[57] Artikel Goebbels', in: Das Reich v. 1941, zit. Werner Stephan, Joseph Goebbels, Stuttgart 1949, S. 152.

[58] AdKP v. 13. 8. 36.

[59] S. Bollmus, a. a. O., S. 81.

[60] Benn, a. a. O., S. 879.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfuhr. Gleichzeitig diente dasselbe Instrument dazu, nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche, d.h. mit einer Mischung von Informations- und Befehlsausgabe, die Journalisten und ihre Leserkreise von der tatsächlichen kulturellen Misere abzulenken. Zum anderen eignet sich eine Konferenz im besonderen Maße, einem stagnierenden Feuilletonwesen neuen Auftrieb zu geben, allein durch die aktivierende Wirkung persönlichen Kontaktes[61]. Die Kulturredakteure kamen regelmäßig zusammen, hörten aus kompetentem Munde auch Informationen, die anderen Ohren verschlossen blieben, nicht zu unterschätzende Voraussetzungen, um die für den Pressebetrieb so wichtige Dynamik aufrechtzuerhalten. Der Zwang, die Konferenz besuchen und das Gehörte niederschreiben zu müssen, hielt die Journalisten mehr in Bewegung, als etwa hektographierte Anweisungen, die regelmäßig ins Haus flatterten. Hunderte von ad-hoc-Regelungen täuschten einen dynamischeren Kulturbetrieb vor, was wenige definitive Richtlinien nicht vermocht hätten. Auch mögen die für die Anweisungen Verantwortlichen es vorgezogen haben, die kulturelle Berichterstattung von Fall zu Fall nach den jeweiligen politischen Konstellationen und Erfordernissen zu regeln, statt sich mit grundsätzlichen Direktiven die Hände zu binden und an Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie wieder umgestoßen werden mußten. Ein vollständiger, perfekt ausgearbeiteter Anweisungskatalog, anwendbar und gültig für alle möglichen Vorgänge im kulturellen Bereich hätte den Konferenzbetrieb, wenn auch nicht gänzlich überflüssig gemacht, so doch entscheidend gelähmt, abgesehen davon, daß das Fehlen einer großen Konzeption den Gedanken an einen Richtlinienkatalog gar nicht aufkommen ließ. Von daher erklärt sich auch die auffallende Neigung, die Besprechung von an sich Belanglosem bis ins Detail zu reglementieren.

Der zweifelhafte Wert mancher Informationen ist sicher in dem einen oder anderen Fall darauf zurückzuführen, daß man in den Kriegsjahren aus Mangel an kulturellen Ereignissen auf Lückenfüller angewiesen war. Allerdings dürfte das kein Grund sein, Informationen zu bieten, die schon die Runde durch die Presse gemacht hatten[62]. Man scheute nicht die Mühe, ein Informationsspektakel aufzuführen auch auf die Gefahr hin, daß die Journalisten das Spiel durchschauen würden. Aus Gründen der Dynamik zur künstlichen Erhaltung eines Kulturbetriebs wurde dem Informationsschein mehr Bedeutung beigemessen als dem Informationswert, eine Auffassung, die ihre Verachtung gegenüber Nachrichtenpresse[63] und Journalistenberuf nicht leugnet. Auf der anderen Seite wurde mit einer Vielzahl von Vorträgen und geheimzuhaltenden Mitteilungen dem Informationsbedürfnis der Journalisten in gewisser Weise Rechnung getragen. Besonders vertrauliche Mitteilungen über Anzeichen kulturellen Niedergangs verbunden mit der Gefahr,

---

[61] Welcher Wert dem persönlichen Kontakt auch bei den Tagesparolen beigemessen wurde, zeigen Ausführungen Dr. Otto Dietrichs, s. Sänger-Informationsbrief v. 17. 9. 42, IfZ-Archiv, MA 1341/10.

[62] Zum Beispiel AdKP v. 10. 5. 41.

[63] Ber. v. 24. 11. 36, BA, ZSg 101/29.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß das Ausland Deutschland kulturell überflügeln werde[64], über Differenzen in der Ausbildungsfrage zwischen Reichsmusikkammer und HJ[65] sowie über die Absicht, etwa 20000 Zigeuner im Reichsgau Niederdonau auszurotten[66], lieferten dem Feuilletonisten Mosaiksteine, aus denen er sich ein der Wahrheit näher kommendes Bild nationalsozialistischer Kulturpolitik zusammensetzen konnte als die meisten seiner Mitbürger. Er erfuhr, daß die neu entstandene ‚Niederdeutsche Arbeitsgemeinschaft' eine Gründung für den Papierkorb sei, berichten durfte er darüber nicht[67]. Nach dem Anschluß Österreichs vertraute man den Kulturredakteuren an, daß man in puncto ausländische Gäste für die ersten reichsdeutschen Salzburger Festspiele mit einem blauen Auge wegzukommen gehofft hätte, sich nun aber in großer Sorge befände, weil die Anmeldung von Auslandsbesuchern schlagartig aufgehört hätte. An die Öffentlichkeit durfte davon nichts dringen, und von den Journalisten wurde verlangt, ein ‚Trommelfeuer' für Salzburg zu eröffnen[68]. Frühzeitig erfuhren die Kulturschriftleiter, daß man den Kunstraub auszuweiten gedenke. Nicht nur die durch Versailles, sondern auch die in der napoleonischen Ära verlorengegangenen Werke beabsichtigte man zurückzufordern[69]. Fehlgeschlagene Erziehungsexperimente, z.B. der Versuch, das Publikum zum Kauf erwünschter Bücher hinzuleiten, konnten im Rahmen der Konferenz ruhig eingestanden werden[70]. Sie ist die adäquate Plattform, wo Dinge gesagt werden können, deren schriftliche Fixierung man scheut. Oft waren negative Formulierungen, d.h. Verbote, als positiv zu betrachten, denn sie waren manchmal die einzige Möglichkeit, die Journalisten über etwas zu informieren, was nicht publizierbar war[71]. Man hielt es für recht zweckmäßig, besonders die liberalen Journalisten mit ein paar Interna zu ködern. Zweifellos wurden auch Konzessionen an sie gemacht. Ereignisse, die in den Augen Bürgerlich-Liberaler als kulturelle Schande angesehen werden mußten, wie z.B. die erwähnten Maßnahmen zur Verketzerung der modernen Malerei, wurden entweder ganz übergangen oder nur mit einer knapp formulierten Anweisung gestreift. Es bestand kaum ein anderer Grund für die nationalsozialistische Kulturpolitik wichtige Ereignisse wie die ‚Schließung des Kronprinzenpalais' oder die Ausstellung ‚Entartete Kunst' in der Kulturpolitischen Pressekonferenz zu ignorieren. Getreu dem Grundsatz, subtile, indirekte Steuerungsmethoden den drastisch-spektakulären vorzuziehen, unterließ man es, die Journalisten in eine das öffentliche Femegericht himmelhoch lobende

---

[64] AdKP v. 1. 10. 36.
[65] AdKP v. 5. 11. 36.
[66] AdKP v. 19. 9. 41.
[67] AdKP v. 8. 10. 36.
[68] AdKP v. 1. 7. 38.
[69] AdKP v. 1. 11. 40.
[70] AdKP v. 31. 1. 41.
[71] Ber. Dietrichs, s. Sänger-Informationsbrief v. 17. 9. 42, IfZ-Archiv, MA 1341/10.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die dort angeprangerten ‚Kulturzerstörer' abgrundtief verdammende Berichterstattung einzustimmen. Mehr am Rande klagte man über die unzulängliche Besprechung beider Ausstellungen, der ‚entarteten' und der angeblich vorbildlichen ‚Großen Deutschen Kunstausstellung' in allen Zeitungen[72], und betonte, daß grundsätzlich alle in der Schandausstellung gebrandmarkten Künstler ebenso weiterhin genannt werden durften wie die künstlerisch Schizoiden, die in der einen Ausstellung als vorbildhaft artreines und in der anderen als abschreckend artfremdes Beispiel dienten[73]. Ohne entsprechende Sprachregelung konnte mit einer ‚instinktsicheren' Besprechung wohl kaum gerechnet werden, was man in Kauf nahm. Die Vermutung liegt nahe, daß die Journalisten wie jeder Reichsbürger vorsichtig zur rechten Gesinnung erzogen werden sollten. Nach Goebbels' Meinung durfte der einzelne die erzieherische Umpolung nicht merken, damit er nicht verstimmt wurde[74]. Mit der liberalen Zeitungstradition konnte nicht von heute auf morgen rigoros gebrochen werden, denn viele Journalisten besaßen bei ihrem Leserkreis einen Vertrauenskredit, der den Nationalsozialisten nicht leicht zugänglich war, dem aber ein „bedeutender weltanschaulicher Einsatzwert"[75] zuerkannt wurde. In vielen Fällen erschien es opportun, die Journalisten nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen, sondern deren Vertrauenskapital zu nutzen. Man vermied es, ihnen ausschließlich als Kulturbarbar entgegenzutreten und versuchte, sie zu illusionieren, indem man ihnen nie den letzten Hoffnungsschimmer auf ein später einmal großzügigeres Besprechungswesen nahm. Die Frage, ob bei erfolgreich verwirklichtem Programm die Nationalsozialisten es für notwendig erachtet hätten, Rücksichten wie die eben geschilderten zu nehmen, muß dahingestellt bleiben. Goebbels' Ansicht war, daß den Journalisten nicht zuviel zugemutet werden dürfe, sonst, prophezeite er, gebe sich eines Tages für diesen Beruf niemand mehr her, wenn sie unter aller Würde ‚geschurigelt' würden[76].

Auf der anderen Seite diente die Konferenz dazu, das Feuilleton besser kontrollierbar zu machen und die Journalisten stärker unter Druck zu halten. Verantwortlich zu sein für die korrekte Übermittlung und Befolgung der Sprachregelungen, wirkte sich als stete Pression auf die Journalisten aus. Durch den direkten Kontakt mit ihnen, schien ihre gefügige Dienstleistung gesichert.

Das ganze Motivbündel, das die Einrichtung von Kulturpolitischen Pressekonferenzen initiierte, war bestimmt von der Absicht, ihre gescheiterten Kulturintentionen zu übertünchen und fehlendes organisches Kulturleben durch hektischen Kulturbetrieb zu ersetzen. Dem Umstand, daß die erste Kulturpolitische Pressekonferenz kurz vor den Olympischen Spielen stattfand, mag eine gewisse Bedeu-

[72] AdKP v. 29. 7. 37.

[73] AdKP v. 19. 8. 37, Lud.-Korr. v. 19. 8. 37, IfZ-Archiv, o. Sign.

[74] Rede Goebbels' v. 15. 2. 41, zit. Gerd Albrecht, Nationalsozialistische Filmpolitik, Stuttgart 1969, S. 468.

[75] Reichszeitschriftenkonferenz v. 25. 10. 37, Lud.-Korr., IfZ-Archiv, o. Sign.

[76] Tagebücher aus den Jahren 1942–43 mit anderen Dokumenten, hrsg. v. Louis Lochner, Zürich 1948, 14. 4. 43, S. 297.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung zugekommen sein. Bot sich den Nationalsozialisten zur Olympiade doch die Möglichkeit, ihren beträchtlichen Nachholbedarf an Prestige zu befriedigen und den mit Argwohn auf das deutsche Kulturleben blickenden Ausländern Sand in die Augen zu streuen und ihnen einen intakten Kulturbetrieb vorzugaukeln. Dazu schien es notwendig, die Kulturpresse durch eine weitere formale kulturpolitische Kontrolle noch stärker in den Griff zu bekommen. 1936 konnte die nationalsozialistische Führerschicht mit ihrem Reich zufrieden sein. Innenpolitisch stabilisiert, wirtschaftlich saniert, gewann es auch im Ausland an Ansehen. Aber die kulturelle Situation mußte Anlaß zur Besorgnis geben. Goebbels legte darum gesteigerten Wert auf die Komplettierung des kulturpolitischen Organisationsapparates und dessen reibungsloses Funktionieren, u.a. gliederte er die NS-Kulturgemeinde, Rosenbergs kulturpolitische Machtzentrale, der Reichskulturkammer rechtlich ein.

In seiner Kulturrede von 1936 erklärte Hitler die bisherige Phase ‚bolschewistischer Kunstvernarrung' für abgeschlossen, die Vergangenheit für überwunden. Zum letztenmal blies er zum Säuberungsgefecht gegen die übriggebliebenen Elemente[77]. Den Auftakt für die neue Periode gab die als Anregungs- sowie Kontrollmittel konzipierte Kulturpolitische Konferenz.

IV

Der ambivalente Charakter der Kulturpolitischen Pressekonferenz, Förderung und Hemmung der Kulturpresse und des von ihr rezensierten Kulturbetriebes, zeigte sich bald nach ihrem Einsetzen in der Behandlung des Kritikverbots. Totalitäre Regime, die auf eine einheitliche Meinungslenkung abzielen, müssen eo ipso kritikfeindlich sein. Kritik, wie sie die Völkischen und die Nationalsozialisten verstanden, war in ihrer Funktion weit entfernt von Kritik im Sinne eines weltanschaulichen und künstlerischen Pluralismus. Kritik diente ihnen vor 1933 ausschließlich zu Diffamierungszwecken gegenüber ihren geistigen Gegnern. Die sich mit der Etablierung des Dritten Reiches eröffnenden Möglichkeiten, Denk-Gegner aller Couleur mundtot zu machen, entkleidete die Kritik ihrer früheren Aufgabe und stellte ihre Daseinsberechtigung bald in Frage. Nach mehrjährigem Zögern, gelegentlichen Androhungen[78], der Ankündigung vom 1. 5. 1936 und der teilweisen Verwirklichung in der Form des Nachtkritikverbots am 12. 5. 1936[79] erging konsequenterweise am 27. 11. der Erlaß zum generellen Verbot jeder Kunstkritik, auch ‚Erlaß zur Neuformung des deutschen Kulturlebens' genannt. Mochte manchen Journalisten die Abschaffung der Nachtkritik, bei der aus Zeitmangel allzu oft ein vorschnelles Urteil gefällt wurde, eher gerechtfertigt als besorgniserregend erschienen sein, der darauffolgende Schritt hätte ihnen klarmachen müssen, daß

[77] Rede Hitlers v. 9. 9. 36, zit. VB v. 10. 9. 36.

[78] Zur Chronologie der Verbotsandeutungen s. Strothmann, a.a.O., S. 272ff.

[79] Anweisung 421 v. 12. 5. 36, BA, ZSg 101/7 u. AdP v. 12. u. 13. 5. 36, IfZ-Archiv, MA 1341/1.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nun die Phase journalistischer Tätigkeit auf den Resten einer freiheitlichen Basis endgültig vorüber war.

Vorläufer für eine Ablösung der Kunstkritik durch die Kunstbetrachtung sind schon aus früheren kulturpolitischen Anweisungen zu entnehmen. Man begrüßte zwar Freimütigkeit in der Besprechung, verlangte aber, jede persönliche Kritik zu meiden[80], die weltanschauliche Wertung nicht zu vergessen[81] und nicht herabreißend, sondern aufbauend zu sein[82]. Auffallend ist der vorläufige Charakter der Anordnungen zum Kritikverbot, und daß sich ihre Herausgabe auf mehrere Tage erstreckte. Am 28. 11. 1936 wurde auf der politischen Pressekonferenz folgendes verkündet: 1. Jede Besprechung mußte ab sofort mit vollem Namen gezeichnet sein. 2. Die Anweisung bezog sich auf sämtliche Zweige der Kulturkritik, ausgenommen der Fachbücher, für die noch gesonderte Regelungen zu erwarten waren. 3. Der Übergang von der eigentlichen Kritik zur Kunstwürdigung hatte mit sofortiger Wirkung zu geschehen. 4. Für die noch nicht dreißigjährigen Kritiker, die als zu jung für diese Arbeit angesehen wurden, sollten Übergangsbestimmungen erfolgen, wonach sie noch bis zum 1. 4. 1937 ihrer Tätigkeit nachgehen durften. Die am nächsten Tag erschienenen Literaturbeilagen der Sonntagsblätter konnten zum letztenmal kritisieren, weil die Literaturseiten wie üblich schon im Laufe der Woche zusammengestellt worden waren und nicht unter das Verbot fielen[83]. Das Goebbels-Verbot warf eine Reihe ungeklärter Fragen auf, was mit der Versicherung, das Propagandaministerium werde mit den Vertretern in der Pressekonferenz „laufend von Fall zu Fall die Probleme durchsprechen und für weitere Durchführungsbestimmungen Sorge tragen"[84], quittiert wurde.

Am folgenden Montag machte Ministerialrat Alfred-Ingemar Berndt zusätzliche Ausführungen, die als vorläufige Richtlinien zu gelten hatten: 1. Die unter dreißigjährigen Kunstschriftleiter konnten nun bei entsprechendem Nachweis ihrer Zuverlässigkeit mit einer Sondergenehmigung des Propagandaministers – sie wurden sozusagen zu „Ehren-Dreißigjährigen" ernannt – weiterhin als Kunstbetrachter tätig sein. 2. Buchbesprechungen waren vorläufig von dem Kritikverbot ausgenommen. Für sie würden besondere Regelungen getroffen werden. 3. Um das Feuilleton interessanter zu gestalten als bisher, sollte auf Vorbesprechungen größerer Wert gelegt werden. Aus diesem Grund wies die Reichskulturkammer alle Künstler an, die Kunstschriftleiter den Entstehungsprozeß ihrer Werke verfolgen zu lassen. 4. Wollte ein Kunstschriftleiter ein Werk aus nationalsozialistischen Bedenken ablehnen, so mußte er sich erst bei der Pressestelle der Reichskulturkammer das offizielle Urteil verschaffen. Erst wenn dieses negativ ausgefallen war, durfte der Kunstschriftleiter negative Kritik üben[85].

[80] AdKP v. 20. 8. 36.
[81] AdKP v. 24. 9. 36.
[82] AdKP v. 3. 9. 36.
[83] AdP v. 28. 11. 36, IfZ-Archiv, MA 1341/1.
[84] AdP v. 28. 11. 36, BA, ZSg 101/8.
[85] AdP v. 30. 11. 36, IfZ-Archiv, MA 1341/1 u. AdP v. 30. 11. 36, BA, ZSg 101/8.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zum Teil wiederholt, aber auch ergänzt wurden die Richtlinien in der Kulturpolitischen Pressekonferenz vom 3. 12. 1936[86]. Das Kritik-Monopol besaßen künftig die NSDAP und das Reich. Die von den aufsichtsführenden staatlichen und berufsständischen Organen einmal für gut befundenen Werke bedurften keiner ablehnenden Kritik. Der Grundsatz, der eine korrekte Kunstbetrachtung garantierte, lautete: „Die Presse hat lediglich in mehr oder weniger warmen Tönen die Kunstdarbietung oder das Kunstwerk zu fördern und zu beschreiben. Eine bejahende Kritik ist nach wie vor auf allen Gebieten erlaubt und erwünscht."[87] Den Abschluß des Kritik-Erlasses bildeten Regelungen zur Buchrezension. Auch sie mußte von jetzt an mit dem vollen Namen gezeichnet werden. Nicht unter das Verbot fielen politisches, wissenschaftliches und fachliches Schrifttum. Hervorgehoben wurde, daß nicht etwa Reportagen die bisherige Kritik ersetzen dürften. Inhalt und Gehalt des Buches sollten referiert und der politische Sinn erläutert werden[88]. Schriften junger Autoren wurden zur stärkeren Beachtung empfohlen. Die Besprechung von mittelmäßigen Büchern sollte möglichst eingeschränkt werden. Welche Schriften unter diese Rubrik fielen, würde ausschließlich auf den Kulturpolitischen Pressekonferenzen bekanntgegeben werden. Eine Verurteilung durfte selbstverständlich nur nach vorher eingeholter Zustimmung des Propagandaministeriums erfolgen.

Ein auf den ersten Blick seltsam anmutendes Zugeständnis wurde der Fachpresse eingeräumt. Ihre Besprechungen durften „eingehender und kritischer" sein. Sie konnte Informationen bringen, die der übrigen Presse nicht erlaubt waren, z. B. die, daß die Kriegswirtschaftsordnung vom 12. 10. 1939 etwas gelockert wurde, um die Künstlergagen erhöhen zu können[89]. Laut streng vertraulicher Anweisung vom 21. 6. 1940 bestand trotz des Hitler-Stalin-Paktes ein Besprechungsverbot für russische Literatur mit Ausnahme der klassischen[90]. Für die fachwissenschaftliche Forschung und ihre Organe galt das Verbot nicht. Was Experten und Gebildete im Rahmen ihrer Fachorgane als relativ liberale Ansätze eingeschätzt haben mochten, war in Wahrheit das letzte Reservat verhältnismäßig offener Kritik. Den Fachblättern eine gewisse Narrenfreiheit zu konzedieren, war wegen ihrer geringen Auflage kein großes Risiko, und Einfluß oder Macht der Intellektuellen sowie der Fachleute veranschlagten die Nationalsozialisten nicht sehr hoch. Ihnen eine Art Gnadenbrot der Kritik zu gewähren, konnte ihrer Ansicht nach kaum schaden.

---

[86] AdKP v. 3. 12. 36.

[87] Ber. v. 2. 12. 36, BA, ZSg 101/29.

[88] „Jeder Kunstschriftleiter möge sich vor Augen halten, daß er nicht für das Theater, den Autor oder das Premierenpublikum schreibe, sondern für die Masse derer, die bisher das Theater, den Film oder das Buch nicht kennen." Ber. v. 3. 12. 36, BA, ZSg 101/3.

[89] AdKP v. 26. 7. 40.

[90] Zu den sich aus dem problematischen Verhältnis zur UdSSR ergebenden Schwierigkeiten für die nationalsozialistische Kulturpolitik s. bes. AdKP v. 27. 8. 36, 3. 9. 36, 19. 10. 39, 9. 2. 40, 8. 3. 40, 21. 6. 40, 25. 10. 40, 20. 6. 41, 18. 7. 41, 10. 10. 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die Tages- und Zeitschriftenpresse war offenes Kritisieren unmöglich geworden und so versuchte sie es in einigen Fällen mit Kritik zwischen den Zeilen, was auch bald ausdrücklich untersagt wurde[91]. Dessenungeachtet fanden sich immer wieder Anlässe, versteckte Kritik zu rügen. Ein Satz wie: „über den künstlerischen Wert des Lebenswerkes dieses Mannes wird die Aufführung Aufschluß geben"[92], war ebenso maskierter Aufsässigkeit verdächtig wie die Bemerkung: „Das Publikum der NS-Kulturgemeinde fühlte sich zum Beifall verpflichtet."[93] Auch die Gepflogenheit, viele Zeilen auf die Ablehnung ‚morbider und komplizierter' Werke zu verwenden, wurde als indirekte Kritik am offiziellen Kunstgeschmack erkannt und gerügt[94]. Es handelte sich dabei aber nur um die Ausnahmen, die die Regel bestätigten, daß der Kritikerlaß von den Journalisten eingehalten wurde. Zu überzeugen und zum Nachdenken anzuregen, gehörte nicht mehr zu ihren Aufgaben, hatten sie doch nun für eine neue Zielgruppe, die ‚Gutwilligen', zu schreiben[95]. Wie eng ihr Handlungsraum geworden war, beleuchtet ein ‚heißer Tip' aus dem Jahr 1940:

> „Durch eine Mitteilung des Theaterdirektors Paul Rose wurde auf eine 82jährige Frau Franziska Zennin aufmerksam gemacht, die seit 25 Jahren im Rose-Theater Garderobiere sei. Man könne von ihr gewiß ein interessantes Stück volkstümlicher Theatergeschichte erfahren. Herr Dr. Bade unterstützt diesen Hinweis, dieser Fall sei gewiß eine gute Gelegenheit zur Reporterjagd."[96]

Entweder wirkte sich der auf ein Minimum reduzierte Spielraum journalistischer Initiative so lähmend aus oder ehrliche Zustimmung zum Verbot veranlaßte die meisten Journalisten, jeglicher Kritik zu entsagen. Das ging so weit, daß der Konferenzleiter Vossler sich gezwungen sah, die Schriftleiter aufzufordern, „in den Konferenzen Fragen zu stellen . . . und Kritik zu üben"[97]. Sein Vorgänger, Konferenzleiter Koerber, warf ihnen sogar mangelnde Zivilcourage und Feigheit vor[98]. Die Pervertierung des Bewußtseins war so weit gediehen, daß die Nationalsozialisten von den Journalisten, die ja von Berufs wegen zu den Gralshütern der Kritik zählen, kritisches Verhalten fordern mußten. Die Auffassung von Kritik als etwas Zersetzendem, Dekadentem muß auch unter den Journalisten verbreitet gewesen sein. Ihr stand die Auffassung von der Erhabenheit der Kultur, die der Erbauung zu dienen habe, gegenüber, woraus folgt, daß nicht geduldet werden konnte, Kulturwerte in den Schmutz der Kritik zu ziehen. Möglicherweise kam dem Kritik-

---

[91] AdKP v. 10. 12. 36, BA, ZSg 101/8.
[92] AdKP v. 11. 2. 37.
[93] AdKP v. 14. 1. 37.
[94] AdKP v. 11. 3. 37.
[95] AdKP v. 11. 3. 37.
[96] AdKP v. 6. 9. 40.
[97] AdKP v. 26. 8. 37.
[98] AdKP v. 15. 4. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erlaß gar nicht die einschneidende Bedeutung zu, die man ihm vom liberalen Standort gern zuordnen möchte. Die Verkündung des Erlasses auf der Allgemeinen Pressekonferenz stieß zwar auf Gelächter und in der anschließenden „Unterhaltung" mit dem Sprecher ‚auf Hohn und Spott'[99], ausgewirkt hat sich diese Einstellung aber wenig. Als Journalist konnte man das Kritikverbot wohl nur widerspruchslos hinnehmen, wenn man wenigstens teilweise von seiner „Berechtigung" überzeugt war und sich positiv-pädagogische Wirkung von ihm versprach. Die Massen können nicht durch bewußtseinsschärfende Negativ-Kritik zum rechten Erkennen der Kulturwerte erzogen werden. Ihnen muß eine heile, schöne Welt dargeboten werden, zu der es sich einfach ja sagen läßt. Das Bild von der Presselandschaft im Dritten Reich erfährt eine Fälschung, wenn vorzugsweise Zeitungen oder Zeitschriften wie die ‚Frankfurter Zeitung' oder die ‚Deutsche Rundschau' und deren Methoden publizistischen Widerstandes untersucht werden. In dieses Bild gehört auch, daß sich viele Kunstschriftleiter als Kunsterzieher verstanden, deren subjektiv-banausischer Erziehungswille besonders in der Provinzpresse wucherte. Unter der „Meute von gigantischen Weltverbesserern"[100] befanden sich nicht wenig Journalisten, die glaubten, auf Kritik verzichten zu sollen.

V

So unpopulär, wie man gern annehmen möchte, waren weder Kritikverbot noch Säuberungsmaßnahmen. Die Auslesepolitik unter rassischem Aspekt wurde auch nach 1936 fortgeführt. Bei aller Bedeutung des Jahres 1936 als Wende in den kulturpolitischen Zielvorstellungen, einen kulturellen Säuberungsstopp brachte es nicht. Die spektakuläre Bücherverbrennung und die ersten Schreckenskammern aus dem Jahr 1933 erwiesen sich als Spitze eines Eisberges, der mit wachsender Radikalisierung, bedingt durch die Manöver zur Ablenkung von der eigenen blamablen Kulturmisere, mit den Jahren immer sichtbarer wurde und in der Schandausstellung ‚Entartete Kunst' seine vollen Ausmaße zeigte. Nach der Resonanz zu schließen, benötigte die Diffamierung der modernen bildenden Kunst keine staatsjournalistische Hebammenhilfe. ‚Empörte' Massen strömten – bis zu 20000 pro Tag – in die Ausstellung und Hitler buchte die Tatsache als Beweis für die Richtigkeit seines eingeschlagenen kulturpolitischen Weges[101]. Propagandistische Saat geht nur da auf, wo der Boden entsprechend vorbereitet ist. Auch mit der Verketzerung von Liberalismus und Moderne und den rigorosen Säuberungswellen kamen die

---

[99] Brief Sänger an Verf. v. 15. 9. 73.

[100] Wilhelm Alff, Kunstreaktion – Kunstraub – Kunstterror, Die nationalsozialistische Kunstpolitik, in: Freiheit u. Recht, Jg. 11, Juli 1965, Nr. 7, S. 29.

[101] „Fragen Sie doch die Massen, die abwechselnd in die ‚Entartete Kunst' und in die Ausstellung der Deutschen Kunst hineingehen. Fragen Sie diese gesunden Menschen, und Sie werden eine eindeutige Antwort bekommen." Rede Hitlers v. 7. 9. 37, zit. VB v. 8. 9. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalsozialisten nur geheimen Bedürfnissen in breiten Bevölkerungsschichten entgegen, die alles dankbar aufsaugten, was sie in ihren Illusionen und Ressentiments bestärkte. Die Nationalsozialisten setzten, getragen von einer populären Grundströmung im Volke, die Selektion von Künstlern und ihren Werken fort.

Neben den seit 1933 periodisch und nichtperiodisch erschienenen Verbots- und Empfehlungslisten[102] wurden auch auf der Kulturpolitischen Pressekonferenz Anweisungen zur Förderung oder zum Verschweigen ausgegeben, die teilweise Grad und Grund der Unerwünschtheit mitliefern. In der Regel galten drei Kategorien der Ablehnung: Rasse, Emigration und politische Gesinnung. Unter die erste Sparte fiel z. B. der Schriftsteller Essat Bey. Seine Bücher wurden beschlagnahmt und sein Name durfte in der Presse nicht mehr erwähnt werden[103]. Volljuden, jüdische Mischlinge oder jüdisch Versippte wurden aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen und durften nicht mehr in der Presse genannt werden[104]. Werke von Emigranten existierten für die deutsche Presse nicht, z. B. die Bücher der schon 1933 nach Paris emigrierten Schriftstellerin Annette Kolb[105] oder die Kompositionen des nach den USA ausgewanderten Robert Stolz, der sich noch dazu erdreistet hatte, den Nationalsozialismus zu beschimpfen[106]. Ihm wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt und sein Vermögen beschlagnahmt[107]. Als der „freimaurerisch verseuchte" Tänzer und Tanzpädagoge Rudolf von Laban[108] (L. v. Váralya), der die Grundlagen des modernen freien Kunsttanzes geschaffen hatte, Deutschland im Jahre 1933 verließ, erklärte die Reichstheaterkammer:

> „daß nach ihrer Auffassung Rudolf Laban seine Mission in Deutschland schon zu Ende der zwanziger Jahre erfüllt habe. Seine Kunst sei heute nicht mehr zeitgemäß, und alle Fragen in dieser Richtung dürften für die Presse erledigt sein. Auf jeden Fall sei es unerwünscht und nicht statthaft, ein ‚Problem Laban' zu diskutieren. Leider sei dies wiederholt versucht worden. Man müsse solche Versuche künftig als Querschießerei betrachten. Laban habe seinen Wohnsitz nach Paris verlegt und zwar ohne jede deutsche Mitwirkung und selbstverständlich ohne einen deutschen Auftrag."[109]

---

[102] S. Strothmann, a. a. O., S. 217–258.

[103] AdKP v. 12. 11. 36. Das ist mit der Auffassung von Dietrich Aigner, kein jüdischer Autor sei vor Kriegsbeginn wegen seiner jüdischen Abstammung indiziert worden, nicht in Einklang zu bringen. Vgl. Dietrich Aigner, Die Indizierung „schädlichen und unerwünschten Schrifttums" im Dritten Reich, Börsenblatt f. d. dt. Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 52 v. 30. 6. 70, S. 1464.

[104] Beispiele s. AdKP v. 28. 1. 37, 18. 2. 37, 15. 10. 38, 3. 11. 38, 29. 9. 38, 9. 3. 38, 8. 6. 39, 27. 4. 39.

[105] AdKP v. 1. 9. 38.

[106] AdKP v. 2. 5. 41.

[107] AdKP v. 19. 12. 41.

[108] AdKP v. 26. 8. 37.

[109] AdKP v. 3. 3. 38.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politische Eigenwilligkeit eines Künstlers wurde so übelgenommen, daß man nicht nur befahl, ihn totzuschweigen, sondern auch seine Kunst als überholt herunterriß. Als die Wiener ‚Südkorrespondenz Schäfer' Labans 60. Geburtstag erwähnte, wurde sie geschlossen[110]. Der Katalog von Maßnahmen gegen politisch anpassungsunwillige Künstler erstreckte sich von der Nichtbeachtung in der Presse, über Rezensions- und Veröffentlichungsverbote bis zum Ausschluß aus der Berufskammer, was einem Berufsverbot gleichkam. Als der österreichische Professor Victor Franz Hess 1936 die Hälfte des Nobelpreises für Physik erhalten hatte, erging die Anweisung, daß der Name dieses heftigen nationalsozialistischen Gegners auf keinen Fall in der deutschen Presse erscheinen dürfe[111]. Es war verboten, etwas von dem Schriftsteller Gerhart Pohl, einem Freund Gerhart Hauptmanns, zu veröffentlichen, weil er wegen mehrjähriger „kulturbolschewistischer Betätigung" aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen worden war[112]. Kurzgeschichten von Hasse Zetterström waren keiner Publikation mehr würdig, denn er hatte sich, wie es wörtlich hieß, „gegenüber Deutschland und dem Führer schlecht benommen"[113]. Auch ausländische Schriftsteller wurden wegen ihrer politischen Haltung boykottiert, z.B. Pearl S. Buck, weil sie sich an typisch antideutschen Aktionen wie Sammlungen für Juden und Emigranten beteiligt hatte[114].

Rasseideologische und gesinnungsmäßige Unduldsamkeit dezimierte das deutsche Talent-Reservoir so entscheidend, daß die Übriggebliebenen zum Ausgleich entsprechend protegiert werden mußten, allen voran Richard Strauß[115] und Elly Ney[116], deren Geburtstage „sozusagen als Partei- und Reichspropagandaamtliche Kundgebung" gefeiert wurden[117], oder Adolf Bartels, der eine hypertrophe Aufwertung erfuhr durch die Anweisung, sein Geburtstag und der von Gerhart Hauptmann seien nach Rahmen und Umfang gleich zu behandeln[118].

Nicht selten sind Ausnahmefälle von Künstlern, die nationalsozialistischen Anforderungen nicht entsprachen und trotzdem weiterarbeiten konnten, ja sogar gefördert wurden. Im Gegensatz zu Rosenberg war sich Goebbels der Gefahr bewußt, daß allzu drakonische Auslesen dem Dilettantismus noch mehr Raum gäben. Er neigte dazu, hin und wieder Künstler durch die Maschen des Rasse- und Gesinnungsnetzes schlüpfen zu lassen, wenn ihre Namen für propagandistische Zwecke nützlich waren. Seine Bemühungen jenseits aller nationalsozialistischen Auslese-

---

[110] AdKP v. 5. 1. 40. Nachdem die Korrespondenz in andere Hände übergewechselt war, durfte sie wieder benutzt werden. AdKP v. 9. 2. 40.

[111] AdKP v. 10. 12. 36.

[112] AdKP v. 20. 5. 37.

[113] AdKP v. 10. 11. 39.

[114] AdKP v. 2. 2. 39.

[115] AdKP v. 25. 5. 39.

[116] AdKP v. 10. 9. 42, 25. 9. 42.

[117] AdKP v. 10. 9. 42.

[118] AdKP v. 25. 9. 42.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kriterien um Wilhelm Furtwängler und Thomas Mann – einmal mit und einmal ohne Erfolg – sind bekannt. Eine einzige Unterredung Goebbels' mit Ernst Wiechert bewirkte, daß die erst vierzehn Tage alte Anweisung, den ehemaligen KZ-Häftling wegen schwerer Angriffe auf den Staat nicht mehr zu besprechen und aus der Kammer auszuschließen, zurückgezogen wurde[119]. Für Goebbels' mehr oder weniger geschicktes Taktieren, wenn es galt, die Beliebtheit eines an sich abzulehnenden Künstlers nationalsozialistisher Propaganda dienstbar zu machen, findet sich in den Kulturpolitischen Pressekonferenzen eine Reihe von Beispielen. Mit einer glatten Nachrichtenfälschung nahm man den Angriffen auf die Ausländerin Lilian Harvey die Spitze. Eins ihrer Interviews mit antideutscher Tendenz wurde einfach als erwiesene Fälschung hingestellt und ihr Geburtsort Hornsey bei London kurzerhand nach Magdeburg verlegt[120]. Als die Filmschauspielerin nach Kriegsausbruch wegen ihrer englischen Staatsbürgerschaft nicht mehr gehalten werden konnte und Deutschland verlassen mußte, durfte über ihre Ausbürgerung, solange ihre Filme liefen, also bis März 1943, nicht berichtet werden[121]. Walter Gropius, den die Nationalsozialisten wie die gesamte Bauhaus-Architektur ablehnten, bekam von der Harvard-Universität einen Lehrstuhl angeboten, ein auch sein deutsches Vaterland ehrender Antrag. Nun waren die Nationalsozialisten gern bereit zu übersehen, daß Gropius sich schon seit 1935 im Ausland befand – aus dem er übrigens auch nie wieder zurückkehrte – und erließen folgende Sprachregelung:

> „An sich sei es ja zu begrüßen, daß ein Deutscher – und Gropius sei noch Staatsangehöriger – einen solchen Ruf bekomme; dieser Eindruck soll nicht durch ablehnende Kommentare zerstört werden."[122]

Ausländische Schriftsteller, die nationalsozialistischen Vorstellungen nahekamen, wurden vor allem nach Kriegsausbruch immer rarer, so daß man bereit war, die wenigen auch mit Konzessionen zu halten. Die Äußerungen von Sigrid Undset ließen die Nationalsozialisten z. B. wiederholt an ein Verbot ihrer zweiundzwanzig auf dem deutschen Büchermarkt erschienenen Bücher denken. Da die Nobelpreisträgerin aber einen Beitrag an das WHW gestiftet hatte, drückten sie ein Auge zu und setzten den Beschluß aus, ein Kompromiß, den sie bald bereuen sollten. Die norwegische Schriftstellerin forderte ihre Landsleute auf, alle Deutschen mit der Hundepeitsche aus Norwegen zu vertreiben. Das Verbot ihres Gesamtwerkes wurde sofort nachgeholt, allerdings nicht per Gesetz, um der Welt nicht das Verbot über den Reichsanzeiger bekanntgeben zu müssen. Verbot und Verhalten der Dichterin mußte die Presse selbstverständlich verschweigen[123]. Rücksichten gegenüber dem

---

[119] AdKP v. 1. 9. 38 u. 15. 9. 38.
[120] AdKP v. 13. 8. 36 u. Anw. 1434 v. 5. 7. 35, BA, ZSg 101/6.
[121] AdKP v. 9. 2. 42.
[122] AdKP v. 7. 1. 37.
[123] AdKP v. 26. 4. 40.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausland garantierte das Auftreten des Kabaretts der Komiker in Berlin, obwohl es „personell nicht in Ordnung" war. Es durfte, wenn auch nur mit „gedämpftem Trommelklang", sogar darüber berichtet werden. „Totmachen oder totschweigen" konnte man es, wie ausdrücklich betont wurde, aus Prestigegründen gegenüber dem Ausland nicht. Aber man versprach, es langsam von den letzten jüdischen Elementen zu säubern[124]. Eine Sonderstellung nahmen ebenfalls der berühmte polnische Sänger Jan Kiepura, der sich 1939 stark für die Selbständigkeit seines Vaterlandes einsetzte, und seine ungarische Frau Martha Eggert ein. Reichskommissar Hinkel mußte sich sogar von Konferenzteilnehmern belehren lassen, daß sowohl Kiepuras Abstammung – er war der Sohn eines jüdischen Bäckermeisters aus Sosnowitz – als auch seine feindliche Haltung gegenüber Deutschland sehr bedenklich seien. Hinkel antwortete darauf ausweichend, „daß man das alles wohl wisse. Aber hier liege ein politisches Problem vor und man müsse eben im Einzelfall von selbst den Takt aufbringen, der notwendig sei. Ähnliches könne er übrigens zugleich von Martha Eggert sagen"[125]. Jahre später, im Februar 1941, wurden die Filme der Schauspielerin aus dem Verkehr gezogen mit der Begründung, daß sie die Frau von Kiepura sei[126]. Interpreten, die beim Volk schneller in Vergessenheit geraten als z. B. Dichter, wurden eher Zugeständnisse gemacht, so auch der Tänzerin Palucca. Sie erfreute sich so großer Beliebtheit, daß es ihr, obwohl sie bekanntermaßen Halbjüdin war[127] und Hitler ihren Tanz als ‚Rumhopserei' verurteilte[128], gelang, das ganze Dritte Reich zu durchtanzen. Immer wieder sah sich der Konferenzleiter veranlaßt, die begeisterte Berichterstattung über sie zu dämpfen[129]. Man setzte eine Seite für die Besprechung als Norm und drohte bei Verstößen Verfahren gegen die Schriftleiter an[130]. Die Palucca besaß eine Sondergenehmigung und, wie zur Entschuldigung wurde hinzugefügt, auch einen Vertrag mit der NS-Kulturgemeinde, der diese verpflichtete, das Auftreten der Tänzerin zu unterstützen[131]. Der fadenscheinige Vorwand eines Vertrages darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nationalsozialisten wahrscheinlich gern auf die Halbjüdin verzichtet hätten, wenn sie sich das hätten leisten können. Arischer Ersatz war für die später mit der Becher-Medaille und dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnete Künstlerin aber nun einmal nicht vorhanden. Überhaupt wären wohl Kompromisse wie die letztgenannten kaum geschlossen worden, wenn sie nicht von Talentmangel und Nachwuchsproblemen diktiert worden wären.

---

[124] AdKP v. 11. 2. 37.
[125] AdKP v. 21. 1. 37.
[126] AdKP v. 7. 2. 41.
[127] AdKP v. 11. 2. 37 u. 20. 1. 38.
[128] Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1952, 25. 3. 42, S. 386.
[129] AdKP v. 29. 10. 36, 28. 1. 37, 28. 10. 37, 20. 1. 38, 10. 11. 39.
[130] AdKP v. 14. 11. 41.
[131] AdKP v. 11. 2. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generell wurden die Journalisten angehalten, den Kampf gegen das Judentum auch auf den Kulturseiten auszutragen. Jede Meldung mußte daraufhin geprüft werden, ob nicht ein „Zungenschlag in der bekannten Richtung“[132] angebracht werden konnte, andernfalls sollte nach der Devise: „Meldungen, die nicht von vornherein eine antisemitische Möglichkeit bieten, sind zu einer solchen antisemitischen Propagandaaktion zu machen“[133], verfahren werden. Grundsätzliche Forderungen dieser Art waren allerdings kein Hindernis für einen befristeten opportunistischen Ausflug. Die verbreitete Ansicht von einer Judenpolitik jenseits aller Zweckmäßigkeitsüberlegungen findet in diesem Teilbereich nationalsozialistischer Kulturpolitik keine Bestätigung. Man nützte die olympische Stunde und servierte der Weltöffentlichkeit einen florierenden jüdischen Kulturbetrieb unter wohlwollender deutscher Obhut. Zuständig für diese delikate Propaganda, die Toleranz gegenüber den Juden demonstrieren sollte, war Reichskulturwalter Hinkel, beauftragt mit der Betreuung des jüdischen Kulturlebens[134]. Die 1933 gegründeten jüdischen Kulturbünde arbeiteten prinzipiell unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in der deutschen Presse durften sie nicht erwähnt werden. Im Olympia-Jahr 1936, d.h. zu einer Zeit, als sich Hinkel größerer Aufmerksamkeit des Auslandes sicher sein konnte, beklagte er sich, die Presse würde zu wenig darüber berichten,

> „daß in Berlin ein eigenes Theater für den Jüdischen Kulturbund zur Verfügung stehe, das in einer einzigen Spielzeit über eine halbe Million Besucher gehabt habe; man möge mitteilen, daß in Berlin oft Konzerte, die gut besucht seien, gegeben würden und daß der Kulturbund auch im Reiche durch Wanderorchester, die ein außerordentliches Niveau hätten, für künstlerische Darbietungen Sorge trage. Daneben würden Kleinkunstbühnen unterhalten und örtlich in verschiedenen großen Städten des Reiches selbständige Maßnahmen durchgeführt. Im allgemeinen könnte man mit 40 bis 50 Veranstaltungen des Kulturbundes je Woche im Reichsgebiet rechnen. Der Bund umfasse etwa 148000 Mitglieder.“[135]

Der Reichskommissar machte sogar das Angebot, daß zehn Schriftleiter ausnahmsweise die Vorstellungen der Bühne des Jüdischen Kulturbundes besuchen könnten[136]. Anschließend hätten sie Gelegenheit, sich zwanglos mit der Reichsleitung des Kulturbundes zu unterhalten, „um zu hören wie diese Stellen die Beeinflussung der Arbeit des Kulturbundes durch die Behörden beurteilen“[137]. Daß die

---

[132] AdKP v. 1. 12. 38.

[133] Vertrauliche Informationen (für Zeitschriften), 1940–44, o. Daten, IfZ-Archiv, Da 69.05.

[134] Vgl. Willi A. Boelcke, a.a.O., S. 85–88. Nach Boelcke hatte sich Hinkel seine ersten Sporen schon als preußischer Staatskommissar verdient mit der zufriedenstellenden Erledigung seines Auftrages, das gesamte Kulturleben zu entjuden.

[135] AdKP v. 13. 8. 36.

[136] AdKP v. 20. 8. 36.

[137] AdKP v. 10. 9. 36.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Journalisten dort nur Gutes zu hören bekommen würden, dessen konnte sich das ehemalige Vorstandsmitglied des deutschen PEN-Clubs sicher sein, denn Hinkel hatte den Kulturbund in jeder Hinsicht auch über die Reichskristallnacht hinaus protegiert[138]. Eines seiner Motive für die Unterstützung des Kulturbundes war dessen vorzügliche Eignung zur Gegenpropaganda. Ausländischen Angriffen konnte stets mit dem Hinweis auf das eigenkulturelle Leben der Juden begegnet werden, wozu die Presse auch eindringlich aufgefordert wurde[139]. Zum Zweck der wirksamen Gegenpropaganda konnte das dem Jüdischen Kulturbund angehörende ‚Rosé-Quartett' auch im Ausland auftreten[140], durfte auch einmal einer der wenigen Nichtarier genannt werden, bei dem man eine Ausnahme gemacht hatte, wie z. B. Paul Henkels oder Leo Blech, damit das Ausland erfahre, wie „großzügig und bereitwillig" Deutschland sich gegenüber den Ausgeschlossenen verhalte. Nur sollte vermieden werden, die wenigen Sonderfälle breitzutreten, denn – so hieß es – man müsse berücksichtigen, daß man die Ausnahmen nur gemacht habe, um einen „Reklameschauspieler" oder einen „Reklamekapellmeister" vorweisen zu können, falls nötig[141]. Nach den Ausschlüssen vom Frühjahr 1939 blieb eine vom RMVuP als „verschwindend klein" angegebene Zahl von Ausnahmen: 320 jüdisch versippte Künstler im Vergleich zu den 65000 Mitgliedern der Reichskulturkammer. Sondergenehmigungen besaßen u. a. der Schauspieler Albrecht Schönhals, der Tenor Max Lorenz und die Schauspielerin Trude Hesterberg[142]. Volljuden waren nicht mehr darunter.

Wie sehr man sich über die an sich alleingültigen Rasseforderungen hinwegsetzen konnte, vorausgesetzt wirtschaftliche Interessen standen auf dem Spiel, beweisen ein paar Sätze Hinkels zur Frage der Entjudung auf kulturpolitischem Gebiet:

> „Der [sic!] Musikalienhandel und im Antiquitätenhandel gebe es immer noch jüdische Eigentümer. Daran werde nichts geändert. Zum Beispiel sei die Berliner Firma Graupe jüdisch. Aber sie sei auch weltbekannt und bringe jährlich eine nicht unbeträchtliche Summe Devisen. Außerdem sei sie eine alte Firma, die manche verdienstvolle Handlung im Interesse deutscher Kulturpolitik aufzuweisen habe . . .
>
> Ähnlich sei es mit den Musikverlagen Peters und Fürstner. Zwar seien beide jüdisch, sie würden aber beide in der ganzen Welt als *die* deutschen Musikverlage betrachtet. In jahrzehntelanger Arbeit hätten sie mit bestem Erfolge gewirkt, zahlreiche alte Urheberrechte gehörten ihnen, die nicht abtretbar seien. Wer in dieser Art der Behandlung der jüdischen Verleger und Händler eine Inkonsequenz sehe,

---

[138] Hinkel machte sich damit viele Feinde. Nach seiner Aussage hatte er es der unerschütterlichen Position Görings zu verdanken, daß er in seiner Arbeit fortfahren konnte. Vern. v. 28. 5. 45, National Archives, NARS, Nr. 238.

[139] AdKP v. 14. 11. 38, Lud.-Korr., IfZ-Archiv, o. Sign.

[140] AdKP v. 10. 9. 36.

[141] AdKP v. 13. 8. 36.

[142] AdKP v. 8. 6. 39, Lud.-Korr., IfZ-Archiv, o. Sign.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den möchte er – sehr gelinde wolle er sich ausdrücken – als humorlos bezeichnen. Von Politik verstünde der jedenfalls sehr wenig. Trotzdem rechtfertige eine solche Behandlung jüdischer Besitzer nicht, daß die deutsche Presse für sie besondere Reklamen im Textteil mache."[143]

Konsequente Befolgung rasseideologischer Prinzipien auch bei finanziellen Einbußen fegte Hinkel als politische Einfaltspinselei vom Tisch. Darin eine Liberalisierung zu erblicken, hieße die Zwangslage der Nationalsozialisten mißzuverstehen. Ihre Rücksichtnahme auf jüdische Künstler, Verleger usw. war bestimmt von zeitweiligem opportunistischen Taktieren. Vom generellen Kurs antisemitischer Kulturpolitik wich man auch nicht bei fortschreitender kultureller Auszehrung ab.

Symptomatisch für den Mangel an qualifizierten Kräften auf allen Gebieten war die Verleihung der Goethemedaille an einen Professor Kratzenberg, über dessen Person und Werk selbst der Herr vom Dienst im RMVuP 24 Stunden nach der Auszeichnung nichts zu sagen wußte[144]. Ähnliche Schwierigkeiten bereitete die Verleihung des Schillerpreises. Es ließ sich kein „dramatischer Gigant" finden. Da aber Rosenberg auf alle Fälle eine nationalsozialistische Bankrotterklärung verhindern wollte, schlug er Hanns Johst vor mit der Begründung, daß man von dem wenigstens behaupten konnte, er bekenne sich zur Bewegung[145]. Das Fehlen hervorragender Kräfte ließ Professor Ziegler zum Anwalt der „durchschnittlichen Künstler" werden. Er warnte die Presse davor, ihnen durch unbedachte Kritik den Weg zur Öffentlichkeit zu versperren[146]. Die nationalsozialistische Kulturpolitik befand sich in einer bitteren Lage. Sie mußte sich um die zweite und dritte Garnitur von Künstlern kümmern, denn es mangelte an wirklich guter Musik[147], die neuen Opern waren unbrauchbar[148] und die eingesandten Bilder qualitativ weit unter dem Durchschnitt[149]. Mit dem politischen Zeitstück hatte man seine schlechten Erfahrungen gemacht[150] wie mit den Thing-Spielen. Konsequenterweise entwarf das RMVuP ein kostspieliges Programm zur Nachwuchsförderung, das für die Zukunft wenigstens hoffen ließ. Von Preisausschreiben für die künstlerische Gestaltung von Zeitungskiosken[151] bis zu Wettbewerben um den besten Entwurf einer Reichslautsprechersäule[152] reichten die Anregungen. Die Reichsmusikkammer pflegte besonders die Singschulen als Stätten der Nachwuchsförderung[153] und

---

[143] AdKP v. 21. 1. 37, s. a. AdKP v. 1. 7. 37.
[144] AdKP v. 8. 10. 36.
[145] Brief Rosenberg an Rust v. 20. 5. 35, IfZ-Archiv, MA 596, S. 288–289.
[146] AdKP v. 11. 3. 37.
[147] AdKP v. 1. 10. 36.
[148] AdKP v. 2. 9. 37, 31. 1. 35, BA, ZSg 101/5, S. 25.
[149] AdKP v. 18. 2. 37.
[150] AdKP v. 16. 7. 40.
[151] AdKP v. 3. 9. 36.
[152] AdKP v. 10. 2. 38.
[153] AdKP v. 5. 11. 36.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erleichterte jungen Künstlern den öffentlichen Auftritt[154], worauf auch die halbmonatlichen Veranstaltungen ‚Berliner Kammertanz' abzielten[155]. Programmmäßig versuchte sich die Berliner Volksoper als ‚Nachwuchsoper'[156]. Wegen der Breitenwirkung wurde im Rahmen der Aktion zur Pflege der deutschen Hausmusik sehr billiger Gruppenunterricht für viele Instrumente ermöglicht[157]. Auch bei der Reichstheaterkammer stand die Nachwuchsfrage im Vordergrund, wobei man sich besonderen Erfolg durch die Auswahl der Lehrer versprach[158]. Reichstheatertage der HJ und ‚Wochen junger Dramatiker'[159] sollten ebenso der Begabtenförderung dienen wie die Ausstellungen ‚Hilfswerk für die deutsche bildende Kunst'[160], auf deren Erfolg Goebbels größten Wert legte[161]. Die Presse wurde wiederholt dazu aufgefordert, die jungen Künstler mehr zu beachten[162]. Man kritisierte, daß in Theater- und Filmbesprechungen meist nur die bekannten Stars herausgestellt wurden und der „ringende Nachwuchs" nicht die nötige Beachtung erfuhr[163]. Besonders scharf attackiert wurden die Kunstbetrachter, die es unter ihrer Würde erachteten, Nachwuchsaufführungen zu besuchen und zu kommentieren[164].

Die meisten Anweisungen zur Nachwuchsförderung fielen in die Jahre 1936/37 und nur noch wenige in das Jahr 1938. Ab 1939 findet sich keine einzige derartige Regelung mehr. Der Krieg enthob die zuständigen Politiker endgültig des Dilemmas, ein Ausbleiben künstlerischer Leistungen trotz großzügiger Förderungsmaßnahmen und dessen Folgen für die Kulturpolitik sowie für die gesamte Bewegung erleben zu müssen.

Die nationalsozialistische ‚Kulturnot' versuchte Goebbels durch einen virulenten Kulturbetrieb unter dem Motto ‚die Kunst dem Volke' zu kompensieren. Was immer unter dieser von allen Diktaturen proklamierten Forderung zu verstehen sein mag, die Nationalsozialisten setzten Hitlers Programmpunkt von der Verbindung der Kunst mit dem Volk in denkbar einfachster Form in die Praxis um. Sie inszenierten ‚Volkstage der Kunst'[165] oder ‚Volks-Kulturtage'[166] und Ausstellungen mit dem Thema ‚Schaffendes Volk'[167]. Sie versorgten die Presse mit ausreichendem

---

154 AdKP v. 26. 11. 36.
155 AdKP v. 1. 4. 37.
156 AdKP v. 26. 8. 37.
157 AdKP v. 11. 11. 37.
158 AdKP v. 28. 10. 37.
159 AdKP v. 25. 2. 37.
160 AdKP v. 4. 3. 37, 20. 5. 37, 18. 11. 37.
161 AdKP v. 7. 5. 37.
162 AdKP v. 22. 10. 36.
163 AdKP v. 1. 12. 38.
164 AdKP v. 15. 12. 38.
165 AdKP v. 17. 11. 38.
166 AdKP v. 31. 10. 41.
167 AdKP v. 22. 4. 37 u. 17. 6. 37.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Material über die Aktion für das deutsche Dorfbuch[168], und machten sie durch Preisausschreiben breiteren Schichten bekannt[169]. Mit einem System von Prämienscheinen, das in der Presse entsprechend herausgestellt werden sollte, versuchte man zu erreichen, daß viele Leute überhaupt erst einmal einen Buchladen betraten[170]. Städtische Musikbeauftragte förderten bzw. ermöglichten durch „organisierte Zusammenfassung" und „planmäßige Geschäftsführung" erst ein Musikleben in mittleren und kleinen Gemeinden[171]. Eine Konzertreihe mit dem Titel ‚Beschwingte Musik' sollte ein Programm propagieren, „das auch dem einfachsten Volksgenossen ermöglicht, sich dem musikalischen Kulturgut zu nähern"[172]. Etwa 1000 Tonfilmwagen, 15000 reguläre und 30000 ehrenamtliche Mitarbeiter versorgten mindestens einmal im Monat auch das letzte Dorf mit „staatspolitischen Filmen"[173]. Ihre Rührigkeit, Literatur, Filme und Musik einer möglichst breiten Schicht nahezubringen, fand ihre besondere Ausprägung in einer raschen Abfolge von glänzend organisierten Gau-Kulturwochen, Kulturtagungen, Ausstellungen und Festspielen, die in den Reichstheaterfestwochen kulminierten. Die Vielzahl der sich darauf beziehenden Anweisungen vermittelt den Eindruck eines regen Kulturbetriebes in des Wortes materieller Bedeutung. Dieser verbunden mit der bewußten Hinwendung zum Populären, der Anpassung an den Geschmack des Volkes, d.h. an den des Kleinbürgers, mobilisierte ganz neue Schichten und führte die Kunst aus ihrer Isolation, in diesem Punkt der Absicht und Wirkung von pop-art nicht unähnlich. Hitler sprach euphorisch von den Millionen, die sich jetzt deutscher Kunst erfreuten,[174] und der DKD-Dienst brachte im Zusammenhang mit dem 250000. Besucher der Münchner Ausstellung die Erfolgsnachricht: „Volk strömt zur Kunst"[175]. Qualität wurde überspielt durch Quantität. Man berauschte sich an Statistiken und teilte nicht ohne Stolz Zahlenmaterial zu den verschiedensten kulturellen Erscheinungen mit[176]. Den Massenzulauf nahmen die National-

[168] AdKP v. 25. 2. 37.
[169] AdKP v. 20. 1. 38.
[170] AdKP v. 27. 8. 36.
[171] AdKP v. 3. 9. 36.
[172] AdKP v. 24. 10. 41.
[173] AdKP v. 13. 6. 41.
[174] Rede Hitlers v. 6. 9. 38, zit. VB v. 7. 9. 38.
[175] AdKP v. 12. 9. 41.
[176] Zum Beispiel AdKP v. 26. 4. 40: „Die Abteilung für besondere Kulturaufgaben im Prop. Min. unter Reichskulturwalter Hinkel ist mit einer Hilfsaktion für Kulturschaffende beauftragt worden. Dazu wird zur pressemäßigen Verwertung mitgeteilt, daß in keinem anderen Land den Kulturschaffenden qualitativ und quantitativ die Arbeitsmöglichkeiten geboten sind, wie in Deutschland, auch während des Krieges. Es bestehen 300 Theater, 80 Wanderbühnen, 6700 Lichtspielhäuser. Der Umsatz im Filmwesen hat sich von 240 Millionen 1933 auf eine halbe Milliarde 1939 gesteigert. An Musikschaffenden werden aufgezählt: 149000 hauptberuflich Tätige, 29000 nebenberuflich tätige Musiker, 45000 Bühnenschaffende, 48000 vollgültige und 30000 nebenberufliche Mitglieder der Kammer „Bildende Künste". 6000 Künstler sind bei der Truppenbetreuung eingesetzt mit 12 bis 15000 Veran-

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialisten als Beweis dafür, daß ein großer Teil der Bevölkerung ihre Kulturpolitik bejahte. Mit der Verfemung der Moderne, der Sichtbarmachung eines Feindes in häßlicher Gestalt und einem reichen Angebot an Kunstsurrogaten fesselte nationalsozialistische Kulturpolitik den Massenmenschen, an dessen Faszination dem Regime viel gelegen war.

Ihn in eine monoton beharrliche, leicht fanatisierte Stimmung zu versetzen, die ihn am leichtesten starke Belastungen ertragen läßt, war eine der wichtigsten propagandistischen Aufgaben im Krieg. Jeder Keim zu Enttäuschungen, Mißstimmungen oder Hoffnungen mußte erstickt werden, damit die Kriegsbereitschaft im Volk nicht ins Wanken geriet[177]. Besonders zur Weihnachtszeit befürchtete man einen nicht mehr zu korrigierenden Stimmungseinbruch durch verweichlichende Artikel[178] und verbot u. a. sentimentale Stimmungsfotos von Schauspielern unter dem Weihnachtsbaum[179]. Gefühlsregungen wie Hurra-Patriotismus[180] oder Befürchtungen[181] wollte man wegen ihrer unkontrollierbaren Schwankungen nicht im Volk aufkommen lassen. Bei Epidemiegefahr sollte z. B. das Volk mit „allgemeinen Redensarten" beschwichtigt und unter keinen Umständen über Verlauf und Verbreitung der Krankheit unterrichtet werden[182], außer in Orten, wo Schutzimpfungen stattgefunden hatten[183]. Berichte über Festlichkeiten, die bei Frontsoldaten Bitternis hervorrufen konnten, waren gesperrt wie alle, die zur Desillusionierung der Bevölkerung beitragen konnten[184]. Da die Volksstimmung in keiner Weise belastet werden durfte, mußten alle „zum Streit aufreizenden Problemstellungen" vermieden werden[185]. Die Angst vor Mißstimmung im Volk zeigte sich auch deutlich in den Sprachregelungen zur Stoff- und Themenauswahl, vor allem bei Romanen und Kurzgeschichten. Man verlangte, auf die Auswahl der Zeitungsromane größere Sorgfalt zu verwenden, denn die Reichsschrifttums-

---

staltungen im Monat. Insgesamt sind mehr als 400 000 Menschen künstlerisch tätig. Von den hauptberuflich Tätigen finden 99 % ihren Unterhalt. . . .", s. a. AdKP v. 11. 11. 37, 28. 6. 40, 20. 12. 40, 23. 5. 41.

[177] Hans Fritzsche in der Pressekonferenz v. 12. 3. 40, Sänger-Informationsbrief v. 12. 3. 40, IfZ-Archiv, MA 1431/10.

[178] Fritzsche in der Nachbörse v. 12. 12. 39, Sänger-Informationsbrief v. 12. 12. 39, IfZ-Archiv, MA 1431/10.

[179] AdKP v. 29. 11. 40.

[180] AdKP v. 17. 5. 40.

[181] Zum Beispiel AdKP v. 10. 4. 42: „Aus einem letzthin erschienenen Bericht über Gehirnoperationen wird die Schlußfolgerung gezogen, daß man, zumal jetzt deutsche Soldaten häufig durch solche Verletzungen betroffen seien, solche medizinische Verfahren und auch ihre Erfolge nicht zu sensationell herausbringen solle, sondern im Gegenteil große Zurückhaltung zu üben habe. Unerwünschte Befürchtungen würden sonst leicht erregt." s. a. AdKP v. 17. 7. 42.

[182] AdKP v. 23. 1. 42.

[183] AdKP v. 23. 7. 42.

[184] AdKP v. 23. 5. 41, 10. 6. 42 u. 14. 8. 42.

[185] AdKP v. 7. 2. 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kammer habe 800 Romane zurückgezogen und verboten, von denen ein großer Teil als Vorabdruck in den Zeitungen erschienen sei[186]. Nicht ohne Grund fürchtete man, daß in der Welt der Fiktion Wünsche genährt wurden, die zu erfüllen der nationalsozialistischde Staat nicht in er Lage war:

> „Herr Bade sagt, daß die amtlichen Stellen nicht darauf verzichten könnten, Kurzgeschichten daraufhin durchzusehen, ob sie dem Ernst unserer Zeit entsprächen. Es sei da immer noch zu lesen von wunderbaren Autofahrten im Gebirge, Liebeserlebnissen im Motorboot, kostbaren Roben, herrlichen Diners und leichtem Einkauf wunderbarer Sachen in den Läden. Das gehe nicht . . . Es sei deshalb nötig, daß die Redaktionen in diesen Dingen sehr sorgfältig verfahren: in diesen Monaten dürfe nichts erscheinen, was das Volk psychologisch aufreizen könne. Wir können nicht Einfachheit predigen und auf der anderen Seite alle die schönen Dinge noch vorgaukeln."[187]

Natürlich stand besonders die Mode unter dem Verdacht, Sehnsüchte bei der Damenwelt zu wecken, die eine rationalisierte Kriegswirtschaft nicht stillen konnte. Eine Illustrierte holte sich mit ihrem gutgemeinten Vorschlag, Filzglockenhüte selbst zu schneidern, eine ernste Rüge, denn zu dem Zeitpunkt war im ganzen Reich kein Streifen Filz mehr aufzutreiben[188]. Sorge bereitete ebenfalls die länger werdende englische und amerikanische Kleidermode. Die Rechnung ergab, daß sie in Deutschland 8 Millionen Meter mehr Stoff pro Jahr verschlingen würde. Diesem Problem mußte man beizeiten ausweichen und man entschied: „Kurzum also: es gibt jetzt im Krieg keine internationale Mode mehr, sondern eine deutsche, und die reicht bis zum Knie."[189]

„Mit Kopfhängerei gewinnt man keine Schlachten", schrieb Goebbels und setzte hauptsächlich in den Rundfunk berechtigte Hoffnungen bei dem Kampf um die für die Kriegsführung so notwendige „gute Laune" des Volkes[190]. Zwar kehrte in den Kriegsjahren ständig die Mahnung wieder, daß Stoff und Darstellung dem Ernst und der Würde der Zeit zu entsprechen hätten[191], doch gleichzeitig galt die vertraulich zu behandelnde Weisung Goebbels', die heiteren Stücke nicht zu vernachlässigen und das Rundfunkprogramm aufzulockern[192]. Vom Kriegsausbruch an hatte das Heitere und Entspannende den Vorrang vor dem Ernsten und Schweren[193]. Je drückender die Kriegslast desto wichtiger erschien Goebbels der Kuß der leichten Muse[194]. Er sicherte der Tanz- und Unterhaltungsmusik einen festen Stammplatz von 20.00 bis 2.00 Uhr im reformierten Rundfunkprogramm. Freunde

---

[186] AdKP v. 16. 8. 40.

[187] AdKP v. 9. 1. 42, s. a. AdKP v. 16. 5. 41 u. Sonderinformation RMVuP v. 9. 1. 43, IfZ-Archiv, Da 69.05.

[188] AdKP v. 31. 7. 42.

[189] AdKP v. 16. 10. 42.

[190] Artikel Goebbels: Der Rundfunk im Kriege, in: Das Reich v. 15. 6. 41.

[191] Zum Beispiel AdKP v. 28. 6. 40, 20. 9. 39.

[192] AdKP v. 20. 9. 39 u. 17. 1. 41.

[193] AdKP v. 20. 9. 39 u. 11. 11. 39 u. Aktennotiz v. Nov. 39.

[194] AdKP v. 17. 1. 41, 24. 10. 41, 31. 10. 41, 21. 11. 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ernster Musik wurden auf schlechte Sendezeiten verwiesen. Hinkel, „als nicht belastet mit so ernsten Maßstäben"[195], wie er von sich selbst behauptete, war der Sonderauftrag zugefallen, das Rundfunkprogramm auf leichte Kost für breiteste Massen umzustellen. Besonders den einfachen Volksgenossen wollte man mit dem neuen Unterhaltungsprogramm ansprechen. Unter dem Motto „wertvoll aber heiter"[196] wurde fröhliche Entspannung so aufdringlich propagiert, daß die Presse bald über die „Frohsinnsaktion" feixte. Hinkel monierte den Ausdruck, da sonst der falsche Eindruck entstünde, „als ob mangelnde Nahrungsmittel durch Amusement ersetzt werden sollten"[197]. Tatsächlich war die Kompensation von Mangelerscheinungen nur einer der Gründe und nicht der wichtigste. In diesem Fall dominierte das Bestreben, auch auf dem Unterhaltungssektor die Stimmung in genehme Bahnen zu leiten. Gelenkte Ablenkung hieß eines der Propagandaziele.

Der Krieg bedingte zwangsläufig einige Veränderungen im NS-Kulturbetrieb. Einschränkungen waren unumgänglich, doch wurden z.B. die Kulturseiten nicht zu sehr gekürzt[198], da man auf die „Pflege eines guten kräftigen Feuilletons"[199] Wert legte und besonders auf den positiven Eindruck, den es auf das Ausland machen mußte[200]. Daß das „deutsche Kulturleben weitergehe", wie die immer wiederkehrende Formel lautet[201], wurde als erstaunliche Tatsache den Kulturredakteuren zur ein- bis zweimaligen Behandlung pro Monat empfohlen. Drückender wurden materielle Sorgen erst mit zunehmenden Kriegsjahren.

Als besorgniserregend galt auch das kulturelle Verhältnis zum Ausland, das schon zu Friedenszeiten problematisch war. Die kulturelle Hegemonie über Europa anstrebend[202], mußte man einsehen, daß sich nur wenig Länder bereit fanden,

[195] AdKP v. 31. 10. 41.
[196] AdKP v. 24. 10. 41.
[197] AdKP v. 21. 11. 41.
[198] AdKP v. 7. 10. 39.
[199] AdKP v. 24. 5. 40.
[200] AdKP v. 5. 1. 40.
[201] AdKP v. 1. 12. 39, 24. 5. 40, 5. 7. 40, 20. 9. 40.
[202] Zum Beispiel wird darauf hingewiesen, „den Anteil der deutschen Wissenschaft und der deutschen Wirtschaft an den Kriegserfolgen zu betonen. Nach dem Kriege würde gerade diese Wissenschaft in den Vordergrund gestellt werden. Es gehe nicht nur darum, Deutschlands Herrschaft in Europa zu betonen, sondern die Nachbarvölker müßten auch gezwungen sein, sich mit dem deutschen Geist positiv auseinanderzusetzen. Churchills Behauptung, seit die Juden aus Deutschland vertrieben seien, habe England die Herrschaft auf geistigem Gebiet angetreten, sei albern." AdKP v. 30. 8. 40 oder an anderer Stelle: „Ministerialrat Dr. Ziegler sagt, daß nach der Niederwerfung Englands die deutsche Sprache eine ganz andere Aufgabe haben werde als vorher. Es sei auch die Ansicht der Führung, daß die deutsche Sprache das Erbe der französischen und englischen in der Welt antreten solle. Man solle sich in der Beziehung ein Beispiel an den Engländern nehmen und dafür sorgen, daß es gelinge, dem Deutschen den Stolz auf die deutsche Sprache einzuimpfen. Neben der Schule müsse diese Aufgabe die deutsche Presse übernehmen. Denn ... wodurch habe England seine Weltgeltung erlangt? Durch den strikten englischen Entschluß, immer nur englisch zu sprechen. Und da nun eben die Weltgeltung an Deutschland fallen werde, so müßten solche Richtlinien in der Pressearbeit immer wieder anklingen ..." AdKP v. 30. 5. 41.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem NS-Deutschland zusammenzuarbeiten[203]. Man begann, vor allem um die neutralen Länder zu werben. Eine verräterische Konzession an den internationalen Geschmack zeigte sich schon nach dem Anschluß Österreichs, als man erklärte, „Salzburg nach der internationalen Seite hin das bleiben zu lassen, was es gewesen ist" und ausdrücklich betonte, daß nicht beabsichtigt sei, „Salzburg auf den reichsdeutschen Besucher umzustellen"[204]. Im Krieg bemühte man sich z.B., ausländische Schriftsteller mit Fingerspitzengefühl zu behandeln, damit ihnen wegen des Kontaktes mit dem NS-Deutschland keine Fallstricke im eigenen Land gelegt werden konnten[205]. Man organisierte Reisen und Tagungen mit Ausländern, um zu beweisen, daß man nicht allein in Europa sei[206]. Ein sich ausbreitendes Getto-Bewußtsein läßt sich schon 1940 deutlich verspüren. Von da an häufen sich die Hinweise auf Auslandsgastspiele deutscher Künstler sowie auf ausländische Aufführungen in Deutschland und unverkennbar wird die Angst vor Berichten über vorgesehene Auslandsspiele, die eventuell noch platzen konnten[207]. Kraß trat die Isolierung zutage, als 1940 auf der Biennale in Venedig der europäische Film nur noch von Italien und Deutschland vertreten wurde[208].

In den Kriegsjahren gewann die Bevölkerungspolitik auch für die Kulturpolitik an Bedeutung. Als Agens zur Verbreitung arischer Kultur wurde sie nun öfter als Gegenstand feuilletonistischer Betrachtung empfohlen. Im Zuge von Umsiedlungsaktionen sah sich die Kulturpresse z.B. aufgerufen, deutsche Expansions- und Unterjochungspolitik zu propagieren[209]. Über die Ausrottung von etwa 20000 Zigeunern im Reichsgau Niederdonau wurden u.a. auch die Journalisten eingeweiht[210]. Nicht weniger als die qualitative Bevölkerungspolitik lag den Nationalsozialisten die quantitative am Herzen. Die Politik der Raumgewinnung und Vernichtung minderwertiger Rassen fand ihr notwendiges Korrelat in einer umsichtigen Förderung arischer Geburtenzunahme. Da es noch „äußerster Anstrengungen" bedurfte, um den bevölkerungspolitisch erwünschten Zustand zu erreichen, war Optimismus in der Geburtenfrage verpönt[211] und der Appell an den Fortpflanzungswillen jedem Kulturredakteur eine Pflicht[212]. Witze über Kinderreiche waren konsequenterweise verboten[213]. Zur Stärkung des Zeugungswillens entwickelte vor allem der Rundfunk neue Ideen. Von Ferntrauungen und der Übertragung des ersten Schreies eines Neugeborenen erhofften sich Rundfunkleute eine anregende Wirkung:

[203] AdKP v. 28. 11. 41.
[204] AdKP v. 1. 7. 38.
[205] AdKP v. 17. 10. 41.
[206] AdKP v. 2. 10. 42.
[207] Zum Beispiel AdKP v. 6. 9. 40.
[208] AdKP v. 6. 9. 40.
[209] AdKP v. 9. 2. 40.
[210] AdKP v. 19. 9. 41.
[211] AdKP v. 14. 3. 42.
[212] AdKP v. 25. 9. 42.
[213] AdKP v. 16. 10. 42.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Es gibt einen Kameradschaftsdienst des Großdeutschen Rundfunks, der seit Monaten in der Weise funktioniert, daß den Soldaten draußen Mitteilung von Familienereignissen gemacht wird, auch Grüße von der Front entgegengenommen werden. So seien zum Beispiel 84000 Geburten von Soldatenkindern auf diesem Wege im Rundfunk gemeldet worden. Auch diene er Frauen, die auf diese Weise in einem Soldaten ihren Mann kennenlernten. Die 500. Veranstaltung dieses Kameradschaftsdienstes am 1. Juli morgens 5 Uhr solle nun auf ganz besondere Weise ausgestattet werden. Es werde bei dieser Vorführung gelingen, eine Ferntrauung von 15 Paaren zu übertragen; die Männer sind von allen Kriegsschauplätzen von Norwegen bis Tobruk gewählt.

Funktechnisch werde es gewiß auch gelingen, daß einige von ihnen „als frisch gebackene Eheleute sich ihren Gruß sagen würden, was vielleicht sogar anregend wirken könnte". Eine weitere Aktion wird auf folgende Weise vorbereitet: die Herren vom Rundfunk haben in Berliner Geburtskliniken festgestellt, welche Frauen etwa am 13. und 14. Juli „uns die Freude machen werden, ein Kind zu gebären". Dann fährt also der Rundfunkreporter mit seinem Wagen herum, „so daß der Vater draußen vielleicht den Schrei aus der ersten Viertelstunde seines Kindes hören könnte". Das alles werde natürlich auf sehr würdige Weise und nicht amerikanisch gemacht werden. Es besteht deshalb der Glaube, daß diese beiden Dinge dazu dienen können, die familiäre Bindung von Heimat und Front zu fördern."[214]

Hinter der expansiven Bevölkerungspolitik stand u.a. auch die von dem Professor der Philosophie Wolfgang Schulz verfochtene These, daß vielköpfige Familien die Voraussetzung für das Auftreten von Kulturgrößen seien, denn Genies waren, so hatte er festgestellt, meist Dritt- oder gar Viertgeborene[215]. Nationalsozialistische Kulturpolitik simplifizierte sich derart, daß Bormann 1943 glaubte, um sie betreiben zu können, brauche man nichts anderes, als „ein ehrliches Herz" und den „gesunden Hausverstand eines alten Nazi"[216].

Die schon um das Jahr 1936 aufgegebenen ursprünglichen Kulturintentionen lebten, wie vorauszusehen war, nicht wieder auf. Materialschwierigkeiten, Kräftemangel, Isolation usw. verbannten nationalsozialistische Erneuerungsabsichten endgültig in den Bereich der Illusion. Der Krieg nahm den Verantwortlichen die Sorge um die zu befürchtenden Folgen ihres kulturpolitischen Scheiterns. Diejenigen, die schon 1936 den Fehlschlag der NS-Kulturpolitik erkannt hatten, haben womöglich im Krieg den Retter in der Not gesehen, denn der Krieg lieferte die plausible Erklärung dafür, daß das NS-Deutschland kulturell einem Ödland glich. Ansonsten kam dem Krieg für die Kulturpolitik keine gravierende Bedeutung zu. Die Kulturpolitische Pressekonferenz verlor gemäß ihrer Konzeption als Mittel zur Ablenkung vom kulturellen Unvermögen sowie zur Ankurbelung und Kontrolle von Kulturbetrieb auch im Krieg nicht ihre Daseinsberechtigung.

---

[214] AdKP v. 27. 6. 41.

[215] Wolfgang Schulz, Grundgedanken nationalsozialistischer Kulturpolitik, München 1943, S. 85.

[216] Die Neue Gemeinschaft, März 1943, S. 4f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-JÜRGEN LUTZHÖFT

DEUTSCHLAND UND SCHWEDEN WÄHREND DES NORWEGENFELDZUGES (9. APRIL–10. JUNI 1940)

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte es den Anschein, als ob die Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem parlamentarisch-demokratisch regierten Königreich Schweden für die Dauer des bewaffneten Konflikts in Europa im wesentlichen von der Lösung nur eines Problems abhinge: der Bereinigung der „Erzfrage" (schwedisch „malmfrågan"). „Lebensraum" für das deutsche Volk wollte Hitler im Osten erobern, nicht (wie in Schweden zuweilen befürchtet wurde[1]) im Norden; insofern lag Schweden, das sich am 1. und 3. September 1939 für neutral erklärt hatte, außerhalb der Gefahrenzone. Andererseits war Hitler zur Erreichung seiner militärischen Ziele auf die schwedischen Erzlieferungen angewiesen; insofern konnte das Land leicht in die Gefahrenzone geraten. Nicht ein von allen kriegführenden Mächten gleichermaßen unabhängiges, sondern nur ein in seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit zugunsten Deutschlands eingeschränktes Schweden, das unter keinen Umständen die Erzlieferungen an Deutschland wesentlich verringerte oder gar einstellte, war für Hitler wertvoller als ein von deutschen Truppen besetztes Schweden. Würde die schwedische Kriegshandelspolitik diesem Umstand Rechnung tragen? Im Falle eines deutsch-britischen Krieges gewiß nicht, meinten führende deutsche Militärs noch Anfang 1939. Der deutsche Heeresgeneralstab erklärte 1938/39 bestimmt:

> „Mit einer *Fortführung des Erztransportes* aus Schweden nach Deutschland im Falle eines englisch-deutschen Konflikts ist selbst nach einer Neutralitätserklärung *nicht* zu rechnen."[2]

Diese Vorhersage, die übrigens nicht zur Ausarbeitung von Angriffsplänen gegen Schweden geführt hat, erwies sich in der durch den deutsch-sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 gewandelten Lage als falsch. Im Dezember 1939 wurde die „Erzfrage" jedenfalls vorläufig im deutschen Sinne gelöst[3], ohne daß Schweden zuvor gezielten militärischen Pressionen von seiten Deutschlands ausgesetzt gewesen wäre. Als unbegründet erwies sich aber auch die Hoffnung, Schweden könne nunmehr unbehelligt von Deutschland seinen eigenen Weg gehen. Die schwerste

[1] Vgl. Aufzeichnung Meynen (deutsche Gesandtschaft Stockholm) vom 4. I. 1937: Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv (zit. AA), Pol. VI, Politische Beziehungen Schwedens zu Deutschland.

[2] OKH, 12. Abt. IIb Gen.St.d.H.: Orientierungsheft Schweden (Stand Dezember 1938, ausgeliefert Febr. 1939), S. 8: Militärarchiv Freiburg (zit. MA), RW 6/v. 93.

[3] Vgl. v.a. Schnellbrief (mit Aufzeichnung) Walter an Wiehl v. 23. I. 40: AA, Ha Pol. VI, Handel 13 A.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Belastungsprobe in den Beziehungen zu Deutschland stand der schwedischen Neutralitätspolitik noch bevor. Erst infolge der am 9. April 1940 offen einsetzenden deutschen militärischen Skandinavienaktion sah sich die Regierung in Stockholm dazu gezwungen, im Interesse Schwedens so eng mit Berlin zusammenzuarbeiten, wie es der neutrale Status des Landes und das bereits durch den russischen Angriff auf Finnland im Herbst 1939 geschärfte[4] „nordische Gewissen" der Bevölkerung gestattete. Zumindest in den zwei Monaten des Norwegenfeldzuges – einer Zeit, in der Schweden besondere Rücksicht sowohl auf das kämpfende norwegische Nachbarvolk als auch auf das seine ebenso riskante wie erfolgreiche militärische Aktion durch nachdrückliche diplomatische Schritte in Stockholm ergänzende Deutschland nehmen mußte – trat die im Dezember 1939 nicht aus der Welt geschaffte, aber immerhin entschärfte „Erzfrage" zurück hinter dem Problem, in welchem Umfang die Regierung in Stockholm die Forderungen Berlins nach militärpolitischen Vergünstigungen für die in Norwegen eingesetzten deutschen Verbände akzeptieren mußte und konnte. Und beide, die „Erzfrage" und der militärpolitische Fragenkomplex, mündeten ein in die eine große Frage, ob sich während der Kämpfe in Norwegen ein bewaffneter deutsch-schwedischer Konflikt vermeiden lassen würde. – Eine nähere Schilderung der politischen, ihrem Inhalt nach vorwiegend militärpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden vom 9. April bis zum 10. Juni 1940 ist das Ziel des vorliegenden Aufsatzes. Die Vorgeschichte des Norwegenfeldzuges wird lediglich gestreift.

Mit dem Frieden von Moskau (12. März 1940), der dem russisch-finnischen Winterkrieg (seit 30. November 1939) ein Ende setzte, war den Großmächten der politische Vorwand für ein militärisches Eingreifen in Skandinavien genommen. Am 26. März entschied Hitler dennoch, daß die Vorbereitungen für eine Besetzung Dänemarks und Norwegens („Weserübung") fortgesetzt werden sollten[5]. Ebenfalls am 26. März wurde den Vertretern Dänemarks und Schwedens in Berlin mitgeteilt, daß die für den 3. April angesetzten Verhandlungen über eine bessere Sicherung der Handelsschiffahrt der nordischen Staaten bis auf weiteres verschoben werden müßten[6]. Am 28. März gewann der schwedische Marineattaché in Berlin, Anders Forshell, aus den Äußerungen hoher deutscher Marineoffiziere

[4] Vgl. neuerdings Alf Johansson, Finlands sak, Svensk politik och opinion under vinterkriget 1939–1940, Stockholm 1973.

[5] Vgl. H.-D. Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven, Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1971 (zit. Loock), S. 254–256.

[6] Aufzeichnung Weizsäcker v. 26. III. 40 (Nr. 252), Aktenvermerk Ritter v. 26. III. 40, Telegr. Ritter an Diplogerma (= deutsche Gesandtschaft) Stockh. v. 27. III. 40 (Nr. 240): AA, Büro des Staatssekretärs, Akten betr. Schweden, Bd. I (zit. St.S. Schweden I). Telegr. Ritter an Diplogerma Kopenhagen v. 27. III. 40: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (zit. ADAP), Bd. IX, Nr. 15, S. 25. Telegr. Richert an das schwedische Außenministerium (Utrikesdepartementet, abgekürzt UD) v. 26. III. 40: Förspelet till det tyska angreppet på Danmark och Norge den 9.April 1940, Aktstycken utgivna av kungl. Utrikesdepartementet, Stockh. 1947 (zit. Försp.), Nr. 117, S. 172.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Eindruck, daß die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in Skandinavien durch den Frieden von Moskau nicht verringert war[7]. Am 31. März berichtete der schwedische Gesandte in Berlin, Arvid Gustaf Richert, zum erstenmal in diesem Jahr 1940 über Truppenzusammenziehungen und Verladungen in Häfen an der deutschen Ostseeküste[8]. Richert hielt es schon am 1. April für unwahrscheinlich, daß sich die Maßnahmen auch direkt gegen Schweden richteten[9] – eine Vermutung, die sich in den folgenden Tagen bis zum 9. April immer mehr bestätigte[10]. Am 5. April war Richert noch im ungewissen, ob die geplante Aktion auch wirklich in die Tat umgesetzt werden würde[11]. Am 7. April telegraphierte er an das schwedische Außenministerium (Utrikesdepartementet, meist kurz UD genannt), daß schon in den allernächsten Tagen sicher mit einem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen zu rechnen sei[12].

An demselben 7. April unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop die Instruktionen für die deutschen Gesandten in den nordischen Staaten hinsichtlich der am 9. April zu unternehmenden diplomatischen Schritte. Dem deutschen Gesandten in Stockholm, Prinz Viktor zu Wied, wurde die Instruktion[13] durch den Legationsrat Brunhoff von der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes übermittelt, der am 8. April vormittags in der schwedischen Hauptstadt eintraf[14]. An diesem Tage passierten bereits Gruppen deutscher Kriegs- und Transportschiffe die Belte[15]; Zweifel darüber, daß die deutschen militärischen Vorbereitungen in vollem Gange waren, konnte es nicht mehr geben. Christian Günther, der große Realist auf dem Posten des schwedischen Außenministers 1939 bis 1945, hatte in dieser Lage nur noch *einen* Wunsch: „daß Schweden", wie er am 8. April zum Prinzen Wied sagte, „von etwaigen deutschen Maßnahmen nicht berührt werde"[16].

Der 9. April, der Tag des deutschen Angriffs auf Dänemark und Norwegen, stellte an die Nervenkraft auch der in Stockholm Agierenden einige Ansprüche. Um 5 Uhr MEZ erschien, bleich und übernächtigt, Wied beim Außenminister Günther (der ebenfalls eine schlaflose Nacht hinter sich hatte), um ihn offiziell vom

---

[7] P. M. Forshell v. 29. III. 40: Försp., Nr. 129, S. 182–184.

[8] Telegr. Richert an UD v. 31. III. 40: Försp., Nr. 131, S. 186f.

[9] Telegr. Richert an UD v. 1. IV. 40: Försp., Nr. 134, S. 187.

[10] Vgl. Försp., Nr. 147ff., S. 201ff.

[11] Brief Richert an Boheman (UD) v. 5. IV. 40: Försp., Nr. 163, S. 227f.

[12] Telegr. Richert an UD v. 7. IV. 40: Försp., Nr. 180, S. 249.

[13] Häufig publiziert, zuletzt in den ADAP IX, Nr. 55, S. 75f. Ebenda, S. 70–73, auch das von Wied am 9. IV. zu überreichende Memorandum.

[14] Telegr. Brunhoff-Wied v. 8. IV. 40, 11.25 Uhr (Nr. 398): AA, Büro St.S., Akten betr. Skandinavien (zit. St.S. Skandinavien), Bd. I.

[15] Alle Angaben über die Durchführung der deutschen Aktion nach Walther Hubatsch, „Weserübung", Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, 2. Auflage Göttingen 1960 (zit. Hubatsch).

[16] Telegr. Wied an AA v. 8. IV. 40: Hubatsch, a.a.O., Anhang N 6, S. 538 = ADAP IX, Nr. 61, S. 80.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beginn der deutschen Aktion zu unterrichten und ihm gleichzeitig auftragsgemäß mitzuteilen:

„Schwedisches Territorium oder schwedische Hoheitsgewässer würden durch die deutschen Maßnahmen auf keinen Fall berührt werden."

Eine zweite Unterredung fand um 7 Uhr MEZ statt. Diesmal überreichte Wied dem schwedischen Außenminister weisungsgemäß ein Memorandum, in dem die Reichsregierung erklärte, in Dänemark und Norwegen lediglich den Westmächten zuvorkommen zu wollen, und eine „Notiz" mit vier Forderungen, die nicht an die schwedische Regierung, sondern „an Schweden" gerichtet waren. Die erste und wichtigste Forderung lautete:

„Wahrung strengster Neutralität: Unterlassung von Maßnahmen jeder Art, die sich gegen die deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens richten, insbesondere von militärischen Mobilmachungs- und Aufmarschmaßnahmen."

Die vierte Forderung betraf: „Aufrechterhaltung der Erzlieferungen an Deutschland" – sinngemäß ist hinzuzufügen: im vertraglich vereinbarten Rahmen (bis zu 10 Millionen t pro Jahr). „Ersucht" wurde, daß schwedische Kriegsschiffe an der West- und Südküste des Landes sich bis auf weiteres nur in der schwedischen Dreimeilenzone bewegten (Punkt 2). „Erwartet" wurde die „Nichtbehinderung des Telegramm- und Fernsprechverkehrs der in Norwegen befindlichen deutschen Dienststellen auf den über Schweden laufenden Leitungen" (Punkt 3). – Wied war angewiesen, mündlich hinzuzufügen, daß jeder Widerstand gegen die deutsche Aktion „völlig aussichtslos und daher sinnlos sei". Die deutschen Behörden

„nähmen daher als selbstverständlich an, daß Schweden sich völlig ruhig verhielte und auch nicht etwa die Dänische und Norwegische Regierung zu irgendeiner ablehnenden Haltung ermuntere".

Er, Wied, behalte sich vor,

„später . . . noch weitere sich aus den deutschen Sicherungsmaßnahmen ergebende Fragen vorzubringen".

Auf die Zwischenfrage Günthers, ob sich die deutsche Haltung gegenüber Schweden im weiteren Verlauf der Ereignisse in Dänemark und Norwegen grundlegend ändern könne, antwortete Wied mit dem Hinweis auf die zwei Stunden zuvor abgegebene Zusicherung. Günther erklärte abschließend, er könne von sich aus noch nicht zu den deutschen Forderungen Stellung nehmen, sondern müsse sie zunächst dem Kabinett unterbreiten.

Als am frühen Nachmittag noch keine Antwort der schwedischen Regierung vorlag, wies Ribbentrop den deutschen Gesandten telefonisch an, auf eine Beschleunigung der Angelegenheit hinzuwirken. Als Wied daraufhin gegen 17 Uhr MEZ zum dritten Male im UD erschien, gab Günther ihm den Text der schwedischen Antwortnote im Konzept bekannt. Der endgültige Text ging eine Stunde

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

später bei der deutschen Gesandtschaft ein. Der Gesandtschaft gelang es aber erst um 21 Uhr deutscher Sommerzeit (= MEZ + 1 h), eine telefonische Verbindung mit dem Auswärtigen Amt herzustellen. Wied berichtete nunmehr kurz über seine Unterredung mit Günther am Nachmittag und gab den Text der schwedischen Antwortnote in deutscher Übersetzung durch. Die Note besagte, daß Schweden neutral bleiben wolle und sich grundsätzlich das Recht vorbehalten müsse, alle zur Wahrung seiner Neutralität notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, indes nicht die Absicht habe, gegen die vier deutschen Forderungen zu verstoßen[17]. Die Öffentlichkeit wurde sogleich in großen Zügen von dieser Entscheidung unterrichtet[18]. Der britische Botschafter in Stockholm, Sir V. L. A. Mallet, erhielt am Abend des 9. April auf die Frage, ob Schweden Norwegen zu Hilfe kommen werde, eine verneinende Antwort[19].

Somit konnte die Lage am Ende dieses ereignisreichen Tages als geklärt angesehen werden. Schweden war entschlossen, weiterhin außerhalb des Krieges zu bleiben, und Deutschland hatte nicht die Absicht, mit militärischen Mitteln gegen Schweden vorzugehen. Die deutschen Zusicherungen vom 9. April sind zwar nicht in vollem Umfange eingehalten worden, waren aber keineswegs leere Versprechungen. 1940 hat es in der Tat keinen deutschen Angriffsplan gegen Schweden gegeben; die militärische Besetzung des Landes war in der Weisung Hitlers für den Fall „Weserübung" vom 1. März[20] nicht vorgesehen und hat auch in der Zeit der Durchführung nicht ernsthaft zur Diskussion gestanden[21]. Die „großgermanischen" Pläne Hitlers[22] sind kein Gegenbeweis. Den Kern der Sache trifft ein Promemoria

---

[17] Die vorstehende Schilderung basiert auf den folgenden Dokumenten:
1. Aufzeichnung im AA über eine fernmündliche Mitteilung Wieds v. 9. IV. 40, 10.15 Uhr: Beretning til Folketinget . . ., Bd. XII, Bilag, København 1951 (zit. Ber. XII), Nr. 94, S. 178.
2. Aufzeichnung im AA über eine fernmündliche Mitteilung Wieds v. 9. IV. 40, 21 Uhr (mit Text der schwedischen Antwortnote in deutscher Übersetzung): Ber. XII, Nr. 95, S. 178f.
3. Telegr. Wied v. 10. IV. 40 (ebenfalls mit Text der schwedischen Note in deutscher Übersetzung): zuletzt publiziert in den ADAP IX, Nr. 78, S. 93f.
4. Aufzeichnungen Günthers v. 9. IV. 40 und schwedischer Text der Antwortnote: Transiteringsfrågor och därmed sammanhängande spörsmål April–Juni 1940. Aktstycken . . ., Stockh. 1947 (zit. Trfr. I), Nr. 2–4, S. 3–5.
5. Mitteilungen Günthers aus dem Jahre 1946: Försp., Bil. I, S. 342–345.

[18] UD-Kommuniqué v. 9. IV. 40: Trfr. I, Nr. 5, S. 5.

[19] P. M. im UD v. 9. IV. 40: Försp., Nr. 199, S. 273. – Weiter diplomatische Schritte der Alliierten (12.–14. IV.) in der Absicht, Schweden zu militärischer Hilfeleistung an Norwegen zu veranlassen, blieben ebenfalls ohne Erfolg. Vgl. Hubatsch, a.a.O., S. 149f.

[20] Ebenfalls häufig publiziert, z.B. in den ADAP VIII, Nr. 644, S. 654–656, und bei Hubatsch, a.a.O., Anhang H 12, S. 439f.

[21] Vgl. Hubatsch, a.a.O., S. 147, der sich allerdings in diesem Punkte allzu bestimmt ausdrückt, wie ein bei Loock (S. 231) zitierter Auszug aus dem Tagebuch der SKL zeigt.

[22] Loock, a.a.O., S. 263ff. Vgl. auch H.-J. Lutzhöft, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940, Stuttgart 1971 (zit. Lutzhöft), S. 368ff.

[23] Trfr. I, Nr. 7, S. 7–11.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des schwedischen Militärattachés in Berlin, des Obersten Juhlin-Dannfelt, vom 9. April[23]. Darin heißt es:

> „Es erscheint nicht wahrscheinlich, daß Deutschland in der jetzigen Lage eine Besetzung auch Schwedens beabsichtigt, denn die erforderliche Kontrolle über unser Land wird durch die Besetzung Dänemarks und Norwegens erreicht."

Eine erhebliche Verstärkung der „Kontrolle" bedeutete die deutsche Minensperre, die in der Nacht vom 8. zum 9. April vor dem Skagerrak ausgelegt worden war. Durch sie wurde der übers Meer gehende Handel Schwedens mit dem Westen unterbunden[24].

Die Lage war aber nicht so, daß Schweden schon am 9. April seine außenpolitische Handlungsfreiheit völlig eingebüßt hatte. Juhlin-Dannfelt griff den Ereignissen um zwei Monate voraus, wenn er in seiner Aufzeichnung behauptete:

> „Schweden ist ganz in Deutschlands militärpolitische Machtsphäre geraten – mit allem, was das bedeutet."

Tatsächlich mußte sich Deutschland diese „Machtsphäre" im Norden erst erzwingen. Zwar fügte sich Dänemark – von einzelnen lokal und zeitlich eng begrenzten Versuchen, militärischen Widerstand zu leisten, abgesehen – in die deutsche Besetzung. In Norwegen dagegen geschah das Unerwartete: Die Nation widersetzte sich mit Waffengewalt der Okkupation des Landes. Seit dem 14. April wurde sie in ihrem Verteidigungskampf von alliierten Truppen unterstützt. Deutschland sah sich gegen seine Absicht gezwungen, einen regelrechten Feldzug in Norwegen zu führen. Die Eroberung des Landes war erst mit der Kapitulation der norwegischen Territorialstreitkräfte am 10. Juni abgeschlossen. Zwei Tage zuvor hatten die letzten alliierten Truppen Nordnorwegen verlassen. Im deutschen Wehrmachtsführungsamt rief die Nachricht von ihrem Rückzug nicht zuletzt deshalb ein Gefühl der Erleichterung hervor, weil nunmehr die Möglichkeit bestand, „auf Schweden einen stärkeren Druck auszuüben"[25]. Solange sich alliierte Streitkräfte in Norwegen befanden, mußte Deutschland mit der Möglichkeit rechnen, daß Schweden sich doch noch den Westmächten anschloß. In der Praxis bedeutete das: Wenn Deutschland nicht das Risiko eingehen wollte, daß Schweden sich schließlich doch über die am 9. April akzeptierten vier konkreten deutschen Forderungen hinwegsetzte, durfte es in den „weiteren" Forderungen, die Wied am 9. April angekündigt hatte, nicht so weit gehen, daß es Schweden zur Verzweiflung trieb. Andererseits war die Tatsache, daß Norwegen sich zur Wehr setzte, auch geeignet, die Schweden zu einer pessimistischen Beurteilung ihrer außenpolitischen Möglichkeiten anzuhalten. Solange die Kämpfe in Norwegen andauerten, zumindest aber bis zum 30. April, dem Tag der Vereinigung der deutschen Streitkräfte von Oslo und

---

[24] Vgl. Gunnar Hägglöf, Svensk krigshandelspolitik under andra världskriget, Stockh. 1958 (zit. Hägglöf), S. 116ff.

[25] Vortragsnotiz des Wehrmachtführungsamts v. 13. VI. 40: ADAP IX, Anm. 1 zu Nr. 427, S. 464.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drontheim, mußte man in Stockholm mit der Möglichkeit rechnen, daß Hitler sich doch noch zu einem Angriff auf Schweden entschloß, um den deutschen Truppen in Norwegen über Schweden im größtmöglichen Umfang Hilfe bringen zu können. Angesichts dieser Möglichkeit mußte der schwedische Ministerpräsident, Per Albin Hansson, von dem Versprechen, das er am 12. April der Öffentlichkeit gab: Schweden werde keiner der kriegführenden Parteien die Ausnutzung seines Territoriums gestatten[26], schon während des Norwegenfeldzuges zugunsten Deutschlands Abstriche machen. Wenn Schweden nicht das Risiko eingehen wollte, daß Deutschland sich schließlich doch über die feierliche Zusage vom 9. April, die Neutralität und Integrität des Landes respektieren zu wollen, hinwegsetzte, konnte es nicht umhin, auch den „weiteren" deutschen Forderungen jedenfalls so weit entgegenzukommen, daß in Berlin der Eindruck entstand, auch im Hinblick auf die Kämpfe in Norwegen lohne es sich nicht, Schweden mit Krieg zu überziehen. Die entscheidende politisch-taktische Frage, aus der sich die Dramatik der deutsch-schwedischen Beziehungen während des Norwegenfeldzuges ergab, lautete: Wie weit konnte jeder der beiden Verhandlungspartner in seinen Maßnahmen und Absichten gehen, ohne den anderen zum Äußersten zu treiben und so auch mit seiner eigenen Politik Schiffbruch zu erleiden?

Allerdings stand für Schweden weitaus mehr auf dem Spiel als für Deutschland. Ein Kriegseintritt Schwedens hätte für Deutschland zwei gravierende Folgen gehabt: den sofortigen Stopp der Erzlieferungen und die Unterstützung (und damit Verlängerung) des norwegischen Widerstandes durch die „zahlenmäßig beachtlichen"[27], aber unzureichend ausgerüsteten[28] schwedischen Streitkräfte. Indes: Vermutlich wäre es Deutschland jedenfalls nach dem Waffenstillstand mit Frankreich (22. Juni) bald gelungen, beide Folgen mit militärischen Machtmitteln aus der Welt zu schaffen. Dagegen hätte ein deutscher Angriff auf Schweden aller Wahrscheinlichkeit nach die völlige Besetzung und den Verlust der Selbständigkeit des Landes bis zum – im April 1940 unabsehbaren – Ende des Krieges bedeutet.

Es ist verständlich, daß die schwedische Öffentlichkeit und die verantwortlichen Leiter der schwedischen Außenpolitik nach sieben Jahren nationalsozialistischer Außenpolitik der Zusage der nationalsozialistischen Machthaber vom 9. April, Schwedens Integrität und Neutralität zu respektieren, mit Mißtrauen begegneten. In Malmö hielt sich hartnäckig das Gerücht von einem bevorstehenden deutschen Angriff auf Südschweden. Es wurde auch nicht dadurch zum Schweigen gebracht, daß in Malmö am 11. April die Berliner Philharmoniker ein Konzert gaben. Die

---

[26] Text Radiorede Hansson v. 12. IV. 40: Trfr. I, Nr. 12, S. 16f. – Zusammenfassung: Telegr. Wied an AA v. 12. IV. 40 (Nr. 448): AA, St.S. Skandinavien I.

[27] Hubatsch, a. a. O., S. 147.

[28] Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 10. X. 39 (Nr. 270): AA, St.S. Schweden I. – Den schlechten Zustand der schwedischen Flotte 1939/40 schildert Åke Holmquist, Flottans beredskap 1938–1940, Stockh. 1972, S. 193–240.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bevölkerung der Stadt wurde alsbald evakuiert[29]. Die Reichsbahndirektion Stettin teilte dem Reichsverkehrsministerium am 24. Juni voller Empörung mit, daß sich jedesmal bei der Ankunft des deutschen Fährschiffes von Saßnitz (Rügen) nach Trelleborg (Südschweden) Soldaten der schwedischen Kriegsmarine „wie die Wilden" auf das Schiff stürzten, um es zu durchsuchen[30]. Warum diese Hast? Vermutlich fürchteten die Schweden, das gleiche Mißgeschick zu erleiden wie die Dänen am 9. April mit dem Fährschiff von Warnemünde nach Gedser, dem statt ziviler Reisender deutsche Truppen entstiegen waren[31].

In den ersten Tagen des Norwegenfeldzuges standen die Schweden mit ihrem Mißtrauen nicht allein. Am 13. April fragte der sowjetische Außenkommissar Molotow den deutschen Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, ob die zahlreichen Gerüchte über deutsche Angriffsabsichten gegen Schweden den Tatsachen entsprächen[32]. Schulenburg wurde am 15. April angewiesen, diese Gerüchte entschieden zu dementieren[33]. Er führte den Auftrag am 16. April aus; Molotow zeigte sich zufrieden[34].

Die Beamten der schwedischen Gesandtschaft in Berlin fürchteten insbesondere immer dann eine deutsche militärische Aktion gegen ihr Land, wenn die deutschen Truppen in Norwegen wirklich oder vermeintlich in eine kritische Lage gerieten. Richert gab am 13. April beunruhigende Meldungen ans UD, blies freilich den Alarm noch am selben Tage wieder ab[35]. Am 15./16. April weilte auf Einladung Görings[36] eine schwedische Sondergesandtschaft unter Vizeadmiral Tamm in Berlin[37]. Sie hatte am 15. April eine erste Unterredung mit dem Generalfeldmarschall.

---

[29] Bericht Konsulat Malmö v. 17. IV. 40: AA, Pol. VI, Po 23 A England adh. 3 (zit. Po 23 A).

[30] Abschr. Schreiben Reichsbahndirektion Stettin v. 24. VI. 40: MA, RW 5/v. 596.

[31] Vgl. Louis de Jong, Die deutsche Fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 158.

[32] Telegr. Schulenburg an AA v. 13. IV. 40: Norges forhold til Sverige under krigen 1940–45. Aktstykker utgitt av det Kgl. Utenriksdepartement, Bd. I, Oslo 1947 (zit. N.f. I), Nr.172, S. 255f. = A. Seidl, Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, 1939–1941, Tübingen 1949, Nr. 130, S. 176f. = Hubatsch, a. a. O., M 3, S. 552f. = ADAP IX, Nr. 104, S. 123.

[33] Telegr. RAM an Diplogerma Moskau v. 15. IV. 40: Seidl, Nr. 131, S. 177 = Hubatsch, a. a. O., M 4, S. 553 = ADAP IX, Nr. 120, S. 140f.

[34] Telegr. Schulenburg an AA v. 16. IV. 40: ADAP IX, Anm. 4 zu Nr. 120, S. 141.

[35] Telegre. Richert an UD v. 13. IV. 40: Trfr. I, Nr. 17f., S. 19.

[36] Vgl. Telegr. Richert an UD v. 14. IV. 40: Trfr. I, Nr. 28, S. 26f. – Görings relativ bedeutende Rolle in der deutschen Schwedenpolitik während des Norwegenfeldzuges erklärt sich aus seinen alten persönlichen Beziehungen zu Schweden. Vgl. H.-J. Lutzhöft, Hermann Görings „Walküre", Eine Propagandalegende, in: skandinavistik, Jg. 2, H. 2 (Nov. 1972), S. 107–113.

[37] Tamm wurde begleitet von Birger Dahlerus, dem schwedischen Bekannten Görings, der Ende August 1939 zwischen Deutschland und England zu vermitteln suchte (vgl. Birger Dahlerus, Der letzte Versuch, London–Berlin Sommer 1939, München 1948); Gunnar Hägglöf, Chef der Außenhandelsabteilung des UD; Prof. Sven Tunberg, Leiter des schwedischen Informationsamtes, und dem Geschäftsmann Rolf von Heidenstam.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der versicherte, daß Deutschland nicht beabsichtige, gegen Schweden die Waffen zu erheben, stellte aber auch eine Gegenfrage: Wäre Schweden gegebenenfalls willens und in der Lage, sich gegen einen Angriff der Alliierten auf das nordschwedische Erzgebiet zur Wehr zu setzen? Schwedischerseits war schon vor dem 9. April mehrfach (2., 4. und 8. April) erklärt worden, Schweden wolle und könne sich nach allen Seiten verteidigen[38], und die Delegierten säumten nicht, Göring gegenüber diese Zusage zu erneuern.

> „Der Generalfeldmarschall drückte sofort seine große Befriedigung hierüber aus und betonte, daß dies für ihn eine große Genugtuung bedeute."[39]

Als die Delegierten am 16. April von Hitler empfangen wurden, wiederholten sich die Fragen und Antworten vom Vortage. Hitler jedoch gab sich nicht so schnell zufrieden. Er ließ mehrmals durchblicken, daß er auf der Meinung bestand, Schweden sei zwar sehr wohl in der Lage, sich gegen einen Angriff der Alliierten zu verteidigen, es stehe indes dahin, ob es dazu auch wirklich den Willen habe. Dann wechselte er, freundlicher werdend, das Thema[40]. – Natürlich war diese zweideutige Reaktion nicht dazu angetan, die Schweden zu beruhigen. Richert meldete am 18. April dem UD, daß man nach wie vor mit einem plötzlichen deutschen Angriff auf Schweden rechnen müsse[41]. Wohl auf diese Nachricht und einen mündlichen Bericht der (inzwischen nach Stockholm zurückgekehrten) Delegierten hin schrieb am 19. April der schwedische König, Gustav V. Adolf, einen Handbrief an Hitler, den Richert am 20. April dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, übergab[42]. Das königliche Schreiben[43] enthielt die feierliche Versicherung, daß „Neutralität" für Schweden selbstverständlich auch den Willen zur Verteidigung der Neutralität nach allen Seiten bedeute. Hitlers Antwortbrief[44] ist vom 24. April datiert. Er gelangte am 25. April durch Sonderkurier nach Stockholm[45] und wurde am Tage darauf vom Prinzen zu Wied dem König und (in Abschrift) dem Außenminister Günther vorgelegt. Die beiden Her-

---

[38] Bericht Richert (über eine Unterredung mit Weizsäcker) an Günther v. 2. IV. 40: Försp., Nr. 146, S. 198–200. Aufzeichnung Weizsäcker v. 2. IV. 40: Hubatsch, a.a.O., N 2, S. 534f. = ADAP IX, Nr. 38, S. 52f. – Telegr. Below (Gesandtschaftsrat an der Diplogerma Stockh., über ein Gespräch mit Günther) an AA v. 4. IV. 40: ADAP IX, Nr. 47, S. 63f. – Telegr. Wied (ebenfalls über ein Gespräch mit Günther) an AA v. 8. IV. 40: Hubatsch, a.a.O., N 6, S. 538 = ADAP IX, Nr. 61, S. 80.

[39] P. M. Heidenstam v. 15. IV. 40: Trfr. I, Nr. 33, S. 29–39 (zit. S. 34). – Deutsche Aufzeichnungen über die Unterredungen Görings mit der schwedischen Delegation waren nicht zu ermitteln.

[40] P. M. Tamm v. 16. IV. 40: Trfr. I, Nr. 35, S. 43f. Aufzeichnung Hewel v. 16. IV. 40: ADAP IX, Nr. 127, S. 148–153.

[41] Telegr. und Brief Richert an UD v. 18. IV. 40: Trfr. I, Nr. 44 und 46, S. 51–54.

[42] ADAP IX, Anm. 2 zu Nr. 142, S. 169.

[43] Trfr. I, Nr. 54, S. 66 = Hubatsch, a.a.O., N 10, S. 540f. = ADAP IX, Nr. 142, S. 169.

[44] Trfr. I, Nr. 96, S. 108–110 = Hubatsch, a.a.O., N 11, S. 541f. = ADAP IX, Nr. 161, S. 185f.

[45] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 25. IV. 40 (Nr. 424): AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren seien hocherfreut gewesen, meldete Wied[46], und das darf man ihm glauben; denn Hitlers Antwortbrief enthielt die nicht minder feierliche Versicherung, daß Deutschland seinerseits unter allen Umständen Schwedens Neutralität respektieren werde. Bald stellte sich jedoch für die Schweden die Frage, wie lange der deutsche Diktator diesmal Wort halten würde. Am 1. Mai schrieb Richert an Günther, Hitlers Brief vom 24. April sei zwar eine Garantie für die unmittelbare Gegenwart, nicht aber für die Zukunft[47]. Für Juhlin-Dannfelt lag die Gefahr eines deutschen Angriffs schon Mitte Mai wieder im Bereich des Möglichen[48]. Der schwedische Gesandte in Oslo, J. Beck-Friis, hat im Mai mehrmals über deutsche Truppenkonzentrationen an der norwegisch-schwedischen Grenze berichtet[49]. Am 12. Mai fragte Günther den deutschen Gesandten, was es mit diesen Nachrichten auf sich habe[50]. Unterstaatssekretär Ernst Woermann, Chef der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, wies Wied am 13. Mai an, zu erklären, es handle sich um „Hirngespinste"[51].

Schweden hat gleichwohl nach dem 9. April seine militärischen Vorbereitungen für den Ernstfall fortgesetzt. Zwar vermied man es, der deutschen Hauptforderung offen zuwiderzuhandeln: Das Wort „Mobilmachung" wurde peinlich vermieden, statt dessen von „Bereitschaftsmaßnahmen" gesprochen, aber diese „Bereitschaftsmaßnahmen" liefen am Ende auf eine Mobilmachung hinaus[52]. Günther mag befürchtet haben, daß die Deutschen hierin einen willkommenen Vorwand für eine militärische Aktion gegen Schweden erblicken könnten. Wied berichtete am 16. April, der schwedische Außenminister habe ihm am Tage zuvor „noch einmal in ungewöhnlich feierlicher Form" versichert,

> „daß alle jetzt getroffenen militärischen Maßnahmen Schwedischer Regierung ausschließlich zur Verteidigung (der) Neutralität (des) Landes bestimmt seien ... Nach wie vor sei es aufrichtiger Wunsch und ernstes Bestreben Schwedischer Regierung, politisch und wirtschaftlich weitestgehend entgegenzukommen. Insbesondere sei Regierung fest entschlossen, vertragliche Erzlieferungen in vereinbartem Umfange durchzuführen."

---

[46] Telegr. Wied an AA v. 26. IV. 40: ADAP IX, Anm. 3 zu Nr. 161, S. 186.

[47] Brief Richert an Günther v. 1. V. 40: Trfr. I, Nr. 132, S. 143–145.

[48] Berichte Juhlin-Dannfelt v. 14. und 16. V. 40: Trfr. I, Nr. 179 und 193, S. 195f. und 215f.

[49] Trfr. I, Nr. 141, S. 150–152; Nr. 143, S. 153; Nr. 146–148, S. 156–159; Nr. 154, S. 164f.; Nr. 162–164, S. 171–176; Nr. 173, S. 183; Nr. 180–182, S. 196–203; Nr. 220, S. 238f.; Nr. 274, S. 281. Vgl. auch Hubatsch, a.a.O., S. 151, der jedoch m.E. über J. Beck-Friis härter urteilt als billig.

[50] Telegr. Wied an AA v. 12. V. 40 (Nr. 768): AA, St.S. Schweden I.

[51] Telegr. Woermann an Diplogerma Stockh. v. 13. V. 40 (Nr. 548): AA, St.S. Schweden I.

[52] Der Umfang der schwedischen Verteidigungsmaßnahmen vom Frühjahr 1940 erhellt aus einem Bericht des schwedischen Verteidigungsstabes v. Febr. 1947: Försp., Bil. Q, S. 355–371. Vgl. jetzt auch Erik Norberg, Flyg i beredskap, Det svenska flygvapnet i omvandling och uppbyggnad 1936–1942, Stockh. 1971, S. 150ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wied fügte etwas pathetisch hinzu:

> „ich glaube, (daß) der Ernst der vom Außenminister geführten Sprache und der darin zum Ausdruck gekommene aufrichtige gute Wille unsere volle Beachtung und Würdigung verdient."[53]

Vermutlich hat der deutsche Gesandte diese beschwörenden Worte auch deshalb gewählt, weil er seinerseits ein schlechtes Gewissen hatte. Der Prinz zu Wied und der deutsche Militärattaché in Stockholm, Generalmajor Bruno von Uthmann, haben nämlich die Versuche der Schweden, die Verstöße gegen die deutsche Hauptforderung vom 9. April zu bagatellisieren, von Anfang an unterstützt[54]. Über die Mitteilung Günthers vom Vormittag des 9. April, daß in Schweden bereits seit einiger Zeit Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft im Gange seien, hat Wied mit dem untertreibenden Zusatz berichtet, daß es sich lediglich um eine Verstärkung des Eskortewesens innerhalb der schwedischen Dreimeilenzone handle[55]. Günthers nochmaligen Hinweis (vom Nachmittag des 9. April) auf laufende schwedische Verteidigungsmaßnahmen[56] hat er in seinen Rapporten unterschlagen. In den folgenden Wochen hielten Wied und Uthmann sich an die schwedische Sprachregelung: Verstärkung der Neutralitätswacht, aber keine Mobilisierung[57]. Andererseits bemühten sie sich, die deutschen Zweifel an Schwedens Willen und Befähigung zu einer Verteidigung gegen einen Angriff der Alliierten zu zerstreuen[58].

Wied gewann in der Unterredung mit Günther am 15. April zudem den Eindruck, daß der schwedische Außenminister wegen der Behinderung der Ausreise schwedischer Staatsangehöriger aus Deutschland „einigermaßen beunruhigt" sei. Dieser Sorge war Günther bald enthoben. Auf eine Anfrage Görings hin erklärten sich am 15. April Abwehr und SS/Polizei bereit, den in Deutschland befindlichen schwedischen Staatsangehörigen die Ausreise nach Schweden zu gestatten. Am 16. April stimmte auch der Reichsaußenminister zu[59]. Die Versuche, den wahren Charakter der schwedischen „Bereitschaftsmaßnahmen" zu verschleiern, hatten dagegen keinen dauernden Erfolg. Anfang Juni gelangte aus Oslo die Meldung nach Berlin, Schweden sei völlig mobilisiert[60]. Gegen diesen Tatbestand zu protestieren, schien dem Staatssekretär von Weizsäcker jetzt nicht mehr geraten. Er

[53] Telegr. Wied an AA v. 16. IV. 40: N.f. I, Nr. 175, S. 237f. = ADAP IX, Nr. 126, S. 148.

[54] Über die Haltung Uthmanns während des Norwegenfeldzuges vgl. Henry Kellgren in: Förbindelserna mellan chefen för lantförsvarets kommandoexpedition och tyske militärattachén i Stockholm 1939–1945, Stockh. 1946, S. 9 (danach Hubatsch, a.a.O., S. 148f.).

[55] Vgl. die in Anm. 17 genannten Dokumente.

[56] P. M. Günther v. 9. IV. 40: Trfr. I, Nr. 3, S. 4.

[57] Telegr. Wied an AA v. 12. IV. 40 (Nr. 445): AA, St.S. Skandinavien I; Telegr. Uthmann-Wied an AA. v. 22. IV. 40 (Nr. 554): AA, St.S. Skandinavien II.

[58] Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 17. IV. 40 (Nr. 498 und 502) und 18. IV. 40 (Nr. 511): AA, St.S. Skandinavien I.

[59] Notiz Luther (AA) v. 16. IV. 40: AA, St.S. Skandinavien I.

[60] Telegr. Woermann an Diplogerma Stockh. v. 2. VI. 40 (Nr. 650): AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilte Ribbentrop am 2. Juni mit, die schwedischen „Mobilmachungsmaßnahmen" richteten sich gegen einen möglichen britischen Angriff und lägen somit im deutschen Interesse[61].

Die Reaktion auf die Meldung aus Oslo zeigt, daß man in der Wilhelmstraße den Versicherungen, Schweden werde sich gegen *jeden* Angreifer verteidigen, Glauben schenkte. Auf die Frage, in welchen Phasen des Norwegenfeldzuges die schwedische Regierung die Neutralität des Landes in welchem Maße durch eventuelle militärische Maßnahmen der Westmächte bedroht sah, gestattete das publizierte schwedische Aktenmaterial keine schlüssige Antwort. Ende April scheinen die Leiter der schwedischen Außenpolitik die Möglichkeit britischer Luftangriffe auf das nordschwedische Erzgebiet um Kiruna und Gällivare befürchtet zu haben – mehr aber noch die Möglichkeit, im Zuge deutscher Gegenmaßnahmen an der Seite des nationalsozialistischen Deutschland in den Krieg hineingezogen zu werden. Am 20. April ließ Göring in einem Gespräch mit dem Direktor der schwedischen Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot", Carl Florman, die Bemerkung fallen, die schwedische Luftwaffe sei für eine erfolgreiche Verteidigung des nordschwedischen Erzgebietes gegen britische Luftangriffe zu schwach. Notfalls werde er mit modernen Maschinen eingreifen[62]. Am 28. April berichtete der Sondergesandte Schnurre, Günther habe ihm gegenüber die dringende Bitte geäußert, Deutschland möge Schweden im Falle eines britischen Angriffs auf das Land nicht zu Hilfe kommen, sondern es den Kampf alleine ausfechten lassen[63]. Dieselbe Bitte richtete der Leiter der Außenhandelsabteilung im UD, Gunnar Hägglöf, an den deutschen Gesandtschaftsrat Dankwort[64].

Ende Mai bemühten sich die Leiter der schwedischen Außenpolitik, ihre deutschen Gesprächspartner in Stockholm davon zu überzeugen, daß die Alliierten nichts Böses gegen Schweden im Schilde führten. An dem Gerücht, daß Großbritannien versucht habe, Schweden vom Wege der strikten Neutralität abzubringen, sei „kein wahres Wort", versicherte Günther am 22. Mai dem deutschen Gesandten[65]. Der Kabinettssekretär im UD, Erik Boheman, unterrichtete Dankwort am 23. Mai davon, daß er schon bei seinem London-Besuch im April von Churchill die Auskunft erhalten habe, Großbritannien sehe sich nicht in der Lage, das nordschwedische Erzgebiet gegen den Willen Schwedens zu besetzen[66].

Konnten die Deutschen hinsichtlich der Generallinie der schwedischen Außenpolitik beruhigt sein, so entstand in Berlin doch bald der Eindruck, daß Schweden gelegentlich Neutralitätsverletzungen seitens der Westmächte duldete. Wied wurde

[61] Fernschreiben Weizsäcker an RAM v. 2. VI. 40 (Nr. 105): AA, St.S. Schweden I. Vgl. auch Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 2. VI. 40 (Nr. 657), a.a.O.

[62] P. M. Florman v. 20. IV. 40: Trfr. I, Nr. 62, S. 72f.

[63] Aufzeichnung Schnurre v. 28. IV. 40: ADAP IX, Nr. 180, S. 205f.

[64] Telegr. Wied an AA v. 26. IV. 40: N.f. I, Nr. 183, S. 247. Vgl. auch Aufzeichnung Brunhoff v. 30. IV. 40: N.f. I, Nr. 186, S. 249–251.

[65] Telegr. Wied an AA v. 22. V. 40 (Nr. 851): AA, St.S. Schweden I.

[66] Telegr. Wied an AA v. 23. V. 40: ADAP IX, Nr. 306, S. 342.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am 19. und 20. April insgesamt dreimal angewiesen, wegen Duldung der Ausnutzung der schwedischen Territorialgewässer durch feindliche Kriegsschiffe seit dem 9. April zu protestieren[67]. Günther wies diese Proteste am 20. und 21. April mit großer Entschiedenheit als sachlich unbegründet zurück[68]. – Besonders streng achteten die deutschen Behörden darauf, daß Schweden an der langen gemeinsamen Grenze mit Norwegen nichts unternahm und nichts duldete, was den militärischen Widerstand der Norweger stärken oder ermuntern konnte. Hierzu gehörte auch der Einsatz schwedischer Freiwilliger in Norwegen. Mit dem Versprechen Günthers vom 11. April, dem Kabinett einen Antrag vorzulegen, wonach den schwedischen Wehrpflichtigen die Teilnahme am Freiwilligendienst in Norwegen verboten sei, war Staatssekretär von Weizsäcker nicht zufrieden. Er wies Wied am 13. April an, darauf hinzuwirken, daß das Verbot auf *alle* in Schweden befindlichen Personen ausgedehnt werde. Wied erfuhr am 14. April vom schwedischen Außenminister, daß dies bereits geschehen sei[69]. Bei den im norwegischen Heeresbericht vom 14. April erwähnten schwedischen Freiwilligen konnte es sich laut Auskunft des schwedischen Verteidigungsstabes „nur um einzelne aus Finnland unmittelbar nach Norwegen durchgefahrene ehemalige Finnlandfreiwillige handeln"[70]. Eine vorsorgliche deutsche Anfrage[71], ob Schweden sich in der Lage sehe, auf schwedisches Territorium übertretende norwegische Soldaten sogleich festzustellen und zu internieren, wurde dahingehend beantwortet, daß der Übertritt ganzer Truppenteile sofort bemerkt werden und die Internierung zur Folge haben würde, während der unbemerkte Übertritt einzelner Soldaten im Bereich des Möglichen liege[72].

Anfang Mai gingen die Freiwilligen- und die Internierungsfrage ineinander über und nahmen eine dramatische Wendung. Als am 2. Mai eine schwedische Tageszeitung vom Einsatz schwedischer Freiwilliger in den Kämpfen um Röros und Tynset (Südostnorwegen) berichtete, setzte sich der schwedische Verteidigungsstab sofort telefonisch mit Uthmann in Verbindung und wiederholte die alte Behauptung, es könne sich nur um ehemalige Finnlandfreiwillige schwedischer Staatsangehörigkeit handeln. Schwedische Soldaten, so wurde diesmal ausdrücklich hinzugefügt, seien auf keinen Fall beteiligt. Im übrigen seien bereits Maßnahmen

---

[67] Telegr. Woermann an Diplogerma Stockh. v. 15. IV. 40: N.f. I, Nr. 175, S. 236f. = Hubatsch, a.a.O., N 7, S. 538f. Laut einem Vermerk auf dem Original im AA (St.S. Skandinavien I) ist dieses Telegr. (Nr. 306) erst am 19. IV. abgeschickt worden. – Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 19. IV. 40 (Nr. 348): AA, St.S. Skandinavien I; Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 20. IV. 40 (Nr. 358): AA, St.S. Skandinavien II.

[68] Telegr. Wied an AA v. 20. IV. (Nr. 539) und 22. IV. 40 (Nr. 550): AA, St.S. Skandinavien II. – Vgl. dagegen Rundschreiben OKM/SKL (gez. Fricke) v. 17. V. und 1. VI. 40: MA, RW 5/v. 397.

[69] Telegr. Wied an AA v. 11. IV. 40 (Nr. 431); Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 13. IV. 40 (Nr. 299); Telegr. Wied an AA v. 14. IV. 40 (Nr. 470): AA, St.S. Skandinavien I.

[70] Telegr. Wied an AA v. 15. IV. 40 (Nr. 482): AA, St.S. Skandinavien I.

[71] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 20. IV. 40 (Nr. 349): AA, St.S. Skandinavien II.

[72] Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 22. IV. 40 (Nr. 555): AA, St.S. Skandinavien II.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eingeleitet, um die schwedischen Norwegen-Kämpfer zurückzuholen[73]. Aber nun war es zu spät. Am 5. Mai ging ein langes Telegramm Ribbentrops bei der deutschen Gesandtschaft ein. Darin hieß es:

„Bei den am 3. Mai um Röros stattgefundenen Kämpfen ist ein Verband festgestellt, der in Finnland gekämpft hat, sich aus Norwegern, Dänen, Schweden und Finnen zusammensetzte und mit leichten und schweren Maschinengewehren bewaffnet war."

Teile des Verbandes hätten am 1. Mai auf Lastkraftwagen die schwedische Grenze überschritten, um nach Tynset vorzustoßen:

„Hieraus ergibt sich, daß es sich nicht um einen Grenzübertritt einzelner Personen gehandelt hat, sondern daß ein bewaffneter Verband nicht daran gehindert wurde, die schwedische Grenze nach Norwegen zu überschreiten."

Wied hatte die Regierung in Stockholm aufzufordern, „energische Maßnahmen" zu treffen, um eine Wiederholung derartiger Vorfälle zu verhindern. Außerdem wurden die deutschen Gesandten in Schweden, Dänemark und Finnland angewiesen, den Regierungen dieser Länder mitzuteilen,

„daß wir die bei solchen Truppen angetroffenen Nichtnorweger als Freischärler ansehen müßten und sie daher demgemäß behandeln, aburteilen und standrechtlich erschießen würden, denn wir nähmen an, daß es sich dabei um Leute handele, die nicht in die norwegische Armee eingereiht worden seien"[74].

Das Oberkommando der deutschen Truppen in Norwegen erhielt am 5. Mai vom Oberkommando der Wehrmacht den Befehl, „ab sofort" entsprechend zu handeln[75]. Das Amt Ausland/Abwehr im OKW dagegen vertrat am 6. Mai die Ansicht, man solle sich die Sache noch einmal überlegen, denn:

„Angehörige von Freiwilligen-Korps ... können ... nicht nur deshalb, weil sie Ausländer sind, standrechtlich erschossen werden."[76]

Nachdem Wied am 6. Mai auftragsgemäß in Stockholm protestiert hatte[77], teilte ihm am 7. Mai der Direktor der politischen Abteilung im UD, Staffan Söderblom, telefonisch mit, „daß alle in Frage kommenden schwedischen Dienststellen entsprechend deutschen Ersuchen Weisungen für die Zukunft erhalten haben". Allerdings hätten nach den bisherigen schwedischen Ermittlungen nur zehn Personen

[73] Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 2. V. 40 (Nr. 658): AA, St.S. Skandinavien II.

[74] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. (Nr. 503), Diplogerma Kopenhagen (Nr. 455) und Diplogerma Helsinki (Nr. 198) v. 5. V. 40: AA, St.S. Skandinavien II.

[75] Fernschreiben OKW an Gruppe XXI v. 5. V. 40: MA, RW 4/v. 318.

[76] Rundschreiben Amt Ausl./Abwehr (i.A. Bürkner) v. 6. V. 40: MA, RW 4/v. 318.

[77] Telegr. Wied an AA v. 6. V. 40 (Nr. 704): AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am 1. Mai die Grenze bei Vauldalen überschritten. Die schwedische Regierung bitte „dringend, mitgeteilte deutsche Maßnahme betr. Behandlung als Freischärler einstweilen nicht durchzuführen"[78]. Sie wurde tatsächlich nicht durchgeführt. Schon am 5. Mai[79] war der größte Teil des Freiwilligenverbandes – Söderblom sprach am 8. Mai von 109 Mann – mit drei reichsdeutschen Gefangenen wieder über die Grenze nach Schweden gegangen und daraufhin interniert worden. Der Bitte der deutschen Gesandtschaft um Freilassung und Rückführung der drei reichsdeutschen Gefangenen stimmte das UD prinzipiell sogleich zu[80]. Als Wied Anfang Juni noch einmal wegen angeblicher Unterstützung norwegischer Freiwilliger (von schwedischen Kriegsteilnehmern war nicht mehr die Rede) durch Schweden im UD vorstellig wurde, versprach Söderblom genaue Nachprüfung, wies aber gleichzeitig auf die strengen schwedischen Kontrollen an der norwegischen Grenze hin[81].

Glaubten die deutschen Behörden Grund zu der Annahme zu haben, daß Schweden seinen Neutralitätspflichten nicht immer im gebotenen Maße nachkam, so herrschte in Stockholm die Meinung, daß die deutsche Luftwaffe sich leichtfertig über die Zusage der Reichsregierung vom 9. April, schwedisches Hoheitsgebiet würde von den deutschen militärischen Maßnahmen auf keinen Fall berührt werden, hinwegsetzte. Am 21. April schien dem schwedischen Außenminister das Maß voll zu sein. Er bat den deutschen Gesandten am späten Abend zu sich in seine Privatwohnung, eröffnete ihm dort, daß an diesem Tage 40 bis 50 Einflüge deutscher Maschinen in schwedisches Hoheitsgebiet beobachtet worden seien und forderte in ernsten Worten die Einstellung dieser Überfliegungen. Wied schloß sich dieser Forderung indirekt an, indem er die Berliner Zentrale darauf hinwies,

> „daß durch Bekanntwerden der Überfliegungen und durch Erregung schwedischer Öffentlichkeit hiesiger Regierung bisherige entgegenkommende Haltung erschwert wird"[82].

Am 22. April erschien Richert bei Weizsäcker, um dem Schritt seines Chefs Nachdruck zu verleihen[83]. Deutscherseits wurde am 22. und 23. April geantwortet, daß 1. die Zahl der von den Schweden angegebenen Einflüge zu hoch gegriffen sei; 2. es sich in den wenigen Fällen, wo tatsächlich Berührungen schwedischen Hoheitsgebietes durch deutsche Flugzeuge vorgekommen seien, immer um versehentliche, durch navigatorische Schwierigkeiten hervorgerufene Überfliegungen gehandelt habe, die man bedaure. Außerdem wurde versichert, daß die entsprechenden Ver-

[78] Telegr. Wied an AA v. 7. V. 40 (Nr. 714): AA, St.S. Schweden I.

[79] Abendmeldung Gruppe XXI v. 5. V. 40: MA, AOK 20/E 278/3 a.

[80] Telegr. Heyden-Rynsch an Diplogerma Stockh. v. 8. V. 40 (Nr. 576), Telegr. Wied an AA v. 8. V. 40 (Nr. 733): AA, St.S. Schweden I.

[81] Telegr. Wied an AA v. 3. VI. 40 (Nr. 928): AA, St.S. Schweden I.

[82] Telegr. Wied an AA v. 22. IV. 40: N.f. I, Nr. 178, S. 240 = Hubatsch, a.a.O., N 8, S. 539.

[83] Aufzeichnung Weizsäcker v. 22. IV. 40 (Nr. 317) mit Abschrift einer schwedischen Verbalnote v. 22. IV. 40: AA, St.S. Skandinavien II.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bände der deutschen Luftwaffe den strengen Befehl erhalten hätten, fortan schwedisches Hoheitsgebiet zu meiden[84]. Indes: Die Überfliegungen gingen weiter[85]. Die schwedischen Behörden glaubten in der Zeit vom 22. April bis 18. Mai insgesamt 110 Neutralitätsverletzungen durch deutsche Flugzeuge feststellen zu können[86] – eine Zahl, die der Luftwaffenführungsstab Anfang Juni für unwahrscheinlich erklärte[87].

Am 22. April beschoß ein Militärflugzeug mit seinen Maschinengewehren schwedische Fischerboote an der schwedischen Westküste unweit Göteborg, wobei ein Fischer verwundet wurde. Sehr bald verlautete, bei der angreifenden Maschine habe es sich um ein deutsches Flugzeug gehandelt, und in dieser Form wurde die Unglücksnachricht am Abend des 22. April auch vom schwedischen Rundfunk verbreitet. Der deutsche Gesandte befürchtete nunmehr das Schlimmste. Er gab die Meldung auf der Stelle nach Berlin weiter mit dem Zusatz:

> „Falls wir unseren Druck weiter verstärken und (die) Geduld der Schweden auf (eine) noch höhere Probe stellen, befürchte ich ernste Folgen. In erster Linie sehe ich diese im Zusammenhang mit den übereingekommenen Erzlieferungen, da bewaffneter Konflikt unbedingt Ausfall dieser Lieferungen auf längere Zeit bedeuten würde. Schweden würde nur dann gegen uns gehen, wenn es zur Verzweiflung getrieben wird. Doch fürchte ich . . ., daß dieser Zustand bald eintreten könnte."[88]

Im Auswärtigen Amt hielt man die schwedische Meldung von vornherein für „völlig unglaubwürdig", wie Weizsäcker an den Rand des Telegramms des deutschen Gesandten vom 22. April schrieb; andererseits befand man es für notwendig, der Sache nachzugehen, bevor sie noch vom schwedischen Gesandten offiziell anhängig gemacht wurde. Aufgrund von Auskünften der in Frage kommenden militärischen Dienststellen[89] teilte Woermann am 24. April Richert telefonisch mit, deutsche Flugzeuge seien bei dem Zwischenfall an der schwedischen Westküste keinesfalls beteiligt gewesen[90]. Die Schweden gaben sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden. Am 29. April unternahm Richert zum erstenmal einen amtlichen Schritt in der Angelegenheit. Er übersandte Weizsäcker den abschließenden Bericht der Polizeibehörde der Stadt Strömstad (im Norden der schwedischen Westküste), aus dem hervorging, daß sämtliche Augenzeugen die angreifende Maschine aufgrund ihrer deutlich sichtbaren Hoheitszeichen als Flugzeug der deutschen Luftwaffe

[84] Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 22. IV. 40 (Nr. 347), Aufzeichnung Weizsäcker v. 23. IV. 40 (Nr. 321): AA, St.S. Skandinavien II. Das der Antwort des AA zugrundeliegende Gutachten des Luftwaffenführungsstabes v. 23. IV. 40: Hubatsch, a.a.O., N 9, S. 540.

[85] Was aufhörte, waren lediglich die Überfliegungen mittelschwedischen Gebietes. So ist wohl auch Hubatsch, a.a.O., S. 151, zu verstehen.

[86] Aufzeichnung Grundherr v. 23. V. 40: AA, St.S. Schweden I.

[87] Aufzeichnung Heyden-Rynsch v. 4. VI. 40 (Pol. I M 7906 g.): AA, St.S. Schweden I.

[89] Telegr. Wied an AA v. 22. IV. 40: ADAP IX, Nr. 149, S. 175.

[89] Aufzeichnung Woermann v. 23. IV. 40; Aufzeichnungen Heyden-Rynsch v. 23. und 24. IV. 40 (Pol. I M 5844 g. und Pol. I M 5844 Ang. II): AA, St.S. Schweden I.

[90] Aufzeichnung Woermann v. 24. IV. 40: AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatten identifizieren können. Richert bat um „erneute, genaue Untersuchung" des Vorfalls[91]. Diesmal ließ die Reaktion des Auswärtigen Amtes auf sich warten. Erst am 25. Mai wies Weizsäcker den deutschen Gesandten in Stockholm an, der schwedischen Regierung gegenüber die Behauptung zu wiederholen, „daß der Angriff keinesfalls durch (ein) deutsches Flugzeug ausgeführt worden ist". Vielmehr müsse, falls keine Augentäuschung der Zeugen vorliege, der Angriff eines feindlichen Flugzeuges mit deutschen Hoheitszeichen unterstellt werden[92]. Für Wied und den deutschen Marine- und Luftattaché in Stockholm, Konteradmiral Steffan, kam diese Begründung keineswegs überraschend; denn sie selber hatten angeregt, den Schweden in diesem Sinne zu antworten[93].

Eine weitere mit der Anwendung von Waffengewalt verbundene Verletzung der schwedischen Neutralität durch ein Militärflugzeug ereignete sich in Nordschweden, wo am 20. Mai die Eisenbahnstation Vassijaure überflogen und unter Maschinengewehrfeuer genommen wurde. Ein schwedischer Soldat wurde getötet. Schwedischerseits bestand wiederum kein Zweifel daran, daß es sich um eine deutsche Maschine gehandelt habe. Als Richert am 22. Mai im Auswärtigen Amt wegen des Vorfalls protestierte, erhielt er vom Unterstaatssekretär Woermann die Antwort, der irrtümliche Angriff eines deutschen Flugzeuges auf das auf drei Seiten von norwegischem Gebiet umschlossene Vassijaure könne in der Tat nicht von vornherein als unmöglich abgetan werden. Gleichzeitig wurde dem schwedischen Gesandten bedeutet, es sei „wenig zweckmäßig", Protestschritte vorher in der Presse anzukündigen[94] – was in diesem Falle tatsächlich geschehen war. Am 23. Mai erschien Richerts Stellvertreter, Gesandtschaftsrat von Post, im Auswärtigen Amt, um wegen des Formfehlers eine Entschuldigung vorzubringen[95]. Kein Zweifel: Wenn Günther am 21. Mai zum Prinzen Wied sagte, er bemühe sich ständig, die deutsch-schwedischen Beziehungen von jeder Belastung freizuhalten[96], so gilt dies für die Zeit des Norwegenfeldzuges auch für die Herren von der schwedischen Gesandtschaft in Berlin.

Noch vor dem Zwischenfall von Vassijaure faßten die Leiter der schwedischen Wehrmacht den Entschluß, die führenden deutschen Militärs in Norwegen nach Möglichkeit einmal persönlich in Augenschein zu nehmen. Als am 15. Mai der Chef des schwedischen Verteidigungsstabes, Oberst Henry Kellgren, dem deutschen Militärattaché ein Treffen hoher schwedischer und deutscher Offiziere zwecks Besprechung aller militärischen Fragen, die sich seit dem 9. April an der norwegisch-schwedischen Grenze ergeben hatten, vorschlug, leiteten Uthmann und Wied die

---

[91] Schreiben Richert an Weizsäcker v. 29. IV. 40 (mit 2 Anlagen): AA, St.S. Schweden I.

[92] Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 25. V. 40 (Nr. 617): AA, St.S. Schweden I.

[93] Abschrift Telegr. Steffan-Wied an AA v. 30. IV. 40 (Nr. 650): MA, RW 4/v. 318. – Weitere deutsche Dokumente über diese Angelegenheit waren nicht zu ermitteln.

[94] Aufzeichnung Woermann v. 22. V. 40 mit schwedischer Verbalnote v. 21. V. 40: AA, St.S. Schweden I.

[95] Aufzeichnung Grundherr v. 23. V. 40: AA, St.S. Schweden I.

[96] Telegr. Wied an AA v. 21. V. 40 (Nr. 846): AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anregung auf der Stelle befürwortend nach Berlin weiter[97]. Das Oberkommando der Wehrmacht begrüßte ebenfalls den schwedischen Vorschlag, schärfte freilich am 17. und 18. Mai dem Oberkommando der deutschen Truppen in Norwegen („Gruppe XXI") ein, daß bei der geplanten Besprechung keine politischen Fragen berührt werden dürften. Es gehe lediglich darum, durch eine „kameradschaftliche Aussprache günstige Auswirkungen" auf laufende „diplomatische Verhandlungen" zu erreichen[98]. Das Treffen (mit anschließendem Frühstück) fand am 21. Mai auf norwegischem Territorium nahe der schwedischen Grenze an der Eisenbahnstrecke Drontheim–Storlien im Salonwagen des Oberbefehlshabers der Gruppe XXI, General von Falkenhorst, statt[99]. Von schwedischer Seite waren erschienen der Oberbefehlshaber der schwedischen Wehrmacht, General Thörnell, der zuständige Abschnittskommandeur, Generalmajor Olssohn, sowie fünf weitere Offiziere; von deutscher Seite General von Falkenhorst, der Generalstabschef der Gruppe XXI, Oberst i.G. Buschenhagen, von Uthmann und einige Offiziere der Gruppe XXI. Die Aussprache trug wirklich den befohlenen „kameradschaftlichen" Charakter, brachte aber, wie zu erwarten, keinerlei konkrete Ergebnisse. Immerhin glaubte Gruppe XXI melden zu können, den Auftrag des OKW im großen und ganzen erfüllt zu haben:

> „Durch diese Besprechung scheint wesentliche Beruhigung der gegenseitigen Beziehungen erreicht."[100]

Die Wirklichkeit sah anders aus. Anfang Juni reagierte die schwedische Wehrmacht auf die fortdauernden deutschen Überfliegungen mit Maßnahmen, die sich am ehesten daraus erklären lassen, daß die allgemeine Nervosität in Schweden zugenommen hatte. Umgekehrt waren diese Maßnahmen geeignet, in Deutschland eine gereizte Stimmung gegen Schweden zu erzeugen. Am 2. und 6. Juni wurde je ein deutsches Transportflugzeug über schwedischem Hoheitsgebiet von schwedischer Flak abgeschossen, wobei der größte Teil der Besatzungen (11 Mann) ums Leben kam[101]. Am 17. Juni, eine Woche nach der Kapitulation der norwegischen Territorialarmee, wies Weizsäcker den deutschen Gesandten in Stockholm an, energisch gegen „dieses rücksichtslose Vorgehen schwedischer Flak" zu protestieren[102]. Am 18. Juni versprach Günther dem Prinzen zu Wied, er werde

[97] Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 15. V. 40 (Nr. 791); Telegr. Wied an AA v. 15. V. 40 (Nr. 795): AA, St.S. Schweden I.

[98] Fernschreiben Gruppe XXI, Ia (Oslo) an Oberst Buschenhagen (Drontheim) v. 17./18. V. 40: MA, AOK 20/E 279/26.

[99] Vgl. Hubatsch, a. a. O., S. 149.

[100] Fernschreiben Gruppe XXI an OKW (Abteilung Ausland) und Gruppe XXI, Ia (Oslo) v. 22. V. 40: MA, AOK 20/E 279/26. Vgl. auch Telegr. Uthmann-Wied an AA v. 22. V. 40 (Nr. 852): AA, St.S. Schweden I.

[101] Telegr. Luftattaché-Wied an AA v. 3. VI. 40 (Nr. 936), 4. VI. 40 (Nr. 951) und 7. VI. 40 (Nr. 979): AA, St.S. Schweden I.

[102] Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 17. VI. 40 (Nr. 707): AA, St.S. Skandinavien II.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„sofort zuständige Militärbehörden anweisen lassen, daß bei Überfliegungen zunächst stets Warnsignale abzugeben seien"[103].

Auf die besonders zu Beginn des Norwegenfeldzuges zahlreichen Klagen der Reichsregierung über antinazistische, angeblich die Norweger zu militärischem Widerstand reizende Äußerungen in Schwedens Presse und Rundfunk soll hier nicht näher eingegangen werden. Verzeichnet sei nur, daß selbst Hitler in der Unterredung mit der schwedischen Sondergesandtschaft am 16. April und in seinem Brief an Gustav V. Adolf vom 24. April in diese Klagen einstimmte und daß auf der anderen Seite Richert in seinen Berichten an das UD wiederholt „Zurückhaltung" in Rundfunk und Presse forderte, weil er fürchtete, antinazistische Meldungen und Stellungnahmen in den schwedischen Massenmedien könnten den nationalsozialistischen Machthabern gegebenenfalls als Vorwand für einen Angriff auf Schweden dienen[104]. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß eine für den Abend des 11. April geplante Rede des norwegischen Stortingspräsidenten Hambro über den schwedischen Rundfunk auf scharfe Proteste der Reichsregierung[105] hin abgesagt wurde[106].

Am 11. April erinnerte Ribbentrop den schwedischen Gesandten daran, daß Deutschland sich am 9. April vorbehalten hatte, später weitere Forderungen an Schweden zu stellen[107]. Diese Forderungen betrafen, wie der schwedische Militärattaché in Berlin, Oberst Juhlin-Dannfelt, schon am 9. April im Reichskriegsministerium erfahren hatte[108], in der Hauptsache die „Transitfrage", d.h. die Frage, ob und in welchem Maße die schwedische Regierung den Durchtransport (Transit) welcher Arten von Nachschub für die deutschen Truppen in Norwegen auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln über schwedisches Hoheitsgebiet gestatten würde. Angesichts der Tatsache, daß über See gehende Transporte nach Norwegen dem Zugriff der britischen Flotte ausgesetzt waren, hat das Oberkommando der Wehrmacht seit Ende Februar 1940 die Meinung vertreten, daß im Falle einer Durchführung der „Weserübung" (unabhängig von der jeweiligen operativen Lage der deutschen Truppen in Norwegen) an Schweden die Forderung zu stellen sei, deutsche Nachschubtransporte über das schwedische Eisenbahnnetz zu dulden[109]. Die (spätestens seit dem 13. April) prekäre Lage der Gruppe Dietl

---

[103] Telegr. Wied an AA v. 18. VI. 40 (Nr. 1028): AA, Büro U.St.S., Akten betr. Skandinavienaktion II.

[104] Försp., Nr. 186, S. 253f. (8. IV. 40); Nr. 200, S. 273 (9. IV. 40). Trfr. I, Nr. 20, S. 20 (13. IV. 40); Nr. 209, S. 227–231 (18. V. 40).

[105] N.f. I, Nr. 165–167, S. 230–232 = ADAP IX, Nr. 91, S. 105f. (nebst Anmerkungen).

[106] Telegr. Wied an AA v. 12. IV. 40 (Nr. 442): AA, St.S. Skandinavien I.

[107] Aufzeichnung RAM v. 11. IV. 40: N.f. I, Nr. 165, S. 230f. = ADAP IX, Nr. 91, S. 105f.

[108] Brief Richert mit Bericht Juhlin-Dannfelt v. 9. IV. 40: Trfr. I, Nr. 7, S. 7–11 (bes. S. 10).

[109] Die entsprechenden deutschen Dokumente gedruckt in Ber. XII, Nr. 13, S. 15f. 26. II. 40); Nr. 16, S. 21 (26. II. 40); Nr. 20f., S. 30–35 (4./5. III. 40); Nr. 24, S. 38–42

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Narvik – die Gruppe konnte lediglich durch die Luft versorgt werden, und auch das nur unter großen Schwierigkeiten – trug entscheidend dazu bei, die deutschen Militärs in ihrer Auffassung zu bestärken. Hervorzuheben ist, daß die deutschen Transitforderungen an Schweden im Jahre 1940 in keinem Falle von der Androhung militärischer Gewalt begleitet waren. Vermutlich hat man deutscherseits zunächst darauf vertraut, daß der Zwang der seit dem 9. April vollzogenen Tatsachen die schwedische Regierung in der Transitfrage gefügig machen würde, was indes während des Norwegenfeldzuges nur in einem gewissen, in den folgenden Darlegungen näher zu bestimmenden Maße geschehen ist.

Für den Eisenbahntransit von Deutschland nach Norwegen über Schweden kamen hauptsächlich die folgenden Strecken in Frage:

1. Trelleborg–Malmö–Göteborg–Kornsjö (Grenze)–Oslo (Südnorwegen);
2. Trelleborg–Östersund–Storlien (Grenze)–Drontheim (Mittelnorwegen);
3. Trelleborg–Östersund–Kiruna–Riksgränsen (Grenze)–Björnefjell (Narvikgebiet, Nordnorwegen).

Für den deutschen Eisenbahntransit von Mittel- nach Nordnorwegen kam die folgende Strecke in Betracht:

4. Drontheim–Storlien–Kiruna–Riksgränsen–Björnefjell (der sogenannte „Hufeisenverkehr", schwedisch „hästskotrafiken").

An der Bahn nach Drontheim waren gleich zu Beginn des Norwegenfeldzuges auf schwedischer Seite etwa 80 Meter Schienen aufgerissen worden[110]. Am 7. Mai richtete die deutsche Gesandtschaft an die schwedische Regierung das Ersuchen, umgehend das Nötige zur Wiederherstellung der Verbindung nach Drontheim zu veranlassen[111]. Am 17. Mai erfuhr Wied im UD, daß der Schaden inzwischen behoben sei; jetzt müßten aber erst Verhandlungen über den Fahrplan geführt werden[112]. Am 23. Mai stellte sich heraus, daß die Wiederaufnahme des Verkehrs nicht nur von Schweden abhing: Auf der norwegischen Seite der Bahn funktionierten die Fernsprechverbindungen nicht ganz zufriedenstellend[113]. Am 24./25. Mai passierten endlich die ersten Eisenbahnzüge die Grenze bei Storlien[114]: Die regelmäßigen Transporte nach Drontheim und – was für Gruppe XXI zu diesem Zeitpunkt wichtiger war – der „Hufeisenverkehr" nach dem Narvikgebiet konnten beginnen.

Eisenbahntransporte nach der *Stadt* Narvik waren wegen der militärischen Ereignisse seit dem 9. April ausgeschlossen. Die Teilstrecke von Riksgränsen nach

---

(6. III. 40); Nr. 30, S. 54 (11. III. 40); Nr. 37, S. 67f. (12. III. 40); Nr. 54, S. 119–133 (2. IV. 40).

[110] Mitteilung OKW an AA v. 5. V. 40 und Telegr. AA an Diplogerma Stockh. v. 5. V. 40: N.f. I, Nr. 194f., S. 260f.

[111] Verbalnote Diplogerma Stockh. an UD v. 7. V. 40: Trfr. I, Nr. 151, S. 161.

[112] Telegr. Wied an AA v. 17. V. 40: N.f. I, Nr. 211, S. 280.

[113] Telegr. Weber (Oslo) an AA v. 23. V. 40 (Nr. 805): AA, St.S. Schweden I.

[114] Telegr. Wied an AA v. 26. V. 40 (Nr. 884): AA, St.S. Schweden I; Telegr. Clodius (AA) an Reichskommissar Norwegen (Terboven) v. 30. V. 40: AA, Ha Pol VI, Handel 13 A.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Björnefjell konnte zunächst auch nicht benutzt werden. Dem Antrag der deutschen Gesandtschaft vom 24. April, die Strecke mit Strom zu beliefern[115], stimmten die schwedischen Behörden zwar zu, aber ein entsprechender Versuch endete mit Kurzschluß[116]. Erst nachdem – wiederum auf deutschen Antrag[117] – ein schwedischer Elektroingenieur mehrmals im Narvikgebiet erschienen war und die Schäden an der elektrischen Leitung ausfindig gemacht hatte, konnte die Belieferung der Strecke bis Björnefjell und Hundalen anlaufen (seit 6. Mai)[118].

Inzwischen hatten in Berlin Verhandlungen stattgefunden über die Frage, was nach dem Narvikgebiet über Schweden transportiert werden durfte. In einer zweiten Unterredung mit der schwedischen Sondergesandtschaft unter Vizeadmiral Tamm am 16. April forderte Göring den Eisenbahntransit von *nicht*militärischem Material via Trelleborg–Riksgränsen[119]. Der Leiter der Außenhandelsabteilung im UD, Ministerialrat Hägglöf, neben Tamm das wichtigste Mitglied der Delegation, unterrichtete Stockholm sogleich telefonisch von diesem Antrag. Am 17. April beschloß der schwedische Staatsrat, dem Ersuchen stattzugeben; dabei wurde betont, daß es sich um einen Einzelfall handele. Der weitere deutsche Antrag, mit der Warensendung 40 Sanitäter nach dem Narvikgebiet durchschleusen zu dürfen, wurde am 17. April entschieden abgelehnt, am 18. April dann doch angenommen[120]. Am späten Nachmittag des 19. April trafen 34 deutsche Güterwagen in Trelleborg ein, dazu die 40 Sanitäter. Die Wagenkolonne – in den deutschen und schwedischen Dokumenten meist euphemistisch „Sanitätszug" genannt – wurde in der folgenden Nacht gründlich auf ihren Inhalt hin geprüft. Die Untersuchungen ergaben, daß die Waren zu 10% aus Medikamenten, Wolldecken usw., zu 90% aus Lebensmitteln bestanden. Waffen und Munition wurden nicht gefunden. In der Frühe des 20. April konnte der Zug, begleitet von einer kleinen Abteilung schwedischer Soldaten und einem schwedischen Polizeibeamten, die Fahrt fortsetzen. Die Sanitäter mußten die weite Reise von Trelleborg nach Riksgränsen in einem Personenwagen der schwedischen Staatsbahnen mit zugemalten Fenstern zurücklegen[121]. Infolge schwerer Schneestürme kam der Zug erst am Abend des 25. April in Riksgränsen an[122]. Am Tage darauf wurde er mit Hilfe einer schwedischen Dampflok[123] über die Grenze geschafft[124].

---

[115] Verbalnote Diplogerma Stockh. an UD v. 24. IV. 40: Trfr. I, Nr. 88, S. 97f.

[116] Brief Söderblom an Richert v. 26. IV. 40: Trfr. I, Nr. 114, S. 125f.

[117] Schreiben Gadow an die nordschwedischen Militärbehörden v. 29. IV. 40: Trfr. I, Nr. 127, S. 137f.; Verbalnote Diplogerma Stockh. an UD v. 6. V. 40: Trfr. I, Nr. 149, S. 159.

[118] Telegr. Wied an AA v. 7. V. 40: N.f. I, Nr. 204, S. 217f. Vgl. auch Trfr. I, Nr. 159 und 161, S. 169–171.

[119] P. M. Heidenstam v. 16. IV. 40: Trfr. I, Nr. 34, S. 39–43.

[120] P. M. H. Beck-Friis (UD) v. 17./18. IV. 40: Trfr. I, Nr. 43, S. 49–51.

[121] Trfr. I, Nr. 50, S. 61–65; Nr. 60f., S. 70–72; Nr. 70, S. 80f.

[122] Trfr. I, Nr. 78, S. 89; Nr. 120, S. 131–133.

[123] Telegr. Wied an AA, v. 26. IV. 40 (Nr. 622): AA, St.S. Skandinavien II.

[124] Telegr. UD an Richert v. 27. IV. 40: Trfr. I, Nr. 119, S. 131.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein weiterer deutscher Sonderzug (fünf Waggons mit Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung des Narvikgebiets[125]) passierte am 25. April Trelleborg und erreichte am 29. April Riksgränsen[126]. Am 27. April unterrichtete der schwedische Marineattaché in Berlin, Fregattenkapitän Forshell, den Leiter des Ministeramts beim Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalleutnant Bodenschatz, von dem Entschluß der schwedischen Regierung, den Transit nichtmilitärischer Güter von Deutschland nach den besetzten norwegischen Gebieten nur noch unter den folgenden Bedingungen zuzulassen:

1. keine Sonderzüge, lediglich einzelne Waggons;
2. (Schein-)Deklarierung von einer deutschen Privatfirma an eine norwegische Firma[127].

Transporte dieser Art brauchten nicht mehr eigens auf dem diplomatischen Wege angemeldet zu werden. Ihre Einleitung und Durchführung übernahm der Heimatstab Nord[128]. Als Absender wurde fortan „Schenker & Co." angegeben, als Empfänger „Diplomingenieur Meyer, Narvik" oder „Mechanische Werkstätten, Drontheim"[129]. Solange diese Fiktion aufrechterhalten und nur Waren verschickt wurden, die keinen eindeutig militärischen Charakter trugen, stieß der Durchtransport über Schweden auf keinerlei Schwierigkeiten. Als am 3. Juni eine Dampflok (Absender: Schenker & Co., Empfänger: Diplomingenieur Meyer) in Trelleborg eintraf, sorgte die dortige schwedische Zollwache für die alsbaldige Weiterleitung nach Riksgränsen[130]. Allerdings wurden weiterhin alle Sendungen genau darauf untersucht, ob sie Kriegsmaterial enthielten. Drei am 6. Mai in Trelleborg eingetroffene deutsche Waggons, in denen unter Pferdefutter Waffen und Munition versteckt lagen, wurden beschlagnahmt und am 11. Mai nach Saßnitz zurückgeschickt[131].

Im Durchschnitt liefen pro Tag fünf bis sechs nach Drontheim und Narvik bestimmte Waggons mit Kleidung, Lebensmitteln und Sanitätsgut in Trelleborg ein. Außerdem erhielt die deutsche Gesandtschaft die Erlaubnis, in Schweden 10000 l Alkohol, 20000 Zigarren und 8500 kg Lebensmittel zu erstehen und direkt nach Narvik zu schicken[132].

In der Frage des Transits von Pflegepersonal nach dem Narvikgebiet nahm die schwedische Regierung auch dann noch eine im ganzen gesehen entgegenkom-

---

[125] Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 24. IV. 40 (Nr. 427): AA, St.S. Skandinavien II.

[126] Trfr. I, Nr. 138, S. 148f.

[127] Bericht Forshell an Richert v. 27. IV. 40: Trfr. I, Nr. 117, S. 129f.

[128] Mitteilung OKW an AA v. 28. IV. 40: N.f. I, Nr. 185, S. 248f.; Telegr. Wiehl an Diplogerma Stockh. v. 6. V. 40 (Nr. 508): AA, St.S. Skandinavien II.

[129] Vgl. die zahlreichen Berichte der Zollwache Trelleborg in Trfr. I.

[130] Bericht Zollwache Trelleborg v. 4. VI. 40: Trfr. I, Nr. 290, S. 290.

[131] Trfr. I, Nr. 157, S. 167f.; Nr. 165 und 167, S. 176–180; Nr. 177, S. 192–194.

[132] Telegr. Wied an AA v. 31. V. 40 (Nr. 917); P. M. der schwedischen Gesandtschaft Berlin v. 13. VI. 40: AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mende Haltung ein, als im UD der Eindruck entstand, der Bedarf der Gruppe Dietl an Krankenwärtern übersteige das übliche Maß bei weitem[133]. Insgesamt haben während des Norwegenfeldzuges 290 Sanitäter und 2 Ärzte via Trelleborg–Riksgränsen nach Nordnorwegen reisen können[134].

Am 18. April richtete die deutsche Gesandtschaft auftragsgemäß an das UD die Bitte, den Rücktransport von 600 deutschen zivilen Seeleuten von im Narvikgebiet gesunkenen deutschen Handelsschiffen über Riksgränsen–Trelleborg zu ermöglichen. Die schwedischen Behörden wurden ersucht, die Seeleute 10 km westlich von Riksgränsen – also auf norwegischem Territorium – von einem schwedischen Eisenbahnzug abholen zu lassen[135]. Das war etwas zuviel verlangt. Der Rücktransport durfte alsbald vor sich gehen[136], aber nicht über Trelleborg, sondern über Oxelösund (südöstlich von Nyköping), und die Schweden waren lediglich bereit, eine Lok und einen Personenwagen für eventuell in dem Transport befindliche Kranke über die Grenze zu schicken. Am 21. April trafen 514 deutsche Seeleute in Riksgränsen ein. Sie wurden sofort nach Oxelösund weitergeschickt und dort in der Nacht vom 22. zum 23. April von einem deutschen Schiff („Der Deutsche") übernommen[137]. Vierzehn Nachzügler reisten vom 28. April bis 1. Mai über Riksgränsen–Trelleborg nach Deutschland zurück[138]. Unter den als zivile Seeleute deklarierten Personen, die vom 21. bis 23. April durch Schweden transportiert wurden, befanden sich laut einer Aufzeichnung des L. R. Brunhoff vom 30. April[139] die Mannschaften zweier U-Boote und einer Fliegerstaffel der Kriegsmarine. Selbstverständlich hätten sie interniert werden müssen; wenn das nicht geschah, so mag das teilweise daran gelegen haben, daß die schwedischen Behörden sich dieses Mal nicht in der Lage sahen, die Böcke von den Schafen zu unterscheiden. Andererseits ist festzuhalten, daß die schwedische Regierung auch bewußt den Rücktransport einzelner deutscher Soldaten und Truppenteile, von denen nicht zu erwarten stand, daß sie alsbald wieder in die Kämpfe in Norwegen eingreifen würden, geduldet hat. Der deutsche Antrag vom 22. April, kranke und verwundete Wehrmachtsangehörige nicht erst zu internieren, sondern gleich über das schwedische Eisenbahnnetz nach Hause zu schicken[140], wurde am 25. April bewilligt[141]. Allerdings hat

---

[133] Vgl. Trfr. I, Nr. 158, S. 168f., dazu N.f. I, Nr. 207, S. 275f. (8./9. V. 40); Trfr. I, Nr. 240, S. 260f., dazu ADAP IX, Nr. 348, S. 386f. (29. V. 40); Trfr. I, Nr. 270 und 285, S. 279 und 287, dazu N.f. I, Nr. 225f., S. 293–295, und Nr. 229, S. 296f. (1./2. VI. 40).

[134] UD-P. M. v. 20. X. 40: Trfr. I, Bil. A, S. 307–309.

[135] Verbalnote Diplogerma Stockh. an UD v. 18. IV. 40: Trfr. I, Nr. 49, S. 60f.

[136] Telegr. Wied an AA v. 18. IV. 40 (Nr. 520): AA, St.S. Skandinavien I.

[137] Aufzeichnungen und Berichte Engzell (Chef der Rechtsabteilung im UD) v. 19. bis 24. IV. 40: Trfr. I, Nr. 56–58, S. 67–69; Nr. 68, S. 79f.; Nr. 75, S. 87; Nr. 86, S. 96f. – Vgl. auch ADAP IX, Anm. 2 zu Nr. 179, S. 205.

[138] P. M. Engzell v. 2. V. 40: Trfr. I, Nr. 135, S. 146f.

[139] N.f. I, Nr. 186, S. 249–251.

[140] Bericht Forshell an Richert v. 23. IV. 40: Trfr. I, Nr. 81, S. 91f.

[141] Brief Söderblom an Richert v. 25. IV. 40: Trfr. I, Nr. 107, S. 118.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppe XXI von dieser Genehmigung nur sparsam Gebrauch gemacht. Während des Norwegenfeldzuges haben lediglich zwei deutsche Verwundetentransporte (zusammen 159 Mann) über schwedisches Gebiet stattgefunden, und auch das erst Ende Mai/Anfang Juni[142]. Bereits im April durften 20 Wehrmachtsangehörige, die in Lysekil an der schwedischen Westküste interniert worden waren, nach Deutschland zurückkehren[143].

Am 28. April bat Ribbentrop die deutsche Gesandtschaft in Stockholm, bei der schwedischen Regierung

> „zu erreichen, daß von den nach Narvik laufenden Zügen beim Rücktransport die Mitnahme von Schiffbrüchigen und Verwundeten gestattet wird".

Der Reichsaußenminister fügte etwas vage hinzu:

> „Es wäre außerdem erwünscht, wenn diese Rücktransporte Gefangene mitnehmen würden, wobei sich wohl Internierungsfrage stellen würde."[144]

In der Tat: Den Durchtransport *Gefangener* von Norwegen über Schweden nach Deutschland hätte die schwedische Regierung allein schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes nicht dulden können. Ein derartiger Antrag ist aber auch niemals an sie gerichtet worden. Angesichts der angespannten Versorgungslage im Narvikgebiet war die Gruppe Dietl daran interessiert, möglichst vieler Gefangener möglichst bald wieder ledig zu werden, und das bedeutete: nach Schweden abzuschieben. Seit dem 24. April hat der deutsche „Grenzbevollmächtigte" im Narvikgebiet, Fregattenkapitän Gadow, den schwedischen Behörden in Riksgränsen mehrere hundert Kriegs- und Zivilgefangene übergeben. Unter diesen befanden sich 130 Engländer, die in Gällivare (später Jörn) interniert wurden[145]. Wenn also die deutsche Gesandtschaft in der Verbalnote vom 29. April[146], in der sie Ribbentrops Wünsche vom Vortage an die schwedische Regierung herantrug, die „Internierungsfrage" überhaupt nicht anschnitt, so aller Wahrscheinlichkeit nach deshalb, weil Wied und seine Untergebenen wußten, daß diese Frage bereits durch die Ereignisse überholt war. Gegen den Durchtransport deutscher Schiffbrüchiger und Schwerverwundeter mit den von Narvik zurücklaufenden Güterzügen nach Deutschland hatte das UD nichts einzuwenden[147].

Am 17./18. Mai genehmigten das Kabinett in Stockholm und der Auswärtige Ausschuß des schwedischen Reichstages einen Fall von Personal-Transit aus der Narvikregion, dessen militärischer Charakter offen zutage lag: Die Restbesatzungen der bei Narvik gesunkenen oder aufgegebenen deutschen Zerstörer durften über

---

142 Trfr. I, Nr. 273, S. 280f.; Nr. 287, S. 288f.
143 Aufzeichnung Brunhoff, a.a.O.
144 Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 28. IV. 40: ADAP IX, Nr. 179, S. 204.
145 Trfr. I, Nr. 101–103, S. 113–115; Nr. 105, S. 117; Nr. 113, S. 124f.
146 Trfr. I, Nr. 124, S. 135f.
147 Trfr. I, Anm. zu Nr. 124, S. 136.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schweden nach Deutschland zurückkehren, ohne interniert zu werden[148]. Aber auch von diesem Zugeständnis wurde nicht sogleich Gebrauch gemacht[149]. Erst am 1. Juni kam der erste Transport mit Mannschaften von den Narvik-Zerstörern (104 Mann) in Saßnitz an[150]. Richert will im Gespräch mit Weizsäcker am 18. Mai als seine persönliche Meinung angedeutet haben, daß die gesamte Gruppe Dietl, falls ihre Lage unhaltbar werden sollte, über Schweden zurückkehren könnte[151]. Günther schrieb am 20. Mai Richert, daß er zu dieser Andeutung nicht ermächtigt worden sei; nun gelte es, eine Form zu finden zur Erfüllung dessen, was er versprochen habe[152]. Indes: Die Gruppe Dietl behauptete sich; dem deutschen Antrag auf Rücktransport der Zerstörer-Besatzungen sind während des Norwegenfeldzuges keine weiteren Bitten um die Genehmigung militärischer Personaltransporte über schwedisches Territorium gefolgt.

Unbeugsam blieb die Haltung der schwedischen Regierung in der Frage des Transits von Kriegsgerät nach dem Narvikgebiet. Transporte dieser Art, so sagten die schwedischen Delegierten schon am 16. April zu Göring, kämen deshalb nicht in Frage, weil die schwedische Öffentlichkeit in den Norwegern ein skandinavisches „Brudervolk" sehe, dessen Gegner auf keinen Fall begünstigt werden dürften[153]. Nicht Göring, wohl aber die (namentlich nicht bekannten) deutschen Verhandlungspartner der schwedischen Delegation am 17. April zeigten für diese Begründung Verständnis und versicherten, daß Deutschland den Transit von Waffen und Munition über schwedisches Gebiet auch gar nicht beabsichtige[154]. Bald zeigte sich jedoch, daß sich die Schweden auf diese Zusage nicht verlassen konnten. Deutscherseits bestand die Hoffnung, daß der größte nordische Staat auf die Dauer mehr auf seine Sicherheit als auf seine Ehre bedacht sein würde. Deutschland hatte Schweden am 17. Januar umfangreiche Waffenlieferungen zugesagt. Diese Lieferungen wurden, wie die Waffenattachés an der schwedischen Gesandtschaft mit Sorge bemerkten[155], zu Beginn des Norwegenfeldzuges gestoppt[156]. Ende Mai standen von dem vereinbarten Programm Posten im Werte von 48 Millionen RM aus[157]. Am 22. April unterbreitete Görings enger Mitarbeiter Bodenschatz dem schwedischen Militärattaché in Berlin den folgenden Vorschlag: Zwischen Deutschland und Schweden solle ein „Austausch" (utbyte) von „Artilleriematerial" stattfinden.

[148] Aufzeichnung Weizsäcker v. 18. V. 40: N.f. I, Nr. 214, S. 282–285 = ADAP IX, Nr. 268, S. 300–302. Dazu die in Anm. 151 genannten Berichte des schwedischen Gesandten.

[149] Die Gründe bei Hubatsch, a. a. O., S. 152f.

[150] Trfr. I, Nr. 273, S. 280f.

[151] Telegr. und Bericht Richert an UD v. 18. V. 40, persönl. Brief Richert an Günther v. 18. V. 40: Trfr. I, Nr. 208–210, S. 227–232. – In dem entsprechenden Bericht Weizsäckers (Anm. 160) wird die Andeutung mit keinem Wort erwähnt.

[152] Brief Günther an Richert v. 20. V. 40: Trfr. I, Nr. 211, S. 232.

[153] P. M. Heidenstam v. 16. IV. 40, a. a. O.

[154] P. M. H. Beck-Friis v. 17./18. IV. 40, a. a. O.

[155] Trfr. I, Nr. 72, S. 83f.; Nr. 142, S. 152; Nr. 156, S. 166f.

[156] Nicht nur „verlangsamt", wie es bei Hubatsch, a. a. O., S. 152, heißt.

[157] Aufzeichnung Weizsäcker v. 21. V. 40: ADAP IX, Nr. 290, S. 326f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland könne Schweden im Verhältnis 3:2 beliefern unter der Bedingung, daß der schwedische Anteil direkt an die deutschen Truppen in Norwegen gehe[158]. Juhlin-Dannfelt lehnte am 26. April im Auftrag des UD ab[159].

Inzwischen hatten auch im Auswärtigen Amt Überlegungen darüber stattgefunden, auf welche Weise die deutschen Kriegsmaterialtransit-Forderungen durchgesetzt werden konnten. Bald verfiel man auf den Gedanken, diese Forderungen hinter dem Rücken der schwedischen Regierung durch einen Mittelmann an den als „deutschfreundlich" bekannten schwedischen König herantragen zu lassen. Wer aber war geeignet, diese Mission zu übernehmen? Nach einem längeren Gespräch Weizsäckers mit dem dänischen Gesandten in Berlin, Herluf Zahle, am 18. April[160], bestand im AA der Eindruck, daß Zahle und der dänische König hierfür kaum in Betracht kamen[161]. An demselben 18. April kündigte Ribbentrop dem Prinzen zu Wied den Besuch einer deutschen Sondergesandtschaft, bestehend aus dem Ministerialdirektor Walter (Reichsernährungsministerium) und dem Gesandten Schnurre (Wirtschaftspolitische Abteilung des AA), in Stockholm an[162]. Walter war im UD wohlbekannt: Er stand gewöhnlich an der Spitze der deutschen Regierungskommission, die seit 1934 alljährlich mit der entsprechenden schwedischen Kommission das deutsch-schwedische Handelsabkommen für die nächsten zwölf Monate auszuhandeln hatte[163]. Schnurre kam im April 1940 zum erstenmal als Sondergesandter nach Stockholm. Er sollte fortan eine große Rolle in den deutsch-schwedischen Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges spielen[164]. Ribbentrops Auftrag an die beiden Herren lautete dahin, dafür einzutreten, daß sich die deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen noch enger gestalteten, als es ohnehin schon der Fall war: Den Plan einer „Wirtschaftsgemeinschaft der Ostsee", den die Nordische Gesellschaft in Lübeck bereits 1934 ohne Erfolg propagiert hatte[165], hielten die nationalsozialistischen Machthaber in der seit dem 9. April veränderten Lage für durchaus realisierbar[166]. Mit Walter und Schnurre kam wiederum der Legationsrat Brunhoff nach Stockholm. Als die Delegierten am Abend des 22. April nach einer nicht ganz ungefährlichen Luftreise – ihr Flugzeug wurde, weil zu spät angemeldet[167], von

---

[158] Bericht Richert mit Aufzeichnung Juhlin-Dannfelt v. 23. IV. 40: Trfr. I, Nr. 82, S. 92–94 (vgl. auch Nr. 89, S. 98–100).

[159] Brief Söderblom an Richert v. 24. IV. 40: Trfr. I, Nr. 94, S. 107f.; Bericht Richert mit P. M. Juhlin-Dannfelt v. 26. IV. 40: Trfr. I, Nr. 111, S. 120–123.

[160] Aufzeichnung Weizsäcker v. 18. IV. 40 (Nr. 293): AA, St.S. Skandinavien I; Brief Richert an Söderblom v. 19. IV. 40: Trfr. I, Nr. 53, S. 65f.

[161] Aufzeichnung ohne Unterschrift v. 18. IV. 40: AA, Pol. VI, Po 23 A (S. 027f.).

[162] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 18. IV. 40 (Nr. 343): AA, St.S. Schweden I.

[163] Vgl. Hägglöf, a.a.O., S. 109ff.

[164] V.a. im Frühjahr 1941. Vgl. Leif Björkman, Sverige inför Operation Barbarossa, Stockh. 1971.

[165] Lutzhöft, a.a.O., S. 291f., 295.

[166] Vgl. Hägglöf, a.a.O., S. 131ff.

[167] Aufzeichnung L. R. Schultz-Sponholz v. 26. IV. 40: AA, Pol. VI, Po 23 A.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwedischer Flak beschossen[168] – in der schwedischen Hauptstadt eintrafen, lag in der deutschen Gesandtschaft bereits eine detaillierte schriftliche Weisung aus Berlin für sie vor[169]. Darin wurde Brunhoff aufgetragen, dafür zu sorgen, daß die deutschen Wünsche hinsichtlich des Durchtransports von Kriegsgerät durch einen schwedischen Vertrauensmann dem schwedischen König unterbreitet wurden. Dem Legationsrat wurde eingeschärft, daß er bei dem Versuch, die als Vermittler in Aussicht genommene schwedische Privatperson für die deutschen Wünsche zu gewinnen, mit größter Behutsamkeit vorzugehen habe. Keineswegs dürfe der Mittelsmann veranlaßt werden, Gustav V. Adolf zu einer voreiligen Antwort, die vermutlich negativ ausfallen würde, zu provozieren. – Die Intrige scheiterte, bevor sie noch recht begonnen hatte. Der Vertrauensmann erklärte, er sehe sich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, den gewünschten Schritt beim König zu unternehmen[170]. Am 23. April veröffentlichte die Stockholmer Presse ein UD-Kommuniqué des Inhalts, daß die schwedische Regierung keinesfalls den Transit von Waffen und Munition über schwedisches Territorium gestatten würde[171]. Angesichts dieser Pressemeldung hielten Schnurre und Wied es für sinnlos, sich nach Ersatz für den ausgefallenen Vertrauensmann umzusehen; denn, so berichteten sie am 24. April nach Berlin, der König könne nicht anders handeln als die Regierung, die sich öffentlich auf ein „Nein" festgelegt habe[172]. Es lag nicht in der Logik dieser Berichterstattung, wenn Weizsäcker die Delegation am 25. April anwies, die deutschen Forderungen nunmehr direkt beim schwedischen Außenminister anzumelden[173]. Walter, Schnurre und Wied antworteten am 27. April, daß es nur ein Mittel gebe, um die schwedische Regierung zur Annahme der Forderung nach Transit von Waffen und Munition zu bewegen: die gleichzeitige großzügige Belieferung des Landes mit deutschem Kriegsmaterial; es empfehle sich, einen entsprechenden deutschen Vorschlag durch Uthmann und Dankwort an den schwedischen Verteidigungsminister, Per Edvin Sköld, herantragen zu lassen[174]. Am 1. Mai setzte Ribbentrop den Prinzen zu Wied davon in Kenntnis, daß ein ähnlicher deutscher Vorschlag von der schwedischen Gesandtschaft in Berlin abgelehnt worden war; gleichzeitig gab er seine Zustimmung zu dem gewünschten Verfahren und forderte die deutsche Gesandtschaft auf, die Sache mit höchstem

---

[168] Telegr. Schnurre-Wied an AA v. 23. IV. 40 (Nr. 580): AA, Pol. VI, Po 23 A.

[169] Telegr. Wiehl an Diplogerma Stockh. („für Delegation") v. 22. IV. 40: ADAP IX, Nr. 150, S. 176f.

[170] Telegr. Schnurre-Wied an AA v. 24. IV. 40: N.f. I, Nr. 181, S. 243–245 = ADAP IX, Nr. 159, S. 183f. – Die Identität des Vertrauensmannes, eines gewissen „J", war nicht festzustellen.

[171] UD-Kommuniqué v. 22. IV. 40: Trfr. I, Nr. 69, S. 80. Telegr. Wied an AA v. 23. IV. 40: N.f. I, Nr. 179, S. 241f. = ADAP IX, Nr. 154, S. 179f.

[172] Vgl. Anm. 170.

[173] Telegr. Weizsäcker an Diplogerma Stockh. v. 25. IV. 40: N.f. I, Nr. 182, S. 245f.

[174] Telegr. Walter-Schnurre-Wied an AA v. 27. IV. 40: ADAP IX, Nr. 171, S. 198f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdruck zu betreiben[175]. Am 3. Mai erschienen Uthmann und Dankwort wirklich bei Sköld und versuchten, ihn für das deutsche Angebot (Transit von Kriegsmaterial gegen Waffenlieferungen) zu interessieren. Sköld wehrte beinahe erschrocken ab, versprach aber schließlich, das Angebot ans UD weiterzuleiten. Laut Wied ging der Eindruck der deutschen Unterhändler dahin, daß sich die schwedische Regierung in der in Rede stehenden Angelegenheit nur dann gefügig zeigen werde, wenn die Reichsregierung demnächst zusage, weit über den am 17. Januar hinaus vereinbarten Rahmen Kriegsmaterial zu liefern[176]. Ribbentrop stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß ohne eine grundsätzliche Bereitwilligkeitserklärung der schwedischen Regierung in der Waffentransitfrage nicht einmal die Durchführung der rückständigen Lieferungen in Frage komme[177]. Am 6. Mai wiesen der Kabinettssekretär im UD, Erik Boheman, und Ministerialrat Hägglöf in Vertretung des erkrankten Außenministers das deutsche Angebot vom 3. Mai definitiv zurück[178].

Parallel zu den offiziellen Verhandlungen in Stockholm lief in Berlin ein Versuch Görings, die schwedische Regierung auf privatem Wege zum Nachgeben zu bewegen. Am 6. Mai empfing Göring in Karinhall seinen schwedischen Bekannten, den Ingenieur Birger Dahlerus, und stellte an ihn, den Privatmann, die Forderung, Schweden möge entweder doch noch den alten Vorschlag eines „Austausches" von Kriegsmaterial (unter den bekannten Bedingungen) akzeptieren oder aber stillschweigend den Schmuggel von Waffen und Munition in weiteren „Sanitätszügen" nach dem Narvikgebiet hinnehmen[179]. Der dilettantische Vorstoß hatte ein negatives Ergebnis. Am 11. Mai erschien zum zweitenmal während des Norwegenfeldzuges eine schwedische Sondergesandtschaft unter Vizeadmiral Tamm in Berlin; sie unterrichtete Göring offiziell davon, daß keine der beiden Alternativen, vor die er Dahlerus gestellt hatte, für die schwedische Regierung annehmbar sei[180].

Nun war das Auswärtige Amt wieder am Zuge. Für den Fall, daß die Unterredung Uthmanns und Dankworts mit Sköld nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte, hatte Ribbentrop erwogen, den schwedischen Außenminister Günther zu bitten, sich zu einer persönlichen Aussprache mit ihm in einem Ort an der deut-

---

[175] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 30. IV./1. V. 40: ADAP IX, Nr. 183, S. 209–211.

[176] Telegr. Wied an AA v. 4. V. 40: N.f. I, Nr. 191, S. 255–258.

[177] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 4. V. 40 (Nr. 498): AA, St.S. Skandinavien II. – Allerdings kündigte Ribbentrop in diesem Telegr. auch an: „Von rückständigen Waffenlieferungen werden einige bereits in Saßnitz liegende weitergelassen werden, um deutsche Bereitwilligkeit zu zeigen." Doch scheint es nicht zur Ausführung dieses Vorsatzes gekommen zu sein (vgl. Anm. 155).

[178] Telegre. Wied an AA v. 7. V. 40: N.f. I, Nr. 201, S. 266–269 = ADAP IX, Nr. 202, S. 235–237; N.f. I, Nr. 202, S. 269 f.

[179] Bericht Dahlerus v. 17. XI. 46: Trfr. I, Bil. B, S. 310–315.

[180] Bericht Dahlerus v. 13. V. 40: Trfr. I, Nr. 176, S. 184–192; P. M. Hägglöf v. 30. XI. 46: Trfr. I, Bil. C, S. 316–318.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Ostseeküste einzufinden[181]. In diese Richtung gehende Erwägungen wurden gegenstandslos, als sich am 6. Mai eindeutig herausstellte, daß auch das UD keineswegs bereit war, auf die deutsche Forderung nach Transit von Waffen und Munition einzugehen. Zeitweise spielte Ribbentrop mit dem Gedanken, den bekannten schwedischen Forschungsreisenden Sven Hedin, der mit einigem Recht[182] als Freund des nationalsozialistischen Deutschlands galt, nach Berlin einzuladen und mit ihm die Waffentransitfrage zu besprechen – ein sinnloses Projekt, von dessen Verwirklichung der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung im AA, Ministerialdirektor Wiehl, mit guten Gründen abriet[183]. Als sich die deutschen Waffenerfolge im Westfeldzug (seit dem 10. Mai) abzuzeichnen begannen, hielt Ribbentrop es für erfolgversprechend, sich wieder des normalen diplomatischen Weges über die schwedische Gesandtschaft in Berlin zu bedienen. Am 15. Mai teilte das AA dem Gesandten Richert mit, daß der Reichsaußenminister, der sich zur Zeit im deutschen Hauptquartier an der Westfront befinde, ihn am folgenden Tage zu sprechen wünsche. In der Frühe des 16. Mai wurde Richert mit dem Flugzeug Ribbentrops von Berlin nach Bad Godesberg gebracht; am Nachmittag traf dort auch der Reichsaußenminister ein. Die Unterredung fand in demselben Hotel statt, in dem Hitler im September 1938 mit Chamberlain verhandelt hatte; sie dauerte nur etwas über eine Stunde. Nach wenigen einleitenden Worten kam Ribbentrop auf das Hauptthema zu sprechen: Eisenbahntransit von Kriegsmaterial nach dem Narvikgebiet in plombierten Waggons. Neu waren die Gründe, mit denen diese Forderung vorgetragen wurden:

1. Bei den Gegnern der Gruppe Dietl handele es sich nicht um Soldaten aus dem norwegischen „Brudervolk", sondern um Franzosen und englische Kolonialtruppen.
2. Auch Schweden müsse an einer Bereinigung der Lage in Nordnorwegen interessiert sein; falls es den Deutschen nicht gelingen sollte, die Briten und Franzosen aus dem Narvikgebiet zu vertreiben, drohe Nordschweden die Gefahr regelmäßiger britischer Luftangriffe.

Richert erklärte sich bereit, die Regierung in Stockholm sofort von dem Ansuchen zu unterrichten und auf eine möglichst schnelle Antwort hinzuwirken[184]. Nach Berlin zurückgekehrt, erfuhr er am 17. Mai von Staatssekretär Weizsäcker, was die Forderung im einzelnen bezweckte. Deutscherseits bestand die Absicht, drei aus 30 bis 40 Waggons bestehende Eisenbahnzüge nach dem Narvikgebiet zu senden.

---

[181] Telegr. RAM an Diplogerma Stockh. v. 1. V. 40: ADAP IX, Nr. 184, S. 211f. Vgl. auch Telegr. Wied an AA v. 3. V. 40: N.f. I, Nr. 189, S. 253–255.

[182] Vgl. Lutzhöft, a.a.O., S. 516ff.

[183] Aufzeichnung Wiehl v. 11. V. 40: AA, St.S. Skandinavien II.

[184] Bericht Richert v. 17. V. 40: Trfr. I, Nr. 192, S. 212–215 (danach auch Hubatsch, S. 152). Weitere Themen der Unterredung v. 16. V. werden erwähnt in der Aufzeichnung Grundherr v. 17. V. 40: N.f. I, Nr. 212, S. 280f. (vgl. auch ADAP IX, Anm. 1 zu Nr. 259, S. 291). Eine Aufzeichnung des RAM über das Gespräch v. 16. V. war nicht zu ermitteln.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Der Inhalt würde sein: Artillerie, Flak, Munition, vermutlich auch Bekleidungsgegenstände, Pionier- und Nachrichtengerät unter eventueller unauffälliger Begleitung."

Weizsäcker fügte hinzu, daß es nach seiner

„Kenntnis der Dinge auf den Führer mit seinem soldatischen Naturell recht unerfreulich wirken müsse, wenn die Schwedische Regierung in überspitzter Handhabung ihres Neutralitätsgefühls unserem obengenannten Wunsche nicht entspräche"[185].

Gleich im Anschluß an die Unterredung mit Weizsäcker flog Richert nach Stockholm. Dort versuchte er in einer für den Abend des 17. Mai anberaumten Kabinettssitzung, die schwedische Regierung zu einer nachgiebigen Haltung in der gesamten Transitfrage zu bewegen. Zu seiner Verzweiflung[186] hatten diese Bemühungen nur teilweise Erfolg. Die Regierung stimmte zwar, wie schon erwähnt, dem Antrag auf Rückführung der Zerstörer-Besatzungen über das schwedische Eisenbahnnetz zu, beharrte aber auf dem Standpunkt, daß sie der deutschen Hauptforderung nach Transit von Kriegsmaterial nach dem Narvikgebiet nicht entgegenkommen könne. Schon am Nachmittag des 18. Mai erschien Richert wieder bei Weizsäcker in Berlin, um ihm diese Entscheidung mitzuteilen. Zu dem negativen Entschluß gab Richert die folgende Begründung:

„Bei dieser Entscheidung hätten ... nicht die völkerrechtlichen Gesichtspunkte in erster Linie gestanden. Vielmehr habe den Ausschlag gegeben: das Verhältnis des schwedischen Volkes zum norwegischen Volk. Aus Norwegen habe man immer wieder ... Schweden um Waffen geradezu angefleht. Hartnäckig habe Schweden hierzu nein gesagt. Wenn jetzt gegenüber ... (dem deutschen) Ersuchen für Narvik – wo Deutschland doch nicht nur englische und französische, sondern auch norwegische Gegner habe – eine andere Entscheidung gefällt würde ..., so wäre das in den Augen der Schweden eine beinahe entehrende Handlung. Sie würde größte Entrüstung hervorrufen und die Regierung mit einer Schande beladen, die sie bei dem nordischen Gemeinschaftsgefühl nicht abwälzen könne und nicht zu tragen vermöge."[187]

Damit war Ribbentrops großangelegter Vorstoß in der Frage des Transits von Kriegsmaterial gescheitert. Weitere amtliche Schritte in der Angelegenheit sind deutscherseits während des Norwegenfeldzuges nicht erfolgt. Ribbentrops Vorstoß hatte aber noch ein inoffizielles Nachspiel. Wilhelm Keppler, seines Zeichens Staatssekretär zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt, wußte am 22. Mai zu berichten, ein ihm „befreundeter, durchaus zuverlässiger Schwede" habe ihm

---

[185] Aufzeichnung Weizsäcker v. 17. V. 40: N.f. I, Nr. 208, S. 277 f. = ADAP IX, Nr. 259, S. 291 f. Vgl. auch N.f. I, Nr. 209, S. 278 f. und Anm. 184 dieser Arbeit.

[186] Persönl. Brief Richert an Günther v. 21. V. 40: Trfr. I, Nr. 219, S. 236–238; Bericht Richert an Günther v. 22. V. 40: Trfr. I, Nr. 222, S. 239–243.

[187] Aufzeichnung Weizsäcker v. 18. V. 40: N.f. I, Nr. 214, S. 282–285 = ADAP IX,

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erzählt, der schwedische König sei entschlossen, die Waffentransitfrage doch noch im deutschen Sinne zu regeln. Sein Bekannter habe ihn gefragt,

> „ob es wohl in Betracht kommen könne, daß der schwedische Außenminister um Empfang bei unserem Außenminister bitte, um hierbei die obige Frage in unserem Sinne zu erledigen".

Keppler will dem „absolut zuverlässigen Schweden", einem in Berlin ansässigen schwedischen Kaufmann, dessen Name Carl Hammargren war, geantwortet haben,

> „daß ein Empfang in Betracht komme, falls vorher eine grundsätzliche Zustimmung Schwedens für die Waffendurchfuhr vorliege"[188].

Am 1. Juni erschien Hammargren in Stockholm bei Günther, um ihn – angeblich im Auftrage Ribbentrops – unterderhand aufzufordern, die von Keppler gestellte Vorbedingung zu erfüllen[189]. Durfte Hammargren sich wirklich auf den Reichsaußenminister berufen? Der schwedische Gesandte in Berlin glaubte, nachdem er den am 8. Juni in die Reichshauptstadt zurückgekehrten schwedischen Kaufmann gründlich ausgehorcht hatte, diese Frage entschieden verneinen zu können. Richert vertrat die Auffassung, daß Hammargren aus eigenem Antrieb, ermuntert von seinem Freund Keppler, nach Stockholm gekommen sei; Ribbentrop habe er vermutlich niemals weder gehört noch gesehen[190]. Allerdings kann Richert in dieser Sache nicht unbedingt als unvoreingenommener Zeuge gelten, denn es besteht die Möglichkeit, daß er in den Tagen zwischen dem 18. und dem 22. Mai Hammargren jedenfalls indirekt veranlaßt hat, an Keppler heranzutreten. Die großen Aussichten, die der schwedische Kaufmann dem deutschen Staatssekretär z.b.V. eröffnete, entsprachen im großen und ganzen den politischen Absichten des schwedischen Gesandten. Richert hielt angesichts der deutschen Erfolge im Westen einen Sieg Deutschlands im „Großmächtekrieg" für „nicht ausgeschlossen" und dementsprechend den Beschluß des schwedischen Kabinetts vom 17. Mai für potentiell „selbstmörderisch". Seiner Meinung nach mußte Schweden noch während der Kämpfe in Nordnorwegen in der Frage des Transits von Kriegsmaterial nachgeben, wenn es nicht zumindest in Zukunft seine Selbständigkeit verlieren und zu einem deutschen Protektorat herabsinken wollte. Darüber, daß die schwedische Regierung in dieser Frage nicht plötzlich die Haltung wechseln konnte, ohne das Gesicht zu verlieren, war Richert sich im klaren. Er empfahl dem UD, von sich aus die Initiative zu neuen Verhandlungen zu ergreifen; im Laufe dieser Verhandlungen sollte die schwedische Regierung sich bereit erklären,

---

Nr. 268, S. 300–302. – Telegr. und Bericht Richert an UD v. 18. V. 40: Trfr. I, Nr. 208 f., S. 227–231.

[188] Aufzeichnung St.S. z.b.V. v. 22. V. 40: AA, St.S. Schweden I. Vgl. auch Brief Keppler an RAM v. 5. VI. 40, a.a.O.

[189] Telegr. UD an Richert v. 2. VI. 40: Trfr. I, Nr. 275, S. 281; Brief Söderblom an Richert v. 3. VI. 40. Trfr. I, Nr. 282, S. 285.

[190] Brief Richert an Söderblom v. 8. VI. 40: Trfr. I, Nr. 310, S. 302–304.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Durchtransporte von Waffen und Munition über schwedisches Gebiet gegen deutsche Zugeständnisse hinsichtlich der „Zukunft" Schwedens und Norwegens zu gestatten[191]. Das grob dilettantische Vorgehen Kepplers und Hammargrens lag ganz gewiß nicht in der Absicht Richerts. Auf einem anderen Blatte steht, ob die ausweichende Antwort, die Günther dem schwedischen Kaufmann erteilte[192], nicht auch für den schwedischen Gesandten in Berlin eine Enttäuschung war.

Den Durchmarsch oder Eisenbahntransit deutscher Truppen nach den besetzten oder umkämpften norwegischen Gebieten über schwedisches Territorium hat Deutschland während des Norwegenfeldzuges nicht gefordert. Personaldurchtransporte, die weder humanitären noch eindeutig militärischen Charakter trugen, sondern in erster Linie den Zweck hatten, der deutschen Verwaltung in Süd- und Mittelnorwegen Kräfte zuzuführen, haben im Rahmen des normalen Eisenbahnverkehrs auf der Strecke Trelleborg–Kornsjö–Oslo stattgefunden. In den ersten vier Wochen nach Beginn der deutschen Aktion durften die schwedischen Gesandtschaften in Oslo und Berlin sowie das schwedische Generalkonsulat in Hamburg nicht selbständig über Visumanträge „Reichsdeutscher", die über Trelleborg nach Oslo zu reisen wünschten, entscheiden, sondern waren angewiesen, erst beim UD Rückfrage zu halten. Diese Bestimmung wurde Mitte Mai auf deutschen Antrag hin abgeschafft[193]. Ende Mai wurde ein Verfahren eingeführt, das die Erteilung einer Durchreiseerlaubnis zu einer bloßen Formalität machte. Am 25. Mai teilte der Gesandte von Grundherr dem Oberkommando der Wehrmacht mit, die schwedische Regierung habe sich auf weitere deutsche Vorstellungen hin bereit erklärt, „die Visa für die Durchreise von Deutschland über Trelleborg–Göteborg nach Oslo in Trelleborg selbst zu erteilen". Für die Rückreise sei eine direkte Abfertigung an der entsprechenden schwedischen Grenzstation (Kornsjö) nicht vorgesehen, weil alle Rückreisenden von Oslo aus abfahren müßten und ihnen dementsprechend die Einholung der „Durchreiseerlaubnisbewilligung" bei der schwedischen Gesandtschaft in Oslo ohne weiteres zugemutet werden könne. Beschränkungen hinsichtlich der Zahl der Durchreisenden habe die schwedische Regierung „einstweilen nicht vorgesehen". „Diese Bestimmungen", so fügte Grundherr ausdrücklich hinzu, „gelten . . . nur für Personen in Zivilkleidung"[194].

Den deutschen Bestrebungen, nach dem 9. April die „inneren", d.h. die zwischen den Schären und dem Festland gelegenen schwedischen Hoheitsgewässer an der schwedischen Westküste als völkerrechtlich vor dem Zugriff feindlicher See- und Luftstreitkräfte gesicherten Weg für die leer aus Norwegen zurückkehrenden Transportschiffe auszunutzen, wurde zunächst ein Riegel vorgeschoben, indem die schwedische Regierung am 12. April den Kriegsschiffen der kriegführenden Mächte

---

[191] Vgl. Anm. 186.

[192] Brief Söderblom an Richert v. 6. VI. 40: Trfr. I, Nr. 297, S. 296.

[193] Telegr. Wied an AA v. 15. V. 40 (Nr. 794): AA, St.S. Schweden I.

[194] Schnellbrief Grundherr an OKW (Amt Ausl./Abwehr) v. 25. V. 40: N.f. I, Nr. 220, S. 289f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Zugang zu den inneren Hoheitsgewässern verbot[195] und die schwedische Marine dieses Interdikt in der Praxis auch auf unter Reichsdienstflagge laufende Schiffe anwandte, die zur eigenen Verteidigung Fliegerabwehrkanonen und das zur Bedienung dieser Geschütze erforderliche militärische Personal an Bord hatten. Die deutschen Fährschiffe von Saßnitz, die in diese Kategorie fielen[196], durften weiterhin Trelleborg anlaufen. Unter der Reichsdienstflagge fahrende und mit Flak bewaffnete Transporter auf dem Wege von Norwegen wurden dagegen beim Eintritt in die schwedischen Hoheitsgewässer zur Umkehr gezwungen[197]. Um den 6. Mai erklärte sich die schwedische Marineleitung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm gegenüber bereit, der Rückkehr von deutschen Transportschiffen aus Norwegen durch die „inneren" schwedischen Hoheitsgewässer in Zukunft kein Hindernis mehr in den Weg zu legen, sofern die deutsche Marine sich dazu verstand, die Transportschiffe fortan nicht mehr unter der Reichsdienstflagge, sondern unter Handelsflagge laufen zu lassen. Kriegsschiffen im eigentlichen Sinne des Wortes blieb der Zutritt zu den schwedischen Hoheitsgewässern verwehrt. Die unter Handelsflagge laufenden Transportschiffe wurden nur dann als Handelsschiffe betrachtet, wenn sie besichtigt werden konnten und außer der eigenen Besatzung nicht mehr Militärpersonen an Bord hatten, als zur eigenen Verteidigung nötig war[198].

Völkerrechtlich und faktisch bedeutsamer als das Zugeständnis der schwedischen Kriegsmarine in der Frage der Ausnutzung der „inneren" schwedischen Hoheitsgewässer durch deutsche Transportschiffe war die Vereinbarung zwischen der deutschen und der schwedischen Kriegsmarine vom 28. Mai, wonach der nördliche Sundausgang gegen das Eindringen von (britischen) U-Booten durch eine Netzsperre gesichert werden sollte, die von deutschem Personal (in Zivil) und mit deutschem Material auch in den schwedischen Hoheitsgewässern ausgelegt werden durfte[199]. Die Vereinbarung lag im Interesse beider Länder, denn auch Schweden wünschte mit Rücksicht auf seine Handelsschiffahrt in der Ostsee kein „Einschleichen englischer Unterseeboote" in diese Gewässer, wie Günther dem Prinzen zu Wied gegenüber schon am 14. April angedeutet hatte[200].

Die Bemühungen des UD konzentrierten sich in den letzten Tagen des Norwegenfeldzuges auf ein Projekt, dessen aktuelle Bedeutung zum damaligen Zeitpunkt vor allem darin lag, daß es als Alternative für die Forderung nach Transit von Kriegsmaterial angeboten werden konnte: das Projekt einer Neutralisierung

[195] Telegr. Steffan-Wied an AA v. 17. IV. 40 (Nr. 499): AA, St.S. Skandinavien I. – Schnellbrief Lohmann (AA) an OKW und OKM v. 24. IV. 40: AA, Pol. VI, Po 23 A (= MA, RW 5/v. 396).

[196] Telegr. Rintelen (AA) an Diplogerma Stockh. v. 18. IV. 40 (Nr. 336): AA, St.S. Skandinavien I.

[197] Schreiben OKM/SKL (gez. Fricke) an AA v. 4. V. 40: MA, RW 5/v. 396. Vgl. auch Hubatsch, a. a. O., O 1, S. 544f. und N.f. I, Nr. 206, S. 273–275.

[198] Telegr. Steffan-Wied an AA v. 6. V. 40 (Nr. 708): AA, St.S. Schweden I.

[199] Vermerk Heyden-Rynsch v. 1. VI. 40: ADAP IX, Nr. 368, S. 411.

[200] Telegr. Wied an AA v. 14. IV. 40 (Nr. 469): AA, St.S. Skandinavien I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Narvikgebiets[201]. Der Plan sah im einzelnen so aus: Deutschland sollte bis zum Kriegsende die eroberten norwegischen Gebiete südlich der Narvikregion behalten; das Narvikgebiet selbst würde von den Truppen der beiden kriegführenden Parteien geräumt und von schwedischen Streitkräften besetzt werden; das nördlichste Norwegen sollte der aus Oslo geflohenen norwegischen Regierung verbleiben. Nachdem die Alliierten am 24. Mai ohnehin beschlossen hatten, ihre Truppen aus Norwegen herauszuziehen, fiel es der schwedischen Diplomatie naturgemäß leicht, die Zustimmung Londons (1. Juni) und der norwegischen Regierung in Tromsö (3. Juni) zu diesem Projekt zu erlangen. Berlin dagegen winkte ab. Deutscherseits wurde zwar, wie der schwedische Militärattaché in Berlin zutreffend nach Stockholm berichtete[202], die Lage der Gruppe Dietl noch Anfang Juni als kritisch angesehen, zugleich aber rechnete man mit einem baldigen Abzug der Alliierten aus Narvik. Der eigentliche politische Grund für die deutsche Absage ist in dem Bestreben zu suchen, in dieser Lage tatsächlich die vollständige „Kontrolle" über Skandinavien – und damit auch über Schweden – zu erreichen. Ein „Großgermanisches Reich" oder auch nur eine „Wirtschaftsgemeinschaft der Ostsee" ohne Narvik und mit einer eindeutig antinazistischen Regierung im nördlichsten Norwegen waren undenkbar. In einer für Keppler bestimmten Aufzeichnung vom 5. Juni legte der „Blockademinister"[203] im Auswärtigen Amt, Botschafter Ritter, die wirtschaftspolitischen Konsequenzen dar, die sich aus einer Neutralisierung Narviks ergeben würden. Für Schweden, so schrieb Ritter, würde

> „ein Fenster nach dem Atlantischen Ozean aufgemacht (werden) nicht nur für die Ausfuhr von Eisenerz nach anderen Ländern als Deutschland, sondern auch für die Ausfuhr von allen anderen Erzeugnissen aus dem Ostseeraum ... Es würde überhaupt der ganze wirtschaftliche Druck aufgehoben oder stark abgeschwächt (werden), unter dem wir Schweden und die übrigen Ostseestaaten zur Zeit halten."[204]

Als am 8. Juni die letzten alliierten Truppen Norwegen verließen und zwei Tage später die norwegischen Territorialstreitkräfte kapitulierten, war Schweden jedenfalls insofern in Deutschlands „militärpolitische Machtsphäre" hineingeraten, als es fortan allein schon aus militärgeographischen Gründen nicht mehr die Möglich-

---

[201] Zur Geschichte dieses Projekts vgl. Hubatsch, a.a.O., S. 216–218, und Loock, a.a.O., S. 292, Anm. 77. - Besonders verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die während der Drucklegung der vorliegenden Arbeit erschienene Monographie von Wilhelm Mauritz Carlgren, Svensk utrikespolitik 1939—1945, Stockh. 1973. Ebenda, S. 177—183, eine relativ ausführliche Darstellung der Geschichte des „Narvikplans". Überhaugt ergänzt und bestätigt Carlgrens (sonst meist gedrängte) Schilderung der schwedischen Außenpolitik während des Norwegenfeldzuges unsere Ausführungen.

[202] Bericht Juhlin-Dannfelt, v. 4. VI. 40: Trfr. 1, Nr. 289, S. 289f.

[203] Brief Richert an UD v. Nov. 40, zit. bei Hägglöf, a.a.O., S. 176.

[204] Schreiben Ritter an Keppler v. 5. VI. 40: AA, St.S. Schweden I.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit einer Option zwischen Deutschland und den Westmächten hatte. Über die Absichten und Maßnahmen Berlins und Stockholms, die sich aus der neuen Lage ergaben, ist hier nicht zu berichten. Doch sei abschließend noch der Versuch gewagt, die Bilanz der schwedischen Außenpolitik während des Norwegenfeldzuges zu ziehen. War sie für Schweden positiv? Geht man von den realistischen Prämissen der schwedischen Außenpolitik während der zweimonatigen Kämpfe in Norwegen aus, so muß man diese Frage bejahend beantworten. Ihr Hauptziel in dieser Periode: die Wahrung der Souveränität, Integrität und Neutralität des Landes, hatte die schwedische Regierung im großen und ganzen erreicht – vorläufig jedenfalls. Sie hatte es verstanden, den eigenen Wunsch nach Fortführung der traditionellen schwedischen Neutralitätspolitik mit einer entgegenkommenden Haltung gegenüber Deutschland zu verbinden. Sie hatte die deutschen militärpolitischen Forderungen, die letztlich darauf abzielten, Schweden zum Hinterland für die in Norwegen kämpfenden deutschen Truppen zu machen, nur in einem Maße erfüllt, das die schwedische Neutralität jedenfalls nicht ernsthaft kompromittierte. Durch ihre intransigente Haltung in der Frage des Transits von Waffen und Munition hatte sie ihre zum Teil weitgehenden Zugeständnisse auf anderen Gebieten kompensiert. Ungünstiger nimmt sich die Bilanz aus, wenn man sie unter dem idealen Aspekt des nordischen Gemeinschaftsgefühls betrachtet und Schwedens Rolle im russisch-finnischen Krieg[205] mit Schwedens Rolle im deutsch-norwegischen Krieg vergleicht. Hatte Schweden sich während des Winterkrieges bemüht, im Rahmen einer offiziellen Neutralitätspolitik dem östlichen Nachbarn Finnland so viel Hilfe zu bringen, wie möglich war, ohne daß der einmal abgesteckte Rahmen gesprengt wurde, so nahm es während des Norwegenfeldzuges eine entgegengesetzte Haltung ein: Die schwedische Regierung hat keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, um dem westlichen Nachbarn Norwegen Hilfe zu bringen, aber sich bereit gefunden, Deutschland so weit entgegenzukommen, wie möglich war, ohne daß die schwedische Neutralität zu einer Fiktion wurde. Die Tragik der schwedischen Außenpolitik lag darin, daß sie, wenn sie während des Norwegenfeldzuges nicht das Risiko eines deutschen Angriffs auf Schweden eingehen wollte, sich zu militärpolitischen Zugeständnissen bereit erklären mußte, die – so leicht ihr Gewicht an sich gewesen sein mag – indirekt doch dazu beitrugen, daß Deutschland seine „Machtsphäre" im Norden vollenden konnte. Die große Frage war, in welchem Maße ein von Deutschland „kontrolliertes" Schweden seine Souveränität und Neutralität, die es während des Norwegenfeldzuges gerettet hatte, weiterhin zu behaupten vermochte.

[205] Vgl. W. Carlgren, a. a. O., S. 62—124.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JENS PETERSEN

DIE AUSSENPOLITIK DES FASCHISTISCHEN ITALIEN ALS HISTORIOGRAPHISCHES PROBLEM

Alle Untersuchungen, die nach 1945 der italienischen Außenpolitik der zwanziger und dreißiger Jahre gewidmet gewesen sind, haben offen oder unausgesprochen von den bahnbrechenden Vorarbeiten Gaetano Salveminis auf diesem Gebiet profitiert. Sein 1932 veröffentlichtes Werk über „Mussolini diplomatico" verschaffte ihm in der angelsächsischen Welt den Ruf der „foremost authority on the history of Italian foreign policy"[1]. Diese Wertschätzung hatte Bestand, wie viele spätere Urteile zeigen. Der „Mussolini diplomatico" ist, in den folgenden Auflagen ständig erweitert[2], inzwischen in den Rang eines Klassikers aufgerückt.

Auch die Fortsetzung dieser Untersuchung, eine unter dem Blickwinkel der sich formierenden Weltkriegskoalitionen geschriebene Geschichte des Abessinienkrieges 1935/36, die Salvemini 1953 in England veröffentlichte, bestätigte erneut die methodische Originalität seines Ansatzes und den hohen Wert seiner Interpretation[3]. Beide Werke verdankten ihre Entstehung einem politischen Impuls: das Schicksal der Emigration hatte den Antifaschisten Salvemini, der nach dem Ersten Weltkrieg von seiner früheren politischen und publizistischen Tätigkeit schon Abschied genommen hatte, wieder in die Zeitgeschichte zurückgeführt. In den zwanzig Jahren Exil, so formuliert es einer seiner Biographen[4], „war Salvemini von einem einzigen Gedanken beherrscht . . .: dem Kampf gegen den Faschismus". Bei dem Versuch, die politische und soziale Wirklichkeit des faschistischen Systems von außen her hinter den vielfältigen Verschleierungen zu erkennen und zu beschreiben[5], stützte sich Salvemini weitgehend auf Zeitungsmeldungen. Die Tages-

[1] Foreign Affairs Bibliography 1919–1932, New York 1933, S. 284.

[2] G. Salvemini, Mussolini diplomatico, Paris 1932; überarbeitete Neuauflage unter dem gleichen Titel: Roma 1945; ergänzte und erweiterte Neuauflage unter dem gleichen Titel, Bari 1952. Dieser „definitive" Text jetzt in: G. Salvemini, Preludio alla seconda guerra mondiale, Milano 1967 (Opere, Serie 3, vol. III), S. 5–284. Von der Erstausgabe existiert auch eine französische Übersetzung: Mussolini diplomate, Paris 1932.

[3] G. Salvemini, Prelude to world war II, London 1953; italienisch jetzt in: G. Salvemini, Preludio alla seconda guerra mondiale, Milano 1967, S. 287–830.

[4] E. Tagliacozzo, Venti anni di esilio, in: ders., Risorgimento e postrisorgimento, Cagliari 1969, S. 268. Salvemini war der vielleicht einflußreichste Sprecher der antifaschistischen Emigration, geistiger Vater der Widerstandsgruppe „Giustizia e Libertà" und eine der Gründerfiguren der heutigen italienischen Demokratie. Seine Bewunderer nennen ihn in einem Atemzug mit A. Gramsci und B. Croce. Eine Werkausgabe in zwanzig Bänden, darunter drei Bände „Scritti sul fascismo", steht beim Mailänder Verlag Feltrinelli kurz vor dem Abschluß. Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages vgl. Hugo Bütler, Gaetano Salvemini, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausg. Nr. 2545 vom 8. 9. 73.

[5] Neben den hier behandelten Schriften zur Außenpolitik hat Salvemini auch eine Reihe innenpolitischer Untersuchungen vorgelegt, u.a. The Fascist Dictatorship in Italy, New York 1927; Le terreur fasciste (1922–1926), Paris 1930; Under the axe of Fascism, New York

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

presse, so Salvemini, besitze „geringen oder keinen Wert als *direkte* historische Quelle". Sie könne aber wertvolle Informationen hergeben, wenn man sie als *indirekte* Quelle benutze. „Die Tageszeitung gibt keine wahren Auskünfte über die Ereignisse, aber sie läßt Rückschlüsse zu auf das, was diejenigen, die die Zeitung beherrschen, über die Ereignisse gern glauben machen möchten, . . . d. h. man erfährt etwas über ihre Interessen, ihre Absichten, ihre Illusionen und ihre Hoffnungen."[6]

Als unermüdlicher Beobachter und Kommentator der Außenpolitik Italiens hatte Salvemini seine Untersuchungen frühzeitig als Gesamtdarstellung konzipiert. 1945 beabsichtigte er, die Neubearbeitung seines „Mussolini diplomatico" zusammen mit der die dreißiger Jahre erfassenden Fortsetzung unter dem Titel „Das gescheiterte Imperium: Die italienische Außenpolitik von 1922 bis 1943" herauszubringen. Die beiden Teile sollten lauten „Zehn Jahre Harlekinaden" und „Zehn Jahre Tragödien"[7]. Auch wenn das Werk Torso blieb und in der jetzigen Form nur die Jahre 1922–1930 und 1934–1936 erfaßt – eine Geschichte der italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg beispielsweise kam über das Stadium der Materialsammlung nicht hinaus –, so waren die Aussagen und Urteile Salveminis doch auf das Gesamtphänomen hin orientiert und sind als solche in die Literatur eingegangen.

1968, als man nach Erscheinen von „Preludio alla seconda guerra mondiale" erstmals das Gesamtwerk auch in Italien überblicken konnte, stellte G. Carocci die Frage, welchen Wert diese „mit der Leidenschaft eines militanten Antifaschisten" geschriebene Untersuchung, die ohne Kenntnis des breiten, nunmehr verfügbaren Quellenmaterials entstanden sei, heute noch besitzen könne, und kam zu dem erstaunlichen Schluß, Salvemini habe, auch wenn ihm bei der Analyse der einzelnen politischen Aktionen zahlreiche Irrtümer unterlaufen seien, doch „mit großer Klarheit . . . einige Leitlinien der Außenpolitik Mussolinis und der internationalen Beziehungen zwischen den beiden Kriegen" erfaßt. „Die nachfolgenden Studien zur italienischen Außenpolitik, die die gleiche Zeit wie das Buch von Salvemini behandeln, haben in der Substanz seine Schlußfolgerungen bestätigt."[8] Nicht anders urteilte im gleichen Jahr A. Aquarone: „Salvemini erwies eine besonders glückliche Begabung bei der Erfassung der Leitlinien, auf denen sich der Faschismus auf internationaler Ebene entfaltete."[9] Diesen beiden Stimmen lassen sich viele gleich-

---

1936; ausführliche bibliographische Angaben in: G. S. Spinetti, Bibliografia degli esuli politici sotto il fascismo, Roma 1959.

[6] Salvemini, Preludio, cit., S. 8.

[7] G. Salvemini, Lettere dall'America, 1944–46, Bari 1967, S. 197; vgl. auch das Vorwort von A. Torre zu Salvemini, Preludio, cit., S. IX–XVII.

[8] G. Carocci, Salvemini e la politica estera del fascismo, in: Studi Storici 9 (1968), S. 218–224, Zitate auf S. 219f.

[9] A. Aquarone, Le armi della storia nella lotta contro il fascismo, in: Gaetano Salvemini nella cultura e nella politica italiana, Roma 1968, S. 52.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lautende an die Seite stellen, die alle die sachliche Präzision im einzelnen wie die Leitlinien der Interpretation im ganzen zustimmend hervorheben[10].

Fragt man sich, welche „Leitlinien" der italienischen Außenpolitik die Salveminianische Interpretation nach offenbar übereinstimmender Ansicht zutreffend erfaßt hat, so ergibt sich folgender Befund.

Salvemini, seit seiner Abwendung vom Sozialismus[11] entschiedener Empirist, sah im Handeln von Personen und Personengruppen – daher die von ihm so geliebten Bühnenmetaphern – die entscheidende Triebkraft historischen Geschehens. Er legte deshalb in seinen historisch-politischen Untersuchungen das Schwergewicht seiner Darstellung auf das Handeln einzelner und betonte ihre moralische Verantwortung. Für die italienische Außenpolitik nach 1922 galt seine Aufmerksamkeit fast ausschließlich dem Hauptakteur: Mussolini.

> „Dies war der Mann: eine ungewöhnliche Intelligenz, intuitives, rasches Erfassen der Stimmungen der Massen, keinerlei Kenntnis der einzelnen, durchgehende Verachtung für alle; gesunder Menschenverstand beim Sprechen über was auch immer, von allen guten Geistern verlassen, wenn es darum ging, von Worten zum Handeln überzugehen; ständiges Auseinanderklaffen zwischen Gedanke und Aktion und auch zwischen Gedanke und Gedanke."[12]

---

[10] „Den Beweis für die Genauigkeit der Darlegungen Salveminis finden wir auch in den bislang erschienenen Bänden der Serie 1922–1935 der Documenti diplomatici italiani. Sie verändern nicht im geringsten die Schlußfolgerungen, zu denen S. gelangt ist", A. Torre, a.a.O., S. XIII. – „Vermittels detaillierter und außerordentlich scharfsinniger Analysen und Vergleiche gelingt es, die Fakten und Intentionen . . . mit größter Wahrheitstreue zu bestimmen. Es handelt sich um eine Arbeit, . . . deren substantiellen Wert man schwerlich bezweifeln kann." E. Sestan, Salvemini storico e maestro, in: Rivista Storica Italiana 70 (1958), S. 35f. – „Unter den verschiedenen Werken Salveminis zum Thema [Faschismus] ist der ‚Mussolini diplomatico' ohne Zweifel das bedeutendste. Es trägt dank seiner genauen Ausarbeitung am stärksten die Züge eines wirklich historischen Werkes. . . . Der Vergleich [mit dem Documenti diplomatici italiani] ergibt eine glänzende Bestätigung für die Qualität der Salveminianischen Methode." E. Sestan, Lo storico, in: Gaetano Salvemini, Bari 1959, S. 33, 35. – „‚Preludio alla seconda guerra mondiale' ist eine große diplomatiegeschichtliche Studie, die für jeden, der das schwierige Thema der Ursprünge des letzten großen Krieges anpacken will, unentbehrlich bleiben wird." E. Tagliacozzo, Gaetano Salvemini nel cinquantennio liberale, Firenze 1959, S. 250. – „Zu recht bekannt . . ., ein grundlegendes Werk." P. Alatri, Le origini del fascismo, Roma, 5. Aufl. 1971, S. 292f. – „Its seems improbable that . . . the forthcoming volumes of the Documenti diplomatici italiani dealing with this decade . . . will render Salvemini's book less useful and enlightening for an understanding of Mussolini as a diplomat." A. W. Salomone in einer Besprechung von Salvemini, Mussolini diplomatico, in: The Journal of Modern History 25 (1953), S. 429f. – „Of general histories of Italian foreign policy in this period the most thorough, penetrating and original, despite its polemical anti-Fascist tone." H. Stuart Hughes, The Early Diplomacy of Italian Fascism: 1922–1932, in: G. A. Craig, F. Gilbert (Hrsgg.), The Diplomats 1919–1939, New York 1963, Bd. 1, S. 210. – Vgl. auch D. Cantimori, Conversando di storia, Bari 1967, S. 186; G. Luzzatto, in: Rassegna storica toscana 4 (1958), S. 83.

[11] Zur Biographie Salveminis vgl. M. L. Salvadori, Gaetano Salvemini, Torino 1963; G. De Caro, Gaetano Salvemini, Torino 1970.

[12] Salvemini, Preludio, a.a.O., S. 31.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgehend von diesem psychologischen Porträt zeichnete er vordergründig die Außenpolitik dieses Mannes als ein prinzipienloses, opportunistisches Haschen nach propagandistisch verwertbaren Tageserfolgen. „Was er suchte, waren sofortige Erfolge, wobei es wenig darauf ankam, ob sie wirklich oder nur scheinbar, kurzlebig oder dauerhaft waren, die ihm dazu dienen sollten, ‚die sog. Massen' zu blenden, d.h., die es den von ihm bezahlten Zeitungen in Italien und im Ausland erlaubten, seine Ruhmesarien zu singen."[13] Unermüdlich im Aufstöbern neuer Dokumente und begabt mit einem fast detektivischen Spürsinn gelang es Salvemini schon in der ersten Fassung seines „Mussolini diplomatico" durch scharfsinnige Kombinationen des fragmentarischen Materials die vielen Widersprüche und plötzlichen Kehrtwendungen der faschistischen Außenpolitik aufzudecken. Als „aufgeregte ‚Bluffer'", die ständig mit jedermann im Streit seien, charakterisierte er schon 1928 sarkastisch die Verantwortlichen in Rom[14]. Welchen Krieg auch immer Mussolini unternommen hätte, so urteilte Salvemini rückschauend, er konnte von jedem behaupten, „daß er ihn seit der Stunde seiner Geburt geplant und gewollt habe. In Wahrheit lebte er von Tag zu Tag und verbarg seine jeweiligen Improvisationen hinter feierlichen Erklärungen . . ., ohne darauf zu achten, ob die Aussage von heute nicht in offenem Widerspruch zu der von gestern stand"[15].

Fragt man nach dem inneren Band, das diese Interpretation zusammenhält, nach ihrer raison d'être, so muß man auf das Schlußkapitel von „Mussolini diplomatico" verweisen, das unter dem Titel „Das Genie der ‚Propaganda'" nach Salveminis eigener Aussage die Kerngedanken des Buches enthält[16]. Diesem Part seines Helden gegenüber sparte Salvemini nicht mit sarkastischem Lob. Die Propaganda Mussolinis sei integrierender Teil seiner Außenpolitik gewesen. Auf diesem Gebiet habe er Hitler bei weitem übertroffen. „Alles das, was Dr. Goebbels nach 1933 machte, war eine . . . ungeschickte und im Ergebnis fragwürdige Nachahmung von Methoden, in denen Mussolini sich als Meister erwiesen hatte. . . . Mussolini übertraf Potemkin und wird von niemandem übertroffen werden in der Kunst, leere Fassaden aufzurichten."[17]

In dieser Deutung verbanden sich Schwächen und Stärken der faschistischen Außenpolitik zu einem einleuchtenden Ganzen: „Mussolini ist niemals der große Staatsmann gewesen, für den ihn viele gehalten haben. Er war ein Pseudo-Napoleon, ein wenig ernsthafter Improvisator, genial allein – und unerreichbar genial – nur in den Künsten der Propaganda und des Betrugs."[18] Nach dieser Interpreta-

---

[13] Ebenda, S. 79.

[14] G. Salvemini, Il problema della sovrapopolazione in Italia, in: Contemporary Review 17. 11. 1928; jetzt in: ders., Scritti sul fascismo, vol. II, Milano 1966, S. 420.

[15] Salvemini, Preludio, a.a.O., S. 29.

[16] Ebenda, S. XVI: „. . . die Krönung, oder besser das Gesims des gesamten Gebäudes", Brief Salveminis an den Verleger Laterza vom 9. 1. 1952.

[17] Ebenda, S. 263f.

[18] Ebenda, S. 9.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion fanden alle außenpolitischen Zielsetzungen und Unternehmungen Mussolinis ihren Sinn und ihre Rechtfertigung in ihrer propagandistischen Auswertung nach innen. Der Schein eines Erfolges diente ihm mehr als der Erfolg selbst, wenn dieser in der Öffentlichkeit nicht auszunutzen war. Der Schlüssel zur Erklärung der scheinbar so inkohärenten Außenpolitik bestand nach Salvemini in einer Neubestimmung der Prioritäten: Mussolini erstrebte primär nicht den außenpolitischen Erfolg, sondern die innenpolitische Systemstabilisierung. Auch wenn Salvemini den Begriff nicht benutzt, der Sache nach ließe sich seine Interpretation eindeutig als eine Theorie des innenpolitischen Primats klassifizieren[19].

Die mit scharfem polemischem Feuer und großer Treffsicherheit entworfene Skizze des Außenpolitikers Mussolini bildete zwar, wie noch zu zeigen sein wird, nur einen Teil der Salveminianischen Interpretation, hat aber als Blaupause für viele folgende Darstellungen gedient, ohne daß immer das ihr zugrundeliegende Konzept erkannt worden wäre. Die früheste, Salvemini vielleicht beeinflussende Deutung in dieser Richtung hatte 1922 Graf Sforza gegeben, als er bei Machtantritt Mussolinis dessen außenpolitische Aspirationen als „eine Zusammenfassung von Sentiments und Ressentiments" charakterisierte[20]. Im Juni 1925 äußerte Sforza vor dem Kongreß der demokratischen Partei, die faschistische Außenpolitik sei charakterisiert durch ein auf die Zustimmung der Massen abgestelltes Pendelsystem, das bald von der einen, bald von der genau entgegengesetzten Zielsetzung ausgehe. „Man hat die Außenpolitik mit der gleichen Mentalität und den gleichen Methoden betrieben, mit denen eine demagogische Mailänder Tageszeitung innerhalb einer Woche völlig entgegengesetzte Leitartikel publizieren konnte." Sforza verneinte mit Entschiedenheit, „daß die faschistische Regierung je auch nur den Schatten eines außenpolitischen Programms gehabt habe[20a]. Rückschauend nannte er sie die Politik eines „Journalisten und Demagogen"[21]. Sein Streben habe sich nicht auf „ernsthafte, langfristige Vorteile für Italien" gerichtet, sondern auf „kleine, lärmende Tageserfolge"[22].

Nicht anders lautete 1932 das Urteil P. Nennis: „Was dem Faschismus wohl am meisten abgeht, ist die Folgerichtigkeit. Er besitzt kein festes Programm, und seine wichtigsten Entschlüsse sind häufig bloß plötzliche Improvisationen, veranlaßt durch mehr oder minder vorübergehende Sentiments und Ressentiments. . . . Mussolini hat schon oft durch plötzliche Frontwechsel alle Annahmen, die sich auf frühere

---

[19] Vgl. dazu jetzt Salvatore Sechi, La politica estera e l'imperialismo, in: Rinascita 29 (1972), Nr. 42, S. 30 (es handelt sich um ein Sonderheft zum 50. Jahrestag des „Marsches auf Rom"). Salvemini habe „die instrumentale Bedeutung der Außenpolitik zugunsten der Innenpolitik" betont. Zutreffend sei das Gegenteil.

[20] Documenti diplomatici italiani, settima serie: 1922–1935, vol. I, Roma 1953, S. 1, Anm. 1.

[20a] Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Geheimakten der Deutschen Botschaft Rom (Quirinal) 1920–1934, Paket 3, Nr. 32, 27. 5. 1925, Neurath an AA.

[21] C. Sforza, L'Italia dal 1914 al 1944 quale io la vidi, Roma 1944, S. 149.

[22] Ebenda, S. 151.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bürgerkrieg stürzen. Der erste Tag des Krieges wäre gleichzeitig der letzte Tag des Faschismus."[29]

Unermüdlich im Vergleichen und Konfrontieren der nach Zeitpunkt und Adressaten hier pazifistisch, dort kriegerisch getönten Äußerungen Mussolinis neigte er am Ende dazu, alle diese Verlautbarungen von einem grenzenlosen Opportunismus inspiriert zu sehen, ohne nach einer möglichen qualitativen Verschiedenheit zu fragen[30]. 1932 sah er bei einem Vergleich der Außenpolitik der westlichen Demokratien mit der des Faschismus erstere durch ein höheres Maß an Heuchelei gekennzeichnet. „Sie handeln als Nationalisten, aber sprechen als Pazifisten." Gab es weitere Unterscheidungen? „Der erste Unterschied ist der, daß Mussolini mehr fürs Auge bietet, lauter redet, weniger ernsthaft ist und deshalb weniger gefährlich ist."[31]

Von dieser Auffassung her vermeinte er auch die Annahme, hinter den vielfachen Brandreden Mussolinis könne mehr als bloße Rhetorik stecken. „Einen Ofen, der immer im Gange ist und auf dem nichts kocht", so nannte er die häufigen Hinweise Mussolinis auf ein künftiges italienisches Imperium.[32] An anderer Stelle schrieb er:

> „Er strebt danach, die Begeisterung seiner Anhänger auf der nötigen Tonhöhe zu halten. Die Gefahr ist nur, daß diese sich eines Tages der Kontrolle desjenigen, der ihren Fanatismus ausnutzt, entziehen und Taten statt der Worte verlangen. In der Politik, und besonders in der auswärtigen Politik, sind ‚Worte Taten'. Nicht der erste Schuß löst den Krieg aus. Es ist das erste herausfordernde Wort jener kriegstreiberischen Mentalität, das eines Tages den ersten Schuß auslösen wird."[33]

Der Krieg als ungewolltes Ergebnis eines jahrelangen Spiels mit dem Feuer, diese Deutung aus dem Jahr 1928 hat Salvemini später veranschaulicht durch den Vergleich Mussolinis mit dem provenzalischen Großmaul Tartarin de Tarascon, dessen Bramarbasiaden vor seinen Landsleuten ihn am Ende zwangen, in den Krieg gegen die Türken zu ziehen. „Eines Tages werden innere oder äußere Schwierigkeiten den Despoten mit dem Rücken an die Wand zwingen, so daß ihm nur der Weg in den Krieg bleibt, wenn er einem schmählichen Zusammenbruch entgehen will. Wer wird ihn dann daran hindern, zu diesem verzweifelten Hilfsmittel zu greifen? . . . Bellen, auch ohne zu beißen, ist ein gefährliches Spiel."[34]

---

[29] Salvemini, Il problema della sovrapopolazione, a.a.O., S. 424. 1932 wiederholte er diese Überlegung – mit einer Ergänzung: „Le premier jour de la guerre – d'une guerre véritable et non pas d'une guerre de paroles pour usage interne – ce jour-là serait aussi le dernier jour du fascisme." G. Salvemini, Mussolini diplomate, Paris 1932, S. 338.

[30] Zu den Möglichkeiten der Unterscheidung vgl. P. Alatri, in: Rivista Storica Italiana 74 (1962), S. 416f.

[31] Salvemini, Mussolini diplomate, a.a.O., S. 329.

[32] Ebenda, S. 336.

[33] Salvemini, Il problema della sovrapopolazione, a.a.O., S. 424.

[34] Salvemini, Preludio, a.a.O., S. 261; zwischen den beiden Textteilen enthält die Ausgabe von 1952 den in Anm. 33 zitierten Passus über die „bellicistica mentalità" von 1928. In einer Fußnote wies Salvemini 1952 ausdrücklich darauf hin, daß diese Deutung kein nachträgliches

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von diesem Interpretationsansatz her erklärt es sich, daß Salvemini zwar von Anfang an mit Sorgfalt alle Anzeichen einer latenten Aggressionsbereitschaft des Faschismus registrierte, sie aber als Maßnahmen zur innerpolitischen Stabilisierung des Systems instrumentalisierte und damit letzten Endes seine außenpolitisch-militärische Handlungsbereitschaft unterschätzte.

Ein deutliches Beispiel für diesen Sachverhalt bietet Salveminis Stellung zum Abessinienkonflikt. Entsprechend seiner Interpretation Mussolinis als Pseudo-Napoleon und Improvisator hat er als politischer Beobachter bis in den Sommer 1935 hinein die Angriffsentschlossenheit des italienischen Diktators nicht ernst genommen und geglaubt, es handle sich um bloßen Theaterdonner. Ende Juni 1935 schrieb er in „Giustizia e Libertà": „Mussolini kann nichts unternehmen, ohne großen Krach zu veranstalten, und normalerweise macht er großen Krach, ohne etwas zu unternehmen."[35] Die Absicht Mussolinis sei, den Negus unter englischem Druck zu Zugeständnissen zu zwingen. Mussolini, der den wirklichen Krieg ebenso fürchte wie er Kriegsgerüchte liebe, werde sich auf eine derartige Lösung mit Vergnügen stürzen. Nur wenn der Negus sich unnachgiebig zeige, könne der Duce gezwungen sein, „vom Bluff zum Krieg überzugehen. . . . Man wird jedoch gut daran tun, die Streitigkeiten zwischen der englischen und italienischen Presse nicht allzu ernst zu nehmen."[36] Ende August hatte er sich zwar überzeugt, daß Mussolini ernsthaft an einen Angriff dachte, hielt diesen jedoch für mehr demonstrativer Natur, geeignet, den Lorbeer kriegerischer Siege an die italienischen Fahnen zu heften. Das Ganze sei, so vermutete Salvemini, ein zwischen London, Paris und Rom abgekartetes Spiel, das mit der Abtretung einiger äthiopischer Provinzen enden werde[37].

Auch in der späteren Darstellung dieser Ereignisse in „Prelude to the second World War" tritt bei Salvemini der planende, aggressive Wille des faschistischen Systems zurück hinter der „Komplizenschaft" der französischen und englischen Führungsgruppen, der Laval, Flandin, Hoare, Baldwin und Eden, die das eigentliche Ziel seiner Polemiken bilden[38].

Besserwissen sei, sondern daß er sie schon 1932 in der Erstausgabe seines „Mussolini diplomatico" formuliert habe; Preludio, a.a.O., S. 262. Das noch frühere Entstehungsjahr 1928 war ihm offensichtlich nicht mehr gegenwärtig. – Zur Auffassung, daß die „bellicistica mentalità" das eigentlich kriegstreibende Element im Faschismus sei, vgl. auch F. S. Nitti, Scritti politici, vol. II, Bari 1961, S. 281 f., ders., Scritti politici, vol. IV, Bari 1962, S. 456; G. Perticone, La politica italiana nell'ultimo trentennio, Bd. 2, La crisi della democrazia e la dittatura fascista (1921-1943), Roma 1945, S. 311.

[35] G. Salvemini, Mussolini, l'Inghilterra e l'Etiopia, in: Giustizia e Libertà, 21. 6. 1935; wieder abgedruckt in: ders., Scritti sul fascismo, vol. II, a.a.O., S. 555.

[36] Ebenda.

[37] G. Salvemini, Il prossimo atto della commedia, in: Giustizia e Libertà, 30. 8. 1935; jetzt in: ders., Scritti sul fascismo, a.a.O., S. 559–563.

[38] Die Fehlinterpretation der englischen Außenpolitik in den letzten Jahren vor dem Krieg stellt vermutlich die größte Schwäche der Salveminianischen Untersuchung dar. Die Deutsch-

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist kein Zufall, daß sich fast alle Urteile Salveminis über den opportunistischen, sprunghaften Charakter der faschistischen Außenpolitik schon in seinem „Mussolini diplomatico" finden. An den Vorgängen der zwanziger Jahre, den „Zehn Jahre Harlekinaden"[39], hatte er sein Konzept entwickelt. Ursprung und Verlauf des Abessinienkrieges widersprachen zum Teil seiner Interpretation. Er überwand diesen Widerspruch nur unvollkommen, indem er die englischen Konservativen zur „bête noire" seiner Darstellung machte.

Am deutlichsten aber wird das Nebeneinander zweier sich nur unvollständig deckender Interpretationsansätze schließlich in der Schlußbetrachtung des Gesamtwerkes, wo die „histrionische" Deutung Mussolinis Salvemini dazu führte, die Verantwortung des faschistischen Italien für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs als gering einzuschätzen:

> „Wenn Probleme dieser Art in Zahlen ausgedrückt werden könnten, würde ich sagen, daß fünf Zehntel der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg ohne Zweifel Hitler zukommen . . ., der bewußt, willentlich und heimtückisch ihn plante und entfesselte; drei Zehntel fallen auf die Häupter der englischen Konservativen, die Hitler gegen Rußland drängten, um ihn von Westeuropa abzulenken; ein Zehntel auf Stalin, . . ., ein Zwanzigstel auf die unfähigen französischen Politiker . . ., und ein Zwanzigstel auf Mussolini, nicht weil er weniger böswillig als Hitler oder die englischen Konservativen war, sondern weil er nicht die Macht besaß, mehr Schaden anzurichten als den, den er tatsächlich verursachte."[40]

Diese Schlußbeurteilung kontrastiert auf bemerkenswerte Weise mit der Gesamtanlage des Werkes, das Salvemini ausdrücklich, unter Einschluß seines „Mussolini diplomatico" unter den Titel des „Preludio alla seconda guerra mondiale" gestellt sehen wollte[41], – Ausdruck seiner „bellizistischen" Deutung der faschistischen Außenpolitik. Die Existenz und Wirksamkeit des faschistischen Italien, so wird man diesen Titel deuten dürfen, hat nach Salvemini in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß sich in dem Nachkriegseuropa der zwanziger Jahre keine stabile Friedensordnung herausbilden konnte. In seinem „Prelude to the second world war" beschrieb Salvemini 1953 den Abessinienkrieg, dessen Entstehung nach seinem Urteil weitgehend zu Lasten Mussolinis ging[42], als Weichenstellung für die späteren Kriegskoalitionen und als kausalen Auftakt für das Jahr 1939. Trotzdem kam er abschließend zu jenem eben zitierten Urteil, dessen Tenor so wenig mit

---

landpolitik der englischen Konservativen deutete er als eine Politik der freien Hand für Hitler in Osteuropa. „Schon 1936 hatten sich die Führer der konservativen Partei in England mit Hitler verständigt, daß sie ihm freie Hand gegen Rußland geben würden, falls er darauf verzichte, den Frieden in Westeuropa zu stören. So machten sie den Zweiten Weltkrieg unvermeidlich." Preludio, a.a.O., S. 9. In bezug auf Rom konstatierte er „in der europäischen Politik zwischen der englischen Regierung und Mussolini ein fast ununterbrochenes komplizenhaftes Zusammenspiel", ebenda, S. 6.

[39] Vgl. Anm. 7.

[40] Salvemini, Preludio, a.a.O., S. 689.

[41] Vgl. A. Torre, „Nota al testo", in: Salvemini, Preludio, a.a.O., S. XVIII–XXI.

[42] Ebenda, S. 689.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Gesamtkonzeption zusammenpassen will. Es fällt schwer, hier keinen Widerspruch zu konstatieren, der offensichtlich auf die beiden vorhin aufgezeigten Interpretationsansätze zurückzuführen ist.

Deutlicher noch läßt sich das Spannungsverhältnis zwischen „bellizistischer" und „histrionischer" Deutung an einem viel diskutierten Problem aufzeigen, an der Frage nämlich: besaß Mussolini bestimmte außenpolitische Ziele, hatte er ein „Programm"? Schon die zitierten Äußerungen haben gezeigt, daß die notwendige Kehrseite des „Demagogen und Journalisten" Mussolini, des Opportunisten und Improvisators, seine Programm- und Planlosigkeit sein muß. Salvemini hat sich auch hier mit aller wünschenswerten Klarheit geäußert:

> „Muß man seine Politik als einen teuflischen Plan interpretieren, Europa ins Chaos zu stürzen? Man soll den Teufel nicht schwärzer malen als er ist. Mussolini . . . wollte nur verhindern, daß sich die europäische Situation ‚kristallisierte'. Er wollte Europa in einem Zustand der Unruhe halten, der ihm Gelegenheit verschaffte, irgendwo irgend etwas zu erhaschen. Er hatte keinen bestimmten Plan. Je nach Tageslaune probierte er verschiedene Möglichkeiten. Wie die fahrenden Ritter in früheren Zeiten durchzog er die Welt auf der Suche nach Abenteuern."[43]

Auch mit dieser Beurteilung hat Salvemini viel Gefolgschaft gefunden. „In der Außenpolitik", so schreibt L. Salvatorelli, „betrieb Mussolini länger als in der Innenpolitik ein Schaukelspiel . . . Hinter den brüsken Kehrtwendungen, . . . der demagogischen Rhetorik gab es einen Plan: auf der Lauer liegen für jede Gelegenheit der Bereicherung, der friedlichen oder kriegerischen Beute."[44] „Die ganze Sache", so die Ansicht von H. S. Hughes, „sieht weniger nach einem durchdachten Plan aus als nach einem zufälligen und ungeplanten Ausschlagen in allen Richtungen, in der Hoffnung, billig Punkte zu sammeln."[45] Ähnlich hieß es noch jüngst bei P. Quaroni, der einen Vergleich zur nationalsozialistischen Außenpolitik zog, Mussolini habe offensichtlich nicht, wie Hitler, einen „schrittweisen, logischen, unerschütterlichen, konsequenten Aktionsplan" gehabt. Die italienische Politik, die von unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Tendenzen und Bestrebungen geprägt gewesen sei, habe sich „in dem häufig nicht vorhergesehenen, noch häufiger nicht gewollten Wirbel der Ereignisse mitschleifen lassen"[46].

Diese These der Planlosigkeit und Inkohärenz der faschistischen Außenpolitik ist in den letzten Jahren zunehmend unter die kritische Lupe genommen worden. Hatten ausländische Historiker wie Baumont, Renouvin, Potemkin, Mack Smith und andere schon bald nach Kriegsende auf die durchgehende Konstanz eines imperialen Willen des Faschismus hingewiesen[47], so ist, seit Beginn der sechziger

[43] Ebenda, S. 42f.

[44] Salvatorelli, Mira, Storia d'Italia, a.a.O., S. 657.

[45] H. St. Hughes, The Early Diplomacy of Italian Fascism, a.a.O., S. 225.

[46] P. Quaroni, L'Italia dal 1914 al 1945, in: Nuove Questioni di Storia contemporanea, vol. II, Milano 1968, S. 1257.

[47] Vgl. die bibliographischen Hinweise bei G. Rumi, Tendenze e caratteri degli studi sulla politica estera fascista (1945–1966), in: Nuova Rivista Storica 51 (1967), S. 149–168, S. 164; D. Mack Smith, Italy, A Modern History, Ann Arbor 1959, S. 447, schreibt: „The

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre, diese Thematik mit den Arbeiten u.a. von Di Nolfo, D'Amoja, Rumi, Carocci und Santarelli auch von der italienischen Geschichtswissenschaft aufgenommen worden. Di Nolfo[48] behandelte vor allem die Herausbildung des Revisionismus als Leitthema der faschistischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, Rumi kam nach einer gründlichen Durcharbeitung der frühen faschistischen Presse zu der Forderung, künftige Untersuchungen müßten über die Beschreibung des diplomatischen Tagesgeschäfts hinausführen, um „jene Grundmotive . . . aufzudecken, die die raison d'être der Mussolinischen Widersprüche darstellen". Zu untersuchen sei die Frage, „ob es in den Handlungen Mussolinis im Kern eine Kontinuität gegeben hat oder nicht". Rumi sieht in den „Konzeptionen" Mussolinis „einige konstante Motive, die sich ebenso in den Ideologien der Zeit wiederfinden"[49].

Rumi hat hier und in seinen späteren Arbeiten[50], weit über den noch 1963 eingehaltenen personalistisch auf Mussolini bezogenen Ansatz hinaus, gestützt auf eine breite Auswahl nationalistischer und faschistischer Pressestimmen, die imperialistischen Ansätze der italienischen Außenpolitik nach 1922 aufgezeigt und darauf hingewiesen, unter welchem Erwartungsdruck die politische Führung in ihren Entscheidungen stand. Nach Rumi gab es schon 1922 ein deutlich erkennbares „Programm" einer künftigen Außenpolitik des Faschismus.

> „Der Weg ist vorgezeichnet: Kritik der von der Diplomatie in Versailles geschaffenen Ordnung, gebieterische Behauptung der italienischen „Rechte" im Adriaraum, Bekenntnis zu den Notwendigkeiten einer Expansion im Mittelmeerraum und in Afrika . . . Mythos Roms und der Latinität."[51]

Zwei Themen, so Rumi, standen im Mittelpunkt der Diskussionen: „Revisionismus vom Typ Mussolinis" und „Ansprüche auf kolonialen Ausbreitungsraum". Vor allem die „überseeische Expansion" habe, so Rumi, „das Leitmotiv der Außenpolitik des Regime" dargestellt. „Das Imperium ist . . . das Hauptziel, auf das sich die Politik des Systems hinbewegt."[52]

In der gleichen Richtung hatte sich 1961 schon F. D'Amoja geäußert, als er zum Thema der „imperialen Idee" schrieb:

> „In den Visionen Mussolinis, der für Italien eine Zukunft der Größe voraussah, hatte die Expansion in Afrika und im Mittelmeerraum entscheidendes Gewicht. . . . Diese Hoffnungen waren im Regime und in den Projekten Mussolinis ständig

central core of fascism was . . . the deliberate intention to blow sky-high the peace of Europe".

[48] E. Di Nolfo, Mussolini e la politica estera italiana (1919–1933), Padova 1960; ders., Il revisionismo nella politica estera di Mussolini, in: Il Politico 19 (1954), S. 85–100.

[49] In: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 71 (1963), S. 88–91.

[50] G. Rumi, Mussolini ed il „programma" di San Sepolcro, in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 71 (1963), S. 3–26; ders., „Revisionismo" fascista ed espansione coloniale (1925–1935), in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 80 (1965), S. 37–73; ders., Alle origini della politica estera fascista (1918–1923), Bari 1968, 2. Aufl. 1973.

[51] Rumi, „Revisionismo", a.a.O., S. 45.

[52] Ebenda, S. 50, 63.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

präsent und wurden ohne Aufhebens verfolgt . . . von den Verträgen mit England 1925, über den Freundschaftspakt mit Abessinien 1928 bis hin zu den Klauseln zur kolonialen Revision im Viererpakt von 1933."[53]

Über diesen zum Teil noch personalistisch gebundenen und ideengeschichtlich argumentierenden Ansatz hinaus mehren sich in den letzten Jahren von marxistisch inspirierter Seite her die Versuche, den Faschismus in eine allgemeine Imperialismustheorie einzuordnen. Enzo Santarelli konnte noch 1969, um die Neuartigkeit seiner Fragestellung zu betonen, die Beobachtung treffen: „Es scheint, daß der größere Teil der Literatur, auch der demokratisch und aufklärerisch inspirierten, die Kategorie des ‚Imperialismus', auch wenn nur begrenzt auf die Aggressionskriege der faschistischen Zeit, mit Sorgfalt vermeidet."[54] Inzwischen liegen mit den Arbeiten von Carocci[55], Zamboni[56], Sechi [56a] und Santarelli selbst erste wertvolle Studien vor, die versuchen, die Einsichten der allgemeinen Imperialismus-Historiographie für die Erforschung der frühen faschistischen Außenpolitik fruchtbar zu machen. Auch von diesem Ansatz her rückt das Problem der Kontinuität und der Planung in eine neue Beleuchtung, so, wenn Carocci eine „Leitlinie der faschistischen Außenpolitik" in dem Streben erkennt, „den Donau- und Balkanraum der eigenen Hegemonie zu unterwerfen, Frankreich herauszudrängen und Deutschland den Zugang zu versperren"[57].

Santarelli nun hat diesen interpretatorischen Rahmen auch auf die italienische Außenpolitik der dreißiger Jahre, d. h. vor allem auf die Vorgeschichte und den Verlauf des Abessinienkrieges ausgedehnt[58]. In seinem letzten Beitrag über „Mussolini und der Imperialismus" hat er, ausgehend von der Wiederentdeckung einer Rede Mussolinis in Pola am 20. 9. 1920, die er „eine Art Manifest der nationalimperialistischen Doktrin des Faschismus" nennt, die These vertreten, bei Mussolini sei in Umrissen ein „Langzeitprogramm [disegno finale]" zu erkennen. „Das was unverändert bleibt in der Ideologie Mussolinis für den gesamten Zeitraum 1922–1939, ist die Konzeption des Mittelmeers als eines mehr oder minder exklusiv von Italien beanspruchten Einflußbereichs." „Der . . . Traum Mussolinis von einem

[53] F. D'Amoja, La politica estera dell'impero, Storia della politica estera fascista dalla conquista dell'Etiopia all'Anschluß, Padova 1961; hier zitiert nach der 2. Aufl., Padova 1967, S. 18.

[54] E. Santarelli, Guerra d'Etiopia, imperialismo e terzo mondo, in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 97 (1969), S. 35.

[55] G. Carocci, Appunti sull'imperialismo fascista degli anni '20, in: Studi Storici 8 (1967), S. 113–137; ders., La politica estera dell'Italia fascista (1925–1928), Bari 1969; ders., Contributo alla discussione sull'imperialismo, in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 102 (1971), S. 3–14.

[56] G. Zamboni, Mussolinis Expansionspolitik auf dem Balkan, Hamburg 1970.

[56a] S. Sechi, Imperialismo e politica fascista (1882-1939), im Problemi del Socialismo 14 (1972), S. 766-796.

[57] Carocci, La politica estera. . ., a. a. O., S. 240.

[58] Vgl. den in Anm. 53 zitierten Aufsatz, und ders., Storia del movimento e del regime fascista, 2 Bde., Roma 1967.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

arabisch-afrikanischen Imperium bleibt eine übermächtige und katastrophale Realität im Denken des Führers des italienischen Faschismus. . . . Nicht sehr verschieden vom ‚Drang nach Osten' Hitlers, von den sibirischen und chinesischen Programmen . . . der reaktionären japanischen Führungscliquen . . . erlangen die Vision Afrikas und der Traum vom Orient die Macht eines Mythos."[59]

Meine Untersuchung über „Die Entstehung der Achse Berlin–Rom"[60] bietet weitere Hinweise dafür, daß die Momente der Planung und der Zielstrebigkeit in der faschistischen Außenpolitik in sehr viel stärkerem Maße vorhanden gewesen sind, als von Salvemini angenommen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der dem Faschismus eher mit Sympathie gegenüberstehende deutsche Botschafter in Rom, von Neurath, zog Ende 1924 eine Bilanz der Bewegung, die er in diesem Augenblick, erschüttert durch die Matteotti-Krise, am Ende ihrer Entwicklung glaubte. Der spätere deutsche Außenminister beschrieb unter anderem die „Ideen und Pläne des ehrgeizigen Mannes", die nach Auskunft von Vertrauten „den Schlüssel für seine auswärtige Politik" gebildet hätten. „Sein Streben ging dahin, das Mittelmeer zu einem mare italiano zu machen. Darin stand ihm Frankreich hindernd im Wege und er begann, sich auf den Kampf mit diesem Gegner vorzubereiten. Daher . . . der Umschwung in seinem Verhalten gegenüber Deutschland." Er glaubte, „daß der durch den Versailler Vertrag geschaffene Zustand in Europa sich nicht halten" lassen würde. „In dem dann ausbrechenden neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland würde das von Mussolini geleitete Italien sich auf Deutschlands Seite stellen, um gemeinsam mit diesem Frankreich niederzuringen. Wäre dies geschehen, würde Mussolini als Siegesbeute das ganze jetzt französische Nordufer Afrikas beanspruchen und ein großes Imperium latinum im Mittelmeer errichten. Dann glaubte er auch den Zeitpunkt gekommen, sich zum Imperator ausrufen zu lassen und den unkriegerischen König mit Leichtigkeit beseitigen zu können."[61]

Wie die auf den vorhergehenden Seiten zusammengestellten Äußerungen zeigen, ist die Erforschung der faschistischen Außenpolitik nicht so eindeutig auf den von Salvemini vorgezeichneten Bahnen verlaufen, wie die eingangs zitierten Stimmen vermuten ließen. Im Gegenteil zeichnen sich gerade in den letzten Jahren zunehmend die Umrisse einer Neuinterpretation von links her ab, die von grund-

---

[59] Ders., Mussolini e l'imperialismo, in: ders., Ricerche sul fascismo, Urbino 1971, S. 17–72; Zitate auf S. 48, 61, 64. Ähnlich jetzt C. Zanghi: „In der politischen Konzeption Mussolinis wird die koloniale Expansion . . . nach 1926 der zentrale Antrieb seines ganzen politischen und diplomatischen Handelns, das Hauptziel seines Kampfes und zwar in einem solchen Maße, daß er ihm den Frieden Europas und das Wohlergehen . . . Italiens unterordnet." C. Zanghi, Mussolini e la conquista dell' Etiopia, in: ders., L'Africa nella coscienza europea e l'imperialismo italiano Napoli 1973, S. 393–549, Zitat S. 393.

[60] J. Petersen, Hitler — Mussolini, Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936, Tübingen 1973.

[61] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Geheim-Akten 1920–1936: Italien, Pol 5, Innere Politik – Parlamentswesen, Band 1 (6. 1922–8. 1933); 2. 12. 1924, Neurath an das Auswärtige Amt.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legend anderen geschichtstheoretischen und methodologischen Voraussetzungen ausgeht[62].

II

Dieses Spannungsverhältnis zwischen radikaldemokratischer und marxistischer Interpretation, wie der Einfachheit halber die beiden Richtungen bezeichnet sein mögen, ist nicht erst jüngsten Datums, sondern reicht bis in die zwanziger Jahre zurück.

Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen Etappen bei der Herausbildung der vorwiegend von kommunistischer Seite formulierten Neueinschätzung der faschistischen Außenpolitik nachzuzeichnen. Bis Ende der zwanziger Jahre erregte die Thematik geringe Aufmerksamkeit. Erst als deutlich wurde, daß das faschistische Regime nur noch im Augenblick einer durch eine Kriegsniederlage verursachten Systemkrise zu stürzen sein würde, gewannen außenpolitische Themen breiteren Raum[63]. Ein vorläufiges Resümee zog P. Togliatti 1933 in seinem Aufsatz „Zum

[62] Es gibt auch eine Kritik an Salvemini von den Positionen der traditionellen Diplomatiegeschichtsschreibung her. Mario Toscano äußerte 1967: „Das Werk Salveminis über die Außenpolitik Mussolinis ist vor allem eine Streitschrift, der Beitrag eines Exilierten zum Kampf um die Befreiung seines Landes von der Diktatur. Als solches muß man es vor allem verstehen, weniger als historisches Werk, auch wenn seine Anlage historisch-wissenschaftlich ist." M. Toscano, Gli studi di storia delle relazioni internazionali in Italia, in: La storiografia italiana negli ultimi vent'anni, Milano 1970, Band 2, S. 844. – P. Pastorelli schreibt im gleichen Zusammenhang: „Der ausgezeichnete Ruf, den Salvemini als Historiker genießt, hat zu einem Mißverständnis geführt: zu der Ansicht nämlich, daß ‚Mussolini diplomatico' ein wichtiger historiographischer Beitrag sei. Die wirkliche Bedeutung dieses Buches jedoch besteht darin, daß es eine wertvolle Quelle darstellt, um die Vorstellungen und Urteile der militanten Gegner der Außenpolitik Mussolinis kennenzulernen: ein Dokument des Kampfes und der Erinnerung", aber, so dürfte man die Überlegungen Toscanos und Pastorellis fortsetzen, kein Beitrag zur Geschichtswissenschaft; P. Pastorelli, Italia e Albania, 1924–1927, Firenze 1967, S. 517. – Die Kritik an der falschen historiographischen Einschätzung Salveminis, dessen hier interessierende Werke eher unter die „Zeugnisse der Beteiligten als unter die geschichtswissenschaftlichen Werke" einzuordnen seien, hat Pastorelli jüngst fortgesetzt; P. Pastorelli, La storiografia italiana del dopoguerra sulla politica estera fascista, in: Storia e Politica 10 (1971), S. 575–614, Zitat S. 580. – „Mussolini diplomatico" so urteilt Pastorelli, „hat den Vergleich mit den Dokumenten nicht eben rühmlich bestanden" (S. 585). Bei einem für die Geschichtswissenschaft so unbedeutenden Werk nimmt es dann Wunder, daß der genannte Aufsatz über weite Strecken eine direkte Auseinandersetzung mit Salvemini enthält (vgl. S. 577–581, 584f., 587, 593, 595–597, 600, 606, 608, 611) und P. über „Prelude to World War II" sich sogar zu dem widerwilligen Lob durchringt, „wenn man von seiner Entstehungsgeschichte absieht und die unvermeidlichen Lücken in der Dokumentation mit in Rechnung stellt, so bietet das Werk einen Bericht über den Ablauf des Abessinienkonflikts, der trotz seiner Einseitigkeit auch durch die jüngsten ausländischen Forschungen [Hinweis auf G. W. Baer, La guerra italo-etiopica e la crisi dell'equilibrio europeo, Bari 1970] nicht überholt worden ist." S. 607. Für den „Nicht-Historiker" Salvemini, im Wettbewerb mit zwanzig Jahren „objektiver" Geschichtswissenschaft, immerhin ein beachtliches Ergebnis.

[63] Vgl. z.B. Lo Stato operaio, 1927–1939, Antologia a cura di F. Ferri, Roma 1964, 2 Bde.; P. Togliatti, Opere, Band II (1926–1929), Roma 1972; P. Spriano, Storia del Partito co-

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständnis der Außenpolitik des italienischen Faschismus". Unter direktem Bezug auf Salveminis „Mussolini diplomatico" schrieb er, dieses Buch sei

> „der tiefste Punkt, der von der demokratischen Banalität erreicht werden kann. Es lohnt nicht die Mühe, ‚Historiker' gewesen zu sein, um derartiges Zeug zu schreiben. [Salvemini] macht aus der internationalen Politik eines großen kapitalistischen Staates, der wegen seiner Expansion im Kampf mit anderen großen kapitalistischen Staaten steht, das Ergebnis von Launen, Inkonsequenzen, von Unfähigkeit, Bluff und Öffentlichkeitshascherei eines Mannes."[64]

Togliatti spottete über „die demokratischen und alle anderen Esel, die großes Geschrei erheben wegen der sogenannten ‚Wankelmütigkeit' der faschistischen Außenpolitik, ihrem Mangel an Zusammenhang, ihren brüsken Kehrtwendungen". „Man muß Schluß machen mit dem Gedanken, daß die entscheidenden Faktoren der Außenpolitik des italienischen Faschismus in der ‚Größenmanie' Mussolinis oder in seiner ‚Treulosigkeit', in seiner unüberwindlichen Neigung, die Berücksichtigung der Realität durch die ‚Geste' zu ersetzen, zu suchen sind." Es führe zu einer völligen Verzerrung der Perspektiven, wenn man diese zwar vorhandenen, aber relativ bedeutungslosen Erscheinungsbilder der Politik zu ihrem Wesensinhalt erhebe.

Nach Togliatti konnte man zwei Konstanten der faschistischen Außenpolitik unterscheiden: zum einen sei der italienische Imperialismus, da innenpolitisch auf starken sozialen und ökonomischen Spannungen aufgebaut, zwar seiner Potenz nach schwächer als die übrigen kapitalistischen Imperialismen, aber gerade deshalb um so aggressiver. „Die Politik des italienischen Imperialismus und Faschismus ist und kann nichts anderes sein als eine Politik des Krieges." Der konkrete politisch-diplomatische Ausdruck dieser Tendenz sei die faschistische Revisionspolitik. Die propagierte Revision der Pariser Vorortverträge – „zweites Element des Zusammenhangs in der Außenpolitik des Faschismus" – sei das Instrument, um die Hegemonie des französischen Imperialismus zu zerstören.

Als eine allgemeine Gesetzmäßigkeit betrachtete Togliatti, daß „die Außenpolitik . . . eines Staates . . . immer die Fortsetzung seiner inneren Politik ist; die ökonomische Struktur eines kapitalistischen Staates bestimmt seine Expansionstendenzen und die Hauptrichtungen dieser Expansion". Er folgerte daraus als methodisches Prinzip, daß „man die Außenpolitik des Faschismus nicht versteht, wenn man sie nicht beständig mit der wirtschaftlichen Situation des Landes, mit den objektiven Grundlagen des italienischen Imperialismus in Beziehung setzt".

Die in diesen Überlegungen skizzierte erkenntnistheoretische und methodologische Kritik an den Salveminianischen Positionen hat, wie gezeigt, nach 1945 bei der Erforschung der faschistischen Außenpolitik nur zögernd Aufnahme gefunden.

---

munista italiano, I: Da Bordiga a Gramsci, Torino 1967; II: Gli anni della clandestinità, Torino 1969.

[64] P. Togliatti, Per comprendere la politica estera del fascismo italiano, in: Lo Stato operaio 7 (1933), S. 270–276, hier auch die folgenden Zitate; jetzt in: ders., Opere, Band III, 2 (1929-1935), Roma 1973, S. 199-207.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massimo L. Salvadori schrieb 1963 in seiner Biographie Salveminis, dieser habe in seinen Arbeiten zur faschistischen Außenpolitik die „Untersuchung ... der sozialen Kräfte, die ... zum Zweiten Weltkrieg geführt haben", völlig unterlassen[65] und sei bei einer moralistischen Interpretation der Vorgänge stehengeblieben. Die Vorgeschichte von 1939 auf eine Folge von Fehlurteilen und auf das moralische Versagen der westlichen Führungsgruppen gegenüber der kriminellen Politik der totalitär-faschistischen Staaten zu reduzieren, erlaube keine „überzeugende Erklärung" der „objektiven Gründe der historischen Entwicklung." „Aufs ganze gesehen, läßt Salvemini die Ideen als bestimmende Kräfte wirken, während sie ihre Wahrheit nur im Innern der sozialen Kräfte und nicht über ihnen finden."[66] Und mit Blick auf die Situation in Italien heißt es bei Salvadori, in Wirklichkeit habe zwischen der „Sozialordnung im Innern, ... die die Klassengegensätze unterdrückte", d. h. dem Faschismus als „neuer bürgerlicher Ordnung" und der „imperialistischen Politik nach außen" ein unlösbarer Zusammenhang bestanden[67].

Von den gleichen marxistischen Positionen her, nur mit erheblich verschärfter Polemik, hat der vorläufig letzte Salvemini-Biograph, Gaspare De Caro, diese Kritik fortgesetzt[68].

Auch er monierte die unbefriedigende Personalisierung und Moralisierung in der Interpretation Salveminis, die nur Oberflächenphänomene, das diplomatische Hin und Her der Tagespolitik zu erfassen vermöge. „Mussolini diplomatico" sei kaum mehr als eine „Geschichte der öffentlichen Meinung, ihrer Herausbildung durch die faschistische und antifaschistische Propaganda". Nur als solche genieße es noch einiges Ansehen bei den Spezialisten, die der Überzeugung seien, „daß das Werk eine nützliche Ergänzung für den Technizismus der diplomatischen Geschichtsschreibung darstelle". Die Widersprüche und brüsken Kehrtwendungen innerhalb der faschistischen Außenpolitik, von Salvemini zum Erklärungsmodell erhoben, seien in Wirklichkeit „hervorragend geeignete Instrumente für den Plan (disegno) Mussolinis gewesen, die in Versailles aufgerichtete Ordnung Europas umzustürzen". „Die internationale Aktion Mussolinis war ganz auf die Zukunft ausgerichtet, war nichts als Vorbereitung – mit Methoden, die nicht mehr die der alten Politik des Gleichgewichts sein konnten – der Voraussetzungen für sein großes Abenteuer. Gemessen an diesem Zweck wurde die Außenpolitik des Faschismus rational und mit Beharrlichkeit durchgeführt."[69]

Man sieht, wie hier die von Rumi, Carocci, Santarelli und anderen in direkter Auseinandersetzung mit Salvemini angesprochene Thematik von Planung und Improvisation, von Kontinuität und Diskontinuität mit der These eines rationalen Kalküls hinter der faschistischen Außenpolitik schärferes Profil gewinnt. Folge-

[65] M. L. Salvadori, Gaetano Salvemini, Torino 1963, S. 241.
[66] Ebenda, S. 242.
[67] Ebenda, S. 233.
[68] G. De Caro, Gaetano Salvemini, Torino 1970.
[69] Ebenda, S. 364f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtig greift De Caro abschließend das Zentralproblem aller bisherigen Deutungsversuche auf, die Frage nach dem Verhältnis von Innen- und Außenpolitik:

> „Das eigentliche Problem bestand darin: . . .: Wie war es möglich, daß der Staat auf dem Niveau einer Industriegesellschaft fortfuhr, sich autonom nach seiner eigenen archaischen Logik, nach der schwindelerregenden Rationalität der Machtpolitik zu entwickeln? . . . Die Autonomie des Staates in der Außenpolitik war klar erkennbar der Preis, den man für seine Funktionalität gegenüber dem System in der Innenpolitik zahlte. Genau hierin bestand der Widerspruch in dem vom Kapital in Italien durchgeführten autoritären Experiment: daß der totalitäre Staat seiner Natur nach zu einer imperialistischen, tendenziell den großen Mächten feindlichen Politik führen mußte, während gleichzeitig die von den führenden Industriekreisen gewählte Marschroute des Exports auf der Annahme einer internationalen Solidarität beruhte."[70]

Mit diesen Überlegungen hat De Caro ein Problem aufgegriffen, das in den oben skizzierten Interpretationen von Salvemini, Togliatti, Salvadori und anderen schon vielfältig angedeutet worden war: in welchem Verhältnis standen im Faschismus innere und äußere Politik und welche Abhängigkeiten und Beeinflussungen lassen sich aufzeigen?

III

Die deutsche historische Forschung, in der Tradition der vom Primat der Außenpolitik ausgehenden Rankeschen Interpretation der neuzeitlichen europäischen Geschichte stehend, hat dem Interdependenzverhältnis von Innen- und Außenpolitik seit jeher große Aufmerksamkeit entgegengebracht[71]. Ausgehend von seinen Studien zur europäischen Staatenwelt im 17. und 18. Jahrhundert hatte Ranke 1836 die These formuliert: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate die Stellung

[70] Ebenda, S. 365f.

[71] Um nur die wichtigste, nach 1945 erschienene Literatur zu zitieren: H. Rothfels, Vom Primat der Außenpolitik, in: Außenpolitik 1 (1950), S. 274ff.; ders., Gesellschaftsform und auswärtige Politik, Laupheim 1951; ders., Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik, in: Außenpolitik 6 (1955), S. 277ff.; K. D. Bracher, Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik, in: Faktoren der politischen Entscheidung, Festschrift für E. Fraenkel, Berlin 1963, S. 115ff.; ders., Außen- und Innenpolitik, in: Staat und Politik, Frankfurt/M. 1964, S. 33ff.; K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln, Opladen 1960, S. 230ff.; C. J. Friedrich, Das Ende der Kabinettspolitik, in: Außenpolitik 1 (1950), S. 20ff.; H. Heffter, Vom Primat der Außenpolitik, in: Historische Zeitschrift 171 (1951), S. 2ff.; E. O. Czempiel, Der Primat der auswärtigen Politik, Kritische Würdigung einer Staatsmaxime, in: Politische Vierteljahrsschrift 4 (1963), S. 266–287; E. Krippendorff, Ist Außenpolitik *Außen*politik? Ein Beitrag zur Theorie und der Versuch, eine unhaltbare Unterscheidung aufzuheben, in: Politische Vierteljahrsschrift 4 (1963), S. 243–266; E. Kehr, Der Primat der Innenpolitik, Berlin 1965; Die anachronistische Souveränität, Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, hrsg. von E. O. Czempiel, Köln, Opladen 1969 (= Sonderheft Nr. 1 der Politischen Vierteljahrsschrift); H. U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln, Berlin 1969, S. 30ff., 142ff., 454ff; R. Löwenthal, Internationale Konstellation und innerstaatlicher Systemwandel in: Histor. Ztschr. 212 (1971), S. 41–58.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz."[72] Unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution in Deutschland 1848/49 und der erfolgreichen Bismarckschen Reichsgründung 1870/71 ist diese These Rankes von Treitschke und der deutschen historischen Schule zu einer Machttheorie der internationalen Politik fortentwickelt und zu einem allgemein gültigen Gesetz erhoben worden und hat in dieser Form einen tiefen Einfluß auf das deutsche Zeitbewußtsein auch noch im 20. Jahrhundert ausgeübt. Was dabei als wissenschaftliche Erkenntnis galt, erweist sich rückblickend als politisches Programm[73], das geeignet erschien, den mit dem Aufstieg Deutschlands zur Industriegesellschaft scheinbar unvermeidlich verbundenen Wandel des sozialen und politischen Systems und den zugehörigen Austausch der Führungseliten zu verzögern oder gar ganz zu verhindern und die inneren Spannungen nach außen hin abzulenken. Noch Hitler stand in der Tradition dieses Denkens, als er in den Jahren vor 1933 als erste Stufe einer zukünftigen nationalsozialistischen Politik zwar den Vorrang der innenpolitischen Neuordnung vor jeder außenpolitischen Aktivität forderte, erstere aber wiederum nur als Voraussetzung für eine spätere Expansionspolitik betrachtete. Vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler nannte Hitler als Ziele der neuen Regierung „die völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände", d. h. die rücksichtslose Zerschlagung von Pazifismus und Marxismus und die Schaffung einer absoluten Kampf- und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes durch „straffste autoritäre Staatsführung" als Voraussetzung für die spätere „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung"[74]. Die zeitgeschichtliche Forschung hat die hier formulierte Rangordnung der Zielsetzungen weitgehend bestätigt[75].

---

[72] L. von Ranke, Politisches Gespräch, in: Sämtliche Werke, Band 49/50, Leipzig 1887, S. 328. – Über die Nachwirkungen dieses Denkens innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft vgl. von italienischer Seite jetzt: S. Pistone, Federico Meinecke e la crisi dello stato nazionale tedesco, Torino 1969, S. 46ff., 87ff., 141ff., 151ff. Der gleiche Autor hat als letztes eine Anthologie vorgelegt, in der neben den englischen Föderalisten L. Robbins und Lord Lothian Beiträge von Ranke, Meinecke, Hintze und Dehio vereinigt sind, vgl. S. Pistone (Hrsg.), Politica di potenza e imperialismo, L'analisi dell'imperialismo alla luce della dottrina della ragione di Stato, Milano 1973.

[73] Dies ist das Ergebnis des Aufsatzes von Czempiel, Primat der auswärtigen Politik, a. a. O.

[74] Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 434f.

[75] Vgl. z. B. Bracher, Sauer, Schulz, Machtergreifung, a. a. O., S. 238ff.; H. Graml, Europa zwischen den Kriegen, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 411ff.; W. Hofer, Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, Konstanz ²1964, S. 36ff.; A. Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970; ders., Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft, Hamburg 1973, S. 58. – Zweifel jetzt bei M. Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 392–409.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu fragen wäre, ob die hier gewonnenen Einsichten, dank struktureller Übereinstimmungen zwischen Nationalsozialismus und Faschismus, nicht auch für die Erforschung des letzteren fruchtbar gemacht werden könnten[76].

Die italienische Geschichtswissenschaft hat den theoretischen und methodologischen Aspekten der Interdependenz von Innen- und Außenpolitik bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt[77]. Es ist nicht ohne symptomatische Bedeutung, daß A. Negri bei der Abfassung eines Lexikonartikels über „Politica interna e politica estera" kürzlich keinen einzigen speziell diesem Thema gewidmeten italienischen Beitrag nennen konnte[78]. Negri formuliert auch gleichzeitig die Gründe für dieses Desinteresse. Er spricht zwar von dem engen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik, betont aber gleichzeitig, es sei „gänzlich überflüssig, sich die

[76] Für diesen komparatistischen Ansatz vgl. W. Schieder, Fascismo e Nazionalsocialismo, profilo d'uno studio strutturale comparativo, in: Nuova Rivista Storica 54 (1970), S. 114–124.

[77] Man mag sich fragen, ob nicht die besonderen Organisationsformen der historisch-politischen Forschung in Italien an diesem Tatbestand ursächlich beteiligt sind. Mit der Einrichtung des Fachbereichs „Storia dei trattati e delle relazioni internazionali" ist ein beträchtlicher Teil des verfügbaren sachlichen und personellen Forschungspotentials in das enge Bett der diplomatischen Geschichtsschreibung eingezwängt. Von deren Standpunkt kommen die hier angeschnittenen Fragen kaum ins Blickfeld. Nicht ohne Berechtigung sprechen A. Aquarone und P. Ungari von dem „übermäßigen Gewicht der ausschließlich juristisch-diplomatischen Traditionen" dieses Wissenschaftszweiges, dem bis vor kurzem die „sozialen und politisch-ideologischen Voraussetzungen des diplomatischen Spiels" weitgehend entgangen seien. E. Collotti nennt die aus der „Tradition der alten Diplomatiegeschichtsschreibung" stammenden Untersuchungen „nützliche, aber sehr einseitige Beiträge, die durch eine stark eingegrenzte Optik" gekennzeichnet seien; A. Aquarone, P. Ungari, S. Rodotà (Hrsgg.), Gli studi di storia e di diritto contemporaneo, Milano 1968, S. 42f.; E. Collotti, Rezension von G. Zamboni, Mussolinis Expansionspolitik auf dem Balkan, Hamburg 1970, in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 103 (1971), S. 115. – Zu der eher versteckt geführten Polemik zwischen den verschiedenen Forschungsrichtungen vgl. M. Toscano, Storia dei trattati e politica internazionale, vol. I: parte generale, Torino ²1963, S. 1–21, vor allem S. 21; ders., Gli studi, a.a.O. (Anm. 62), S. 850f.; P. Pastorelli, La storia delle relazioni internazionali negli studi e nell'insegnamento di Mario Toscano, in: Rivista di Studi politici internazionali 35 (1968), S. 543–562, vor allem S. 554–558; ders., Mario Toscano e la „Storia dei Trattati" in: Storia e Politica 8 (1969), S. 581–591; Rumi, Tendenze e caratteri, a.a.O. (Anm. 47), S. 160. – An der Universität Milano arbeitete in den sechziger Jahren eine Forschungsgruppe unter Leitung von B. Vigezzi über „Politica estera e opinione pubblica in Italia dal 1870 al 1945"; erste Ergebnisse in: B. Vigezzi, Politica estera e opinione pubblica, in: Itinerari, Nr. 47/48 (1961), S. 53–63; Nr. 50/51, S. 140–148; Nr. 52/53, S. 214–222; Nr. 54, S. 270–278; Nr. 55, S. 298–308; Studien über die italienische Presse der ersten Nachkriegszeit in: B. Vigezzi (Hrsg.), 1919–1925, Dopoguerra e fascismo, Politica e stampa in Italia, Bari 1965; mit Beiträgen von E. Decleva, M. Legnani, G. Rumi, L. Ganapini, A. Giobbio. Das große Werk Vigezzis (L'Italia di fronte alla guerra mondiale, I. L'Italia neutrale, Milano 1966) behandelt die Probleme des Intervento weitgehend unter innenpolitischen Gesichtspunkten.

[78] A. Negri, Politica interna e politica estera, in: A. Negri (Hrsg.), Scienze politiche I (stato e politica), Milano 1970, S. 579. Es handelt sich um einen Band des vom Feltrinelli Verlag zum Teil in Übersetzungen, zum Teil in Neubearbeitungen herausgegebenen „Fischer"-Lexikons. Die Fragestellung stammt also aus dem deutschen Forschungsbereich, auch wenn A. Negri den von K. D. Bracher verfaßten Artikel (vgl. Anm. 77) völlig neu geschrieben hat.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage zu stellen, welcher der beiden Bereiche der vorherrschende ist: das verschiedene Gewicht hängt ab – jedoch innerhalb eines dialektischen, unaufhebbaren Zusammenhangs – von einer Vielzahl von Situationen und Fakten"[79].

Aber handelt es sich hier wirklich nur um ein Scheinproblem, oder käme es bei einer historischen Untersuchung nicht eben gerade darauf an, für einen bestimmten Zeitraum das Verhältnis der beiden Aktionsebenen gegeneinander abzuwägen, die Verknüpfung beider zu erhellen und die Präponderanz des einen oder des anderen aufzuzeigen?

In den „Quaderni del Carcere" nannte der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, A. Gramsci, „die organischen Beziehungen zwischen innerer und äußerer Politik eines Staates" ein lohnendes Untersuchungsfeld. „Ist es die innere Politik, die die äußere bestimmt, oder umgekehrt? Auch in diesem Fall muß man unterscheiden: zwischen großen Staaten mit weitgehender internationaler Autonomie, und anderen Staaten; unterscheiden auch zwischen verschiedenen Formen der Regierung."[80]

In den Torso gebliebenen Forschungen F. Chabods über die ersten Jahrzehnte der Außenpolitik des italienischen Einheitsstaates[81] – von W. Maturi „die qualifizierteste italienische Stimme der Unzufriedenheit über die reine Diplomatiegeschichte" genannt[82] – liegt seit 1951 ein großes Beispiel für derartige Untersuchungen vor. Chabod hat einleitend, in Sätzen, die noch heute ihre volle Gültigkeit besitzen, die Leitlinien und Methoden für die Erforschung der Außenpolitik eines Staates, wie sie ihm vorschwebte, umrissen:

> „. . . auf die Entscheidungen speziell internationalen Charakters . . . wirkt das ganze Leben eines Volkes ein, sie sind Ausdruck seiner geistigen Bestrebungen und der politischen Ideologien, der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, der materiellen Möglichkeiten wie der Meinungsgegensätze und der Parteikämpfe. Hier zeigt sich die Begrenzung der reinen Diplomatiegeschichte. . . . Die Geschichte kennt nicht die abstrakten Schemen einer äußeren und einer inneren Politik, die sich eindeutig voneinander trennen lassen; sie kennt auch nicht den ‚Primat' der einen oder der anderen, sondern sie sieht die eine wie die andere eng miteinander verbunden und verschmolzen, indem bisweilen Faktoren ausgesprochen inneren Charakters mit großer Macht auf die Haltung nach außen einwirken, zeitweilig dagegen Faktoren internationalen Charakters stärker auf die inneren Verhältnisse Einfluß gewinnen. . . . Dafür ist das klassische Beispiel just die Geschichte des geeinten Italiens."[83]

---

[79] Ebenda, S. 345.

[80] A. Gramsci, Note sul Machiavelli, Torino [6]1966, S. 133.

[81] F. Chabod, Storia della politica estera italiana dal 1870 al 1896, vol. I: Le premesse, Bari 1951.

[82] W. Maturi, Chabod storico della politica estera italiana, in: Rivista Storica Italiana 72 (1960), S. 745–755, Zitat S. 751; vgl. auch G. Sasso, Profilo di Federico Chabod, Bari 1961, S. 145; und F. Mazzotti, Nachwort zu C. Morandi, La politica estera dell'Italia, Da Porta Pia all'età giolittiana, Firenze 1968, S. 522.

[83] Chabod, a.a.O., S. X, XI.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Tat betont Chabod bei der Darstellung der italienischen Außenpolitik nach 1870 immer wieder, wie stark der neue Staat seine innenpolitische Bewegungsfreiheit durch Rücksichten auf die umliegenden Großmächte eingeschränkt sah, die mißtrauisch die Lebensfähigkeit des neuen staatlichen Gebildes betrachteten. In diesen Jahrzehnten gewannen „außenpolitische Überlegungen immer wieder die Oberhand über innenpolitische Bestrebungen. Bei allem, was die Regierung zu Hause unternahm, blickte sie mit einem Auge über die Schulter, um die Reaktionen der großen Mächte zu erfassen."[84] Die Anregungen Chabods haben in Italien nur zögernd Aufnahme gefunden. Allenfalls zollte man seinen Postulaten theoretisch Lob, blieb aber praktisch auf den Gleisen der herkömmlichen Diplomatiegeschichtsschreibung[85].

1961 formulierte B. Vigezzi als Programm künftiger Forschungsvorhaben, man müsse darangehen, „die Außenpolitik endlich zu historisieren (storicizzare)". Er schlug vor, man solle z.B. untersuchen, „welche Idee der jeweiligen Außenpolitik ... einzelne Epochen gehabt hätten und welches Bild man sich von ihrer Natur und ihren Aufgaben gemacht hätte"[86].

Folgt man dieser Anregung und konkretisiert die angeschnittene Frage auf den uns interessierenden Zeitraum, so wäre zunächst nach der Selbstinterpretation der nationalistischen und faschistischen Führungseliten zu fragen: Wie sahen sie das Verhältnis von innerer und äußerer Politik?

Luigi Salvatorelli, der in seinen Untersuchungen zum „Nationalfaschismus" am nachdrücklichsten den engen Zusammenhang zwischen den beiden Bewegungen betont hat, schrieb 1923, „das Hauptinteresse des Nationalismus lag – so hatte es jedenfalls den Anschein – bei der Außenpolitik. Das war logisch, weil der nationale Staat sich nach Meinung der Nationalisten in der höchsten und endgültigen Form nur nach außen, im internationalen Kampf, verwirklichte. Ihr Kampfruf war deshalb der italienische Imperialismus."[87] Eine Durchsicht der nationalistischen Literatur vor und nach dem Weltkrieg erweist diese Einschätzung als zutreffend. Enrico Corradini definierte schon 1911 den Nationalismus geradezu als den „Versuch, das Problem der nationalen Existenz von der inneren auf die äußere Politik zu verlagern"[88]. „Der größere Teil der sogenannten inneren Probleme", so schrieb er,

[84] H. St. Hughes, Reinterpretations of the Aftermath of the Risorgimento, in: A. W. Salomone (Hrsg.), Italy from the Risorgimento to Fascism: An Inquiry into the Origins of the Totalitarian State, Newton Abbot, 1971, S. 29.

[85] So A. Torre, La politica estera dell'Italia dal 1896 al 1914, Bologna 1960, S. 28–31: „Politica estera ed interna."

[86] B. Vigezzi, Politica estera e opinione pubblica, in: Itinerari, Nr. 47/48 (1961), S. 60.

[87] L. Salvatorelli, Nazionalfascismo, Torino 1923, S. 66; das gleiche Urteil auch bei G. Amendola, La nuova democrazia, Napoli 1951, S. 230; ders., La democrazia contro il fascismo 1922–1924, Milano, Napoli 1960, S. 208.

[88] E. Corradini, Discorsi politici (1902–1923), Firenze 1923, S. 109. Auch bei dem Vorläufer des Nationalismus, Pasquale Turiello, findet sich die gleiche Überlegung als Leitmotiv seines Denkens; vgl. R. Molinelli, Pasquale Turiello, precursore del nazionalismo italiano, Urbino 1968, S. 91 f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„gelten fälschlich als solche. Sie lassen sich immer in äußere Probleme verwandeln"[89]. So forderte er beispielsweise, die mit dem krassen Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Süditalien zusammenhängenden sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme der „questione meidoirnale" über eine forcierte Kolonialpolitik in Afrika zu lösen. Ziel aller Politik, so hieß es in den Beschlüssen, die der vom 20. bis 22. 12. 1912 in Rom tagende Kongreß der „Associazione Nazionalista Italiana" verabschiedete, sei es, „die Herausbildung der italienischen Nation in der Welt" zu erreichen.

> Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Nationswerdung nur durch Kampf und Vorherrschaft zu erreichen ist, und im Hinblick darauf, daß die erste Voraussetzung zur Erlangung dieses Ziels ... die Formung und Disziplinierung des inneren Lebens des Landes ist, bekräftigt der Kongreß, daß es die besondere Aufgabe des Nationalismus ist, sich den vorherrschenden auflösenden Kräften zu widersetzen, wie sie durch die demokratisch sozialen Parteien repräsentiert werden"[90].

Die hier formulierte Primatsetzung der auswärtigen Politik diente in den letzten Vorkriegsjahren zur Herausarbeitung des harten Kerns der nationalistischen Bewegung. Die Herausgeber der Zeitschrift „Voce", G. Prezzolini und G. Papini, beispielsweise trennten sich von ihr über der Frage, ob „die Verbesserung im Innern ... wichtiger sei als jegliche Suche nach äußerem Machterwerb"[91]. Der bedeutendste Theoretiker der Nationalisten, Alfredo Rocco, machte in diesem Zusammenhang der italienischen Einigungsbewegung den Vorwurf, sie habe im Kampf für die „innere Freiheit" die Lebensfähigkeit und Machtentfaltung des neuen Staates geschwächt und sprach von einem „Geburtsfehler des neuen Nationalstaates"[92]. „Der Nationalismus", so Rocco, „will den Krieg, weil er glaubt, daß die Expansion der italienischen Rasse unvermeidlich zur bewaffneten Emigration, d. h. zum Krieg führen wird. Er will auch ... über die Schaffung eines nationalen Bewußtseins und über eine strikte nationale Disziplin ... die soziale Konsolidierung im Innern ..., zum Zweck der militärischen Vorbereitung der Nation."[93]

Ähnlich konstatierte Maurizio Maraviglia in dem Italien vor 1914 eine wachsende „innere Unordnung", die er als „Ursache und Effekt der äußeren Lähmung" betrachtete. „Die Unzufriedenheit und der Übermut aller Klassen und aller Berufsgruppen, die Schwächung der Staatsautorität, die Auflösung aller Parteien und aller politischen Kräfte" seien nichts als das „notwendige Ergebnis" der schwäch-

---

[89] E. Corradini, classi proletarie: socialismo, nazioni proletarie: nazionalismo, in: Il nazionalismo italiano, Atti del congresso di Firenze, Firenze 1911, S. 22–35, Zitat S. 28.

[90] Zitiert bei P. M. Arcari, Le elaborazioni della dottrina politica nazionale tra l'unità e l'intervento (1870–1914), Bd. 3, Firenze 1939, S. 16.

[91] G. Papini, G. Prezzolini, Vecchio e nuovo nazionalismo, Milano 1914, S. VI, vgl. auch S. VIII, X, XI.

[92] A. Rocco, Scritti e discorsi politici (1913–1934), Milano 1938, Bd. 2, S. 726f., Rede am 23. 2. 1923.

[93] Ebenda, Band 1, S. 86; aus: A. Rocco, Che cosa è il nazionalismo e che cosa vogliono i nazionalisti, Padova 1914.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Außenpolitik Italiens seit Adua[94]. Maraviglia forderte schon 1911, „alle Fragen des italienischen Lebens" auf „zwei große, eng zusammengehörige und voneinander abhängige Probleme" zurückzuführen: „das Problem der Ordnung und der inneren Disziplin, und das Problem des Krieges"[95].

Die vier Kriegsjahre 1915–1918 mit ihren tiefgreifenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, alle von dem Ziel bestimmt, die größte Kraftentfaltung der Nation nach außen hin zu ermöglichen, mußten als Bestätigung derartiger Anschauungen wirken. Auf dem ersten Nachkriegskongreß der „Associazione Nazionalista Italiana" (16.–18. 3. 1919) in Rom hieß es im Schlußprotokoll:

> „Das Prinzip der nationalen Solidarität beinhaltet das der nationalen Organisation. In dem modernen und fortschrittlichen sozialen Organismus, wie ihn eine Nation darstellt, sind die gesellschaftlich lebenswichtigen Glieder nicht die Individuen, sondern die organisierten Ganzheiten. Die innere Disziplin (ist) unerläßliche Voraussetzung für die Existenz und die Entwicklung der nationalen Gesellschaft . . ."[96]

F. Coppola, einer der führenden außenpolitischen Sprecher der nationalistischen Partei, forderte einige Jahre später mit Blick auf die zurückliegenden Jahrzehnte, „das größte italienische Risorgimento hätte seinen Sinn eingebüßt, wenn es nicht heute dazu diente, aufbauend auf der Autorität und der Stärke des äußeren und inneren Sieges, den italienischen Staat wiederzuerschaffen, als Maximum an Disziplin im Innern, als Maximum an Macht nach außen"[97].

Den deutlichsten Ausdruck hat der in den vorstehenden Überlegungen postulierte Primat der Außenpolitik in dem Ende 1918 publizierten Gründungsmanifest[98] der später führenden nationalistischen Zeitschrift „Politica" gefunden. Dort heißt es, der Imperialismus sei das Lebensgesetz der Völker. „Diese zentrale Wahrheit ist der einzige Maßstab für alle politischen Werte. Nach ihr ist die Außenpolitik die eigentliche Politik. Die Innenpolitik soll . . . die Idee und die Autorität des Staates als eines im Hinblick auf die Macht organisierten Willens wieder herstellen: sie soll den unerschütterlichen Zusammenhang und die innere Disziplin der Nation sichern."

Die Prioritätensetzung ist hier wie in vielen anderen Äußerungen italienischer Nationalisten[99] übereinstimmend formuliert: es ist der Vorrang des äußeren vor

---

[94] M. Maraviglia, Il movimento nazionalista e i partiti politici, in: Il nazionalismo italiano, a.a.O., S. 42.

[95] Ebenda, S. 50.

[96] Zitiert bei Arcari, Le elaborazioni, a.a.O., Band 3, S. 38f.

[97] F. Coppola, La rivoluzione fascista e la politica mondiale, Roma 1923, S. 38.

[98] Wieder abgedruckt bei F. Perfetti (Hrsg.), Il nazionalismo italiano, Roma 1969, S. 235–254, das folgende Zitat auf S. 252.

[99] Einige prägnante Äußerungen bei R. Cantalupo, Fatti europei e politica italiana, 1922–1924, Milano 1924, S. 163, 166, 174; V. Morello, Il roveto ardente, Firenze 1926, S. 174, 196; Corradini, Discorsi politici, a.a.O., S. 37; F. Gaeta (Hrsg.), La stampa nazionalista, Bologna 1965, passim.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem inneren Freiheitsbegriff mit allen seinen Konsequenzen. Die Gestaltung der inneren Verhältnisse ist nach dieser Deutung der Selbstbehauptung und Machtentfaltung des Staates nach außen unterzuordnen. Der Staat besitzt das Prioritätsrecht vor der Gesellschaft. Den deutlichsten Ausdruck hat diese Umwertung in dem Versuch Corradinis gefunden, das marxistische Klassenkampfschema aus dem binnenpolitischen Raum auf den Kampf der ‚proletarischen' gegen die ‚plutokratischen' Nationen zu übertragen. Die Innenpolitik durfte seiner Ansicht nach nichts weiter sein als „eine Vorbereitung für die Außenpolitik, deren Ziel die Expansion und Erhöhung Italiens in der Welt ist"[100].

Daß bei dem Zusammenschluß von nationalistischer und faschistischer Bewegung erstere zwar äußerlich aufgesogen worden sei, in Wahrheit aber Programm und künftige Zielsetzungen des Faschismus weitgehend bestimmt habe, darüber besteht in der Forschung weitgehend Einigkeit[101]. P. Alatri spricht von dem „Sieg des Nationalismus über den Faschismus, als Mentalität, als Ideologie. . . . Auch in der Außenpolitik folgte der Faschismus den Spuren, die der Nationalismus vorgezeichnet hatte; genauer noch: gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik wurde Mussolini als erstes vom Nationalismus erobert."[102] „Der Zusammenschluß der ‚Associazione Nazionalista Italiana' (mit der faschistischen Partei)", so formuliert F. Gaeta als allgemeine Überzeugung, „bedeutete die ideologische Beschlagnahme des Faschismus durch den Nationalismus"[103].

Zu fragen wäre also, wie der Faschismus, und vor allem Mussolini selbst, den Zusammenhang von äußerer und innerer Politik gesehen haben. In dem repräsentativen, 1928 erschienenen Sammelwerk „La civiltà fascista"[104] schrieb Andrea Torre, der Faschismus habe mit dem Prinzip der „alles umfassenden Gemeinschaft" und der „nationalen Einheit" die Klassenspaltung und die Gruppenegoismen überwunden. Alle Kräfte müssen dem höchsten Nutzen . . . der Nation untergeordnet werden, die das letzte und oberste Ziel darstellt. Partikulare Interessen, Berufsinteressen, Rechte von einzelnen, von Gruppen, von Gewerkschaften, von Korporationen: alle diese Dinge . . . besitzen nur Wert, solange sie übereinstimmen mit den Diensten, die jeder von ihnen zugunsten der Nation zu erfüllen hat. . . . Es ist

[100] In: L'Idea nazionale, 22. 4. 1922, zitiert bei Rumi, Alle origini, a. a. O. (Anm. 50), S. 186.

[101] Salvatorelli, Nazionalfascismo, a. a. O. (Anm. 87), S. 100–105; ders., Irrealtà nazionalista, Milano 1925, S. 179 ff.; G. Salvemini, Scritti sul fascismo, Bd. 1, Milano 1961, S. 358 f. P. Ungari, Alfredo Rocco e l'ideologia giuridica del fascismo, Brescia 1963, S. 16; F. Rizzo Appunti sul nazionalismo, in: ders., Nazionalismo e democrazia, Bari, Perugia 1960, S. 8; Santarelli, Ricerche sul fascismo, a. a. O. (Anm. 59), S. 235.

[102] P. Alatri, Le origini del fascismo, Roma ⁵1971, S. 21, 25; Salvatorelli, Mira, Storia d'Italia, a. a. O., S. 660.

[103] F. Gaeta, Nazionalismo italiano, Napoli 1965, S. 203.

[104] A. Torre, Il nuovo spirito della politica estera italiana, in: La civiltà fascista, hrsg. von G. L. Pomba, Torino 1928, S. 223–240, die folgenden Zitate auf S. 240. Ähnliche Stimmen auch bei B. Spampanato, Divenire fascista, Napoli 1924, S. 85; S. Panunzio, Che cos' è il fascismo, Milano 1924, S. 19; und in der Sondernummer zum 25. Regierungsjubiläum Viktor Emanuels III. der Zeitschrift Rassegna Italiana 8 (1925), S. 725.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Pflicht, für die Steigerung der nationalen Macht zu arbeiten. . . . Der starke Staat im Innern ist notwendig für eine äußere Politik der Autorität und des Prestiges."

Schon eine flüchtige Durchsicht der „Opera Omnia" zeigt, daß auch Mussolinis Überlegungen in diesem Bereich sich weitgehend auf den Bahnen der Nationalisten bewegten. Schon im April 1921, also zu einer Zeit, als der Faschismus noch eher nach links orientiert schien, äußerte Mussolini, die von seiner Bewegung geforderte „solida disciplina" sei notwendig, damit Italien die in den Träumen vorausgeahnte „mittelmeerische und weltbedeutende Nation" werde[105]. Im August des gleichen Jahres schrieb er, der Faschismus wolle „Italien entprovinzialisieren und es als geschlossenen, nationalen Block über die Meere und über die Alpen schleudern"[106]. In den „Leitlinien der faschistischen Partei" vom Oktober 1921 hieß es: „Die faschistische Partei weist dem nationalen Staat die besondere Aufgabe zu, die Summe seiner Aktivitäten der Stärkung, Entwicklung und Expansion der italienischen Nation zu widmen, damit diese ihre großen historischen und weltpolitischen Ziele erreicht." Der Staat habe die Aufgabe, „alle Ursachen der inneren Auflösung" zu bekämpfen und die „Prinzipien der nationalen Solidarität zur Anerkennung zu bringen"[107]. Im Februar 1923 forderte Mussolini in einer Rede vor dem Senat im Zusammenhang mit dem Vertrag von Rapallo, den er als „kläglichen Kompromiß" und als „Ergebnis einer schwierigen inneren Situation" abwertete, eine „eherne Disziplin" im Innern als Voraussetzung für eine „Außenpolitik mit Stil, Würde und Entschlossenheit"[108].

Den Zusammenhang von innerem und äußerem Freiheitsbegriff nahm er in einer Rede am 4. Oktober 1924 wieder auf. „Ein Volk, das seine Befreiung von fremder Herrschaft will, muß die Fahne der Freiheit aufpflanzen. Der Liberalismus taugte gut für den Risorgimento. Ein Volk jedoch, das den Machtstaat will, braucht Disziplin. Die Macht ist das Ergebnis der Zusammenfassung der Kräfte aller Bürger . . ., jeder an seinem pflichtgemäßen Ort."[109] Ein Jahr später rühmte er, der Faschismus habe in Italien eine „strenge, . . . dem Kriegszustand ähnliche Disziplin" geschaffen. „Der Krieg, verstanden als Wettbewerb der Völker auf dem Kampfplatz der Weltzivilisation, dauert an. . . . Unser Fazit lautet: alles im Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat."[110] In einer Rede auf dem 4. Nationalkongreß des „Partito Nazionale Fascista" nannte Mussolini am 22. 6. 1925 als Ziel der italienischen Außenpolitik das Imperium. „Die Parole kann nur

---

[105] Rede in Bologna am 6. 4. 1921, zitiert bei A. Tasca, Nascita e avvento del fascismo, Bari 1965, Bd. 1, S. 266.

[106] Opera Omnia di Benito Mussolini, hrsg. von E. und D. Susmel, (im folgenden zitiert als O.O.), Bd. XVI, S. 83; „Fatto compiuto", in: Popolo d'Italia, 3. 8. 1921.

[107] O.O., XVII, S. 175.

[108] O.O., XIX, S. 146, 16. 2. 1923.

[109] O.O., XXI, S. 96. Ähnliche Überlegungen auch in O.O., XVII, S. 295, 300; O.O., XVIII, S. 119; O.O., XIX, S. 95, S. 196.

[110] O.O., XXI, S. 423, 425.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein: Disziplin im Innern, um den granitenen Block des geeinten nationalen Willens nach außen hin zu präsentieren. . . . Eine Partei, die von allen Italienern zwangsweise den Verzicht auf ihre Freiheiten verlangt und die sich ein Heer nennt, das bereit ist, jeden Augenblick jeden Feind anzugreifen, hat die Verpflichtung, dem Land Größe zu verschaffen."[111]

In die gleiche Richtung zielen, wenn auch vorsichtiger formuliert, die Grundsatzartikel der „Carta del Lavoro" von 1927. Hier heißt es, „die Arbeit . . . ist eine soziale Pflicht. . . . Die Ziele (der Gütererzeugung) . . . lassen sich zusammenfassen in dem Wohlergehen der Produzenten und der Entwicklung der nationalen Macht.[112]" Zweck dieser Sozialordnung, so interpretiert F. Chabod diesen Passus, sei „die Größe und die Macht der Nation"[113]. Ähnlich umriß Mussolini 1934 die Ziele des Korporativsystems: nach innen eine „höhere soziale Gerechtigkeit. . . . Nach außen hat die Korporation das Ziel, ohne Unterbrechung das Machtpotential der Nation zu verstärken, zum Zweck ihrer Expansion in der Welt."[114]

Der hier postulierte Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ist auch von deutschen Beobachtern gesehen worden. Paul Herre sprach 1930 davon, daß der Aufbau des diktatorischen Systems in Italien „nur einem höheren Zweck" diene: „der Steigerung [seiner] Machtstellung . . . unter den Völkern und Staaten des Erdballs. Das eigentliche Interesse Mussolinis war und ist nicht nach innen gerichtet, sondern nach außen, und der elementare Lebens- und Machtwille, der in einer von starkem nationalen Ehrgeiz getragenen Politik hervortrat, schuf im Bereich des Mittelmeers eine völlig neue Phase der Entwicklung"[115]. E. W. Eschmann machte 1934 die Beobachtung, die inneren Voraussetzungen für eine machtvolle Außenpolitik seien „selten günstig, insofern als es eine Innenpolitik nicht mehr gibt." Von faschistischer Außenpolitik zu sprechen, sei unzutreffend. „Der Begriff gibt die Wirklichkeit nicht wider. Faschismus *ist* Außenpolitik. . . . Bei der Begründung seiner neuen Ordnung für das italienische Volk hat der Faschismus immer die Notwendigkeit besonders betont, die Nation für den Kampf und für die Behauptung nach außen zu einem einheitlichen, lückenlosen Block zusammenzuschmelzen."[116] Wenige Jahre später versuchte Heinz Holldack die Genesis dieses Denkens aufzuhellen. Enrico Corradini, so seine These, habe als erster die „Lehre vom Primat der Außenpolitik" vertreten. Sie habe „nachhaltigen Einfluß" auf den Faschismus erlangt, wie der Verlauf des Abessinienkrieges gezeigt habe. „Das Ziel

---

111 Zitiert nach Salvemini, Preludio, a. a. O., S. 258. In der offiziellen Fassung (O.O., XXI, S. 363) fehlt der letzte Satz.

112 Zitiert bei A. Aquarone, L'Organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965, S. 477.

113 F. Chabod, L'Italia contemporanea (1918–1948), Torino 1961, S. 85.

114 O.O., XXVI, S. 379, Rede Mussolinis vom 10. 11. 1934.

115 P. Herre, Weltgeschichte am Mittelmeer, Potsdam 1930, S. 421 f.

116 E. W. Eschmann, Die Außenpolitik des Faschismus, Berlin 1934, S. 7 f., 21.

117 H. Holldack, Söhne der Wölfin, Wandlung Italiens, Stuttgart 1937, S. 150, 157, 159; vgl. auch W. Heinrich, Der Faschismus, München ²1932, S. V; C. Bauer, Die Grundlinien der italienischen Machtpolitik seit 1870, in: S. Crespi, Verlorener Sieg, Italien und die

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der gewaltigen Machtzusammenballung im Innern [war] die siegreiche Machtentfaltung nach außen."[117]

Diese knappen, vorstehend zitierten Ausschnitte mögen ausreichen, um die These zu belegen, daß Nationalismus wie Faschismus in ihrem Selbstverständnis von der Höherwertigkeit und Eigengesetzlichkeit der äußeren Politik ausgingen. Sie postulierten, in einem Zeitalter der scheinbar unaufhaltsamen Demokratisierungs- und Emanzipationstendenzen, die Notwendigkeit, den Spielraum für innergesellschaftliche Konflikte einzuschränken oder im Modell innerpolitischer Harmonisierung gar ganz aufzuheben zugunsten einer möglichst starken Geschlossenheit und Aktionsbereitschaft des Staates nach außen.

Es geht weit über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus zu untersuchen, wie weit es sich bei dieser Forderung, die in eben dem Moment Gewicht gewann, als durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die Entstehung des politisch organisierten Katholizismus und durch die sozialen Folgen des Weltkriegs der Eintritt der breiten, unteren Volksschichten in das politische Leben Italiens sich vollzog, um eine weitgehend innenpolitisch motivierte Abwehrideologie gehandelt hat, die die stärker werdende gesellschaftliche Dynamik bremsen, die sonst unvermeidlichen inneren Reformen aufschieben und die freiwerdenden Kräfte nach außen hin ableiten versuchte. Ohne Zweifel trug der Nationalismus, der die Lösung der innenpolitischen Probleme durch die kulturelle, wirtschaftliche und politische Expansion nach außen hin versprach und eine Umstrukturierung der Gesellschaft in antidemokratischem und antisozialistischem Sinne forderte, die Züge einer „präventiven Konterrevolution, die von den aggressivsten Teilen einer im übrigen schwächlichen und desorientierten Bourgeoisie in Szene gesetzt wurde, um den Aufstieg der Arbeiterklasse abzublocken"[118].

Die angelsächsische und deutsche Forschung hat ähnliche Sachzusammenhänge in Mittel- und Westeuropa mit dem Begriff des Sozialimperialismus zu umschreiben versucht[119]. Unter ihm will z. B. K. D. Bracher einen „politisch und zugleich ökonomisch begründeten Manipulationsvorgang" verstehen, „durch den mit Hilfe einer intensiven psychologischen Propaganda die sozialen Emanzipations- und Bewegungskräfte *innerhalb* des Staates auf die *äußere* Expansion und die Steigerung des nationalideologischen Prestigegefühls abgelenkt werden; dadurch können innere

---

Alliierten 1917–1919, München o.J. (ca. 1939), S. XLIV; und noch jüngst A. Mirgeler: „Die außenpolitische Machtentfaltung [stand] im Vordergrund, und auf sie verlagerte sich auch das proletarische Bewußtsein in Gestalt der Ansprüche einer schlecht weggekommenen Generation. Alle inneren Probleme wurden letztlich gesehen als Aufbereitung der Potenzen des Landes . . . für die nationale Machtpolitik", in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 3, Freiburg/Br. 1959, Sp. 227, Artikel „Faschismus".

[118] So die Beurteilung A. Aquarones, in: ders., Alla ricerca dell'Italia liberale, Napoli 1972, S. 328; vgl. auch S. Lanaro, Nazionalismo e ideologia del blocco corporativo-protezionista in Italia, in: Ideologie, Nr. 2 (1967), S. 58.

[119] Vgl. die oben Anm. 71 angegebene Literatur.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mängel überdeckt, Widerstand und Bewegungsbedürfnis gegen das Zwangssystem kompensiert und zum Werkzeug äußerer Machtpolitik verkehrt werden"[120].

In der faschistischen Literatur lassen sich manche Hinweise auf diesen Manipulationszusammenhang finden. Nimmt man beispielsweise die nachstehend zitierten Sätze Corradinis aus einer Polemik gegen die Genfer Protokolle von 1924, in der er für die großen vitalen Staaten das Recht auf Ausbreitung forderte, so ist der sozialimperialistische Beiklang unüberhörbar: „Auch aus inneren Gründen ist die Abschaffung der Möglichkeit eines Krieges gefährlich, der internationale Frieden nährt die Kämpfe der politischen Parteien im Innern und schwächt die Völker. Der Krieg oder auch nur die fortgesetzte Möglichkeit eines Krieges beseitigt die inneren Gegensätze und stärkt unter den Bürgern die nationalen Bindungen: mit einem Wort, von künftigen Kriegen zu sprechen, stärkt heute in Italien den Faschismus."[121] Schon Salvatorelli versah 1923 seine oben zitierten Feststellungen mit einem Fragezeichen: „Das Hauptinteresse des Nationalismus lag – *so hatte es jedenfalls den Anschein* – bei der Außenpolitik."[122] Auch Carocci stellte die nationalistische Selbstdeutung in Frage. „Von Anfang an ... widmete Mussolini der Außenpolitik seine besondere Aufmerksamkeit. Man hat behauptet, daß im Faschismus die Innenpolitik der Außenpolitik untergeordnet war. Zutreffend war auch das Gegenteil: Mussolini suchte in der Außenpolitik Erfolge und Ablenkungen, um das Prestige des Faschismus im Innern zu stärken und abzustützen. Insgesamt gesehen allerdings war jene Behauptung zutreffend."[123]

Salvemini ging, in deutlichem Gegensatz zur Selbstdeutung des Systems, von einer Anschauung der faschistischen Außenpolitik aus, in der die Momente der innerpolitisch motivierten Herrschaftsstabilisierung überwogen. Auf diesem Weg ist ihm, neben vielen anderen[124], auch Ennio Di Nolfo gefolgt, der die These vom innenpolitischen Primat Anfang der sechziger Jahre präzisierte:

---

[120] K. D. Bracher, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, München 1964, S. 359.

[121] Zitiert bei G. De Rosa, Rufo Ruffo della Scaletta e Luigi Sturzo, Roma 1961, S. 149f.

[122] Vgl. oben Anm. 87, Hervorhebung vom Verf.

[123] G. Carocci, Storia del fascismo, Milano 1972, S. 69. Vgl. auch E. Ragionieri, Italia giudicata 1861–1945, Bari 1969, S. XLVIIf.: „alle jüngeren Werke über die faschistische Außenpolitik, von G. Rumi ... bis zu G. Carocci, ... sind zu dem Schluß gelangt, daß die Probleme der internationalen Politik für den Faschismus vorrangig, wenn auch nicht ausschließlich, einen Gegenstand der Propaganda darstellten, um das reaktionäre Massenregime ... im Inneren des Landes zu stärken." Dieses Urteil scheint mir zumindest die Ansichten von G. Carocci und G. Rumi nicht richtig zu treffen.

[124] Vgl. z.B. R. Grispo, Il patto a quattro – La questione austriaca – il fronte di Stresa, in: La politica estera italiana dal 1914 al 1943, Torino 1963, S. 126: „in der Hauptsache von Prestigerücksichten getragen, abhängig von den Bedürfnissen der Innenpolitik" – R. Moscati, Gli esordi della politica estera fascista, il periodo Contarini–Corfu, in: ebenda, S. 81: „Mussolini hatte vordringlich Interesse am Augenblickserfolg ..., der dazu dienen konnte, mit dem im Ausland erworbenen Prestige ... die inneren Positionen des Faschismus abzustützen." Ähnlich auch F. L. Ferrari, Le Régime fasciste italien, Paris 1928, S. 348; F. Rizzo, Appunti sul nazionalismo, a.a.O.(Anm. 101), S. 21; – E. D'Auria, In tema di origini della politica estera fascista, in: Clio 5 (1969), S. 444, 448.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Vom ersten Tag und von den ersten Worten, die Mussolini zu außenpolitischen Themen sprach, hatte er keine andere Absicht als die, den innenpolitischen Schauplatz vorrangig zu berücksichtigen. Jede Geste . . . geschah mit Blick auf die Rückwirkungen, die sie im Innern des Landes haben konnte. Für eine ganze Zeit . . . fehlte Mussolini jegliche klare Idee, jeglicher durchdachte . . . Plan, welches die Funktionen und die Ziele der italienischen Außenpolitik in dem Europa nach 1922 sein könnten. Von diesem Standort aus konnte die Handlungsweise Mussolinis als von improvisierten Einfällen diktiert erscheinen. Betrachtet man sie indessen unter dem Aspekt der Innenpolitik, so zeigt sich, daß Mussolini frühzeitig ein klares Bewußtsein seiner Ziele besaß. Der Palazzo Chigi war für Mussolini nicht so sehr ein Außenministerium, als ein Hilfsorgan des Propagandaministeriums, das er meisterlich zu benutzen verstand."[125]

Auch Renzo De Felice wird in seiner demnächst zu erwartenden Darstellung der faschistischen Außenpolitik von ähnlichen Prämissen ausgehen. Er urteilt, daß es „in der politischen Strategie Mussolinis" eine „eindeutige Unterordnung und Abhängigkeit" der Außenpolitik von der „Innen- und Finanzpolitik" gegeben habe[126].

Die in den vorstehend zitierten Äußerungen vertretene These hat in den letzten Jahren von einem anderen Arbeitsgebiet eine interessante Bestätigung erfahren: von den Untersuchungen nämlich, die G. Rochat über das Verhältnis von Staat und Wehrverfassung im Faschismus vorgelegt hat[127].

Auch hier lohnt vorweg ein vergleichender Blick auf die strukturell ähnliche Situation in Deutschland. Außenpolitik, Machtpolitik und Wehrpolitik waren für das politische Denken der gesamten deutschen Rechten fast identisch. „Außenpolitik", so formulierte es das prominente Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei Otto Hoetzsch 1928, „ist im Grunde und Begriff eigentlich unmöglich für einen Staat, der machtlos und unfrei ist"[128]. So traf der Nationalsozialismus auf weitgehende Zustimmung, als er von Anfang an aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen die Aufrüstung vorrangig vorantrieb. Der Wiederaufbau der Wehrmacht, so äußerte Hitler am 3. Februar 1933, sei die wichtigste Voraussetzung für die Rückgewinnung der politischen Macht[129]. Der Stärkung der militärischen Schlagkraft galt der Vorrang in allen Krisen des Systems, vom ‚Röhm-

---

[125] Di Nolfo, politica estera, a.a.O. (Anm. 48), S. 44f.

[126] R. De Felice, Mussolini il fascista. II: L'organizzazione dello Stato fascista, 1925–1929, Torino 1968, S. 439.

[127] G. Rochat, L'esercito italiano da Vittorio Veneto a Mussolini (1919–1925), Bari 1967; ders., Mussolini e le forze armate, in: Il Movimento di Liberazione in Italia, Nr. 95 (1969), S. 3–22; ders., Militari e politici nella preparazione della campagna d'Etiopia, Studi e documenti 1932–36, Milano 1971; ders., Il ruolo delle forze armate nel regime fascista: conclusioni provvisorie e ipotesi di lavoro, in: Rivista di Storia Contemporanea 1 (1972), S. 188–199; ders., L'esercito e il fascismo, in: G. Quazza (Hrsg.), Fascismo e società italiana, Torino 1973, S. 89-123.

[128] O. Hoetzsch, Die Außenpolitik der Deutschnationalen Volkspartei, in: Der nationale Wille, Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, hrsg. von M. Weiß, Essen 1928, S. 84.

[129] Vogelsang, Neue Dokumente, a.a.O. (Anm. 74), S. 435.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Putsch' Juni 1934 bis zur Devisen- und Zahlungskrise im Sommer 1936. Sie war nur die Kehrseite und notwendige Konsequenz der vom Primat der Außenpolitik ausgehenden Hitlerschen Kriegszielpolitik.

Für den Faschismus nun vertritt Rochat die Auffassung, dieser habe, „obwohl außerordentlich erpicht auf die Demonstrierung seiner Macht, niemals die notwendige Kraft und Zielstrebigkeit besessen, um eine Wehrpolitik großzügigen Zuschnitts und mit realistischen Zielsetzungen durchzusetzen"[130]. Rochat sieht „einen mit den Jahren wachsenden Zwiespalt zwischen einer Außenpolitik mit Großmachtanspruch und einer völlig ungenügenden militärischen Vorbereitung" und konstatiert die Tatsache, daß der Faschismus keine „über die unmittelbaren Bedürfnisse der Innen- und Propagandapolitik hinausgehende Wehrpolitik" entwickelt habe[131]. Nach Ansicht Rochats erklärt sich „die Einstellung Mussolinis gegenüber den bewaffneten Streitkräften" daraus, daß er „die italienische Wehrpolitik der Aufrechterhaltung seiner persönlichen Stellung als Führer unterordnete. . . . Die Erfolge des Duce (und des Regime) wurden immer auf kurze Frist angestrebt, da sie auf den sofortigen, massenwirksamen Propagandatriumph abzielten und niemals die wirkliche militärische Vorbereitung des Landes anstrebten."[132] Die mangelnde Vorbereitung auf einen großen Krieg ist nach seiner Auffassung nicht auf die Fehler einzelner oder auf die allgemeine Ineffizienz des Systems zurückzuführen, sondern zeugt von einer „andersartigen Setzung der politischen Prioritäten". „Die vorrangige Aufgabe der faschistischen Streitkräfte bleibt der Beitrag zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, d.h. der Schutz der etablierten sozialen Ordnung."[133]

Die Bedeutung, die diese vorläufig als Arbeitshypothesen entwickelten Überlegungen für die Erforschung der faschistischen Außenpolitik besitzen, liegt auf der Hand.

Wenn der Kernbereich der so einmütig von nationalistischer wie von faschistischer Seite geforderten Machtentfaltung nach außen, die Vorbereitung des militärischen Instruments, so völlig anders gearteten innenpolitischen Zielsetzungen untergeordnet blieb, so ist die Salveminianische Interpretation zwar nur indirekt, aber doch auf das nachdrücklichste bestätigt. Rochat hat denn auch in dieser Richtung liegende Konsequenzen gezogen und in seiner Darstellung der militärischen Vorbereitungen für den Abessinienkrieg innenpolitische Motive als die eigentlich treibenden des Geschehens herausgestellt[134].

Da trotz der Arbeiten von Rochat die Wehrpolitik des Faschismus noch weitgehend unerforschtes Gelände darstellt, und insbesondere zur Rüstungspolitik die-

---

[130] Rochat, Il ruolo delle forze armate, a.a.O., S. 191.
[131] Ders., Mussolini e le forze armate, a.a.O., S. 5.
[132] Ebenda, S. 12.
[133] Ders., Il ruolo delle forze armate, a.a.O., S. 192.
[134] Vgl. S. 451.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ser Jahre jegliche, mit den Arbeiten von Klein, Meinck, Schweitzer, Carroll u.a.[135] vergleichbare Untersuchungen fehlen, ist man einstweilen bei der Verifizierung der dargelegten alternativen Deutungen auf das direkte, diplomatisch-publizistische Material angewiesen, das bei der Erforschung der faschistischen Presse und bei der Veröffentlichung der *Documenti Diplomatici Italiani* nach und nach zugänglich wird.

IV

Für die Beantwortung der Frage nach Kontinuität, Wandel oder gar radikalem Bruch innerhalb der faschistischen Außenpolitik müßte man die einzelnen konkreten Aktionsfelder untersuchen. Zur italienischen Albanienpolitik beispielsweise sind in den letzten Jahren zwei umfangreiche Arbeiten erschienen[136], die mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen gelangen.

Waren bei den Tirana-Verträge die von 1926 und 1927 – so die These Zambons – Ausdruck einer langfristigen Politik der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Durchdringung Albaniens mit dem Ziel der Einkreisung Jugoslawiens und der Schaffung eines ausschließlich italienischer Einflußnahme zugänglichen ‚Jagdreservats'[137] in Südosteuropa – einer Politik, die dann in der militärischen Besetzung Albaniens im April 1939 gipfelte –? Oder hat man – der Deutung Pastorellis folgend – in der italienischen Albanienpolitik der zwanziger Jahre den Versuch eines dauerhaften Ausgleichs auf der Grundlage der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit des Adriastaates nach dem Muster der englisch-portugiesischen Beziehungen zu sehen?

Ein anderer, wichtigerer Forschungsbereich stellt die Abessinienpolitik Italiens dar, über deren Entwicklung in den zwanziger Jahren eine Untersuchung von Vedovato vorliegt[138], die ähnlich wie die Arbeit von Pastorelli, aufzeigt, daß es zwar innerhalb der am außenpolitischen Entscheidungsprozeß Beteiligten Gruppen gab, die auf eine expansionistische, aggressive Linie hindrängten, gleichzeitig aber die Feststellung trifft, daß Mussolini als der eigentliche Verantwortliche „in dieser Zeit eine friedliche, den Status quo wahrende Politik plante und verwirklichte, die auf

---

[135] B. H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge, Mass., 1959; G. Meinck, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937, Wiesbaden 1959; A. Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington ²1965; B. Carroll, Design for Total War, Arms and Economics in the Third Reich, Den Haag 1968; erste Ansätze von italienischer Seite in: F. Minniti, Aspetti della politica fascista degli armamenti dal 1935 al 1943, in: R. De Felice (Hrsg.), L'Italia fra tedeschi e alleati, La politica estera fascista e la seconda guerra mondiale, Bologna 1973, S. 127-136.

[136] P. Pastorelli, Italia e Albania 1924–1927, Origini diplomatiche del Trattato di Tirana del 22 novembre 1927, Firenze 1967; G. Zamboni, Mussolinis Revisionspolitik auf dem Balkan, Hamburg 1970.

[137] Der Ausdruck wird benutzt bei Carocci, politica estera, a.a.O. (Anm. 55), S. 14, 54; im gleichen Sinn verwendet bei Zamboni, Expansionspolitik, a.a.O., S. LXXXVII.

[138] G. Vedovato, Gli accordi italo-etiopici dell'agosto 1928, Firenze 1956.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Entwicklung freundschaftlicher Handels- und Wirtschaftsbeziehungen abzielte"[139].

G. Rumi hat in seiner Kritik an dieser Darstellung auf ein allgemeines erkenntnistheoretisches Problem verwiesen, das die Erforschung der gesamten Außenpolitik des Faschismus betrifft. „Da die notwendige Einordnung in die von vielen Faktoren abhängige Gesamtorientierung der Außenpolitik des Regimes unterbleibt und da jegliche Hinweise auf die expansionistischen Anwandlungen oder den ‚Revisionismus' des Faschismus fehlen, bleibt das Untersuchungsfeld auf zu enge Grenzen beschränkt." Nach Ansicht Rumis hat Vedovato „die vielen aufschlußreichen Hinweise auf eine klar erkennbare imperialistische Gesinnung", die sich aus dem vorhandenen Material ergäben, vernachlässigt. „Die Episode [des italienisch-abessinischen Freundschaftsvertrages von 1928] dient paradoxer Weise am Ende als Beweis, daß Mussolini eine Zusammenarbeit im Sinne guter Nachbarschaft beabsichtigte."[140]

An anderer Stelle hat Rumi vor der Gefahr gewarnt, „den einzelnen diplomatischen Schritt isoliert, sozusagen ‚hinter Glas' zu studieren", ohne den ideologischen Kontext zu berücksichtigen. Unter solchen Voraussetzungen gelange man „zu abstrakten, von der Wirklichkeit des Regimes losgelösten Ergebnissen. Auf diese Weise verschwindet fast völlig, welchen Sinn die Entscheidungen Mussolinis ... gehabt haben."[141] Die Vertreter der Diplomatiegeschichtsschreibung, zu denen auch Pastorelli und Vedovato zu zählen sind, haben solchen Kritiken gegenüber immer wieder vor den vorschnellen Verallgemeinerungen und den „architektonisch perfekten Fassaden, hinter denen man nur Leere und die Wiederholung abgestandener Allgemeinplätze" antreffe, gewarnt. Die detaillierte Einzeluntersuchung sei die Voraussetzung, „um zu haltbaren Schlüssen über den Charakter, die Natur und die Ziele" der faschistischen Außenpolitik zu gelangen. „Erst dann könne man zu Klassifikationen und Wertungen übergehen."[142] Aus den gleichen Gründen hielt noch kürzlich M. Toscano eine Gesamtdarstellung der faschistischen Außenpolitik von 1922–1943 für verfrüht[143].

Das hier zugrundeliegende Problem, der sogenannte hermeneutische Zirkel, ist bekannt. Praxis ohne Theorie ist blind, Theorie ohne Praxis stumm. Auch die detailliertesten Untersuchungen über Einzelprobleme der faschistischen Außenpolitik lassen sich nicht schreiben ohne eine hypothesenartig formulierte Konzeption des Zusammenhangs, in dem sie stehen. „Klassifizierungen und Wertungen" liegen, wenn auch häufig unausgesprochen, noch der abgelegensten Spezialuntersuchung zugrunde.

---

[139] Ebenda, S. 32.

[140] Rumi, tendenze, a.a.O. (Anm. 47), S. 161.

[141] Ders., I ‚documenti diplomatici italiani' e la recente storiografia, in: Rassegna degli Archivi di Stato 29 (1969), S. 360–411, S. 391.

[142] Pastorelli, storiografia italiana, a.a.O. (Anm. 62), S. 590f.

[143] Toscano, studi, a.a.O. (Anm. 62), S. 844.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei Pastorelli ist dies die These von einem grundlegenden Wandel, einem „mutamento di indirizzo"[144], der die faschistische Außenpolitik der zwanziger und der dreißiger Jahre voneinander scheidet. Aber erfaßt die weit verbreitete These von einem „decade of good behaviour"[145] den wahren Charakter der Politik Mussolinis? „Man könnte sich vielleicht fragen", so schreibt Pastorelli, „ob [sie] nicht einen nur instrumentalen und für den Augenblick bestimmten Charakter besaß, in der Erwartung, in Zukunft eine andere Politik entwickeln zu können. Aber auch eine solche Fragestellung würde nicht die Realität aufheben, die sich zu einem bestimmten historischen Moment ereignet hat, sie würde ihr nur einen anderen Zusammenhang verschaffen."[146] Aber würde nicht ein derart veränderter Interpretationsrahmen auch die von Pastorelli als statisch gedachte ‚Realität' tiefgreifend verwandeln?

Das ist beispielsweise die Auffassung Caroccis. Auch er geht von der Unterscheidung zwischen Aktion und Intention, zwischen Erscheinungsbild und Wirklichkeit aus, wenn er schreibt: „In der ersten Periode zeigte die Außenpolitik des Faschismus friedliche Züge. Das gängige Urteil ist, daß es sich um eine in der Substanz friedliche Politik gehandelt habe. Man kann jedoch das Urteil umdrehen und kommt damit der Realität näher: Die Außenpolitik des Faschismus bis zu den Jahren 1932 bis 1935 war aufs ganze gesehen friedlich mehr der Form nach als der Substanz . . . Die Möglichkeit eines Krieges war ständig in seinen [Mussolinis] Gedanken gegenwärtig."[147]

Man sieht: die Frage nach Planung oder Improvisation taucht hier in dem neuen Gewand von Kontinuität oder Wandel innerhalb der faschistischen Außenpolitik wieder auf. Das vielleicht wichtigste Untersuchungsfeld für die empirische Klärung der angeschnittenen Probleme stellt die italienische Abessinienpolitik der dreißiger Jahre dar. Die Frage nach den Anfängen der Aggressionspolitik wird von der Forschung höchst unterschiedlich beurteilt. Handelte es sich bei dem Krieg von 1935/36 um ein „auf kurze Sicht geplantes und organisiertes Kolonialunternehmen" (Th. Schieder[148]), oder reichen die Ansätze weit über die Jahre 1933 und 1934 zurück?

Ähnlich wie Schieder urteilen auch Wiskemann, Watt, Albrecht-Carrié und

---

[144] Pastorelli, storiografia italiana, a. a. O., S. 603; im gleichen Sinne jetzt: R. De Felice, Alcune osservazioni sulla politica estera mussoliana, in: ders., L'Italia fra tedeschi e' alleati, a. a. O. (Anm. 135), S. 57-74.

[145] S. W. Halperin, Mussolini and Italian Fascism, Princeton 1964, S. 72f.; A. Cassels, Mussolini's Early Diplomacy, Princeton, N.J. 1970, S. 394, Anm. 12 zitiert eine ganze Reihe von Stimmen in dieser Richtung, u. a. von R. Albrecht-Carrié, G. A. Craig, H. S. Hughes, I. Kirkpatrick, R. Moscati.

[146] Pastorelli, storiografia italiana, a. a. O., S. 602.

[147] G. Carocci, Storia del fascismo, Milano 1972, S. 71.

[148] Th. Schieder, Italien vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, in: M. Seidlmayer, Geschichte Italiens, Stuttgart 1962, S. 481.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

viele andere[149], ohne daß sich bislang Einigkeit über die Motive Mussolinis hätte herstellen lassen. Nach R. Mori beschloß die faschistische Regierung, „sei es aus Gründen der Vorbeugung . . ., sei es aus Gründen des Prestiges . . ., sei es aus wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen, eine radikale Lösung der abessinischen Frage einzuleiten"[150]. Diese einfache Addierung möglicher Ursachen und Absichten zeigt, wie wenig bis dahin die Vorgeschichte des italienisch-abessinischen Konflikts aufgehellt war. G. W. Baer hat kürzlich nachzuweisen versucht, daß der Entschluß zum Krieg auf das Jahr 1934 zu datieren und weitgehend innerpolitisch-ökonomisch motiviert gewesen sei. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und das Scheitern der mit dem Experiment des Korporationssystems beabsichtigten sozialen Reformen hätten das Regime in eine verzweifelte Lage gebracht.

> „Wir kommen hier zu dem großen Wendepunkt in der Geschichte des italienischen Faschismus. Als in diesem Augenblick Mussolinis Versuch, ein umfassendes Programm sozialer und wirtschaftlicher Reformen für Italien auszuarbeiten, mißglückte, blieb ihm nichts als eine erneute Bekräftigung der sterilen Schlagworte des Faschismus: Aktivismus, Militarismus, kämpferischer Nationalismus. Alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung Italiens verschwanden, als Mussolini zu der Überzeugung kam, daß die Grundlagen für sein Prestige und das Italiens auf einem mächtigen, militaristischen Staat beruhten, der eine aggressive Außenpolitik durchführen konnte . . . Nachdem seine Pläne in Europa durchkreuzt worden waren, wandte sich Mussolini dem afrikanischen Imperialismus als einem Feld für dramatische Aktionen zu. Um die Folgen seines Scheiterns bei der Lösung der innenpolitischen Probleme Italiens zu vermeiden, trachtete Mussolini danach, die Nation mit der Eroberung von Abessinien zu beschäftigen."[151]

Franco Catalano hat den Kausalzusammenhang zwischen den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Italien und dem Abessinienunternehmen noch enger gezogen. Die Krise, so seine These, habe Italien dank seiner in weiten Teilen noch agrarischen Wirtschaftsstruktur später als die übrigen großen europäischen Länder getroffen. Die tiefgreifenden Schäden hätten sich 1933/34 nur noch durch einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Abwertung, staatliche Arbeitsbeschaffung usw. überwinden lassen, die den Herrschaftskompromiß, auf dem Mussolinis Stellung beruhte, gefährdet hätte. „Unter diesen Umständen blieb ihm kein anderer Weg als der der Aufrüstung und des Krieges, der allein das italienische Wirtschaftssystem dank der Rüstungsaufträge an die Industrie wieder in Gang

---

[149] E. Wiskemann, The Rome–Berlin Axis, London 1966, S. 57; D. C. Watt, The Secret Laval–Mussolini Agreement of 1935 on Ethiopia, in: E. M. Robertson (Hrsg.), The origins of the Second World War, Historical Interpretations, London 1971, S. 227; R. Albrecht-Carrié, Italy from Napoleon to Mussolini, New York 1966, S. 244.

[150] R. Mori, L'impresa etiopica e le sue ripercussioni internazionali, in: La politica estera, a. a. O. (Anm. 124), S. 161.

[151] G. W. Baer, The coming of the italian-ethiopian war, Cambridge/Mass. 1967, S. 34; vgl. auch das ganze Kapitel 2 „Mussolini turns to Ethiopia", S. 25ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzen konnte."[152] Eine Politik der Aufrüstung und des Krieges, so Catalano, erwies sich „als einzig mögliches Mittel, um aus der Wirtschaftskrise, die jetzt auch Italien traf, herauszukommen"[153].

G. Rochat hat jüngst die Deutungsversuche Catalanos und Baers wieder aufgenommen. Er unterscheidet „zwei Arten von Zwängen", die Mussolini auf den Weg imperialer Eroberungen getrieben hätten. Zum einen habe es 1932–34 eine allgemeine Krise des Systems gegeben, die die „Suche nach Prestige zur Verwendung im Innern" notwendig gemacht hätte. „Mussolini wollte die Massen der italienischen Bevölkerung aufrütteln, dem Regime propagandistisch neuen Auftrieb geben und erneut ein Klima der nationalen Mobilisierung schaffen, das die Möglichkeit bot, die breiten Volksschichten stärker zu belasten." Zum zweiten habe Mussolini „in seiner Politik wirtschaftlicher Interventionen" die riesigen Militärausgaben eingeplant, „um kurzfristig die Produktion zu beleben"[154]. Zusammenfassend urteilt er: „Die Aggression gegen Abessinien verdankt ihren Ursprung in der Tat der Notwendigkeit, dem von der Wirtschaftskrise erschütterten System über eine Massenmobilisierung neuen Auftrieb zu geben, die sich auf einen Krieg von großen Dimensionen und von sicherem und überwältigendem Erfolg bezog."[155]

Nun scheinen mir die möglichen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftskrise, Abessinienunternehmen und anlaufender Konjunktur bislang ungenügend erforscht zu sein. Gegenüber allen in diese Richtung zielenden Überlegungen hat F. Chabod schon 1949 festgestellt: „Die Notwendigkeit, eine Ablenkung von der schwierigen Wirtschaftssituation im Innern zu finden, . . . war nicht . . . der Hauptgrund, der Mussolini zu dem Entschluß führte, den Feldzug gegen Abessinien zu beginnen."[156] Sieht man die neueren Darstellungen zur italienischen Wirtschaftsgeschichte der zwanziger und dreißiger Jahre durch, so findet man mehrheitlich die Ansicht, daß die Wirtschaftskrise auch in Italien 1932 ihren Höhepunkt erreichte. „1933 dagegen machten sich die ersten Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar, die sich im darauffolgenden Jahr in allen Bereichen der Produktion, mit Ausnahme der Seiden- und Baumwollindustrie, vervielfältigten."[157] Einige

---

[152] F. Catalano, L'economia italiana di guerra. La politica economico-finanziaria del fascismo dalla guerra d'Etiopia alla caduta del regime, 1935–1943, Milano 1969, S. 7. Ähnlich auch B. Cialdea (L'impresa etiopica, le sanzioni e l'opinione pubblica italiana, in: Trent'anni di storia politica italiana, Torino 1967, S. 277–295, S. 281.

[153] Ebenda, S. 8; ähnlich auch: F. Catalano, Les ambitions mussoliniennes et la réalité économique de l'Italie, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, Nr. 76 (1969,) S. 15–38, S. 15.

[154] Rochat, Militari e politici, a.a.O. (Anm. 127), S. 105.

[155] Ders., Il ruolo delle forze armate, a.a.O. (Anm. 127), S. 191.

[156] F. Chabod, L'Italia contemporanea (1918–1948), Torino 1961, S. 91f.

[157] B. Caizzi, Storia dell'industria italiana dal XVIII secolo ai giorni nostri, Torino 1965, S. 473; ähnlich auch: S. B. Clough, Storia dell'economia italiana dal 1861 ad oggi, Bologna 1965, S. 328; S. La Francesca, La politica economica del fascismo, Bari 1972, S. 75f. Anders

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anzeichen bietet die Ertragslage der großen Industrieunternehmen. Der Reinertrag der Aktiengesellschaften betrug 1931 noch +0,08% des Aktienkapitals, sank 1932 auf −1,38% und stieg von diesem Tiefpunkt auf +2,18% (1933), 4,10% (1934), 5,74% (1935) und 7,28% (1936). Der Durchschnittskurs der italienischen Aktienwerte (1913 = 100) stieg vom Tiefststand 57,8 (Dezember 1932) auf 71,8 (Dezember 1933) und 78,1 (Dezember 1934)[158]. Der Index der Industrieproduktion (1929 = 100) erreichte seinen Tiefpunkt 1932 (66,8) und stieg in den folgenden Jahren auf 73,7 (1933), 79,9 (1934) und 89,0 (1935)[159], obwohl die ersten großen mit dem Abessinienunternehmen zusammenhängenden Produktionsaufträge vermutlich erst zur Jahreswende 1934/35 vergeben worden sind, als die Übereinkunft mit Frankreich in Aussicht stand. Das *Wiederanlaufen* der Konjunktur, so scheint es, hat nichts mit dem Abessinienkrieg zu tun, wohl aber die stürmische *Aufwärtsentwicklung* 1935. Weder Caizzi und Clough noch La Francesca sehen einen Zusammenhang zwischen Konjunkturbeginn und dem Kolonialkrieg.

Einen schwierigeren Untersuchungsgegenstand stellt die von Baer und Rochat behauptete allgemeine Systemkrise dar. Immerhin ist festzuhalten, daß der Faschismus als Epochenphänomen zu keiner Zeit größere Erfolge gehabt und stärkere Triumphe gefeiert hat als in den Jahren 1931 bis 1933, in der Zeit der scheinbaren oder wirklichen Agonie der parlamentarisch-liberalen Systeme in Europa.

Wo also lagen die Motive für den Entschluß zum Krieg? Der englische Historiker A. J. P. Taylor schreibt bei der Erörterung der genannten Thesen, „revenge for Adowa was implicit in Fascist boasting, but no more urgent in 1935 than at any time since Mussolini came to power in 1922. Conditions in Italy did not demand a war. Fascism was not politically threatened; and economic circumstances favoured peace, not the inflation of war."[160] Taylor erklärt das Problem schlicht für ungelöst: „For reasons which are still difficult to grasp, Mussolini decided in 1934 to conquer Abyssinia."[161] Einen ähnlichen Offenbarungseid leistet auch A. Cassels mit der Anmerkung, „at this juncture ... Mussolini chose to become involved in Africa. ... It was perhaps inevitable that Mussolini's nationalist regime would some time seek to revenge the defeat at Adowa .... But it remains one of the mysteries of Fascist diplomacy why Mussolini thought the moment propitious."[162]

Es fragt sich, ob dies ‚Geheimnis', statt in der innerpolitisch-ökonomischen Situation, nicht in viel stärkerem Maße in der außenpolitischen Lage Italiens und der

---

E. Corbino, L'Economia Italiana dal 1860 al 1960, Bologna 1962, S. 270, der 1934 „das Jahr der größten Depression" nennt.

[158] D. Santarelli, Storia del movimento e del regime fascista, Roma 1967, Bd. 2, S. 166; E. Corbino, L'Economia Italia, a.a.O., S. 263f., 270.

[159] Caizzi, Storia, a.a.O., S. 469.

[160] A. J. P. Taylor, The origins of the Second World War, London ²1969, S. 87f. Ähnlich auch: Santarelli, Storia, a.a.O., Bd. 2, S. 143, 161.

[161] Taylor, origins, a.a.O., S. 88.

[162] A. Cassels, Fascist Italy, London 1969, S. 83f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung der europäischen Politik zu suchen ist. Mit diesem Ansatz greifen wir auf die schon mehrfach umkreisten Probleme von Planung oder Improvisation, Kontinuität oder Diskontinuität in der faschistischen Außenpolitik zurück.

Rochat, der wie gezeigt, die These vertritt, daß „Notwendigkeiten der Innenpolitik ... in den Jahren 1934–35 den Entschluß zum Angriff auf Abessinien bestimmten"[163], sieht folgerichtig die italienische Abessinienpolitik der zwanziger und der dreißiger Jahre durch einen deutlichen Wandel der Intentionen geschieden. Die geringen militärischen Aufwendungen für die italienischen Kolonien in Nordostafrika scheinen ihm ein sicheres Anzeichen dafür zu sein, daß Italien „keine kurzfristige bewaffnete Eroberung anstrebte. ... Die militärischen Vorbereitungen wurden nicht als erster Schritt zu einem Aggressionskrieg betrachtet, sondern als ‚eine Versicherungsprämie' ..., die notwendig war, um die italienischen Kolonien vor den Risiken einer Machtpolitik, d.h. den möglichen Reaktionen eines gedemütigten Äthiopien, zu sichern. Gleichzeitig sollten sie dem Druck der italienischen Regierung größere Glaubwürdigkeit verleihen."[164]

Die äthiopische Seite dagegen hat frühzeitig die italienische Politik der zwanziger und dreißiger Jahre als ein kontinuierliches Ganzes verstanden, hinter der langfristig die Absicht der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung, gegebenenfalls auch die der gewaltsamen Unterwerfung stand. Kaiser Hailé Selassie äußerte rückblickend 1959 einem französischen Journalisten gegenüber, der italienisch-abessinische Freundschaftsvertrag von 1928 sei nur Vorwand gewesen. „Gleichzeitig begann das faschistische Italien seinen langen Feldzug der Vorbereitungen, um in Abessinien einzudringen. Italien hatte niemals davon abgelassen, von Revanche zu träumen. Seine als freundschaftlich dargestellten Aktionen waren nur darauf berechnet, seine wahren Intentionen und seine militärischen Vorbereitungen besser zu verbergen."[165]

Daß der Negus mit diesem Rückblick so Unrecht nicht hatte, zeigen die Richtlinien, die Mussolini am 10. Juli 1925, also noch vor dem italienisch-englischen Teilungsabkommen vom Dezember 1925[166], dem Kolonialminister Lanza di Scalea erteilte: „Wir müssen uns militärisch und diplomatisch darauf vorbereiten, von einer möglichen Auflösung des äthiopischen Reiches zu profitieren. ... In der Erwartung dieses Ereignisses müssen wir – wo immer möglich in Zusammenarbeit mit den Engländern – in aller Stille daran arbeiten, die abessinischen Führungsgruppen einzuschläfern."[167] Dem deutschen Gesandten gegenüber äußerte der Negus im April 1929, sein Land sei im geheimen zwischen England und Italien

---

[163] Rochat, Militari e politici, a.a.O., S. 107.

[164] Ebenda, S. 22.

[165] Interview Hailé Selassies mit dem französischen Journalisten Serge Groussard, veröffentlicht in „Le Figaro", 25. 3. 1959, zitiert bei A. Del Boca, La guerra d'Abissinia 1935–1941, Milano 1965, S. 14.

[166] Hierzu vgl. Salvemini, Preludio, a.a.O., S. 74–80.

[167] Carocci, politica estera, a.a.O., S. 272.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufgeteilt, und zwar habe Italien den Löwenanteil. Den Freundschaftsvertrag mit diesem Land habe er nur abgeschlossen, um eine Atempause zu haben. Rom werde diesen Vertrag bei erster Gelegenheit brechen.

> „Er sähe deshalb für sich nur einen Ausweg, zu versuchen, die französische Eifersucht gegen Italien auszunutzen und die Franzosen zu bewegen, ihm, dem König, durch Gewährung ungehinderter Durchfuhr durch Dschibuti in letzter Stunde die Bewaffnung Abessiniens zu ermöglichen. . . . Schließe sich Frankreich dem englisch-italienischen Pakt an, so sei es um Abessiniens Selbständigkeit über kurz oder lang geschehen."[168]

Diese mit völliger Klarheit gesehene Schlüsselstellung Frankreichs ergibt sich auch aus den italienisch-französischen Verhandlungen der Jahre 1928 bis 1933. Eine alle strittigen Fragen umfassende Übereinkunft zwischen Paris und Rom stand seit Beginn der zwanziger Jahre auf der Tagesordnung, war jedoch bis 1930 nicht über informelle Vorgespräche hinausgediehen. Erst das Ende der deutsch-französischen Verständigungspolitik und der Aufstieg der nationalistischen Rechten in Deutschland mit dem drohenden Schatten einer in absehbarer Zeit zu erwartenden neuen militärischen Auseinandersetzung, für die man die italienische Waffenhilfe erhoffte, machte Paris gesprächsbereit. Rom seinerseits gab schon 1932 in Paris zu erkennen, daß es gegen „die Gewährung vollständiger Handlungsfreiheit" in Abessinien zu einer Bereinigung aller kolonialen Streitfragen, d. h. vor allem zum Verzicht auf alle Ansprüche in Tunesien, bereit sein würde[169].

Die grundsätzliche Bereitschaft Frankreichs, auf seine bisherige Schutzmachtstellung zu verzichten und Abessinien als Handelsobjekt zu benutzen, um das faschistische Italien für die Sicherung des Status quo in Europa zu gewinnen, zeigt sich an der Tatsache, daß Paris die ihm von Kaiser Hailé Selassie Anfang 1932 angebotenen Verhandlungen über einen Bündnisvertrag ablehnte und auch dem noch weitergehenden Vorschlag „einer Art von moralischem und wirtschaftlichem Protektorat über Abessinien" in Form eines Freundschafts- und Handelsvertrages im Sommer 1932 auswich[170].

Im Palazzo Chigi zog man schon im Sommer 1932 aus diesen Vorgängen das Fazit, daß Frankreich bereit sei, Italien freie Hand gegenüber dem größeren Teil von Abessinien zu geben und auch eine italienische Einflußnahme auf Dschibuti

---

[168] Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Abt. IIb, Politische Beziehungen zwischen Äthiopien und Italien, Bd. 1, Prüfer (Addis Abeba) an Auswärtiges Amt, 6. 4. 1929.

[169] Documents Diplomatiques Français, Série I, Bd. 2, Paris 1966, Nr. 182, 10. 3. 1933 „note de la sous-direction d'Afrique-Levant, S. 391. – Den Zusammenhang Abessinien–Tunesien hat Guariglia schon 1932 deutlich gesehen: „Nur dieses Opfer ... kann uns ermöglichen, heute die abessinische Frage anzupacken und sie in einem nicht zu langen Zeitraum zu lösen." Guariglia an Grandi, 19. 2. 1932, in: Guariglia, Ricordi, 1922-1946, Napoli 1950, S. 167.

[170] Ebenda, Nr. 174, 7. 1. 1933, Reffye (Addis Abeba) an Außenminister Paul-Boncour; vgl. auch Nr. 197, 14. 1. 1933; – Anfang 1935 äußerte der Generalsekretär des Quai d'Orsay,

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die von dort ausgehende Eisenbahnlinie nach Addis Abeba zugestehen werde[171]. Aus dem Frühherbst 1932 stammen mit dem „memoria per un'azione offensiva contro l'Etiopia" – von dem Oberbefehlshaber der italienischen Streitkräfte in Eritrea, Oberst Cubedda im Auftrage des Kolonialministers De Bono ausgearbeitet – die ersten konkreten Angriffsplanungen. Am 29. November 1932 setzte De Bono mit Briefen an den Kriegsminister, den Luftfahrtminister und den Gouverneur in Eritrea offiziell den Mechanismus der Angriffsplanungen in Gang[172].

Im Hinblick auf die sich anbahnende Übereinkunft mit Frankreich entwickelte Rom Abessinien gegenüber eine Politik des methodisch gesteigerten militärischen und politischen Drucks, die alle Voraussetzungen für eine endgültige Lösung im geeigneten Moment schaffen sollte. Der neue italienische Gesandte in Addis Abeba bekam Anfang Januar 1933 als Instruktion mit auf den Weg, eine „Freundschaftspolitik" auszuführen, die geeignet sei, die italienischen Pläne einer „Politik des peripheren Drucks" zu verbergen[173]. In der Umgebung des Kaisers herrschte zu Beginn des Jahres 1933 kein Zweifel mehr, daß ein italienischer Angriff nahe bevorstehe[174]. Zur gleichen Zeit berichtete der deutsche Gesandte aus Addis Abeba, Frankreich sei allem Anschein nach müde, den Protektor Abessiniens zu spielen. Es werde seine schützende Hand vom Reiche des Löwen von Juda zurückziehen, wenn es anderweitig für dieses Desinteressement entschädigt werde. „Über ein etwaiges Vorgehen gegen Äthiopien" beständen offensichtlich schon „Vereinbarungen Englands mit Italien, wobei diesem die Initiative und das Schwergewicht der militärischen Aufgabe" zufallen würde[175].

Alle diese Indizien legen eine Deutung nahe, die in dem Unternehmen Mussolinis einen langfristigen, seit Mitte der zwanziger Jahre in Vorbereitung befindlichen Plan zur Schaffung eines nordostafrikanischen Kolonialimperiums sieht, dessen Ausführung indes von der Entwicklung der europäischen Kräfteverhältnisse abhing. Diese Annahme würde weitgehend der faschistischen Selbstinterpretation entsprechen, wie sie z.B. G. Bortolotto formuliert hat:

„In dem gleichen Jahr, in dem . . . die Locarno-Verträge abgeschlossen wurden (1925), unternahm der Duce die ersten direkten Schritte, um Ausgleich zu schaf-

---

A. Léger, gegenüber einem italienischen Diplomaten, „daß die abessinische Regierung in den letzten Jahren wiederholt französische Hilfe erbeten und als Gegenleistung Frankreich sogar eine Protektoratsstellung angeboten habe. Die Regierung in Paris habe aber den Vorschlag eindeutig zurückgewiesen." L. Villari, Storia diplomatica del conflitto italo-etiopico, Bologna 1943, S. 82.

171 Guariglia, Ricordi, a.a.O., S. 770, Memorandum Guariglias vom 27. 8. 1932.

172 Rochat, Militari e politici, a.a.O., S. 27.

173 Baron Pompeo Aloisi, Journal (25 juillet 1932–14 juin 1936), Paris 1957, Eintragung vom 3. 1. 1933.

174 Documents Diplomatiques Français, Série I, Bd. 2, Nr. 174, 7. 1. 1933, Reffye (Addis Abeba) an Paul-Boncour.

175 Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Abt. II, Sammlung der im AA aufgestellten politischen Übersichten, Bd. 8, 8. 11. 1932, Schoen (Addis Abeba) an AA.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen für die ungerechte Behandlung, die man Italien bei den Versailler Friedensverhandlungen hatte zuteil werden lassen. Nach vertraulichen Verhandlungen mit England unterzeichnete er ein Protokoll, das die äthiopische Erbschaft regelte. *Seit jener Zeit arbeitete der Duce ununterbrochen an der Vorbereitung der neuen Unternehmung.* Den faschistischen Staat im vollen Sinne des Wortes zu realisieren hieß die Schaffung des Imperiums."[176]

Der Zusammenhang des Abessinienproblems mit der politischen Situation in Europa ist auch von der italienischen Diplomatie gesehen worden. R. Guariglia plädierte im Februar 1932 in einem Brief an Außenminister Grandi für ein „wirkliches italienisches Kolonialimperium", das sich allein in Abessinien erobern lasse. Es sei notwendig, „heute die abessinische Frage anzupacken und sie in nicht allzu langer Zeit zu lösen", bevor Italien die mit dem raschen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg Deutschlands zusammenhängenden „schwierigeren Aufgaben in der internationalen Politik" zu meistern haben werde[177].

Mussolini war sich darüber im klaren, daß er derart weitreichende und die Interessen der europäischen Großmächte berührende Pläne nur in einem Augenblick würde durchsetzen können, in dem England und Frankreich in Europa festgehalten und auf die italienische Hilfe angewiesen sein würden. „Ohne den Optimismus der Militärs zu teilen", so notierte Aloisi am 3. Januar 1933, „glaubt Mussolini jedoch, daß ein Feldzug gegen Abessinien unter der Bedingung glücken werde, daß wir keine Verpflichtungen in Europa haben"[178]. Die Machtergreifung Hitlers und die innerhalb weniger Monate erkennbare Dynamik des nationalsozialistischen Systems, das die Aufrüstung mit größtem Nachdruck vorantrieb, verkürzten den Zeitraum großer Handlungsfreiheit für Italien auf wenige Jahre.

Trifft die hier vorgeschlagene Deutung zu, so läßt sich auch die Wahl des Zeitpunkts für den Kriegsbeginn einigermaßen einleuchtend erklären. Ein italienisch-französischer Vertrag nach dem Muster des Mussolini-Laval-Abkommens vom Januar 1935, so ließ sich zeigen, stand für Rom seit Mitte 1932, falls es seine Ansprüche in Tunis opferte, nach kurzer Verhandlungsdauer sozusagen auf Abruf bereit. Des englischen Einverständnisses glaubte sich Mussolini seit dem Dezemberabkommen von 1925 gewiß zu sein. Die technischen, logistischen und militärischen Vorbereitungen für einen Kolonialkrieg großen Stils ließen sich jederzeit mit einer Anlaufsfrist von ein- bis anderthalb Jahren bewältigen. Warum führte Mussolini den Krieg nicht im Herbst 1933 oder Herbst 1934?[179] Die einzige Variable in der

[176] G. Bortolotto, Storia del fascismo, Milano 1938, S. 556f., Hervorhebung vom Verfasser. Ähnlich auch: P. Orano, Mussolini, fondatore dell'impero, Roma 1936, S. 15, 167ff.; G. Volpe, Storia del movimento fascista, Milano 1939, S. 197f.; vgl. auch Mussolini, O. O., XXVII, S. 79. – M. Baumont datierte in seinem erstmals 1945 in Paris erschienenen Werk ‚La faillite de la paix' (S. 674) die Entscheidung Mussolinis auf den Herbst 1933. In seiner letzten Untersuchung, Les origines de la deuxième guerre mondiale, Paris 1969, S. 127, nennt er das Jahr 1925 als Startpunkt.

[177] Guariglia, Ricordi, a. a. O., S. 156, 167.

[178] Aloisi, Journal, a. a. O., Eintragung vom 3. 1. 1935.

[179] Die Klimaverhältnisse erlaubten eine Kriegführung nur in der Zeit von Oktober bis

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kalkulation stellt der deutsche Machtfaktor dar. Bis Mitte 1934 hielt Mussolini das nationalsozialistische Deutschland im Vergleich mit dem hochgerüsteten französischen Bündnissystem für so gefährdet, daß er es diplomatisch in vielfacher Hinsicht abschirmte und gleichzeitig die deutsche Aufrüstung auch praktisch unterstützte[180]. Sechs Monate später, nach dem deutsch-italienischen Zusammenstoß in der Österreichfrage und angesichts der jetzt erreichten Verständigung mit Frankreich schrieb er in seinem Aktionsplan „Direttive e piano d'azione per risolvere la questione italo-abissina", „eine wesentliche, aber nicht entscheidende Voraussetzung unserer Aktion besteht darin, daß wir ein ruhiges Europa im Rücken haben, wenigstens für die Jahre 1935–37, die entscheidend sein dürften." Bei der Erörterung möglicher Gefahrenherde heißt es über Deutschland, sein „militärischer Apparat ist [noch] weit von jener Leistungsfähigkeit entfernt, die kriegerische Initiativen zulassen würde. „Auch innenpolitische Gründe werden es Deutschland ratsam erscheinen lassen, für eine gewisse Zeit noch eine Politik des Friedens zu machen."[181]

Der Angriff auf Abessinien, so scheint es, mußte auf *den* Zeitpunkt terminiert werden, an dem das nationalsozialistische Deutschland genügend erstarkt war, um dem möglichen französischen Interventionsdruck standhalten und gleichzeitig die Aufmerksamkeit Englands und Frankreichs in Europa fesseln zu können, auf einen Zeitpunkt andererseits, an dem der deutsche Rüstungsstand noch keine bedrohlichen Initiativen gegen den italienischen Einflußbereich in Mittel- und Südosteuropa erlaubte.

Der hier vorgetragene Interpretationsversuch trägt unvermeidlich noch stark hypothetischen Charakter, da es einstweilen an den für eine gesicherte Erkenntnis notwendigen, auf archivalisches Material gestützten Untersuchungen fehlt. Die Erforschung des Abessinienkrieges steckt, wie Santarelli und Rochat zu Recht betont haben, noch in den Anfängen. Der Zweck der vorstehend wiedergegebenen Überlegungen konnte daher weniger sein, Antworten zu geben, als Fragen zu stellen.

Auch wenn die wechselseitige Beeinflussung von innerer und äußerer Politik in Wirklichkeit vielschichtiger und komplizierter ist, als hier der Deutlichkeit wegen thesenartig angenommen, so scheint mir mit diesem Frageansatz doch eine heuristische Möglichkeit gegeben, gewisse Besonderheiten und den Gesamtcharakter der faschistischen Außenpolitik schärfer zu beleuchten und genauer zu erfassen.[182]

Mai. Aus dem Herbst 1933 ist eine Äußerung Mussolinis überliefert, nach der „die Angelegenheit nicht später als 1936 geregelt sein müsse"; E. De Bono, Anno XIII, The Conquest of an Empire, London 1937, S. 13.

[180] Dazu meine in Anm. 60 zitierte Arbeit.

[181] Rochat, militari e politici, a. a. O. (Anm. 127), S. 377.

[182] Ergänzende Ausführungen in: J. Petersen, Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 54 (1974).

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

KRITISCHE BEMERKUNGEN HERBERT WEICHMANNS ZU DEN BRIEFEN BRÜNINGS AN SOLLMANN

Brünings Brief an Wilhelm Sollmann vom 29. September 1940, der im Rahmen der Dokumentation „Heinrich Brüning im Exil" in Heft 1/1974 dieser Zeitschrift veröffentlicht wurde, enthält verschiedene sehr dezidierte Bemerkungen über Herbert Weichmann, den ehemaligen persönlichen Referenten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Namentlich die Version von der „zionistischen Clique" im Preussischen Staatsministerium – es sei dahingestellt, inwieweit sie auf Animositäten aus der Zeit vor 1933 oder auf spätere Gegensätze zwischen den Exilgruppen zurückgeht – bedarf der Berichtigung. Der Bearbeiter der Dokumentation und die Redaktion der Vierteljahrshefte haben es unterlassen, vor der Veröffentlichung der Brüning-Briefe Herrn Professor Weichmanns Stellungnahme zu erbitten. Umso mehr begrüßt die Redaktion die Möglichkeit, mit den folgenden Ausführungen, die einem Brief Herbert Weichmanns an die Schriftleitung der Vierteljahrshefte vom 12. Mai 1974 entnommen sind, Anhaltspunkte für eine kritische Einschätzung der Brief-Äußerungen Brünings nachzutragen.

Martin Broszat

Nach dem Erscheinen von Brünings Memoiren sind zahlreiche Stimmen laut geworden, die auf z. T. schwerwiegende Fehler, sowohl in Brünings Sachdarstellungen als auch in seinen Interpretationen, hingewiesen haben. Im gleichen Maße, scheint mir, bedürfen auch die in den „Vierteljahrsheften" abgedruckten Briefe Brünings mancher Korrektur, die der Bearbeiter leider unterlassen hat, vor allem bei solchen Passagen, die Brünings Kanzlerzeit zum Gegenstand haben.

Lassen Sie mich drei Fälle herausgreifen, in denen Brüning unter anderem auch mich namentlich erwähnt.

1. In seinem Schreiben vom 29. September 1940 (Dok. Nr. 3), S. 107, behauptet Brüning, ich hätte „Brauns Aufzeichnungen und Erinnerungen in einer Weise zurechtgestutzt..., die allem widersprechen, was Braun mir selbst gesagt hat". Das ist eine schwerwiegende Beschuldigung, und sie ist nachweislich unwahr. Auf Vorschlag von meiner Frau und mir — und nicht etwa Brünings, wie dieser einige Zeilen weiter unten behauptet — hat Braun nach dem Tode seiner Frau 1934 begonnen, seine Erinnerungen niederzuschreiben. Das Anfang 1939 fertiggestellte Manuskript erschien dem Verleger zu umfangreich. Braun sandte mir eine Liste mit Abschnitten, die er für entbehrlich hielt, und fragte nach meiner Zustimmung. Ich riet ihm in meinem Antwortschreiben vom 7. Januar 1939 von

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den meisten Streichungen ab, lediglich das im ursprünglichen Manuskript stehende Kapitel über die Ordenfrage, lange Berichte über seine Jagdleidenschaft, die volle Wiedergabe eines Zeitungsartikels über die Erfolge der preußischen Politik und ein paar weitere Nebensächlichkeiten bezeichnete ich als überflüssig. Damit war meine Rolle als Berater in dieser Sache beendet. Wie ich später gesehen habe, hat Braun selbst noch hier und da gekürzt, aber nirgendwo wesentliche Aussagen geändert. Das ursprüngliche Manuskript Brauns findet sich in seinem Nachlaß, die Behauptung Brünings ist also ohne weiteres widerlegbar.

2. Im gleichen Brief, ebenfalls S. 107, berichtet Brüning von einem Vorschlag Otto Brauns im Winter 1930 und dann wieder im Herbst 1931, der dahinging, daß Braun zurücktreten wolle, und daß Brüning gleichzeitig Preußischer Ministerpräsident werden solle. Der Tatbestand ist richtig und auch in den Memoiren Brünings und Brauns übereinstimmend wiedergegeben. Dann aber schreibt Brüning: „Herr Weichmann kommt in einer Pariser Zeitschrift mit der falschen Darstellung heraus, daß Braun mir die Stelle des Vizepräsidenten im Preuß. Staatsministerium angeboten habe und daß ich der Welt Aufklärung schuldig sei, weshalb ich dass. Angebot nie beantwortet habe."

Mir ist unverständlich, wie Brüning zu dieser Meinung gekommen ist. In einem Artikel in der „Zukunft" (und nicht, wie der Bearbeiter glaubt, in der „L'Europe Nouvelle") vom 22. Dezember 1939, unter der Überschrift „Otto Braun spricht...", habe ich vielmehr geschrieben: „Am Tage nach jenen verhängnisvollen Wahlen im Jahre 1930, die den Nazionalsozialisten 110 Mandate brachten, *bot Braun dem Reichskanzler Brüning an, als Vizekanzler in sein Kabinett einzutreten*[1], um gemeinsam mit ihm dem nationalsozialistischen Vordringen ein Ende zu setzen. Die Antwort steht bis zum heutigen Tage aus." Also: Braun wollte Vizekanzler im Reichskabinett werden, das direkte Gegenteil von dem, was Brüning in meine Ausführungen, vielleicht nur aus Flüchtigkeit, hineingelesen hat. Im übrigen ist Brüning auch in seinen Memoiren die Antwort auf Brauns Angebot einer Personalunion zwischen dem Preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichsvizekanzler schuldig geblieben.

3. Im gleichen Schreiben, S. 108, behauptet Brüning, wenn Braun nicht in Berlin gewesen sei, hätten „Staatssekretär Weismann und die zionistische Clique, Badt, Goslar und Weichmann", regiert. Brüning spricht von einer „Nebenregierung", lastet ihr „übelste" und „folgenschwerste" Intrigen an und fügt dunkle Bemerkungen über skandalöse finanzielle Transaktionen hinzu, ohne freilich die angedeutete Verantwortung jener „Clique" näher zu benennen. Auch in seinen Memoiren finden sich verschiedentlich Insinuationen und Unterstellungen, die in dieselbe unklare Richtung weisen, wie auf S. 67, wo von einer „preußischen Kamarilla" die Rede ist, die dazu noch „leidenschaftlich antichristlich" gewesen sei, oder auf S. 582, wo eine „gewisse Clique" auftaucht, die im Preußischen Innen- und Staatsministe-

[1] *Hervorhebung durch Herbert Weichmann*

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rium die guten Beziehungen zwischen Preußen und dem Reich hintertriebe. Gemeint ist offensichtlich immer wieder derselbe Personenkreis.

Diese vagen, aber immer wiederkehrenden Erzählungen sind reiner Unsinn. Eine Kamarilla, eine Clique verschworener preußischer Beamter mit all den geheimbundartigen Attributen, die ihnen beigelegt werden, hat es nur in Brünings Einbildungskraft gegeben. Keine der angeführten Personen, abgesehen vielleicht von Staatssekretär Weismann, der aber gänzlich in der Furcht des Herrn lebte, befand sich in einer Position, die ihr irgendeine wesentliche Einflußanahme auf die preußische Politik gestattet hätte. Davon abgesehen hatte Braun die Zügel bis zuletzt, d. h. bis zu seiner Beurlaubung Anfang Juni 1932, fest in seinen Händen. Schon Ernst Hamburger, bis 1933 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Preußischen Landtag, hat in seiner kenntnisreichen Rezension der Brüning-Memoiren (Wissenschaftliche Korrespondenz[2], H. 15/1972/, S. 33 f.) diese Passagen als „grotesk" charakterisiert.

Dennoch sind dergleichen Behauptungen für Brüning nicht untypisch. In ihnen manifestiert sich, neben einem latenten Antisemitismus, Brünings in der Emigration zunehmend sichtbar werdender, fast paranoider Verfolgungswahn, der ihn Mißerfolge und Schwierigkeiten seiner Regierungszeit in der Regel als Machenschaften dunkler Mächte und Verschwörungen sehen ließ, auch ein Grund dafür, daß er sich nach seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten so sehr zurückzog. Auch Arnold Brecht hat diesen Zug in Brünings Wesen beobachtet und bestätigt (Gedanken über Brünings Memoiren, in: Politische Vierteljahresschrift, 12. Jg. (1971), H 4, S. 608, 624 ff.).

Ich möchte mich auf diese Beispiele, denen sich unschwer weitere anfügen lassen, beschränken, um aufzuzeigen, wie kritisch die Erinnerungen Brünings an die Weimarer Zeit, sowohl in seinen Memoiren als auch in seinen letzten Briefen, beurteilt werden müssen.

---

[2] *Vollständiger Titel: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin.*

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

SECHSTE DEUTSCH-POLNISCHE SCHULBUCHKONFERENZ VOM 3.-7. OKTOBER 1974 IN WARSCHAU

Nachdem sich schon die vorangegangenen deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen verschiedentlich mit besonders heiklen Fragen der Zeitgeschichte befaßt hatten, gelang es bei der sechsten gemeinsamen Konferenz in Warschau, wenigstens in einigen wichtigen Punkten zu gemeinsamen Empfehlungen zu gelangen und für die weiteren Verhandlungen Leitlinien zu formulieren und in dem Schlußkommuniqué zum Ausdruck zu bringen. Beide Dokumente werden hier im vollen Wortlaut abgedruckt. Unter den 14 Teilnehmern aus der Bundesrepublik waren neben Mitarbeitern des Braunschweiger Internationalen Schulbuchinstituts vor allem Osteuropa-Historiker – die Professoren Jörg Hoensch (Saarbrücken), Gotthold Rhode (Mainz), Klaus Zernack (Frankfurt) und Zeitgeschichtler – Martin Broszat (München), Andreas Hillgruber (Köln), Hans-Adolf Jacobsen (Bonn), Eberhard Kolb (Würzburg) – vertreten. Die Leitung der deutschen Delegation lag bei Prof. Walter Mertineit (Flensburg), der nach dem Tode von Georg Eckert im Frühjahr dieses Jahres an dessen Stelle in der UNESCO-Kommission der Bundesrepublik getreten war. Die polnische Delegation wurde durch den Sekretär der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Warschauer Akademie der Wissenschaften, Prof. Władisław Markiewicz, geleitet. Die Akademie der Wissenschaften war weiterhin vertreten durch die Professoren Marian Wojciechowski, Janusz Tazbir, Franciszek Ryszka, Stanisław Trawkowski u. a. Auch das Posener Instytut Zachodni war mit einer kleinen Gruppe, geleitet vom Direktor des Posener Instituts, Prof. Lech Trzeciakowski, beteiligt. Unter den namhafteren sonstigen polnischen Historikern, die an der Konferenz teilnahmen, sind vor allem die Professoren Gerard Labuda (Posen) und Marian Orzechowski (Breslau) zu nennen.

Martin Broszat

KOMMUNIQUE

Im Rahmen der Vereinbarungen zwischen den UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen fand vom 3. – 7. Oktober 1974 in Warschau die 6. gemeinsame Schulbuchkonferenz zu Problemen der Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg statt. Die Probleme der Geographie werden entsprechend dem Beschluß der letzten gemeinsamen Konferenz in der Tagung der Geographen beider Länder vom 21. – 28. Oktober 1974 in Braunschweig und Eschwege behandelt. An der Konferenz in Warschau nahmen von seiten der Bundesrepublik Deutschland 14 Experten teil, darunter Vertreter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, von seiten der Volksrepublik Polen 20 Experten, darunter Vertreter des Instituts für Lehrpläne des Ministeriums für Bildung und Erziehung. Die Vorsitzenden beider Delegationen, Prof. Walter Mertineit und Professor Władysław Markiewicz, wurden vom Minister für Bildung und Erziehung, Jerzy Kuberski, empfangen.

Die Vorsitzenden berichteten über die Tätigkeit beider ständiger Kommissionen seit der 5. gemeinsamen Schulbuch-

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konferenz im April 1974 in Braunschweig. Professor Gerard Labuda und Professor Klaus Zernack informierten über die Ergebnisse der Konferenz zur Geschichte des Deutschen Ordens, die vom 19. – 22. September 1974 unter Beteiligung von 11 Historikern aus der Bundesrepublik Deutschland und 16 Historikern der Volksrepublik Polen in Thorn (Toruń) und Marienburg (Malbork) stattgefunden hatte. Nach Entgegennahme der Berichte über die Aktivitäten und Fortschritte der ständigen Kommissionen hielt Frau Dr. Krystyna Kersten ein Referat über Migrationen in Polen nach dem Kriege.

Gegenstand der Beratungen der 6. Konferenz waren die Probleme der beiderseitigen Beziehungen sowie der inneren Entwicklung beider Staaten zwischen 1945 und 1974. Als Ergebnis der ausführlichen, offen und sachlich geführten, teilweise auch kontroversen wissenschaftlichen Diskussion erarbeiteten die Mitglieder beider Delegationen, entsprechend dem bisherigen Verfahren, Empfehlungen, die den Schulbehörden, Schulbuchverlagen, Lehrer- und Jugendorganisationen wie den Massenmedien in beiden Ländern zugeleitet werden sollen. Verabschiedet wurden Schulbuch-Empfehlungen zu zwei Komplexen der Potsdamer Konferenz, die von großer Tragweite für beide Länder sind und deren Darstellung lange Zeit besonders umstritten war:

1. Enstehung und Konsolidierung der territorialen und Grenz-Veränderungen (Oder-Neiße-Grenze);
2. Flucht, Zwangsumsiedlung und Ausreise der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie die soziale Eingliederung und politische Aktivität dieser Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland.

Die von der gemeinsamen Konferenz erarbeiteten Empfehlungen enthalten ein Minimum derjenigen Fakten und Zusammenhänge, die nach der Auffassung beider Delegationen bei der Behandlung dieser Ereigniskomplexe in den Schulbüchern beider Staaten berücksichtigt werden sollten, und präsentieren ein Modell der Darstellung und Bewertung, das bei gewissenhafter Prüfung der objektiven historischen Tatsachen beiden Delegationen angemessen und vertretbar erscheint.

Die besonderen Schwierigkeiten, für die Zeit nach 1945 zu gemeinsamen Empfehlungen zu gelangen, sind begründet in der politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Spaltung Europas. Daraus ergeben sich auch prinzipiell unterschiedliche Interpretationen der Entwicklung und Verfassung beider Staaten, besonders im ersten Jahrzehnt nach 1945. Deshalb galt es in der Konferenzarbeit zunächst, über Selbstdarstellungen der beiden Delegationen die jeweils andere Sicht kennenzulernen und eine Annäherung zu versuchen. Auf Grund der intensiven Diskussion konnten erhebliche Verbesserungen der Selbstdarstellungen erzielt werden. Es wird die Aufgabe der Konferenzrunde im nächsten Jahr sein, weiter zu prüfen, ob sich Empfehlungen für die Darstellung des Zeitabschnittes, der durch weitgehende Beziehungslosigkeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gekennzeichnet ist, auf das Nebeneinander gegenseitig verbesserter Selbstdarstellungen zu beschränken haben, oder ob es trotz der gegebenen sachlichen und methodischen Schwierigkeiten gelingt, im Sinne einer „Beziehungsgeschichte" zu gemeinsamen Bewertungen der Rahmenbedingungen der Entwicklung beider Staaten zu gelangen. Dabei soll der gesamte Zeitabschnitt zwischen 1945 und 1974 in die Beratungen einbezogen werden.

Die Teilnehmer der Konferenz gaben der Überzeugung Ausdruck, daß die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen ein wichtiges Hilfsmittel für die Schulbehörden, die Verfasser von Schulbüchern in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen bilden und der Normalisierung und Zusammenarbeit

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwischen beiden Staaten im Geiste des Vertrages vom 7. Dezember 1970 dienen. Die nächsten gemeinsamen Konferenzen der ständigen Kommissionen sollen 1975 in Braunschweig und in Warschau stattfinden. Die Mitglieder der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland bedanken sich bei ihren polnischen Gastgebern für die herzliche Aufnahme sowie für die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz.

Warschau, am 7. Oktober 1974

EMPFEHLUNGEN

1. Die territorialen Veränderungen bei Ende des Zweiten Weltkriegs wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen verbunden. Sie zielten darauf ab, staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die historischen Erfahrungen der Nationalitätenkonflikte und die unmittelbar vorhergegangene gewaltsame nationalsozialistische Bevölkerungs- und Besatzungspolitik spielten in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle.

In den Polen im Potsdamer Abkommen übertragenen ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße lebten 1939 ca. 8,5 Mill. Menschen. Etwa die Hälfte von ihnen, außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie der in Polen lebenden Deutschen, wurden entweder evakuiert oder flüchteten unter großen Verlusten noch vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße. Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. In der Folgezeit fanden noch einzelne Umsiedlungen und individuelle Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung, u. a. in den Jahren 1956/57 statt.

In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt.

In den vier Besatzungszonen Deutschlands wurden die Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten schon nach kurzer Zeit in die Gesellschaft integriert. Sie spielten eine große Rolle bei dem wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland. In der Bundesrepublik Deutschland wurden alle diese Gruppen unter dem Begriff „Heimatvertriebene" zusammengefaßt. Ein großer Teil von ihnen schloß sich in landsmannschaftlichen Verbänden zusammen. Der Versuch, durch eine eigene Partei (BHE) eine besondere politische Kraft zu bilden, scheiterte bereits im Jahre 1957. Sofern in diesen Gruppen, von den früheren Bundesregierungen unterstützt, ein Recht auf Heimat proklamiert wurde, werden sie in Polen als Hort des Revisionismus angesehen.

Die Bundes- und Länderregierungen förderten jedoch auf verschiedenen Wegen ihre materielle und soziale Eingliederung. Dadurch wurde vermieden, daß diese Bevölkerungsgruppe sich zu einem Element permanenter sozialer Unzufriedenheit entwickelte und daß damit auch außenpolitisch gefährlicher Sprengstoff entstand. Sie ist seit langem auch politisch in den großen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland integriert.

2. Die Darstellung der deutsch-polnischen Grenzregelung nach dem Zweiten Weltkrieg ist im Zusammenhang der allgemeinen Territorial- und Grenzveränderungen als Ergebnis des Krieges zu betrachten. In den alliierten Kriegskonferenzen von Moskau, Teheran und Jalta spielte die Frage der polnischen Westgrenze eine bedeutende Rolle. Die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich des Ausmaßes der neuen polnischen Westgebiete war unter den Alliierten vor der Potsdamer Konferenz nicht beizulegen. Vor Konferenzbeginn war jedoch die

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staatliche Hoheitsgewalt de facto bereits den polnischen Behörden übertragen worden. Die Anerkennung der polnischen Administration durch die Westalliierten bedeutete nach deren Auffassung mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Konferenz noch keine völkerrechtlich definitive Anerkennung der Grenzlinie. Mit der gleichzeitigen Einigung über den Art. XIII (Transfer der deutschen Bevölkerung) und der Aufstellung eines Aufnahmeplans des Alliierten Kontrollrates in Deutschland im November 1945 wurde aber von den Alliierten selbst präjudiziert, daß es sich bei der polnischen Administration der ehemals deutschen Gebiete nicht um ein revidierbares Provisorium handeln könne.

Das Staatsgebiet Polens, das sich 1939 auf ca. 389000km² belaufen hatte, umfaßt in der Konsequenz der Grenzveränderungen ca. 312000km². Vom Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches, 1937 mit einer Fläche von ca. 470000km², gingen mit den Oder-Neiße-Gebieten ca. 102000km² (zusätzlich ca. 2000km² der ehemaligen Freien Stadt Danzig) an den polnischen Staat über.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erkannte im Görlitzer Vertrag 1950 die Oder-Neiße-Linie gemäß dem Potsdamer Abkommen als endgültige Grenze gegenüber der Volksrepublik Polen an. In der Zeit des Kalten Krieges bis zur Mitte der fünfziger Jahre verschärften sich die unterschiedlichen Auslegungen des Potsdamer Abkommens. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik wuchs auf der Seite der ehemaligen Westalliierten, und auch schließlich in der Bundesrepublik Deutschland, die Bereitschaft zur Respektierung der bei Kriegsende geschaffenen territorialen Veränderungen. Als eines der wichtigsten Ergebnisse ihrer neuen Ostpolitik bekannte sich die Bundesregierung im Warschauer Vertrag von 1970 zur „Unverletzlichkeit der Grenzen" sowie zur „Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen".

MITARBEITER DIESES HEFTES

Elke Fröhlich, M. A., Wissenschaftl. Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b.

Dr. Hans-Jürgen Lutzhöft, Wissenschaftl. Angestellter im Sonderforschungsbereich 17 an der Christian-Albrechts-Universität Kiel. 23 Kiel, Historisches Seminar der Universität Olshausenstraße 40/60.

Dr. Jens Petersen, Wissenschaftl. Angestellter des Deutschen Historischen Instituts Rom, I–0 0165 Roma, Via Aurelia Antica 391.

Jahrgang 22 (1974), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte